

11. Mai 1931

WALTHER PAHL · DER KAMPF UM DIE JUGEND · ZUM SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEITAG IN LEIPZIG

BALD nach dem 14. September 1930 erkannte die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, daß sie in stärkerem Maß als bisher darauf bedacht sein müsse dem Parteikörper jugendliche Elemente einzugliedern. Jener 14. September hatte offenbar gemacht, daß sich außerhalb der Sozialdemokratie und außerhalb der Gewerkschaften eine Politisierung der Jugend vollzieht, deren Nutznießer in der Hauptsache die Nationalsozialisten sind. Die Partei muß sich heute mit allen Kräften bemühen eine "Aufnahmestelle" für diese in Bewegung gebrachte Jugend vorzubereiten. Daß sie diese Aufgabe begreift, geht daraus hervor, daß sie den Führer der Sozialistischen Arbeiterjugend Erich Ollenhauer mit einem Referat über die Frage Jugend und Partei auf dem diesjährigen Parteitag in Leipzig beauftragt hat. Von der lebhaften Anteilnahme der gesamten Mitgliedschaft an dieser Frage zeugen die Anträge, die zu diesem Punkt der Tagesordnung aus einer größeren Reihe von Ortsgruppen und Bezirken dem Parteitag vorliegen.

Es darf erwartet werden, daß von dem Parteitag ein kräftiger Anstoß zur Verjüngung der Partei ausgeht. Daß die Jugendfrage allmählich zu einer Existenzfrage für die Gesamtpartei wird, läßt sich sehr deutlich an der neuen Organisationsstatistik aufzeigen, deren Ergebnisse der Parteivorstand in dem soeben ausgegebenen Jahrbuch der Deutschen Sozialdemokratie für 1930 veröffentlicht hat. Die Sozialdemokratische Partei ist offenbar die erste, die einen größeren Teil ihres Mitgliedbestands auf seinen Altersaufbau hin untersucht hat. Das ist ein erfreulicher Beweis für die Offenheit, mit der man diese Fragen in der Sozialdemokratie behandelt. Der Gegner, der aus dieser Statistik voreilige Schlüsse zieht, sollte uns erst einmal eine Statistik vorlegen, die mit ähnlicher Gründlichkeit uns über den Altersaufbau seiner Partei informiert. Die Organisationsstatistik der Sozialdemokratischen Partei bezieht sich auf zirka 120 000 Mitglieder, die am 1. Januar 1931 in der Partei organisiert waren. Die erfaßten Mitglieder verteilen sich auf die verschiedensten Gebiete des Reichs und auf kleinste und größte Ortsgruppen.

Die einzelnen Altersklassen waren am 1. Januar prozentual wie folgt an der Mitgliedschaft beteiligt: 20 bis 25 Jahre 6,66%, 25 bis 30 Jahre 10,34%, 30 bis 35 Jahre 12,79%, 35 bis 40 Jahre 13,68%, 40 bis 45 Jahre 14,30%, 45 bis 50 Jahre 12,96%, 50 bis 60 Jahre 19,57%, 60 bis 70 Jahre 7,16%, über 70 Jahre 1,34%. In dem Kommentar zu diesen Zahlen heißt es im Jahrbuch: »Wer will diesen Zahlen gegenüber noch behaupten, die Sozialdemokratische Partei ist überaltert, oder wie der sinnvolle Ausdruck heißt "verkalkt"? Sie ist jugendfrisch und kampfbereit!« Diese Kommentierung ist so nicht berechtigt. Wenn man den Mut hat eine Statistik über den Altersaufbau der Partei vorzunehmen, soll man auch auf jede Idealisierung des Ergebnisses verzichten.

Eine Möglichkeit zur qualitativen Wertung der genannten Zahlen erhalten wir, wenn wir den Altersaufbau der Parteimitgliedschaft dem Altersaufbau der wahlberechtigten Bevölkerung des Deutschen Reichs im Jahr 1925 gegenüberstellen. Tun wir das, dann ergibt sich das folgende Bild:

Alter (in Jahren)	Wahlberechtigte Bevölkerung 1925 (in ‰)	Mitgliedschaft der Sozialdemokratie 1. Januar 1931 (in ‰)	Ergebnis für die Sozialdemokratie (in ‰)
20 bis 25	15,46	6,66	- 8,80
25 " 30	13,33	10,34	- 2,99
30 " 35	11,51	12,79	+ 1,28
35 " 40	10,76	13,68	+ 2,92
40 " 45	9,82	14,30	+ 4,48
45 " 50	9,66	12,96	+ 3,30
50 " 60	14,98	19,57	+ 4,59
60 " 70	9,50	7,16	- 2,34
über 70	4,96	1,34	- 3,62
	28,79	17,0	
	41,75	53,73	

Es muß freilich davor gewarnt werden aus dieser Gegenüberstellung vor-
eilige Rückschlüsse auf den Zustand der Gesamtpartei zu ziehen. Das gilt
vor allem für den sich aufdrängenden Vergleich zwischen der im 3. Lebens-
jahrzehnt befindlichen Wahlbevölkerung und der Parteimitgliedschaft dieses
Alters. Das 3. Lebensjahrzehnt wird nur zu einem Teil von dem Prozeß der
aktiven Politisierung erfaßt. Man kann also nicht einfach den Prozentsatz
der in der Partei organisierten 20- bis 30jährigen Menschen dem Prozentsatz
der in der Wahlbevölkerung überhaupt vorhandenen Menschen dieses Alters
gegenüberstellen. Auf der andern Seite wird man doch mit Fug annehmen
dürfen, daß eine revolutionäre Partei wie die Sozialdemokratie einen stär-
kern Zuwachs an jugendlichen Menschen hat als das normalerweise in
anderen politischen Parteien der Fall ist. Das 3. Lebensjahrzehnt ist
revolutionärem politischen Wollen weiter geöffnet als jedes andere. Der
revolutionäre Wille einer Partei sollte also daran erkennbar sein, daß
sie einen starken Zuwachs an jüngeren Mitgliedern aufweist. Bei dieser
Sachlage ist es wohl berechtigt in der Tatsache, daß die 20- bis 30jäh-
rigen Mitglieder nur 17% der Mitgliedschaft der Partei ausmachen, gegen
28,79% der Wahlbevölkerung, einen sehr deutlichen Beweis dafür zu
erblicken, daß die Partei eine recht schmale Jugendbasis hat. Für eine
Selbstsicherheit, wie sie in dem Kommentar des Jahrbuchs der Deut-
schen Sozialdemokratie zum Ausdruck kommt, besteht wenig Berechti-
gung. Um so weniger, als aus dem Vergleich ferner noch zu entnehmen ist,
daß in der Partei das Alter von 50 bis 60 Jahren weit stärker vertreten ist
als in der Wahlbevölkerung: 19,57% gegen 14,98%. Gewiß, wir freuen uns

über die hohe Anzahl von 50- bis 60jährigen Menschen, die unserer Partei seit Jahrzehnten die Treue halten. Sie sind ein leuchtendes Beispiel für die Jugend. Die Verehrung, die wir in der Partei unseren älteren Genossen entgegenbringen, darf uns aber nicht hindern zu sehen, was ist. Mir scheint jedenfalls zwischen der anormal guten Vertretung des 6. Lebensjahrzehnts und dem geringen Anteil des 3. Lebensjahrzehnts an der Gesamtmitgliedschaft ein innerer Zusammenhang zu bestehen.

Die qualitative Bedeutung unserer zahlenmäßigen Vergleiche wird sichtbarer, wenn wir noch folgendes berücksichtigen: Die beiden Lebensjahrzehnte von 30 bis 50 Jahren stellen über die Hälfte aller Parteimitglieder, während sie in der Wahlbevölkerung nur mit 41,75% vertreten sind. Kann die heute geläufige Annahme, daß die oft zitierte Frontgeneration "fascistisch" sei, eine bündigere Widerlegung finden? Die beiden Lebensjahrzehnte von 30 bis 50 umfassen den Kern jener Frontgeneration. Diese Jahrgänge sind, das scheint mir entscheidend zu sein, in der Vorkriegszeit und im Krieg zu gesellschaftlichem Bewußtsein erwacht. In dieser Feststellung besteht meines Erachtens das wichtigste Ergebnis unseres statistischen Vergleichs: Fast $\frac{1}{4}$ aller Parteimitglieder gehören den Lebensaltern an, die mit der Vorkriegszeit noch durch das aktive Erlebnis verbunden sind. Diese Lebensalter sind in unserer Partei offenbar anormal stark vertreten, was die Tatsache bezeugt, daß nur 56,7% der Wahlbevölkerung im Alter von 30 bis 60 Jahren stehen.

Jetzt wird es möglich die Ursachen dessen zu erkennen, daß die Sozialdemokratie in den letzten Jahren ihre Anziehungskraft auf junge Menschen in hohem Maß eingebüßt hat. Die überwiegende Mehrzahl der Parteimitglieder hat den Zusammenbruch von 1918 als eine grundlegende Umwälzung empfinden können, weil sie noch mit Vorkriegsmaßstäben wertete. Die Wertungen der ältern Generation und ihre gegenwärtigen politischen Kampfstellungen wurzeln in der Zeit vor dem Krieg. Die Republik erhielt ihren Sinngehalt dadurch, daß sie den Bruch mit der monarchischen Vergangenheit bedeutete. Der jungen Generation ist eine solche Wertung fremd. Der Mann, der ein Republikaner ist, weil er gegen die Monarchie ist, bedeutet ihr wenig. Die heute 20- bis 30jährigen Menschen sind erst nach dem Krieg zu gesellschaftlichem Bewußtsein erwacht. Man kann diese Jugend nicht dadurch für die Republik gewinnen, daß man ihre Vorzüge an einem Vergleich mit der monarchischen Vorkriegsvergangenheit aufzeigt. Die Monarchie ist ihr gleichgültig, ebenso eine Republik, die sich lediglich aus antimonarchistischen Vorstellungen rechtfertigt. Ein Teil erkennt wohl, daß mit der Republik neue Formen geschaffen wurden, aber die neuen schöpferischen Gehalte werden nicht sichtbar. Die junge Generation sieht, im Gegensatz zur ältern Generation, Vorkriegszeit und Republikentstehung im innern Zusammenhang. Die Republik bedeutet ihr Zusammenbruch der Vorkriegszeit. Wundert man sich noch, daß diese Kriegsgeneration in der Jugend wenig Nachfolge findet?

Wer die Jugend gewinnen will, muß positive, konstruktive Politik treiben. Er darf sich nicht, wie das heute weitgehend auch in der Sozialdemokratischen Partei der Fall ist, mit einer republikanisch-legitimistischen Haltung begnügen, die alle ihre Kräfte auf die Erhaltung des Bestehenden konzentriert. Die Gewinnung insbesondere der dem Nationalsozialismus verfallenen Jugend wird nur möglich sein, wenn unsere Bewegung es versteht an die Triebkräfte des Nationalsozialismus positiv anzuknüpfen. Die Erwartung,

daß einem eventuellen Abflauen der Wirtschaftskrise ein Rückgang des Nationalsozialismus parallel gehen wird, könnte trügen. Immer deutlicher wird sichtbar, daß die ideologischen Triebkräfte dieser Bewegung: der Nationalismus, der Antiparlamentarismus und der "Antimarxismus", mit einer Besserung der ökonomischen Lage ihr Gewicht nicht verlieren werden. Der Weg zur Überwindung dieser Triebkräfte des Nationalsozialismus führt über eine schöpferische Politik der Sozialdemokratie. Nur eine konsequente Europapolitik der Sozialdemokratie wird den Nationalismus überwinden können. Nur eine substanzielle Gestaltung unserer Demokratie kann dem Antiparlamentarismus die Angriffsfläche nehmen. Dem Antiparlamentarismus der Nationalsozialisten liegt insbesondere in der jüngern Generation das durchaus richtige Gefühl zugrunde, daß der deutsche Parlamentarismus nach dem Zusammenbruch des alten Systems gänzlich unvermittelt in das Leben der Nation getreten ist. Erst durch den Bezug auf die Einheit der politischen Nation erhält der Parlamentarismus gestaltende Kraft. Die Formaldemokratie hat zu einer Bürokratisierung auch der Parteiorganisationen geführt, die das System der demokratischen Willensbildung und der demokratischen Führerauslese gefährdet. Verhängnisvoll wäre es auch dem sogenannten Antimarxismus der nationalsozialistischen Jugend eine negative Opposition derart entgegenzusetzen, daß man die Notwendigkeit zu einer kritischen Überprüfung vulgärmarxistischer Sätze nicht anerkennt. Mehr denn je haben wir heute Anlaß jene Sorte "Marxismus" zu bekämpfen, die mit angelernten Dogmen die Realitäten vergewaltigen zu können glaubt.

Nur wenn die Sozialdemokratie eine konstruktive Politik treibt, wird es ihr gelingen zur Auffanggruppe für die aufgestörte Jugend unseres Volkes zu werden, die heute in anderen Parteien Möglichkeiten des aktiven politischen Einsatzes sucht. Es kann aber kein Zweifel sein, daß über diese allgemeinen politischen Aufgaben hinaus auch neue Wege zur Aktivierung der Jugend im Rahmen des Parteigefüges beschritten werden müssen. Hier ist zunächst notwendig, daß in stärkerem Maß als bisher der Funktionärkörper von der untersten Einheit bis an die Spitze mit jungen Genossen durchsetzt wird. Der Jugend, die zu uns kommen will, muß auch deutlich werden, daß sie in der Partei große Möglichkeiten für aktiven Einsatz vorfindet. Der sozialdemokratische "Apparat" bedarf in jedem Betracht der Verjüngung. Junge Menschen müssen in die vordere Linie der Parteifront gestellt werden.

Darüber hinaus ist es ferner notwendig, daß den jüngeren Genossen in dem Parteigefüge eigener Raum gegeben wird, damit ihr Aktivitätsdrang voll ausgenutzt werden kann. Voraussetzung für eine neue organisatorische Lösung des Jüngerproblems ist die Liquidierung der Jungsozialistischen Vereinigung, die sich sektiererisch aus dem Parteiganzen herauslöste und so unfähig wurde die jungen Genossen diesseits des 20. Lebensjahrs, die neu der Partei zuströmen, politisch zu erziehen. Ich verweise auf die Anträge des Bezirksverbands Brandenburg und den Antrag Eisleben, die dem Parteitag eine lose Zusammenfassung aller jüngeren Parteimitglieder bis zum 25. respektive 30. Lebensjahr empfehlen. Diese Zusammenschlüsse sollen die Form von Arbeitskreisen haben, für die vom Parteivorstand Richtlinien festzulegen sind. In den letzten Monaten sind schon an vielen Orten des Landes solche Arbeitskreise der aktiven Jugend der Partei entstanden; ein Beweis dafür, daß hier ein Bedürfnis vorliegt. In der Tat wird man nicht umhin können

den jungen Genossen auch organisatorisch eignen Raum zu geben, solange die Sozialistische Arbeiterjugend nur einen verhältnismäßig geringen Teil der Jugend für die unserer Bewegung gestellten Aufgaben geistig vorbereitet. Der größte Teil unserer proletarischen Jugendreserven sammelt sich vorerst in Organisationen, die das Bedürfnis nach sportlicher und militanter Betätigung zu befriedigen versprechen: im Turn- und Sportbund, im Reichsbanner usw. Hier können die Jungen mittun, hier sind sie nicht in die Rolle der Zuschauer und Zuhörer verwiesen. Aktivierung der Jungen in der Partei: das ist die Aufgabe. Man befriedigt aber den drängenden Willen der Jugend zur Aktivität nicht, wenn man ihr bloß die Kassierung der Beiträge und die Flugblattverteilung zur Aufgabe macht. So notwendig es ist, daß diese Dinge getan und grade auch von der Jugend als achtbare Parteiarbeit geschätzt werden, so wenig geben sie ihr doch Gelegenheit der Partei aus ihrer besondern jugendlichen Art heraus zu dienen. Eine Aktivierung tut not, die dem jugendlichen Menschen die Möglichkeit gibt sich mit Leistungen zu beweisen, die die besonderen Kräfte des jugendlichen Menschen in den Dienst nehmen. Es genügt auch keineswegs die Arbeitsgruppen der Jüngeren auf politische und geistige Schulungsarbeit zu beschränken, so notwendig sie diese umfassen müssen. Man wird vielmehr den jüngeren Genossen auch konkrete politische Arbeitsaufgaben zu setzen haben, die sich natürlich in die politische Aufgabe der Gesamtpartei einordnen müssen.

Die Jugendfrage wird allmählich zu einer Existenzfrage für die Gesamtpartei. Daß der Leipziger Parteitag sich seiner verantwortungsvollen Aufgabe bewußt ist und den Mut zu neuen Wegen findet, ist unsere Hoffnung.

MAX COHEN · WIE STEHEN WIR ZU BRÜNING?

SEIT den Septemberwahlen des Jahres 1930 hat sich die latente Krise der besondern Art des deutschen Parlamentarismus (nicht etwa des parlamentarisch-demokratischen Systems schlechtweg) immer weiter verschärft. Man hat nur noch bei der Erledigung des Etats den Weg des Parlaments beschritten, und auch hier nur mehr pro forma. Sonst aber ist für die Gesetzgebung die Notverordnung auf Grund des § 48 der Reichsverfassung an die Stelle der Beratung und Verabschiedung der Gesetzentwürfe durch den Reichstag getreten. In einem parlamentarisch regierten Land hat es bis jetzt wohl kaum eine Situation gegeben, die der gegenwärtigen deutschen gleicht. Die österreichische §-14-Wirtschaft in der vergessenen Vorkriegszeit kann damit nicht verglichen werden; denn damals handelte es sich um eine Obrigkeitsregierung, die dem Parlament gegenüberstand, jetzt aber ist es die vom Parlament selbst gebildete und in der Hauptsache aus Parlamentariern bestehende Regierung, die eben dieses Parlament ausschaltet. Eine Selbstausschaltung der Volksvertretung und die Ermächtigung an den Regierungschef nach eigenem Ermessen vorzugehen hat es freilich gelegentlich auch anderswo gegeben. So vor allem in jenem berühmten Fall, da die französische Währung einer Inflation zu verfallen drohte, und Raymond Poincaré die Gefahr durch sein umsichtiges, unbeirrtes Vorgehen beseitigte. Aber da handelte es sich eben nur um die Ermächtigung eine bestimmte festumgrenzte Aufgabe durchzuführen, und nach ihrer Erledigung trat der normale parlamentarische Zustand wieder von selber ein. Hier in Deutschland aber ist das Parlament

für unbestimmte Zeit beiseite geschoben, und zwar so, daß während dieses Zeitraums die Regierung alles, was ihr gut erscheint, aus eigener Machtvollkommenheit dekretieren kann. Dieser bis jetzt nicht gekannte und formal groteske Zustand einer Diktatur von Parlaments Gnaden darf nicht formal beurteilt werden. Er ist mit allen seinen Notverordnungen in der Notzeit gerechtfertigt, wenn eben die Not dadurch gebannt wird. Denn höher als die Funktion des deutschen Parlaments steht das Leben des deutschen Volks. Es ist nun zu untersuchen, welchen Gebrauch die deutsche Regierung von ihren Ausnahmebefugnissen gemacht hat und vor allem weiter zu machen gedenkt.

Heinrich Brüning hat sich als Reichskanzler durch sein sachlich bestimmtes Auftreten, das hier von Anfang an festgestellt und anerkannt wurde, ein nicht geringes Maß von Vertrauen, und nicht nur in Deutschland, erworben: so sehr, daß ihm dann auch ein Vorschuß an Vertrauen gewährt wurde. Bis vor kurzem konnte man auch ruhig sagen, daß er es in der Hauptsache gerechtfertigt hat. Eine Tatsache spricht jedenfalls für Brüning und seine Methode: daß nämlich Deutschland über einen schlimmen Winter besser herübergekommen ist als man im Herbst erwarten konnte. Gleichwohl haben sich die Schwierigkeiten im ganzen doch nur wenig vermindert, und grade im Augenblick ist angesichts des großen Defizits des Reichs, der Länder und vieler Gemeinden die Lage Deutschlands alles andere als günstig. Um so nötiger ist es, daß der Reichskanzler die seiner Regierung übertragene Machtvollkommenheit richtig benutzt. Indes, jetzt machen sich Anzeichen einer gewissen Unsicherheit bemerkbar. Die Kabinettsberatungen ziehen sich allzu lange hin, bilden eine Art Reichstagsersatz. Und daß die Bäcker in Berlin es am 4. Mai wagen konnten, entgegen dem ausgesprochenen Willen, ja einem Versprechen der Regierung, den Preis heraufzusetzen und so ein fait accompli zu schaffen, wie es in der deutschen Politik beliebt ist, das zeigt jedenfalls, daß der Respekt vor der Regierung nicht wenig gelitten hat, und daß man ihr zutraut, sie könne auch anders, wenn man ihr ordentlich begegne. Nun, diese eine Sache darf keinesfalls gelingen, die Bäcker müssen in ihre Grenzen zurückverwiesen werden. Das ist aus sozialen Gründen notwendig, auch aus rein politischen; denn es darf nicht dahin kommen, daß der Brotpreis zur Schicksalsfrage des Kabinetts Brüning wird. In diesen Dingen kann und soll die Reichsregierung ihre Verordnungsgewalt rückhaltlos anwenden. Daß so etwas geht, hat der bis jetzt erfolgreichste Diktator, Benito Mussolini, gezeigt. Das immer noch demokratische Deutschland darf sich gerade in der Ernährungswirtschaft keinesfalls von dem fascistischen Italien beschämen lassen.

Doch bis jetzt ist auf diesem Gebiet bei uns noch gar nichts Grundlegendes geschehen. Die deutsche Agrarwirtschaft ist für alle weitere Entwicklung der deutschen Wirtschaft überhaupt entscheidend. Was das Kabinett Brüning neustens für sie zuwege gebracht hat, ist indessen nicht mehr als eine Zusammenstellung von kleinen, sehr primitiven und nicht immer richtigen Einzelmaßnahmen. Eine wirkliche Neugestaltung der deutschen Getreidewirtschaft, wie sie hier seit jeher verlangt und oft gezeichnet wurde, ist nicht versucht worden. Hätte man sie auch nur in Angriff genommen, so wäre es bestimmt nicht nötig geworden, daß Deutschland nunmehr zu dem keineswegs erfreulichen Aushilfsmittel einer zollermäßigten Einfuhr ausländischen Weizens (wenn auch nur in einem sehr beschränkten Umfang: 20% derjenigen Menge, die im vorigen Jahr vom April bis zum Juni eingeführt wurde) greifen zu sollen glaubt.

BEI dieser letztgenannten Einzelmaßnahme, der man an sich keine übermäßige Bedeutung zuzuschreiben braucht, scheinen aber Zusammenhänge vorzuliegen, über die man deutlich reden muß. Es wurde nämlich in der Presse mitgeteilt, daß die Einfuhr dieser Getreidemenge nur über die Nordseehäfen erfolgen dürfe, das heißt praktisch, daß man nur Weizen aus Canada ins Land lassen will. Also genau das Gegenteil desjenigen Grundsatzes, der hier für eine eventuelle Getreideeinfuhr überhaupt aufgestellt worden ist. Es ist in den Sozialistischen Monatsheften des öftern ausgeführt worden, daß, wenn man sich schon in irgendeiner Situation dazu entschließen müsse ausländisches Getreide zu Hilfe zu nehmen, als Lieferungsländer nur Staaten Kontinentaleuropas in Betracht kommen dürften. Solche Maßnahme wäre ein Symptom des beginnenden kontinentaleuropäischen Zusammenschlusses. Keinesfalls aber dürfen wir uns von Übersee abhängig machen. Nun kann man freilich nicht mit Bestimmtheit sagen, ob Südosteuropa zurzeit in der Lage wäre uns die gewünschte Getreidemenge zu liefern. Aber das hätte sich durch die Praxis ganz von selber entschieden. Weshalb soll nun diese Probe durch die Beschränkung auf die Nordseehäfen von vornherein unmöglich gemacht werden? Sollten die Balkanstaaten wirklich keine Weizenvorräte mehr haben, so hätte die Zulassung der Einfuhr über die Donau niemandem geschadet, wohl aber jenen Ländern gezeigt, daß wir unsere natürliche Ergänzung in ihnen suchen. Der jetzige Reichsfinanzminister hat, als er noch Landwirtschafts- und Wirtschaftsminister war, die Notwendigkeit die osteuropäischen Getreideländer bei etwaigem deutschen Bedarf zu bevorzugen in öffentlichen Reden mehr als einmal betont. Das war vernünftig und europäisch gesprochen. Und nun, da die Sache akut wird, geschieht das Gegenteil? Auch der Reichskanzler teilt die Auffassung, daß der gegenseitige Warenaustausch zwischen den europäischen Völkern dem mit außer-europäischen voranzugehen habe. (Man braucht sich auch nur die Statistik der deutschen Ein- und Ausfuhr anzusehen, um zu begreifen, daß sich das von selbst zu verstehen habe.) Aber jetzt, da Briand mit seinem großen Projekt der Ausgleichung und Angleichung der industriellen und der agrarischen Länder unseres Kontinents vor die Europakommission treten will, scheint Deutschland bei einer verhältnismäßig geringfügigen Angelegenheit zu zeigen, daß es die Verbindung mit dem überseeischen Angelsachsen-tum dem Zusammenwirken mit dem Kontinentaleuropäertum vorziehe. Der symptomatische, rein politische Effekt dieser Maßnahme geht in diesem Fall weit über ihre materiale, wirtschaftliche Bedeutung hinaus.

Dies um so mehr, als auch andere Vorgänge nicht geeignet sind Deutschland als einen Anhänger des Europäischen Gedankens erscheinen zu lassen. Da sind vor allem die Modalitäten, mit denen man die Errichtung einer deutsch-österreichischen Zollunion einleiten zu können glaubte. Die gleiche Tendenz bestimmte die Methode, mit der man bei uns die (wirklich nicht bedeutende) Erweiterung der russischen Bestellungen betrieben hat. Betrachtet man die Lieferung deutscher Waren an Rußland als eine vom geschäftlichen Standpunkt aus zu behandelnde Angelegenheit, so wäre gegen sie nichts zu sagen. Sehr viel indessen dagegen, daß man aus einer solch simplen Warenausfuhr (zu der die Ausführenden übrigens kein übermäßiges Vertrauen zu haben scheinen, da sie eine Staatsgarantie verlangen) eine politische Aktion gemacht hat, die als gegen Frankreich gerichtet gedeutet werden mußte. Man

versteht es nicht, daß nicht dem gewissenhaften Verweser des Reichswirtschaftsministeriums Ernst Trendelenburg die Erledigung dieser Angelegenheit allein überlassen wurde, wenn man sie überhaupt mit einer Reichsinstanz in Verbindung bringen wollte. Mußten die deutschen Rußlandreisenden durchaus auch vom Außenminister und sogar vom Reichskanzler empfangen werden, so daß dadurch der Öffentlichkeit demonstriert wurde, daß die angeblich rein geschäftliche Angelegenheit auch hoher politischer Art sei? Nun hat diese Demonstration zwar gar keine praktische Bedeutung zu unseren Gunsten, wohl aber sieht es, und dies zu unseren Ungunsten, so aus, als ob die deutsche Politik den Franzosen zeigen wolle, Deutschland könne auch gegen die Zusammenarbeit mit Frankreich für die mit dem Bolschewismus optieren. Als ob sich eins gegen das andere ausspielen ließe. Doch scheint das die offizielle Meinung zu sein. Sie steht auf der Höhe derjenigen Politik, die der frühere Chef der Heeresleitung, der Abgeordnete Hans von Seeckt, wie auch die Welt am Montag berichtete, einem Vertreter des Pariser Excelsior auseinandergesetzt hat, und die in folgendem Exkurs gipfelte: Sollte die Abrüstungskonferenz einen Mißerfolg bringen, und der Völkerbund seine alte Politik fortsetzen, dann müßte Deutschland ohne Zögern aus dem Völkerbund austreten; zwischen Frankreich und Polen eingekeilt, müsse Deutschland dann »Verbindung mit den Sowjets« anknüpfen. Es ist die aus Anglophilie probolschewistische Politik des Auswärtigen Amts, die in allen solchen Kundgebungen zutage tritt. So auch in der Angelegenheit der Englandreise des Reichskanzlers und des Außenministers. Es ist gewiß nichts dagegen einzuwenden, daß die leitenden Persönlichkeiten der deutschen und der britischen Regierung freundschaftlich unbefangen zusammenkommen und sich aussprechen; um so weniger, wenn die Einladung von James Ramsay MacDonald ausgeht. Die Leiter der deutschen Politik könnten dem Chef der britischen Regierung die deutsche Lage auseinandersetzen und so das ihrige dazu beitragen, daß man in England den europäischen Standpunkt, gegen den die Balance-of-power-Doktrin gerichtet ist, verstehen lernt. Aber das deutsche Auswärtige Amt scheint mit diesem Besuch ganz andere Absichten zu verbinden. Das ergibt sich wenigstens daraus, daß es die Einladung in einem Augenblick der Öffentlichkeit bekanntgab, da sie in jedem Betracht deplaciert war: weshalb sie dann für jenen Zeitpunkt von England zurückgenommen wurde. Diese etwas peinliche Verschiebung zeigte jedem Unbefangenen, welchen Taktfehler man begangen hatte. Und doch ist man anscheinend wieder dabei sich einen noch größern zuschulden kommen zu lassen. Oder was ist es anderes, wenn die deutschen Zeitungen jetzt eine (offenbar offiziös inspirierte) Notiz des Inhalts bringen, daß die letzte Entscheidung über die deutsche und die europäische Politik bei der Zusammenkunft in Chequers, und nicht in Genf, fallen werde? Man muß solche Unterrichtung des deutschen Volks als einen Versuch zur Irreführung und zugleich als politischen Dilettantismus bezeichnen. Man hat den Eindruck, daß der deutsche Außenminister von seiner Bureaucratie (die immer noch in den Zeiten Lord d'Abernons zu leben glaubt) vor fertige Tatsachen gestellt wird. Wie aber steht der Reichskanzler zu diesen Dingen? Wir sind auch heute noch davon überzeugt, daß er energisch, und klarer als seine Vorgänger, die für Deutschland einzig mögliche Politik der deutsch-französischen Verständigung will. Dann darf er aber Vorgänge solcher Art nicht dulden; sonst wird ihm der Weg verbaut, den er zu gehen entschlossen ist. 13 Nachkriegsjahre

haben mit übergroßer Deutlichkeit gezeigt, daß das deutsche Auswärtige Amt die Situation nach dem Weltkrieg ebenso unrichtig beurteilt wie während seines Verlaufs. Sowenig man es in den Jahren 1916 und 1917 erkannte, daß nur ein rechtzeitig mit Rußland zu schließender Friede ohne Annexionen und Kontributionen auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Nationen Deutschland zu retten vermochte, sowenig man damals jene einzig richtige östliche Orientierung sah, so wenig erkennt man heute die Notwendigkeit mit den Anbietungen an das Angelsachsentum Schluß zu machen und statt dessen die deutsch-französische Zusammenarbeit in der Politik wie in der Wirtschaft zu betreiben. Vor einiger Zeit wurde ich von einem Mann, der im politischen Leben Deutschlands eine angesehene Stellung einnimmt, gefragt, was für positive Maßnahmen ich denn für die deutsch-französische Annäherung vorzuschlagen hätte. Ich antwortete ihm: das wichtigste Positivum sei die Unterlassung aller falschen, nämlich gegen Frankreich gerichteten Handlungen Deutschlands; das übrige würde sich von selbst ergeben, da Frankreich in seinem nationalen Interesse entschlossen sei den Zusammenschluß Europas zu bewirken, woran man es nur nicht hindern dürfe.



AS öffentliche Leben Deutschlands bewegt sich in kaum faßbaren Widersprüchen. Immer zahlreichere Politiker und Wirtschaftler von Rang erkennen die Notwendigkeit einer deutsch-französischen Kooperation an. Namentlich drängt sich ihnen jetzt in der furchtbaren Wirtschaftskrise die Tatsache auf, daß man ohne die Hilfe der französischen Finanzkraft gar nicht wieder zu eignen Kräften kommen könne. Das hat auch der Reichsbankpräsident Hans Luther auf der letzten Generalversammlung der Reichsbank mit vollständiger Klarheit ausgesprochen. Warum aber zieht man nicht die Konsequenz aus solcher Erkenntnis? Mit Vorwürfen an Frankreich kommt man doch nicht weiter. Man muß, gleichviel ob man sie begrüßt oder verwünscht, die Tatsache anerkennen, daß Frankreich zurzeit die Vormacht in Europa ist, daß es auf dem Kontinent mächtiger ist als die angelsächsischen Reiche (die man bei uns allmächtig wähnt), daß aus diesem Grund der Schlüssel für die Lösung der Schwierigkeiten, unter denen die deutsche mit der europäischen Wirtschaft leidet, nicht in London und nicht in New York, wohl aber in Paris gefunden werden kann. Wir haben einen schweren und großen Krieg verloren und können seine Folgen nicht anders mildern als dadurch, daß wir uns auf den Boden des ganz und gar veränderten Europas stellen.

Diese Politik, die wir mit Nachdruck fordern, und von deren Befolgung alle, die an der Zukunft Deutschlands arbeiten, ihre Stellung zu Brüning abhängig machen sollten, wird uns, da sie nach oben führt, auch die Kraft geben die so lange aufgeschobenen Notwendigkeiten der deutschen Innenpolitik in Angriff zu nehmen. Die zur Herstellung eines ausgeglichenen Haushalts notwendigen Maßnahmen auf einer Reihe von Gebieten sind nicht leicht und einfach durchzuführen. Namentlich die Reichsreform. Trotzdem, sie kann nicht länger entbehrt werden. Sie muß zur Rationalisierung der gesamten Reichswirtschaft führen. Dazu gehört auch, und nicht zuletzt, die Rationalisierung des Beamtenapparats. Hier ist die Köhlersche Besoldungsreform von Anfang an als der folgenschwerste Fehler unserer Finanzwirtschaft gekennzeichnet worden. Die von Ludwig Quessel (der jetzt tot ist und nie vergessen werden darf) immer wieder erhobene Forderung, daß man auf diesem Gebiet ganze Arbeit machen müsse, ist auch heute noch richtig. Wir wollen den

Beamten nichts zuleide tun. Aber in dieser Zeit der furchtbaren Massenarbeitslosigkeit kann man von denen, deren Existenz jedenfalls gesichert ist, auch größere Einsicht und damit Opfer erwarten. Vor allem aber muß die Reichsreform uns die gesetzgebende Zweite Kammer bringen: eine Kammer der Arbeit, die neben dem aus allgemeinen Wahlen gebildeten politischen Parlament nicht länger entbehrt werden kann. Viel wirtschaftlich Schiefes und Falsches hätte sich nicht durchsetzen können, wenn eine auf den zusammengefaßten Gewerben beruhende Wirtschaftskammer rechtzeitig geschaffen worden wäre. In einer solchen Korporation, die ihrer ganzen Struktur nach produktive Arbeit zum Wiederaufbau Deutschlands leisten müßte, könnten Parteien, die überhaupt nur von der wirtschaftlichen Not Deutschlands leben, nicht Geltung erlangen. Die Schaffung der Zweiten Kammer muß ein integrierender Bestandteil der Reichsreform sein. Diese umfaßt auch eine Reihe anderer Forderungen, die dann, wenn die Produktivkräfte sich besser in der Gesetzgebung auswirken können, einfacher und richtiger durchgeführt werden können. Das gilt auch für die Aufhebung der Länderparlamentarismen. Wird Deutschland im Sinn eines regionalistischen Unitarismus umgestaltet, so erledigen sich die Einzelparlamente allerdings von selbst. Aber das wird erst der Schlußstein der Reichsreform sein, den man setzt, wenn alles übrige aufgebaut ist. Es gibt freilich in Deutschland Kreise, deren Reichsreform allein in dem Wunsch besteht das Preußen der Otto Braun und Carl Severing zu beseitigen. Eine falschere Reichsreform wäre nicht gut denkbar. Denn auch politische Gegner der Sozialdemokratie sollten zugeben, daß es, objektiv gesehen, ein großes Glück für das deutsche Volk ist, daß die stabile Preußenregierung das größte deutsche Land bewahrt und seine Verwaltung in Funktion gehalten hat.

Die eigentlichen und auch die schwersten Aufgaben, die für Deutschland zu vollbringen sind, hat Heinrich Brüning also erst noch in Angriff zu nehmen. Von einem richtigen außenpolitischen Standpunkt aus findet er leicht die richtige Orientierung in der Innenpolitik und Innenwirtschaft. Aber viel Zeit ist nicht mehr zu verlieren. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird auf dem Parteitag in Leipzig darzulegen haben, aus welchen Gründen und mit welcher Absicht sie die Regierung Brüning toleriert hat. Diese Begründung wird ihr leicht fallen, wenn der Reichskanzler in diesen Wochen eine entschiedene Wendung zur Europapolitik macht. Die Europakonferenz dieses Jahres soll den konkreten Beginn der europäischen Einigung auf wirtschaftlichem Gebiet bringen. Wir erwarten, daß vornehmlich Deutschland mit all den hervorragenden Kräften, die dem deutschen Volk innewohnen, aktiv dabei mitwirkt. Erst dann wird man abschließend sagen können, wie wir wirklich zu Brüning stehen.

RICHARD KLEINEIBST · VOR DER EUROPA-KONFERENZ

MEINE lieben Landsleute haben sich ernstlich eingebildet, die Franzosen trachteten nicht nur nach den Kronen der deutschen Duodezfürsten sondern auch nach den Erdäpfeln ihrer Untertanen, und es gelüstete sie nach dem Besitze des Rheinlandes, um unsern guten Rheinwein zu trinken. O, nicht doch! Die Franzosen werden uns gerne unsere Kartoffeln lassen, sie, welche die Trüffeln von Perigord besitzen, und sie können sehr wohl den Rheinwein entbehren, da sie den Cham-

pagner haben. Frankreich braucht uns um nichts zu beneiden, und die kriegerischen Gelüste, von denen wir uns bedroht glaubten, waren Erfindungen englischer Herkunft. Daß das aufrichtige und großmütige, bis zur Eitelkeit großmütige Frankreich unser natürlicher und sicherster Verbündeter ist, war die Überzeugung meines ganzen Lebens, und das patriotische Bedürfnis meine verblendeten Landsleute über den treulosen Blödsinn der Franzosenfresser und Rheinlieddichter aufzuklären hat mir bisweilen einen leidenschaftlichen Anstrich gegeben, aber die Zeit war gefährlich, und Schweigen wäre Verrat gewesen.«

Sind wirklich schon mehr als 100 Jahre vergangen, seitdem Heinrich Heine diese Sätze geschrieben hat? Sie könnten sinngemäß von heute sein, und sie beweisen nur, daß unsere Ungeduld mit größeren Zeiträumen zu rechnen hat als uns lieb ist, auch im Zeitalter des Flugzeugs und des Radios. Der technische Geist ist schneller und beweglicher als der erkennende; politische Vorurteile sind viel zu tief eingewurzelt, als daß sie mit der wirtschaftlichen Entwicklung Schritt halten könnten. Das großmütige Frankreich, von dem Heine spricht, ist in Deutschland heute ebenso unbekannt wie zur Zeit der Rheinlieddichter, unbekannt wie das wahre Frankreich überhaupt. Es gibt da psychologische Kleinigkeiten, die vielleicht von größerer Tragweite sind als man ahnt. Daß der Friede nach dem Weltkrieg in Versailles geschlossen wurde (eine Genugtuung für die Franzosen, die man begreifen kann, und in der Natur der Dinge gelegen), hat den Friedensvertrag von vornherein mit einem besondern Odium belastet, hat das Gefühl einer gewollten Demütigung in Deutschland (auch das ist begreiflich) nicht einschlafen lassen. Und weil Versailles die Grundlage für das Europa der Nachkriegszeit gegeben hat, sieht man in Frankreich den Hort eines ungerechten Systems, in ihm den eigentlichen Urheber und Schuldigen an einem Zustand in Europa, der freilich viel zu wünschen übrig läßt, in ihm den Macher eines Friedens, dessen Wiedergutmachungen und Genugtuung für unterdrückte Völker notwendigerweise auch wieder Ungerechtigkeiten gegen andere Völker und Unzweckmäßigkeiten wirtschaftlicher Art in sich schließt. Dies letzte ist so selbstverständlich, daß man darüber am besten stillschweigend zu einer Tagesordnung überginge, die als Hauptpunkt die Beseitigung aller Schwierigkeiten durch gemeinsame Arbeit der betroffenen europäischen Nationen enthielte. Das aber ist, sowenig es in Deutschland bekannt sein mag, auch tatsächlich die Meinung des Frankreichs, das sich in dem Namen Briand personifiziert. Weil man nun aber nicht die Grundlage, auf der das neue Europa beruht, wegziehen kann, bevor ein neues Fundament gelegt ist (es sei denn, man wollte einen Zusammenbruch provozieren), weil deshalb das gleiche Frankreich vorläufig die Aufrechterhaltung und gutwillige Anerkennung der bestehenden politischen Verträge als Vorbedingung fordert und als ihr vornehmster Hüter sich bekennt, deshalb wird es nun als der Großsiegelbewahrer geschehenen Unrechts, als das reaktionäre Element Europas bezeichnet und schließlich des Strebens nach der Hegemonie über den Kontinent bezichtigt. Die Herrschaft über Europa: das ist das gleiche wie die Erdäpfel der Untertanen, von denen Heine spricht. Freilich vergißt man bei allen Klagen über den ungesunden Zustand des heutigen Europas, daß viele seiner Züge (es sei nur an den Polnischen Korridor erinnert) durchaus angelsächsisches Gepräge tragen, und daß die politische Beruhigung, die einer Verständigung der europäischen Nationen vorausgehen muß, bisher vor allem an der Verweigerung von Garantiesystemen durch England und Amerika gescheitert ist, hingegen die angeblich unüberbrückbaren Gegensätze zwischen Deutschland und Frankreich heute wie zu Heines Zeiten »Erfindungen englischer Herkunft« sind.

Es ist schon selten, daß man von Deutschland aus überhaupt mehr als eine Seite Frankreichs sieht, wie das Karl Renner in den folgenden Worten tut: »Auf der ganzen Linie steht Staatenvereinigung und Wirtschaftsbindung gegen Nationalstaatssoveränität. Das territoriale und politische System von 1919 ist unhaltbar geworden, und seine Abänderung steht nach allen Richtungen hin auf der Tagesordnung. Gerade dieses System aber betrachtet der französische Militarismus und Nationalismus als unabänderliches Ergebnis seines Sieges, und darum ist er, ohne sich dessen heute voll bewußt zu sein, das entscheidende Hindernis einer rettenden Neugestaltung des europäischen Wirtschaftslebens. Zugleich aber ist die Demokratie wie der Sozialismus von Frankreich, in dieser Richtung verkörpert durch die Person Briands, der wichtigste Exponent einer paneuropäischen Ausrichtung des politischen Denkens geworden; Darum kann man mit Recht beklagen, daß die Aktion beider Regierungen so eingeleitet worden ist, daß Briand und seine Richtung verletzt und geschwächt, nicht gewonnen und verstärkt worden sind.«¹ Daß ein französischer Militarismus (das Wort in seinem richtigen Sinn gebraucht) tatsächlich nicht besteht, braucht nicht auszuschließen, daß auch in Frankreich nationalistische Bestrebungen als retardierender Faktor sich geltend machen. Die Frage ist nur, wie stark diese Kräfte heute sind, und die weitere Frage, die Genosse Renner schon beantwortet hat, ist die, ob es gerade eine glückliche Politik ist sie zu stärken.

Von diesem Gesichtspunkt aus ist der Plan der deutsch-österreichischen Zollunion zu beurteilen. Damit wird, wie es der Sachlage entspricht, die politische Seite dieses Abkommens in den Vordergrund, an den ihr gebührenden Platz gerückt. Ist sie es doch, die die wirtschaftliche Lösung verzögert, den Blick für das, was notwendig und möglich ist, trübt. Freilich schreit die wirtschaftliche Krise, die ganz Europa erschüttert, nach Abhilfe, sie brennt auf den Nägeln, und sie ist sicherlich besonders groß in Österreich. Deshalb ist es wohl verständlich, daß Renner in seiner Berliner Rundfunkrede mit der Forderung nach einem »gangbaren Weg« dem Ausdruck verlieh. Es gilt nun vor allem diesen Weg zu erkennen. Denn das ist schließlich nicht das Entscheidende und kann auch nicht Karl Renners Auffassung sein, daß überhaupt "etwas getan" wird, sondern daß das Richtige getan wird. Auch vom rein wirtschaftlichen Standpunkt aus gesehen kann eine isolierte Zollunion zwischen Deutschland und Österreich dem kleinen Land schwerlich die Rettung bringen. Die Darlegungen, die der tschechoslowakische Außenminister zu diesem Punkt in seinem großen und auch großzügigen Exposé macht, sind kaum zu widerlegen. Sie decken sich mit den Auffassungen der Wirtschaftssachverständigen aus anderen europäischen Ländern, werden zum Beispiel von dem Schweizer Leo Wulfsohn /Lausanne/ in einem ausführlichen Artikel in der Prager Presse vom 19. April 1931 bestätigt. In einigen Blättern der deutschen Parteipresse zeigt Heinrich Ströbel, wie wenig wirtschaftlichen Sinn diese angeblich wirtschaftliche Lösung haben kann. Und schon längst sind Bedenken in Österreich laut geworden, wenn die Lautstärke selbst auch aus begrifflichen Gründen gedämpft worden ist, wie ja auch manche Widerstände von deutscher Seite kein Geheimnis sind. Daß man sich augenblicklich einer in diesen Kreisen sonst nicht üblichen Zurückhaltung befleißigt, hat seinen eigentlichen Grund vielleicht darin, daß man die Sache vorläufig noch nicht sehr ernst nimmt. Die Gefahr ist trotzdem nicht minder groß, daß versucht wird diese ganze Angelegenheit als eine Prestigefrage zu deklarieren. Daß man wieder einmal mit "Schlauheit" operieren, das Zollabkommen als Kompensationsobjekt benutzen will, wie bekanntlich das Prager Tage-

1) Siehe *Renner Zollunion und Anschluß*, im Kampf 1931 Seite 199; das spätere Zitat Seite 200.

blatt andeutete, hat das Deutsche Auswärtige Amt dementiert. Muß gesagt werden, daß das eine so unsinnig wäre wie das andere? Nein, die Lösung ist nur auf dem Weg zu erreichen, den Aristide Briand seit langem verfolgt, den Eduard Benesch mit neuen Argumenten beleuchtet, den die simpelste Anschauung als den einzig gangbaren erkennt, mag er auch, da er ein viel größeres, das gesamte europäische Gebiet umfaßt, komplizierter sein und in seiner Ganzheit nicht so schnell zu verwirklichen wie eine deutsch-österreichische Zollunion es im politisch luftleeren Raum sein könnte: freilich nur dort, nicht in dieser Welt der Gegensätze, der divergierenden und doch jeweils begründbaren Rechtsansprüche, des politischen Mißtrauens und des nationalen Egoismus. Nur etappenweise wird man das Ziel erreichen können. Aber es ist ein gewaltiger Unterschied, ob die ersten Aktionen im Rahmen einer Gesamtplanung vorgenommen werden, oder ob jeder grade den Spaten da einsticht, wo es ihm bequem ist; die Grenzstreitigkeiten begännen sofort, und nicht einmal die Grundmauer für den Einzelbau könnte gelegt werden. Die Grundzüge eines europäischen Wirtschaftssystems hat der tschechoslowakische Außenminister dargelegt, sie werden von französischer Seite anerkannt, Zustimmung ist von Polen, Jugoslawien und Rumänien erfolgt, und auch Italien hat in einem vielzitierten Artikel der Tribuna nunmehr öffentlich Bedenken gegen jenen Zollunionsplan geäußert. Man darf nach alledem erwarten, daß auch der Entwurf Briands, den er der Europäekonferenz vorlegen wird, in ähnlichen Linien verläuft wie das Exposé Benesch'. Das Wichtigste ist freilich, daß er in Genf nicht bloß diskutiert sondern sofort in Angriff genommen wird. Es kommt dabei nicht darauf an, daß man sein "Pulver trocken" hält, sondern daß man, wie der Temps am 24. April sagte, »sein aufrichtiges Verständnis für die Solidarität der europäischen Interessen beweist und dadurch in zweckmäßiger Weise die politische und ökonomische Reorganisation des Kontinents vorbereitet, die nur im Rahmen der bestehenden Verträge entworfen werden kann«.


Hier stoßen wir also, wie immer, auf die politische Mauer, an die zuerst die Spitzhacke der Vernunft gelegt werden muß. Deutschland und Österreich haben ihren guten Willen da zu erweisen; sie können es, ohne deshalb auf eigene Initiative verzichten zu müssen. Nichts hindert beide Länder bei der Gestaltung Europas treibendes Element zu sein. Die Deutschen können sich hier als »gute Internationale« beweisen, wie Renner sagt, der also fortfährt: »Wir werden es begrüßen, wenn dieser gegebene Anstoß über unser Land und Deutschland hinauswirkt. Es ist das ganze handelspolitische System des west- und mitteleuropäischen Teils unseres Kontinents, das für alle Völker gleich unerträglich geworden ist und nach Abhilfe schreit. Wir wollen, daß dieser Anstoß die Bestrebungen nach einem generellen politischen und wirtschaftlichen Übereinkommen zwischen Frankreich und Deutschland weitertreibt, sie beschleunigt und nicht hemmt. Eingeweihte Ökonomen versichern, daß sich die beiden Nationalwirtschaften dies- und jenseits des Rheins schon heute viel mehr ergänzen als konkurrieren, daß also ein solches Generalabkommen möglich und für beide Teile vorteilhaft wäre. Auf der andern Seite besteht heute auch zwischen Österreich und der Tschechoslowakei nur eine "papierdünne Wand". Es ist eine auffällige, aber unbestreitbare Tatsache, daß just zwischen diesen beiden Staatswesen seit ihrer Trennung die allergeringsten Reibungsflächen zurückgeblieben sind. Soll irgendetwas wie eine alleuropäische Verständigung verwirklicht werden (und aus Gründen der Zukunft Europas muß sie kommen), dann liegen, meiner persönlichen Auffassung nach, rein sachlich und wirtschaftlich betrachtet, die Linien des geringsten Widerstands grade am Rhein und an der Elbe, also dort, wo traditionell und psychologisch sich die Berge des Unmuts und der Mißverständnisse am höchsten türmen.«

Diese Berge wegzuräumen ist seit je das Bemühen der "guten Kontinental-europäer" gewesen. Der »Widerspruch zwischen der tatsächlichen Lage und der seelischen Einstellung«, um noch einmal Karl Renner zu zitieren, löst sich in einem wirtschaftlich gemeinsam und planmäßig vorgehenden Europa, in dem ganz automatisch die dann noch bestehenden politischen Differenzen und Ängste allmählich verschwinden werden.

Für die Sozialisten der europäischen Nationen ist die Aufgabe doppelt lohnend und doppelt verpflichtend. Durch die Einigung unseres Kontinents, seine wirtschaftliche Ordnung nach den natürlichen Bedingungen, durch die in langsamem Ausgleich zu erzielende Wegräumung aller, unter dem Zwang eines »kleinstaatlichen Souveränitätskollers« errichteten Fehlbildungen wird auch für den Sozialismus ein einheitliches Aktionsgebiet geschaffen, dessen er weder für seine Agitation noch für seine endgültige Organisierung ent-raten kann. Schon die Art einer europäischen Kartellierung, wie Benesch sie angedeutet hat, erfordert das Eingreifen des Staats in die privatwirt-schaftliche Zone, Brechung von Widerständen bei "Interessehäufen", was den ganzen Staatsapparat, ob er es will oder nicht, ob es ihm bewußt ist oder nicht, mehr oder weniger dem Ideal einer Vertretung der Gemein-schaftsinteressen annähert. All das wird sich nicht von heute auf morgen entwickeln, all das ist beileibe noch nicht Sozialismus an sich, wohl aber kann es Vorstufe werden, und vor allem ist es eine notwendige Phase, der nicht ausgewichen, die nicht übersprungen werden kann. Genau so, wie es auf der einen Seite gilt sich von einer nationalistischen "Einheitsfront" fern-zuhalten, genau so gilt es sich vor jenem politischen Ressentiment zu be-wahren, das in jedem unter dem Kapitalismus erzielten Fortschritt einen Schlag gegen die sozialistische Idee sieht, und das lieber auf jede Verwirk-lichung verzichtet, als daß es sich den Tatsachen anbequemt.

Mehr noch als der Kapitalismus ist die Arbeiterklasse an einem einheitlichen Europa interessiert, das ihr im wesentlichen gleiche Arbeitsbedingungen, gleichen Lebensstandard bietet und so den proletarischen Zusammenschluß begünstigt. Auch der Kapitalismus ist an bestimmte Wirtschaftsbedingungen gebunden, ist zu Maßnahmen gezwungen, die in erhöhtem Maß auch seinem Klassengegner zugute kommen. Ihn auf diesem Weg ohne Abweichen zu hal-ten, nicht um ihn zu "stabilisieren", sondern um ihn zu überwinden: dazu ist die Einigung des Kontinents das geeignete Mittel. Karl Renner hat recht: An der Elbe und am Rhein wird das Schicksal Europas, aber auch das Schick-sal des europäischen Proletariats entschieden. Und hier (nicht in Chequers) sind auch die Tore zum Anschluß Deutsch Österreichs an Deutschland.

WALTHER MAAS · REALITÄT UND IDEOLOGIE DES SOUVERÄNITÄTSBEGRIFFS

EIT dem Zeitalter des Absolutismus, mit der Auflösung der Universalidee des Mittelalters, hat Europa eine Periode des Kampfs um die Souveränität und des Glaubens an sie durch-gemacht. Souveränität bedeutet berlinisch gesprochen: Ick kann machen, wat ick will. Als dieses Ick ein König oder Fürst war, ging es noch an. Die fortschreitende Demokratie bedeutet auf diesem Gebiet, daß die Wünsche verschiedener Gruppen, die Interessen von allerlei

Schichten sich meldeten und ihre Befriedigung heischten. Jede Zusammenarbeit mit anderen Staaten wurde von starren Anhängern des Souveränitätsprinzips abgelehnt, da man ja dann nicht mehr ganz machen konnte, was man wollte. Diese Souveränitätsidee lebt noch unter uns, aber im wesentlichen nur als Wunschgedanke. Sie dient freilich auch dazu sich der Durchführung einer Politik, die als unbequem empfunden wird, zu entziehen.

Der Staat setzt als Gebietskörperschaft Rechtsnormen auf einem bestimmten Territorium. Aber die meisten Rechtsordnungen haben die Tendenz in Verwaltungsordnungen überzugehen. Ein Beispiel: In Ländern, in denen die Eisenbahnen Privatgesellschaften gehören, wird der Staat zur Sicherung staatlicher, zum Beispiel strategischer Gründe eine Anzahl von Vorschriften erlassen. Auch zum Schutz der Reisenden, der Bahnangestellten werden Bestimmungen getroffen werden, die der Zone des Rechts angehören, Gesetze sind, deren Beachtung der Staat mit seinen Machtmitteln erzwingen wird. Anders in Staaten, in denen die Eisenbahnen Staatseigentum sind. Hier genügt eine Betriebsordnung, wir sind aus der Zone des Rechts in die der Verwaltung gekommen. In der Sozialpolitik gibt es ähnliche Beispiele, wo an Stelle gesetzlicher Bestimmungen Verwaltungsordnungen treten. Das selbe ist auch auf internationalem Gebiet der Fall, nur darf man davon nicht laut reden. Die letzte Hintertür, die sich die Anhänger des starren Souveränitätsprinzips danach aufbewahren, ist die Möglichkeit des Austritts aus Konventionen. Aber glaubt jemand wirklich, daß Deutschland zum Beispiel aus dem Weltpostverein austreten wird, nur um diese Souveränität zu beweisen? Die einzelnen Bestimmungen über das Postwesen sind weitestgehend aus der Völkerrechtszone in die internationaler Verwaltung übergegangen. Ähnliches gilt für das Eisenbahnwesen, ganz neuerdings für den Scheckverkehr und dergleichen. Das gab es auch schon vor dem Krieg. Seit dem Krieg aber ist eine neue Macht hinzugekommen, die darauf hinwirkt Rechtstatsachen in Verwaltungstatsachen zu verändern: gewiß immer mit dem Bemerkten, der Souveränität geschehe nichts, niemand brauche mitzumachen. Das ist der Völkerbund. Der Völkerbund ist kein Überstaat, er ist auch nicht Bundesstaat und kaum Staatenbund oder wenigstens nur ein Staatenbund auf Kündigung; trotzdem schafft er internationale Normen, die durchaus solchen staatlicher Verwaltung gleichen. An das Minderheitenrecht soll erinnert sein. Aber es gibt noch andere Dinge. Kann man den Völkerbund als eine Auflockerung der Souveränität von oben her ansehen, so haben wir auch seit einiger Zeit Tendenzen zur Auflockerung der Souveränität von unten her. Hierhin gehören die zahlreichen Kommissionen, zum Beispiel die Donaukommission, die Rheinkommission, Gebilde, die sicher noch stark von der Souveränitätsidee leben, da Vertreter souveräner Staaten sich in ihnen befinden. Ihre Wirksamkeit findet häufig unter dem Verzicht auf gewisse Souveränitätsrechte statt. Das selbe gilt von den staatlichen Servituten, also zum Beispiel dem Recht Deutschlands auf ungehinderten Eisenbahn-, Automobil-, Post- und Telephonverkehr im Polnischen Korridor, den entsprechenden Rechten Polens auf der Bahnlinie Mława-Marienwerder-Dirschau und in Deutsch Oberschlesien. Auch auf dem Balkan ist eine Anzahl solcher Servitute vorhanden, desgleichen in den baltischen Staaten. Auch die Genfer Freizonen gehören hierzu. Und dann gibt es noch eine andere Auflösung der Souveränität: die internationalen Kartelle.

Wohin wir blicken, Auflösung der Idee der Willkür als Souveränität. So kann Joseph Barthélémy die Souveränität wie folgt definieren: »La souveraineté de l'Etat est le pouvoir de se mouvoir librement à l'intérieur des limites fixées par le droit international.« Gewiß, dieser Definition stimmt man nicht überall zu, aber die Tatsachen sind wichtiger als die Zustimmungen der Theoretiker. Wir sind in Europa mittlerweile auf dem Standpunkt angelangt, wo die Aufrechterhaltung des starren Souveränitätsprinzips der bloßen Staatswillkür nur noch einen Ausweg läßt, nämlich den: Ick kann sterben, wie ick will. Denn das Gebiet, auf dem sich die Souveränitätswillkür noch am stärksten auswirken kann, ist das der autonomen Zollgesetzgebung. Aber auch da regen sich schon die Gegenkräfte, man ruft nach Präferenzzöllen. Der Versuch Deutschlands die deutsch-österreichische Zollunion einzurichten, um, wie die offizielle Begründung lautet, die anderen zu Regionalverträgen ähnlicher Art zu bewegen, erwies sich leider als Versuch mit untauglichen Mitteln. Man liest jetzt in den Zeitungen allerlei, daß die Verständigungspolitik mit Frankreich versagt habe, und daß man nach Bundesgenossen Ausschau halten müsse, und da weder das bolschewistische Rußland noch das fascistische Italien noch das parlamentarische England sich für Deutschland einsetzen wollen, so müsse man eben ein deutsches Machtzentrum schaffen: Mitteleuropa. Und wenn die Staaten, mit denen man diese Union schließen will, sie nicht wollen, ist man auf Frankreich böse.

Vor dem Krieg befaßten sich in Deutschland mit Außenpolitik fast nur die Diplomaten. Was man Volk nannte, das saß an den Stammtischen und kannegießerte, aber in Wahrheit war man überzeugt Bismarck, später Bülow würden den "Kram schon schmeißen". »Schwarzseher dulde ich nicht«, sagte Wilhelm II, und eine eigene Meinung zu haben ist stets als Schwarzseherei und ähnlich bezeichnet worden. Das furchtbare Erlebnis des Weltkriegs und die Kriegsfolgen haben Deutschland erweckt, man sieht ein, daß es zwar eine Zeitlang geht sich nicht um die Politik zu kümmern, daß aber stets die Politik sich um einen kümmert, und man daher gut tun wird sich auch um sie zu kümmern. Es steht ein Satz in vielen deutschen Dorfwirtschaftshäusern: »Supp di vull und fret di dick und holt din Mul von Politik.« Er gilt aber nur, solange etwas zum Trinken und Essen da ist. Jetzt, in der schwersten Wirtschaftskrise, sollte es jedem in Deutschland klar werden, daß politische Momente die Beseitigung der Not erschweren, womöglich verhindern. Vor allem das grundverkehrte Verhältnis zu unserm Nachbarn Frankreich, mit dessen Hilfe eine Belebung unserer Wirtschaft leicht möglich wäre. Das französische Volk will den Frieden, es will die Ruhe, es will die Sicherheit, all das hat es in einem geeinigten Europa, daher will es dies, nicht um darin zu herrschen sondern um in Ruhe gelassen zu werden. Wir aber brauchen dieses geeinigte Europa, um leben zu können. Die 5 Millionen Arbeitslose, der Rückgang unserer Exportindustrie, die Einschränkung des Binnenmarkts sprechen eine deutliche Sprache. Frankreich kann uns Kapital, Frankreich kann uns auch Industrieaufträge geben.

Es gibt in Europa eine ganze Anzahl Fragen, die antinomisch sind. Wie steht es zum Beispiel mit dem Recht auf das Korridorgebiet? Mit juristischen Argumenten ist die Frage nicht zu beantworten, denn Polen bringt solche genau so gut vor wie Deutschland. Gibt es nur souveräne, sich gegen einander absetzende Staaten, so ist ein Ausweg überhaupt nicht zu finden.

Kooperation der Staaten, Auflockerung der Souveränitätsideologie schafft ihn. Die Balkanstaaten können ebenso nur in einem Zusammenschluß leben, mag es nun vorerst eine Balkanunion sein, bis der Vereinigte Europäische Kontinent geschaffen ist. Man fährt von New York nach San Francisco, hat das selbe Geld hier und dort und unterwegs, hat keinerlei Grenz- und Zollschwierigkeiten; von Lissabon nach Odessa ist nur der halbe Weg, man kommt aber über mindestens 6 Grenzen, braucht 7 Währungen, wird 12mal paß- und zollrevidiert; oder man fährt nicht durch Deutschland sondern durch die Schweiz, Österreich, die Tschechoslowakei, dann sind es noch 2 Staaten mehr. In dem einheitlichen Wirtschaftsgebiet liegt die Überlegenheit der Vereinigten Staaten von Amerika über Europa. In allem andern, vor allem auch in der technischen Potenz, ist unser Kontinent dem trans-ozeanischen weit voraus; aber in ihrer Auswertung muß er ebenso weit zurückbleiben. Glaubt man wirklich, daß die Maschinen der Industrie bei so kleinen Binnenmärkten ausgenutzt werden können? Sieht man nicht ein, daß in allen den Staaten ein ungeheures Beamtenheer aufrechterhalten wird, bloß zur Durchsetzung von Forderungen vermeintlicher Souveränitätsideologie? *Quantilla intelligentia*, mit wie wenig Vernunft die Welt regiert wird, wußte schon vor 300 Jahren der schwedische Kanzler Axel Oxenstjerna, und heute ist die Intelligenzportion fast noch geringer geworden. Island will sich von Dänemark lösen, es will eigne Gesandtschaften einrichten, mindestens in Dänemark, Norwegen, England und Spanien; diese 4 Gesandtschaften würden etwa ebensoviel kosten wie die gesamte Verwaltung dieses Volks von 100 000 Menschen. Hier sieht man den Wahnsinn ein. Aber daß Deutschland sich gegen das kommende Kontinentaleuropa sträubt, nur weil es sich einbildet, daß es Frankreich um die Hegemonie zu tun wäre, ist, wenn man das, was hier auf dem Spiel steht, in seiner ganzen Größe betrachtet, ein noch viel größerer Wahnsinn. Ideologien von der freien Staatspersönlichkeit und dumpfe, gegen das Gemeinschaftsinteresse gerichtete Interessentengelüste wirken hier zusammen, und die Völker müssen es ausbaden. Die verantwortlichen europäischen Staatsmänner des Jahres 1931 müssen einst vor dem Forum der Geschichte Rechenschaft ablegen. Die entscheidende Frage an sie wird lauten: Was taten Sie, um die europäische Einigung zu fördern? Heute muß man schon beinahe dankbar sein, wenn der Betreffende antworten kann: Ich habe nichts getan, um sie zu erschweren. Das genügt vielleicht für den Vertreter der Schweiz, Rumäniens. Aber dieser Standpunkt ist unmöglich für den Vertreter eines Volks von 63 Millionen, für ein Land, das in der Mitte Europas liegt. Niemand ist an der Einigung Europas so interessiert wie Deutschland. Es ist ja ein Treppenwitz der Weltgeschichte, daß unsere Nationalisten erklären: die Verwirklichung Gesamteuropas bedeute die Verewigung des Unrechts, während die (in ihrem Land freilich einflußlosen) französischen und besonders die polnischen Nationalisten Briand vorwerfen, sein Projekt bedeute die Ermöglichung der deutschen Vorherrschaft in Europa.

Der Blick der Völker ist jetzt im Mai nach Genf gerichtet. Sie erwarten, daß dort etwas geschieht, und besonders das deutsche Volk hat den stärksten Anlaß eine deutsche Aktivität in der Frage der Einigung Europas zu verlangen. Veraltete Souveränitätsdoktrinen dürfen (und werden) den Einzug des neuen europäischen Geistes nicht hindern.



MAX KLESSE · BEAMTENTUM, STAAT UND DEMOKRATIE

BEI keiner Gruppe des Volks erfreut sich heute das Beamtentum besonderer Beliebtheit oder auch nur einer gerechten Anerkennung. Die in scharfem Existenzkampf ringenden Schichten des Mittelstands sehen in ihm nur die mit Pensionsberechtigung ausgestattete privilegierte Bürokratie, die von der Not der Zeit nichts merkt; das Proletariat sieht im höhern Beamtentum häufig nur den Geheimratsklüngel, der noch die besten Lösungen und Bemühungen seiner Führer durchkreuzt. Für die Kreise der früher allein Herrschenden ist der beamtete Republikaner vielfach identisch mit einem womöglich zur Korruption neigenden, nicht hinreichend vorgebildeten Parteimann, der seine Interessen wie jeder andere Staatsbürger wahrnimmt, dagegen die alte Berufsehre des in seiner materiellen Bescheidenheit und Pflichttreue mustergültigen preußisch-monarchischen Beamtentums nicht mehr verkörpert und sich von rein materiellen Gesichtspunkten leiten lasse, nach dem Knittelvers: Ich schwöre Treue der Verfassung, dieweil ich fürchte die Entlassung. Und macht man eine neue, schwör' ich aufs neue Treue.

Dieses Zerrbild vom Beamtentum konnte nur deshalb entstehen, weil durch die Staatsumwälzung von der die sozialen Gegensätze umhüllenden Monarchie zur parlamentarischen Republik mit ihren unverhüllten Partei- und Klassenkämpfen grade das Beamtentum in seinem einheitlichen Lebensgefühl und seinem sichern Staatsbewußtsein erschüttert und in der Folgezeit auch in seiner Zusammensetzung tiefgreifend beeinflusst wurde. Der Zeitgeist, mit seinem charakteristischen Merkmal dem politischen Gegner die Ehre abzuschneiden, tat ein übriges, um eine sachliche Betrachtung der Problematik des Beamtentums von der politischen Seite her zu erschweren. Um die Wandlung zwischen früher und heute würdigen zu können, ist ein kurzer Rückblick auf die Entstehungsgeschichte des Beamtentums erforderlich.

Erst mit dem Aufkommen des zentralisierenden Absolutismus gegenüber der Vielheit kleiner Feudalherrschaften gewann das Beamtentum Ausdehnung und zunehmende Bedeutung. Absoluter Herrscher und Beamter wurden 2 neue staatliche Lebensformen, die mit einander wuchsen; der Absolutismus hätte sich ohne diese ihm persönlich verbundenen, durch spezielles Fachwissen ausgezeichneten (zuerst zum Teil aus dem Ausland berufenen) "landesherrlichen Diener" gegenüber dem eignen Feudaladel nicht durchsetzen können. Diese anfangs durchaus persönliche Dienstauffassung gegenüber dem Fürsten mußte unter unfähigen Monarchen zu jener überragenden und zum Mißbrauch reizenden Machtfülle der Bürokratie führen, wie wir sie in Preußen unter den Nachfolgern Friedrichs II erlebt haben, die nach den Niederlagen von 1806 und 1807 Stein zu seiner Abneigung gegen die »Schreiberkaste« führte und ihn mit dazu veranlaßte den Staatsbürger in der Gemeinde zum verantwortlichen Mitarbeiter und Gegenspieler der Bürokratie heranzuziehen. Mit der Überwindung des Absolutismus wurde aus dem landesherrlichen Diener, der trotz der Rechtsprechung des Kammergerichts in Wetzlar nach freiem Ermessen des Fürsten entlassen wurde, der moderne Beamte in staatsrechtlichem Sinn, das heißt der auf Lebenszeit angestellte, aus privatwirtschaftlichen Bindungen losgelöste, dem staatlichen

Interessenkreis verbundene, bescheiden bezahlte Facharbeiter mit besonderer Dienstauffassung und Amtsehre. Er fühlte sich mit dem Träger der Krone als Repräsentanten des Staats aufs engste verbunden und hielt sich dank seiner Fachausbildung und Unantastbarkeit im Dienst der immer komplizierter werdenden öffentlichen Verwaltung für unentbehrlich. Die früher überaus bescheidene Besoldung kam in einer ebenso bescheidenen Lebensführung, in Kleidung usw. zum Ausdruck, was durch die ideelle Wertung des Berufs oder Amtes überkompensiert wurde. Außerberufliche Geschäfte galten ebenso für anrühlich wie ein über die Einkommensstufe hinaus getriebener Aufwand, der heute, mit der Einschränkung der Kinderzahl Hand in Hand gehend, auch in Beamtenkreisen immer mehr um sich greift. Eingebettet in die stabile Gliederung von Aristokratie und Großkapital auf der einen, Arbeitern, Bauern- und Kleinbürgertum auf der andern Seite, bildete das Beamtentum, ähnlich wie die Freien Berufe, einen vom Volk in gewissem Sinn abgegrenzten, durch Leistung und Amt charakterisierten Stand mit einer dem Einkommen angepaßten Lebensführung, gegliedert in höhere, mittlere und untere Beamte. Ein starkes Gemeinschaftsgefühl verband und verbindet bis heute die Beamten trotz manchen Ressort-, Behörden- und Rangunterschieden unter einander und mit dem Staat.

Man muß sich ohne Vorurteil klarmachen, daß gewisse Vorzüge des alten Beamtentums in der monarchischen Tradition einerseits und in seinem spezifischen Staats- und Gruppengefühl andererseits wurzelten. Die Weiterentwicklung des Kapitalismus hatte zwar hinter der monarchischen Fassade bereits zahlreiche Stützen der alten Ordnung untergraben, und der Krieg beschleunigte diese Auflösungsarbeit, aber das Beamtentum blieb im großen und ganzen intakt, seine angesehene Stellung in Staat und Gesellschaft unbestritten. Erst die Staatsumwälzung vom November 1918 machte die Stellung des Beamtentums als ruhenden Pols in der Erscheinungen Flucht problematisch. Nun wurde es von allen Seiten mit Skepsis betrachtet. Dabei wird gleichzeitig anerkannt, daß für den Bestand der staatlichen Ordnung und ihre Fortentwicklung zum sozialistischen Volksstaat nichts wichtiger ist als ein sauberes, arbeitsfreudiges und leistungsfähiges Beamtentum, das, wieder von einer einheitlichen Staatsideologie erfüllt, aber nicht mehr vom Volk als Kaste getrennt, Staat und Volk mit Hingebung dient. Die Staatsumwälzung konnte naturgemäß nicht spurlos an dieser Schicht vorübergehen, die Träger und ausführendes Organ der Staatsmacht war und auch heute noch durch Beherrschung der Exekutive mitentscheidet. Die Bereitschaft der Beamten zum solidarischen Widerstand gegen jeden Umsturz muß grade in dieser Zeit der allgemeinen Erschütterungen eindeutig zum Ausdruck kommen, und die vielleicht noch notwendigen materiellen Opfer für den Staat dürfen nicht Kühle und Gleichgültigkeit gegen eben diesen Staat hervorrufen. Zeiten des Übergangs sind Zeiten der Unsicherheit und der Fehler; daher bewirkt Vermeidung von Fehlern schon Erfolge.

Daß man, wie früher einzelne Sozialisten angenommen hatten, das Beamtentum als solches aufheben und die Beamten in schlichte Arbeitnehmer umwandeln oder gar die Bürokratie ganz beseitigen könne, hat sich als unrichtig erwiesen. Die zunehmende Komplizierung der ganzen Verwaltung wächst mit der Tendenz zum Großbetrieb, und damit wächst auch die Ausdehnung der Bürokratie, das heißt die Bürokratisierung der größeren Betriebe auch in der Wirtschaft und in den Parteien. Es kann zunächst

nur darauf ankommen die Schattenseiten dieses Prozesses in den öffentlichen wie in den privaten Verwaltungen zu verringern. Das aber ist eine Erziehungsaufgabe. Das Ziel des Parlaments war ursprünglich ein Gegengewicht gegen die staatliche Bürokratie zu bilden. Mit der Aufrichtung der Parlamentsherrschaft stand das Berufsbeamtentum daher vor einer neuen Situation: Die monarchistische Staatsidee mit ihrer Verhüllung der Klassengegensätze war verschwunden, die Repräsentanten des neuen Staats und damit die neuen Regierungen bestanden aus Parteimännern, deren offen eingestandene Aufgabe darin bestand die Ziele der Partei im Staat zu erreichen. Zu diesem Zweck setzte man Parteimänner in entscheidende Stellen des öffentlichen Dienstes, wodurch eine durch die Partei hergestellte partielle Personalunion zwischen gesetzgebender und ausführender Gewalt zustande kam. Umgekehrt erschienen in zunehmender Zahl Beamte als Parlamentarier, aber nicht mehr bloß wie früher als Vertreter der Regierungsparteien sondern auch als Mitglieder der extremsten Opposition. Die Entwicklung nach der Staatsumwälzung führte nicht zu der von mancher Seite erwarteten Einschränkung der Bürokratie, vielmehr zu einer Ausdehnung des Beamtencharakters auf immer weitere Gruppen öffentlicher Arbeitnehmer. Die zunehmende Unsicherheit des Lebens für die Mittelschichten und ihr hoffnungsloser Widerstand gegen den zermalmenden Kapitalismus (in der Inflation über alle Maßen jedem zum Bewußtsein gebracht) bewirkten das Hineindringen des Mittelstandsnachwuchses in alle Beamtenlaufbahnen; andererseits schufen der Selbsterhaltungstrieb des modernen Staats und seine Fortentwicklung zum Wohlfahrtsstaat zahlreiche neue Aufgaben und damit Ämter. Endlich führte das Bedürfnis des Staats seiner Verteidigung gegen einen drohenden Umsturz eine möglichst breite Basis zu schaffen dazu die Beamteneigenschaft, die auf der Verbindung von Fachausbildung und der besondern Aufgabe im öffentlichen Dienst beruht, auf immer weitere Kategorien auszuweiten: parteipolitisch verständlich, wirtschafts- und finanzpolitisch verhängnisvoll, staatspolitisch demoralisierend.

Zweierlei Faktoren sind es also, die die Problematik des Beamten im modernen Staat zurzeit bilden: 1. die Stellung des Beamtentums zum Parteienstaat, 2. die großen Vorrechte des Beamten vor den Mitbürgern durch seine materielle Sicherstellung und die seiner Angehörigen über seinen Tod hinaus, denen besondere Pflichten gegen den Staat gegenüberstehen, die sich in dem einen Brennpunkt sammeln: seinen Dienst unter vollem Einsatz seiner Kräfte aus einem spezifischen Lebensgefühl heraus zu leisten, das für den Durchschnittsbeamten in der besondern Amtsehre seinen Ausdruck findet. Ohne dieses Gefühl der Sonderverantwortlichkeit und -aufgabe im öffentlichen Dienst wird man den durchschnittlichen Volksgenossen nicht zu jenem tadellosen Beamten erziehen können, der heute unentbehrlicher ist denn je, ebenso wie man den Arbeiter ohne den (berechtigten) Glauben an die besondere Mission grade seiner Klasse nicht zum Vorkämpfer des Sozialismus hätte erziehen können. Und je höher wir in der Rangstufe des Beamtentums gelangen, um so wichtiger werden diese psychischen Antriebe aus dem Berufsethos, weil sonst die besten Kräfte dem Fach verloren gehen, da die aus dem Parteilieben kommenden politischen Beamten nicht bloß viel höhere Dienstbezüge erhalten als die reinen Fachbeamten sondern, wenn auch vereinzelt, noch über manche nennenswerte Nebeneinnahmen ganz legaler Art als Abgeordnete, Aufsichtsräte usw. verfügen.



HIER rücken wir an die Frage heran, die die Fundamentalfrage für die Fortentwicklung zum Sozialismus ist, die auch für die vulgäre Hetze gegen den Marxismus den eigentlichen Resonanzboden abgibt. Da scheiden sich die Geister: hier Sozialismus und Kultur, dort Liberalismus und Gschaftehuberei nach dem erhabenen amerikanischen Vorbild, um aus allem auf dieser Welt: aus Natur und Menschheit, Volk und Staat, Tugend und Verbrechen, Gesundheit und Krankheit, persönliche, Gruppen- oder Parteivorteile herauszupressen. Wäre dies der Sinn des Lebens auch für den Marxismus, dann wäre er in der Tat gerichtet; Dienst als Verdienen aufzufassen, wäre der Tod nicht bloß der Demokratie sondern auch jedes sozialistischen Aufbruchs. Grade für den marxistischen Sozialismus ist es eine Lebensbedingung immer wieder die Frage nach dem gerechten und tiefen Sinn des sozialen Zusammenlebens zu stellen und aus echter Kulturgesinnung heraus auf persönliche Vorteile zu verzichten, wenn dadurch jenes Ziel in Frage gestellt wird der Gemeinschaft eine gerechtere Ordnung zu schaffen. Dieser sozialistische Kulturmaßstab als Sinnggebung für unser Handeln muß gegenüber dem liberalen Utilitätsprinzip überall zur Anwendung kommen, wenn nicht zuletzt doch die Zivilisation des Kapitalismus triumphieren soll, um alles, was lebenswert ist, in seinem großen Warenhaus im "Kleinverkauf" zu verschleißeln: das Volk und seine soziale Ordnung, Staat und Familie, Kunst, Religion und Wissenschaft. Der Kapitalismus fragt gar nicht nach dem Sinn des Lebens, er sucht stückweise nach Nützlichkeiten, unterwirft daher die bunte Mannigfaltigkeit des sozialen und individuellen Lebens, um es beherrschen zu können, einer brutalen Vereinheitlichung und Zentralisierung, wie wir sie in Amerika, dem Land des hemmungslosesten Kapitalismus, erleben. Europa braucht aber Differenzierung seines Lebens. Man wird daher auch manche Vereinheitlichungswünsche im sozialistischen Lager aufgeben müssen, beispielsweise, wenn man das Berufsbeamtentum organisch weiterentwickeln will, sich ernsthaft mit den Forderungen derer befassen müssen, die im Interesse des Staats und der Sonderstellung seiner Beamten eine Kürzung der politischen Bewegungsfreiheit der Beamten verlangen.

Bevor wir mit einem freiwilligen Verzicht aus Einsicht bei allen Beamten rechnen dürfen, müssen einige Fragen geklärt werden, die die Voraussetzung für die von allen Seiten geforderte Entpolitisierung des Beamtentums bilden, wie die Mitwirkung der Parteien bei der Ämterbesetzung. Gewiß werden im heutigen Parteienstaat die Parteien bei der Besetzung der einzelnen Posten für die ganze nächste Zukunft noch eine wichtige Rolle spielen; man mag dies tadeln oder billigen. Über einen Punkt aber sollte man sich grundsätzlich im sozialistischen Lager einigen: nämlich den eignen Beamtenkandidaten besonders sorgfältig auszusuchen; er muß nicht bloß »den Nachweis der erforderlichen Befähigung für das erstrebte Amt führen können«, sondern er muß ein ganzer Kerl sein, der für die Stelle besondere Eignung besitzt, seinen Dienst mit besonderer Hingebung versieht, besser als jeder andere. Grade wegen der lebenslänglichen Anstellung des Beamten darf es gar nicht vorkommen, daß die Wahl auf einen leistungsschwachen, eigennützigen, faulen, ungeschickten oder sonstwie minderwertigen Bewerber fällt, der einen lebenslänglichen Schandfleck für das Amt und die sozialistische Bewegung bildet, während der tüchtige sozialistische Beamte sich gegen alle Widerstände schließlich doch durchsetzen wird und dadurch für

den Sozialismus ein überzeugender Werber ist. Hat man keine vollwertigen Kandidaten in den eignen Reihen, dann liegt es im Interesse nicht nur des Staats sondern auch der sozialistischen Bewegung unter Verzicht auf weniger geeignete sozialistische Kandidaten in völlig sachlicher Entscheidung das Amt einfach dem bestgeeigneten Kandidaten zu überlassen. Nur so können wir dem Sozialismus im Volk und Staat schließlich zum Sieg verhelfen. Keine Berufsschicht ist durch ihre materielle Lage und ideelle Aufgabe mehr zum Sozialismus berufen und leichter dazu zu erziehen als die Beamtschaft. Nur müssen wir diese Erziehungsarbeit eben leisten.

Eine weitere grundlegende Bedeutung für die Erziehung des Beamten zum modernen Volksstaatsbeamten besitzt die Stellung der Regierung als der höchsten Behörde im Parteienstaat, das heißt gegenüber Parlament und Parteien. Grade nach dem Versagen des Parlamentarismus gewinnen Stetigkeit und Tatkraft der Regierung wieder die Bedeutung, die sie in jedem gesunden Staatswesen eo ipso eben als Regierung besitzen müssen. Vor einem halben Jahr, am 27. Oktober 1930, charakterisierte ich die Situation hier folgendermaßen: »Die Vertrauenskrise, die anfangs nur das hinter den Kulissen, in den Fraktionszimmern kuhhandelnde, in "Interessentenhaufen" zersplitterte Parlament bedrohte, wächst sich zu einer Staats- und Verfassungskrise aus, und zwar nicht ohne Schuld der Parlamente oder vielmehr des Einkammersystems, wie grade der Sozialist und Republikaner zugeben muß, dem Republik und Volksstaat Herzenssache sind. Aus der höchsten gesetzgebenden Versammlung wurde ein schlecht funktionierender politischer Jahrmarkt, der nicht einmal seine Hauptaufgabe erfüllt hat: die Einnahmen und Ausgaben in ein vernünftiges und für den Steuerzahler erträgliches Verhältnis zu bringen.« Die Parteien haben es leider mit einem seltenen Talent verstanden in der kurzen Zeit seit der Staatsumwälzung die schwersten Bedenken an ihrer materiellen und moralischen Existenzberechtigung bei allen denkenden Mitbürgern wachzurufen. In immer noch wachsenden Volkskreisen wird grade der übergroße Einfluß der Parteien auf die Lebensfragen der Nation für einen großen Teil unseres Elends verantwortlich gemacht. Kann man solcher Auffassung entgegenwirken? Damit kommen wir zu den Forderungen, die hier erhoben und dauernd vertreten worden sind: Wir brauchen dringend und endlich die legitime Vertretung der Wirtschaftsgruppen in einer Kammer der Arbeit, in der die besten Sachkenner der einzelnen Gruppen sich über ihre wichtigste und im besten Sinn nationale Aufgabe auseinandersetzen: nämlich die nationale Gesamtproduktion zu steigern, die Verteilung zu organisieren und deren Kosten auf ein Minimum herabzusetzen. Aber nicht minder notwendig ist eine arbeitsfähige und arbeitswillige politische Kammer, gewählt auf breitester demokratischer Grundlage, die das Beste in sich versammelt, was an Lebensreife und Staatsklugheit in der Nation vorhanden ist, die durch ihre relative Unabhängigkeit von der Wirtschaft und den Parteimonopolen einen bessern Resonanzboden für die Führer des Staats abgibt als die heutigen "Volksvertreter". Nur eine von den Parteimonopolen unabhängige Führerauslese und Wahlordnung könnte diese qualitativ hochstehende politische Kammer verwirklichen. Noch ist es Zeit durch sachliche Reformen, die eben der Sachlage Rechnung tragen, ein demokratisches Parlament zu schaffen, das, von den "Interessenten" gereinigt, das Vertrauen des Volks genießt und jenes Ansehen, das für die Demokratie lebensnotwendig ist.

Auf dieser Grundlage ergibt sich die von allen Seiten geforderte Entpolitisierung des Beamtentums als eine Selbstverständlichkeit, die mit der Zugehörigkeit der einzelnen Beamten zu den verschiedenen politischen Parteien allerdings nicht verwechselt werden darf. Auf die Dauer ist es unerträglich, daß einerseits nur der Parteizugehörigkeit wegen Mitbürger in Beamtenstellen einrücken (die Übung dieser Methode durch alle Parteien macht es nicht besser), und andererseits Beamte als Vertreter extremer Parteien, wemöglich noch im Parlament, die Regierung, deren ausführende Organe sie sind, mehr oder weniger unanständig angreifen dürfen. Was wir brauchen, ist ein staatspolitisch positiv gerichteter Beamtenkörper als Mitträger der Staatsautorität. Daß diese Geschlossenheit im staatspolitischen Sinn nicht identisch mit einer ständisch vom Volk abgeschlossenen Bürokratie ist, braucht wohl hier nicht erst ausgeführt zu werden, wenn wir uns den Erziehungsgedanken dieses Volksbeamtentums und seine Vorbilder vor Augen führen. Das auf das Königtum als Autorität begründete Beamtentum trug naturgemäß ein ständisches Element an sich, mit der Neigung zur Absonderung vom übrigen Volk. Ganz anders ein Beamtentum, das im Hinblick auf die Träger des republikanischen Staatsgedankens erzogen wird, die dem Volk aufs engste verbunden sind und als seine Vertrauensleute und Führer in freier Wahl von ihm berufen werden, nicht als Geschöpfe und Diener von Parteikönigen. Auf dieser Basis demokratischer Autorität und Würde läßt sich das Beamtentum sicherer stabilisieren als auf dem Königtum und zu wahren Volksbeamtentum erziehen. Die Auswahl wird in Zukunft mit immer größerer Sorgfalt getroffen werden müssen, sowohl nach der individuellen Eignung für die besondere Dienstaufgabe (andere Qualitäten sind erforderlich für den unmittelbaren Verkehr nach außen, andere für technische Aufgaben) wie nach den allgemein erforderlichen Beamtentugenden. Daraus ergibt sich schon eine Forderung mit Selbstverständlichkeit: Ein Mensch, der dauernd beleidigt ist, ewig klagt und sich mit seinen Mitarbeitern, ob Vorgesetzten oder Untergebenen, nicht vertragen kann, der das Publikum in reizbarer Überheblichkeit als Objekt seiner Stimmung betrachtet, der anspruchsvoll nach anderen Posten ausspäht, weil er den derzeitigen nicht ausfüllen kann, ist sachlich seiner Aufgabe als Beamter nicht gewachsen. Die wichtigste Voraussetzung ist also reine Sachlichkeit, die alle persönlichen Empfindlichkeiten zurückstellt, um dem größern Ganzen zu dienen. Die natürliche Menschenkenntnis werden solche Männer und Frauen bald erwerben, um in stetiger individueller Anpassung an den einzelnen immer das richtige Wort und den richtigen Ton zu finden, auch dort, wo man ablehnen muß. Dabei bedeutet natürlich Sachlichkeit nicht das selbe wie trockene Pflichterfüllung sondern grade ein lebendiges Arbeiten, wie es die Sachlage im einzelnen verlangt, das heißt also ein jedesmaliges Einfühlen in die immer wieder neuen Situationen und Individuen. Nur so bleibt man vor Routine bewahrt und immer frisch und arbeitsfreudig. Eine weitere Frucht sachlicher Arbeit, die für die Verbundenheit des Volksbeamtentums mit dem Volk gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann, ist die Menschlichkeit. Hier lag die Schwäche des altpreußischen Beamtentums: in dem Mangel an Menschlichkeit im tiefem Sinn, an Höflichkeit und Form im oberflächlichen Sinn; Anfahren, ja Anschmauen der "einfachen" Leute kam nur zu häufig vor und entfremdete das Beamtentum und den Staat dem Volk. Diese unzureichenden Formen der deutschen Gesellschaft

spiegeln sich heute wieder in der Grobheit im Schrifttum, in der Verunglimpfung der politischen Gegner im öffentlichen Leben. Ein zu Sachlichkeit erzogenes Beamtentum (für den technischen Beamten also wissenschaftliche Arbeitsweise, sachliche Auswahl des Materials, sachliche Verarbeitung ohne Ressentiment) arbeitet von selber menschlich und gerecht und wird immer den rechten Ton finden, brauchte daher zur Höflichkeit kaum gemahnt zu werden. Aber naturgemäß ist eine solche Erziehung nicht in wenigen Jahren in vollem Umfang durchzuführen, und deshalb wird man auch auf die Mahnung zur Höflichkeit vorläufig nicht ganz verzichten können. Eine gewisse Starrheit der Form ist dort möglich, wo die Dienstleistung mechanisch ist, oder die Höflichkeit der Forderung entspringt möglichst rasch und reibungslos zu arbeiten; wird vielleicht auch überall dort noch genügen, wo es sich um kurze, womöglich einmalige, an der Oberfläche der Menschen und Dinge sich abspielende Leistungen handelt. Feines Einfühlungsvermögen jedoch ist unentbehrlich, wo der Mensch in seiner Not Hilfe, Führung oder Trost braucht. Hier können bei der Auswahl die Ansprüche gar nicht hoch genug gestellt werden, mehr noch im Können als im Wissen, und der beste Teil des Könnens ruht in der ausgereiften Persönlichkeit.



SOLANGE die Revolution, sich selbst treu, ihr Ziel zu verwirklichen sucht eine gerechtere Ordnung unter den Menschen herzustellen, bleibt ihr auch das Volk treu, und es wird immer bereit sein den Trägern dieser neuen Staatsgesinnung Vertrauen zu schenken, das heißt Macht zu geben. Haben sich einzelne Mittel zur Sicherstellung dieses vornehmsten Ziels der Staatsumwälzung als unzureichend erwiesen, dann muß man sie durch bessere ersetzen, sonst überträgt das Volk seinen Glauben und damit die Macht an neue Männer. Das Einkammerparlament hat versagt. Die Regierungen dürfen nicht, wie bisher, allein von ihm abhängen, sonst verlieren sie das Vertrauen des Volks. Hier liegt das Rhodus der Demokratie; Nicht das Volk ist schlecht, wenn es anderen Führern nachläuft, sondern das System muß unrichtig sein. Das selbe gilt für das Beamtentum. Seine Problematik verschwindet, wenn die Staatsform nicht mehr problematisch ist, und damit der Zweifel am Sinn des Staats in der heutigen Geschichtsepoche aufhört. Nur eine liberale Staatsideologie schafft allenthalben Unsicherheit, Ziellosigkeit und Gegeneinander, zwischen Staat und Bürgern, zwischen Regierung und Staatsdienern. Die Paradoxie, daß die Regierungen von ihren eignen Beamten im Parlament bekämpft werden dürfen, löst sich mit der Stabilisierung der Regierung von selbst auf. Die Demokratie verlangt, daß die Staatsmacht grade dann, wenn die Wirtschaftskämpfe am stärksten toben, die staatspolitisch notwendigen Entscheidungen fällt. Unpopuläre Maßnahmen können nur vorübergehend verstimmen, niemals das Vertrauen des Volks erschüttern, wenn sie dem nationalen Leben gerecht werden und Erfolg haben; selbst die maßloseste Hetze kann daran nichts ändern. Aber wo schreibt die Demokratie vor, daß maßlose Beschimpfungen ihr wesenseigner Verkehrston seien? Man mißachtet eine Regierung, wenn täglich blutrünstige Deklamationen über sie erscheinen dürfen. Das Volk, mindestens die Arbeiterklasse, würde schärfstes Vorgehen gegen solche Sorte Kritiker gut verstehen. Demokratien gedeihen nur, wenn die Verkehrsformen in ihnen kultiviert werden. Das lehrt auch die Geschichte der politisch erfahreneren westlichen Völker.



HERMAN KRANOLD · DER PANZERKREUZERSTREIT



IN der letzten Zeit hat die Angelegenheit der Abstimmung im Reichstag über die 1. Rate für das Ersatzpanzerschiff B nicht mehr im selben Maß wie gleich nach der Abstimmung die Aufmerksamkeit der Parteigenossen in Anspruch genommen. Nun steht aber der Parteitag bevor, und er wird sich mit der Sache zu beschäftigen haben. Es ist ganz gut, daß sie in einem Augenblick zur entscheidenden Beratung gestellt wird, in dem die erhitzten Leidenschaften sich wieder ein wenig abgekühlt haben, die Sorge vor Unpopularität etwas verebbt ist, klarer als zuerst eingesehen wird, daß hier ein politischer, nicht bloß ein formaler Beschluß gefaßt werden muß, daß die Sozialdemokratische Partei auf die Gestaltung der Dinge in Deutschland unter der Regierung Brüning auf die Dauer keinen Einfluß ausüben kann, wenn sie nicht auch in dieser Sache eine wirklich grundsätzliche Politik hat.

Zunächst gilt es einiges Mißverständliche aus dem Weg zu räumen. Die Debatte über die deutschen Panzerschiffe scheint nämlich nach und nach in alle Sackgassen zu führen, die uns aus den Auseinandersetzungen über die Taktik der Sozialdemokratie seit dem ersten Auftreten des Revisionismus allmählich vertraut geworden sind. Abgesehen von den Abgeordneten, die bei der entscheidenden Abstimmung über die 1. Rate für das Panzerschiff B im Reichstag aus Gründen gefehlt haben, die mit dem Gegenstand nichts zu tun hatten, ist auch ein Teil der Fraktion, der für die Rate nicht stimmen wollte, der Abstimmung absichtlich ferngeblieben, und 9 Abgeordnete haben, entgegen dem Beschluß der Fraktion, gegen die Bewilligung der Rate gestimmt.

Über diejenigen, die ferngeblieben sind, besteht kein Streit; dieses Fernbleiben ist nach der bisher geübten Praxis der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gestattet. Das ist allerdings ein Standpunkt, der hauptsächlich historisch zu erklären ist; er stammt aus jener (nach mancher Genossen Meinung schönen) Zeit, da unsere Parlamentarier für nichts verantwortlich waren als dafür, daß, wenn der Radikalsten einer unter ihnen Vizepräsident im Parlament wurde, er auch einen anständigen Gehrock anhatte. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat an dieser Praxis bisher festhalten können, weil das Zahlenverhältnis der Gruppen im Reichstag noch nie so gewesen ist, daß der politische Erfolg, der von der Fraktionsmehrheit gewollt wurde, von restloser und einheitlicher Abstimmung aller Fraktionsmitglieder abhing. Im Preußischen Landtag, wo ein halbes Dutzend sozialdemokratischer Abgeordneter, wenn es seine eigenen Wege geht, jederzeit die republikanische Regierung torpedieren kann, und in einer Reihe anderer Einzellandtage ist dieser Brauch längst abgeschafft worden. Er besteht also, das darf man zunächst einmal feststellen, nur da, wo er keine Konsequenzen hat.

Anders ist es damit, daß 9 sozialdemokratische Abgeordnete entgegen dem Beschluß der Reichstagsfraktion abgestimmt haben. Das ist ein Bruch mit ausdrücklichem Recht, und so kann es uns nicht wundern, daß darüber eine heftige Debatte auch im Land geführt wurde. Die Bezirksparteitage und Unterbezirksparteitage, die jetzt überall stattfinden, um den Reichsparteitag vorzubereiten, beschäftigen sich, zum Teil in sehr erregten Aussprachen, wieder mit der Frage des "Disziplinbruchs". Auf der einen Seite heftige

Verurteilungen¹, auf der andern ebenso heftige Zustimmungserklärungen zum Verhalten der Neun, als wenn es um die letzten Grundsätze des Sozialismus ginge. Ein dunkles Gefühl lehrt hier die Masse der Parteigenossen, daß durch das Verhalten der Neun ein politisches Grundproblem der Sozialdemokratischen Partei angerührt worden ist, allerdings ein ganz anderes als dasjenige, das in den Diskussionen jener Tagungen bisher vorwiegend erörtert wurde; denn da ist in Wirklichkeit nur vom Äußerlichen, vom Minderwichtigen an der Sache gesprochen worden. Von den einen wird darauf hingewiesen, daß, zumal heute unter dem Listenwahlrecht, der einzelne Abgeordnete nicht so sehr als Person als vielmehr als Vertreter der Partei gewählt werde, daß deshalb der persönliche Standpunkt hinter die Beugung unter den Mehrheitswillen zurücktreten müsse. Von vielen Seiten wird in diesem Sinn gradezu gefordert, daß der Parteitag mit dieser Frage sich beschäftigen müsse; denn, wie Genosse Wilhelm Keil schreibt, »hier liegt ein eklatanter Disziplinbruch vor«. Keil legt ausdrücklich dar, daß die Meinungsfreiheit, »die in der Sozialdemokratie stets gehütet worden ist und stets gehütet werden wird«, gelte, bis die Kampfparole ausgegeben sei. Sei aber die Entscheidung gefallen, so könne es nur noch eine geschlossene Front geben, und für deren Taten trage dann nicht der einzelne sich Unterordnende, sondern die eine solche Entscheidung treffende Mehrheit die Verantwortung: »Darum kann es hier auch keinen Gewissenskonflikt geben.«

Hierzu ist einiges zu sagen. Daß der Satz, daß die Meinungsfreiheit in der Sozialdemokratie stets gehütet worden sei, bei den Mitarbeitern der Sozialistischen Monatshefte seltsame Erinnerungen auslöst, die zu ihm gar nicht recht stimmen wollen, wird der verstehen, der unsere Gedanken kennt und ihren Leidensweg miterlebt hat. Der Schatten Gerhard Hildebrands und so manches andern zeichnet sich hier auf nebligem Hintergrund ab. Auch der Satz, daß die Mehrheit die Verantwortung trägt, will einem nur schwer in den Kopf. Mehrheiten sind Summen von Individuen, Verantwortung aber ist ein ganz persönliches Verhältnis, und bisher galt mit Recht der Satz, daß die Majorisierung der Verantwortung praktisch ihre Pulverisierung bedeute. Die Verantwortung dafür, wie der einzelne Abgeordnete stimmt, kann ihm kein anderer Abgeordneter abnehmen. Schließlich scheint es mir eine unmögliche Zumutung zu sein jemandem einen Gewissenskonflikt abstreiten zu wollen, der einen solchen empfindet. Man kann vielleicht dem, der einen solchen Konflikt verspürt, sagen, er tue unrecht, er mache sich unnötige Sorgen, und kann versuchen ihn davon zu überzeugen. Wenn er aber das seelische Erlebnis nun einmal hat, daß er zwischen 2 seinem Gefühl nach einander widersprechenden Pflichten zu wählen habe, hilft auch die freundschaftlichste Behauptung, daß er einen solchen Gewissenskonflikt ja gar nicht habe, ihm nicht aus dem Dilemma. Alle hier zitierten Argumente

1) Siehe zum Beispiel den Beschluß der Konferenz für den Agitationsbezirk Breslau-Land, abgedruckt in der Görlitzer Volkszeitung vom 9. April 1931, in dem es heißt: »In der gegenwärtigen Zeit ist höchste Aktivität unserer Partei oberstes Gebot. Diese Aktivität ist aber nur zu erreichen, wenn sämtliche Körperschaften der Partei einheitlich im Wollen und Handeln sind. Deshalb verurteilt die Kreiskonferenz des Kreises Breslau-Land das disziplinwidrige Verhalten der 9 Genossen im Reichstage, die anlässlich der Abstimmung über den Panzerkreuzer B entgegen dem Fraktionsbeschluß mit den Kommunisten gestimmt haben. Der Mehrheit der Reichstagsfraktion spricht die Kreiskonferenz das Vertrauen aus. Die Größe und Stärke unserer Partei beruht auf dem entschlossenen Kampfwillen und der unbedingten Disziplin aller ihrer Mitglieder. Diese Entschlossenheit der Partei muß unter allen Umständen erhalten bleiben. Die Kreiskonferenz erwartet daher vom Reichsparteitag, daß Maßnahmen getroffen werden, die künftig solches disziplinwidrige Verhalten führender Genossen unterbinden.« Ähnlich viele Resolutionen aus anderen Bezirken.

2) Siehe Keil Der Disziplinbruch der Neun, in dem Freien Wort vom 29. März 1931.

Keils müssen also abgelehnt werden. Ebenso steht es natürlich mit den in der Debatte vielfach vorgetragenen Gedankengängen, daß Disziplin im politischen Leben unter allen Umständen gehalten werden müsse. Es ist nicht richtig diesen Grundsatz so ohne alle Einschränkungen aufzustellen und zu sagen: Wer sich der Disziplin nicht fügen will, der soll aus der Partei herausbleiben und sich anderswo ein Unterkommen suchen. Disziplin darf nicht, wie Richard Kleineibst richtig ausführte³, zum Selbstzweck werden, »zum Götzen, von Mystik und Heiligkeit umstrahlt«. Also von Disziplinbruch als Verstoß gegen die Partei seien die Neun entlastet. Haben sie darum in der Sache richtig gehandelt? Zugegeben, »sie haben nach einer unausweichlichen Überzeugung gehandelt, in dem Bewußtsein so das Beste für die Sache des Sozialismus zu tun« (obgleich das, was sie zu ihrer Abstimmung bewog, wie wir sehen werden, keineswegs grundsätzliche sozialistische Orientierung sondern alte, antiquierte, dem bürgerlichen Liberalismus entstammende und ihm auch heute noch geistig zugehörnde Tradition war). Aber es ist in der Politik sehr wenig, wenn man nur sehr ehrlich ist, und nichts getan, wenn man nur das Beste will. Wäre die Sache so einfach, dann ginge es in der Demokratie so zu, wie es sich jene wackeren Achtundvierziger gedacht haben, die da glaubten, alles in Deutschland werde Friede, Freundschaft und Fortschritt sein, wenn nur erst das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht eingeführt sei; denn dann müßte die Übereinstimmung aller guten Menschen doch zutage treten, dann müßte das "greuliche Parteienunwesen" aufhören, und die herrlichsten Harmonieen des Fortschritts würden alles begleiten. Dazu hat nun die deutsche Demokratie seit einiger Zeit etwas hinzulernen müssen. Der edelste Wille hindert nicht, daß politische Fehler die fatalsten Folgen haben können, und der Weg zum Sozialismus ist, wie die Geschichte zeigt, schon des öftern durch wohlmeinende Sozialisten gesperrt worden.

Damit sind wir beim Entscheidenden: Disziplin ist nötig, wenn eine Partei bestehen soll, etwas wirken soll. Aber wie die Existenz einer Partei nicht Selbstzweck sein darf, so darf auch die Disziplin um ihrer selbst willen nicht Zweck sein. Disziplin in einer Partei ist nicht ein Ideal sondern ein Instrument. Es kann Dinge geben, die wichtiger sind als der Wunsch dieses Instrument unversehrt zu erhalten. Aber dann muß man auch wirklich prüfen, ob das, was gewagt werden soll, tatsächlich wichtiger ist. Das Argument der Disziplin wird man nicht ausspielen dürfen, wenn ihm ein wirklich großer Gegenstand gegenübersteht. War aber hier der Gegenstand groß? Nehmen wir einmal an, es wäre ganz falsch für die Bewilligung der 1. Rate für das Panzerschiff B zu stimmen: Lohnte es sich, selbst unter dieser Voraussetzung, daß 6 oder 7% der Reichstagsfraktion gegen den Beschluß der Fraktion stimmten? Hatten sie die leiseste Aussicht die Annahme der Rate dadurch zu verhindern? Nein. Hatten sie die leiseste Aussicht dadurch zu verhindern, daß die deutschen Bolschewisten die Phrase von den "Panzerkreuzersozialisten" in der Agitation auszuschlachten versuchten? Nein. Das einzige, was sie erreichen konnten, war, daß, wer sich dafür interessierte, zur Kenntnis nehmen konnte, daß jene 9 Abgeordneten eine andere Meinung als die Fraktionsmehrheit hatten. Das mag für sie persönlich sehr wichtig sein, aber das konnten sie auch auf andere Weise "ihren" Wählern, das heißt den Wählern der Liste, auf der sie standen, mitteilen. Dazu brauchten nicht 9 Mann auf den heiligen Berg der unentwegten Neinsagerei abzuwandern.

3) Siehe *Kleineibst* Revidiert den Disziplinbegriff!, in der Volkszeitung für die Oberlausitz vom 24. März 1931.

BLEIBT aber noch die Behauptung, daß die Bewilligung der Panzerschiffrate mit dem sozialistischen Gewissen der Neun unvereinbar gewesen sei. Diese Behauptung ist nachzuprüfen; natürlich nicht in dem Sinn, daß den Neun gesagt werden soll, ihr Gewissen hätte ihnen im Grunde etwas ganz anderes gesagt als sie selber geglaubt haben, sondern es soll untersucht werden, ob nicht, wenn sie richtig die Sache betrachtet hätten, ihnen ihr Gewissen etwas anderes gesagt hätte als es ihnen tatsächlich gesagt hat.

Zunächst möchte ich dabei das Argument vornehmen, daß es eine unerträgliche Belastung für die Partei im Kampf der politischen Werbung gewesen wäre, wenn man entsprechend dem Fraktionsbeschluß einmütig für das Panzerschiff gestimmt hätte. Nun, die Neun haben uns vor dieser Belastung nicht geschützt. Und wir tragen sie, so wie wir manche Belastung tragen, die notwendig ist, um über die gegenwärtige Krise des Parlamentarismus in Deutschland hinwegzukommen. Schließlich treibt die Sozialdemokratische Partei seit vielen Jahrzehnten politische Erziehungsarbeit, und schließlich sehen auch in großer Zahl unsere Wähler ein, daß unter Umständen Opfer (und weit schwerere als dieses hier) gebracht werden müssen, um größere Werte zu retten. Die Erfahrung hat uns gelehrt, daß so viele unserer Wähler hierfür Verständnis haben, daß selbst in der Zeit unpopulärster Entschlüsse und schlechtester Konjunkturen ein großer Wählerstamm uns unverbrüchlich treu bleibt. Ein Wählerstamm, der immer noch größer ist als selbst die Konjunkturwählerscharen irgendeiner andern Partei. Gewiß, Treibholz mag uns zeitweise wegschwimmen, sogar in nicht unbeträchtlicher Menge. Aber wollen die, die die kapitalistische in eine sozialistische Welt umwandeln wollen, ihren Umbau wirklich aus solchem Treibholz errichten? Was uns jetzt wegläuft, weil die Agitation gegen das Panzerschiff so heftig betrieben wird, das wird schon wiederkommen, wenn es sich bei den Bolschewisten der Rechten oder der Linken seine Enttäuschung geholt hat.

Anders noch argumentiert Genosse Kurt Rosenfeld⁴. Seine Erörterung läuft darauf hinaus, daß die bürgerlichen Elemente, die im Reichstag die Regierung Brüning stützen, für die Zustimmung zum Panzerschiff B nicht genug bezahlt hätten. In diesem Sinn beklagt er es, daß der Reichsrat die zollfreie Einfuhr von 50 000 Tonnen Gefrierfleisch und die Verbilligung des Brots durch Änderung des Brotgesetzes verhindert habe. Ganz gewiß, die Verbilligung des Brots ist notwendig. Und es gäbe auch Mittel sie durchzuführen, und zwar ohne Schädigung der agrarischen Produktivkräfte, an denen die Arbeiterklasse ebenfalls ein gewaltiges und dringendes Interesse hat. Nur hat grade der traditionelle Antiagrarismus unserer Parteiradikalen es verhindert, daß wir auf die Gestaltung dieser Dinge einen entscheidenden Einfluß bekommen. Zu Kompensationsobjekten eignen sie sich nicht sondern nur zu Gegenständen produktiver Politik, an der wir es fehlen ließen. Rosenfeld beklagt es, daß die 3 Millionen Mark für Kinderspeisung nicht gesichert

4) Siehe *Rosenfeld Gegen Panzerkreuzer und Militarismus!* Für die Einheit der Partei!, in der Volkszeitung für die Oberlausitz vom 21. März 1931. Dort auch Abdruck eines Stücks aus einer Zuschrift des Reichstagsabgeordneten Seydewitz, die im selben Sinn sich äußert wie Rosenfeld. Nach einer Notiz im Freien Wort vom 3. Mai 1931 hielt Seydewitz in einer Mitgliederversammlung des Ortsvereins Bremen eine Rede, in deren Mittelpunkt folgender Satz stand: »Wenn wir auf sozialpolitischem Gebiet von der Reichsregierung positive Zugeständnisse bekommen hätten, dann hätte auch ich den Panzerkreuzer geschluckt.« Wenn der Pressebericht stimmen sollte (was nicht ohne weiteres feststeht), wäre also auch nach Seydewitz die Partei für die Preisgabe der Grundsätze nur nicht genug bezahlt worden.

sind, daß eine Verschlechterung der Krisenfürsorge, der Invalidenversicherung und der Kriegsinvalidenfürsorge in Kauf genommen werden sollen, das heißt, daß die Sanierung des Finanzelends des Reichs nicht nach den Plänen vorgenommen wird, nach denen unsere Partei (vielleicht) sie vornehmen könnte, wenn sie im Reichstag allein und mit der notwendigen Machtuntermauerung die Mehrheit hätte, sondern auf Grund von Kompromissen zwischen unserer Partei und den Anhängern der bürgerlichen Minderheitsregierung, die wir aus guten Gründen fürs erste im Amt zu halten beschlossen haben. Und so noch manches andere. Es sei gar nicht bestritten, daß die Leporelloliste der Opfer wirklich wunde Stellen trifft. Wenngleich immer die Frage bleibt, weshalb diese Dinge denn nicht durchgeführt worden sind, solange unsere Partei selber an der Macht war. Es sind da eben sachliche Schwierigkeiten, die allerdings sämtlich zu bewältigen wären; aber nur durch eine konstruktive Politik, deren Grundlinien bei den radikalen Neinsagern noch viel weniger zu bemerken sind als bei der Fraktionsmehrheit, die freilich auch noch nicht gezeigt hat, daß sie mit ihrem Tolerieren auf ein bestimmtes positives Ziel lossteuert⁵. Aber wenigstens hat sie sich doch Gedanken darüber gemacht, was durch ihre Zustimmung zur Panzerschiffrate verhütet werden könnte. Nun kann natürlich niemand mit dem letzten Grad von Sicherheit wissen, was im Fall der Ablehnung geschehen wäre. Konjunkturale Weltgeschichte nach dem Muster der Frage, was geschehen wäre, wenn Ludwig XV nicht die Marquise de Pompadour zur Geliebten gehabt hätte, soll hier nicht getrieben werden. Daß aber in den Tagen, in denen die Fraktion ihren Beschluß faßte, die Meinung nicht unbegründet war (und sie ist es auch heute noch nicht), daß die Ablehnung der Rate den Bruch der jetzigen Regierung mit der Sozialdemokratie und das Einschlagen eines Richtwegs zur nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland zur Folge gehabt hätte, das kann wohl nicht bestritten werden. Mit anderen Worten: Es stand für die Arbeiterklasse das politische, wirtschaftliche und soziale System auf dem Spiel, in dem sie seit 1918 schließlich doch auch gewisse Errungenschaften zu verzeichnen hat, die selbst noch nach den empfindlichen Rückschritten in dieser Krise so groß sind, daß die deutsche Welt von 1931 eine völlig andere und viel bessere Welt für das Proletariat ist als diejenige von 1913. Der deutsche Proletarier hat in dem Augenblick, in dem über die 1. Rate für das Panzerschiff B abgestimmt wurde, ja, er hat bei allen politischen Entscheidungen in dieser großen Krise immer der ganz nahen Gefahr auszuweichen, daß er eine Welt verliert und dafür nichts als Ketten gewinnt.



UND nun zur Frage des Panzerschiffs selbst. Heute steht ja wohl sogar offiziell die Sozialdemokratische Partei auf dem Standpunkt, daß die Einigung Europas ein Klasseninteresse des Proletariats ist. Wenigstens entnimmt man das ihrem Programm. Auch daß der europäische Zusammenschluß keine für eine ferne Zukunft interessante Utopie darstellt sondern ein für die nächste Gegenwart praktisches Ziel der Politik der Arbeiterklasse, wird wohl nicht mehr bestritten. Unklarheit dagegen besteht über die außenpolitischen Mittel, die zu diesem Ziel führen können, und offenbar sehr wenig durchgearbeitet sind die Gedanken darüber, wie ein solches geeintes Europa denn aussehen könnte. So wird von dem Genossen Wladimir Woytinsky die Ansicht ver-

5) Siehe dazu *Mierendorff* Tolerieren — und was dann?, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte Seite 315 und folgende.

treten, daß die Vereinigten Staaten von Europa einen Zollverein bilden sollen, der keine Zölle erhebt⁶. Ähnliches kann man in vielen Beiträgen des deutschen Sozialismus zur Literatur über das Europaproblem finden. Im Grunde nicht viel anders steht es mit der Stellungnahme zu der Frage, ob das geeinte Europa zu Land, zu Wasser und zu Luft bewaffnet sein soll. Wenn dazu vielfach gesagt wird: die ganze Welt solle abrüsten, also auch das geeinte Europa rüstungslos sein, so ist das zunächst nur eine Scheinlösung des Problems; denn die Frage einer Weltpolizei ist damit nicht beantwortet, vielmehr erst recht gestellt. Darüber hinaus aber ist damit die Schwierigkeit nicht erledigt, daß, selbst wenn Europa sich einigte, die übrige (und am allerwenigsten die angelsächsische) Welt noch keineswegs von selbst abrüstete, daß deshalb auch für das geeinte europäische Gebiet die Rüstungsfrage sich von neuem erheben könnte.

Es würde zu weit führen in diesem Zusammenhang alles das zu wiederholen, was in den Sozialistischen Monatsheften bereits ausgeführt wurde, um darzutun, daß vom Standpunkt eines proletarischen Sozialismus gefordert werden muß, daß Europa gerüstet bleibt, solange die übrige Welt in diesem Zustand verharret, daß die sogenannte französische These "Erst Sicherheit, dann Abrüstung!" die einzig richtige und ehrliche europäische These ist, daß ferner auch bei allgemeiner Weltabrüstung eine internationale Polizeimacht zum Eingreifen gegen friedensstörende Freibeuterstaaten geschaffen werden, und Europa sich an dieser Weltpolizei beteiligen muß. Heute stehen, glaube ich, wir sozialistischen Aktivisten Deutschlands mit dieser Überzeugung nicht mehr so sehr allein. In einer Zeit, in der in der Innenpolitik der Nachwächterstaatliberalismus kaum mehr Anhänger hat, in der der bewaffnete Widerstand gegen konterrevolutionäre Handstreich von der Sozialdemokratie als selbstverständlich betrachtet wird, in einer solchen Welt kann auch für die Beziehungen der Staaten und Staatenbünde zu einander die Lehre nicht mehr gelten, daß man sich gegen einen Staat, der einen andern überfällt, nicht wehren dürfe⁷. Wenn das aber alles gilt, so folgt daraus, da eine Einigung Europas doch wohl nur auf der Grundlage gleicher Pflichten gefordert werden kann, daß auch Deutschland an dieser europäischen Rüstung sich beteiligen müssen. Dadurch wird die Frage nicht berührt, ob das Panzerschiff mehr als ein Spielzeug ist; aber das muß hervorgehoben werden, daß die wenigen maritimen Einheiten, die Deutschland gemäß dem Friedensvertrag haben darf, mögen sie noch so harmlos oder aber noch so sehr schreckensschwängere Wunder der Kriegstechnik sein, in Kriegen mit den Nachbarn Deutschlands auf dem europäischen Festland gewiß keine bedeutende Rolle spielen werden, mögen sie auch von den jetzigen Initiatoren dieser Sache gegen den französischen oder den polnischen "Erbfeind" oder zur Vorsicht gleich gegen alle beide gemeint sein. Wir müssen es uns abgewöhnen eine politisch weitreichende Maßnahme nach den (beschränkten) Motiven derer zu beurteilen, die sie beginnen; sind diese doch weit öfter Werkzeuge der Geschichte, als daß sie Geschichte machen. Die einzige

6: Abgesehen natürlich von reinen Finanzzöllen: siehe *Woytinsky* Die Vereinigten Staaten von Europa /Berlin 1926/.

7) Mit dem hier erörterten Problem hat die bekannte Schwierigkeit nichts zu tun, daß es im konkreten Fall kaum möglich ist bis ins letzte einwandfrei und gleichzeitig auch für die praktischen Entscheidungen schnell genug klarzustellen, welcher von mehreren Staaten, die mit einander in kriegerischen Konflikten geraten, "angefangen" hat. Im übrigen ist diese Schwierigkeit im Prinzip befriedigend durch das Protokoll von Genf gelöst: siehe die einleuchtende Darstellung bei *de Jouvenel* Vers les États-Unis d'Europe /Paris 1930/.

reale militärische Bedeutung der Handvoll deutscher Panzerschiffe jungen oder alten Baudatums besteht darin, daß sie mitzählen könnten in einer gesamteuropäischen Flotte, die in Tätigkeit gesetzt wird, wenn Entstehung oder Bestand des Vereinigten Europäischen Kontinents durch kriegerische Handlungen anderer Mächte behindert oder bedroht werden. Es ist sehr charakteristisch, daß grade von englischer Seite die deutsche Linke gegen die Panzerschiffersatzbauten aufgereizt wird, und daß grade die durch dick und dünn anglophilen (und naturgemäß auch probolschewistischen) Gruppen es in Deutschland sind, die dieser Parole nur allzu willig folgen. Wo, fragen wir, war auf der Linken der Protest gegen die Ausschöpfung der vom Friedensvertrag offen gelassenen Befestigungsmöglichkeiten zu Land? Ja, das ist ganz was anderes. Gegen den Nachbarn auf dem Kontinent darf man sich sichern (und gleich so gründlich, daß man vor einer Kooperation mit ihm bewahrt bleibt, die beiden zugute käme), aber beileibe nicht gegen die Nachbarn Europas jenseits des Kanals und des Atlantischen Ozeans.

Die sogenannte Panzerkreuzerfrage ist eindeutig zu beantworten, wenn die Sozialdemokratie in der Frage der Einigung Europas, der Gestalt und des Umfangs, die sie diesem Europa geben will, und des Wegs, der zu ihm führen soll, den grundsätzlich richtigen Standpunkt sich zu eigen macht: nämlich den der Kontinentalpolitik. Dann werden auch die Scheinprobleme der Panzerschiffabstimmung, nämlich die des Disziplinbruchs und der Unerträglichkeit der Belastung, verschwinden, dann wird sich zeigen, daß diesmal nicht nur innenpolitisch sondern auch weltpolitisch die Sozialdemokratie (ohne sich dessen bewußt zu sein) die richtige Entscheidung getroffen hat.

BRUNO BORCHARDT · STAND UND AUSSICHTEN DER KALENDERREFORM

GRADE vor 2 Jahren wurde hier eine Übersicht über die Bestrebungen zur Reform des Kalenders gegeben¹. Man weiß, daß sich der Völkerbund der Sache angenommen hat. Und er ist ja in der Tat bei dem heutigen Stand des Internationalismus, bevor Kontinentaleuropa eine Einheit geworden ist, die einzige Instanz, die solch eine Reform zustande brächte. Aber schließlich hat er darin ja doch nur Gutachterfunktion. Die einzelnen Länder ließen sich vielleicht für einen einleuchtenden Vorschlag gewinnen. Schwieriger ist es schon mit den in dieser Frage ausschlaggebenden überstaatlichen Organisationen der Kirchen. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß über kurz oder lang unser Kalender neu gestaltet werden wird. Nur muß in die Reformbestrebungen selber zunächst einmal so etwas wie eine einheitliche Auffassung gebracht werden. Es empfiehlt sich daher diese Frage öffentlich zu diskutieren. Zu diesem Zweck sei auch jetzt wieder kurz die schon einmal skizzierte Entwicklung rekapituliert² und dann erörtert, wie weit die Sache inzwischen gediehen, und was für ihre Lösung in nächster Zeit zu erwarten ist.

1) Siehe *Borchardt* Zur Reform des Kalenders, in den Sozialistischen Monatsheften 1929 I Seite 308 und folgende.

2) Es sei hier auf das Büchlein des bekannten Astronomen und verdienten Direktors der Königsberger Sternwarte *Przybyłok* Unser Kalender in Vergangenheit und Zukunft /Leipzig 1930/ hingewiesen, das in sehr klarer Weise die Entstehung der Zeiteinteilung und Zeitrechnung bei den primitiven Menschen sowie die Wandlungen des Kalenders darstellt und die Bestrebungen zu dessen Reformierung bespricht; allen, die dieser Materie Interesse entgegenbringen, wird es als sehr willkommene und belehrende Lektüre dienen.

Hoffentlich wird diese Lösung nicht so lange auf sich warten lassen, wie seinerzeit die vom Papst Gregor XIII schließlich im Jahr 1582 angeordnete Reform, die fast 400 Jahre früher schon als Notwendigkeit erkannt und seitdem dauernd diskutiert worden war, und die schon 100 Jahre vor Gregor vom Papst Sixtus IV in Angriff genommen war. Auch die Durchführung der gregorianischen Reform erforderte mehrere Jahrhunderte, weil die protestantischen und die griechisch-katholischen Länder ihr aus kleinlichen Gründen hartnäckigen Widerstand entgegensetzten; die letztgenannten haben sie, übrigens auch noch mit einer geringen Modifikation, erst vor wenigen Jahren, im Mai 1923, auf dem Konzil zu Konstantinopel angenommen. Auch in den nichtchristlichen Ländern hat sie sich in unserm Jahrhundert durchgesetzt: 1909 in Japan, dann in China, bei den Bekennern des Islams auf Beschluß der Nationalversammlung in Angora vom 1. Januar 1927 an.

Die Gründe, die zur gregorianischen Kalenderreform führten, waren wesentlich andere als die, die seit nunmehr schon 100 Jahren auf eine Verbesserung und Vereinfachung des Kalenders hindrängen. Damals handelte es sich vor allem um eine richtigere Bemessung der Jahreslänge, das heißt der Dauer des scheinbaren Sonnenumlaufs vom Frühlingspunkt bis wieder zum Frühlingspunkt, die im Julianischen Kalender zu genau 365 Tagen 6 Stunden angenommen war, weshalb alle 4 Jahre ein Schalttag eingeschoben wurde, und zwar merkwürdigerweise hinter dem 23. Februar, denn in dem bis zur Reform Caesars geltenden römischen Kalender wurde das für ihn maßgebende Mondjahr von 355 Tagen alle 2 Jahre durch einen besondern Schaltmonat von abwechselnd 22 und 23 Tagen mit dem Sonnenjahr ausgeglichen, und dieser Schaltmonat wurde nach alter Sitte hinter dem 23. Februar, nach dem Fest der Terminalien, eingelegt. Übrigens wurden die in den Schaltjahren auf den 23. Februar noch folgenden 5 Tage als dem Schaltmonat Mercedonius zugehörig gezählt. Caesar, der sich bei seiner Reform an die bestehenden Gebräuche anschloß, soweit es sich nur irgendwie mit der Grundlage der Änderung, der Beseitigung der Berücksichtigung des Mondes aus dem Kalender, vertrug, ließ daher den Schalttag an der Stelle, die bis dahin der alle 2 Jahre wiederkehrende Schaltmonat hatte. Die gregorianische Reform bestand nun in wesentlichen darin in 400 Jahren 3 Schalttage ausfallen zu lassen, wodurch das Jahr im Durchschnitt zu 365 Tagen 5 Stunden 49 Minuten 12 Sekunden gerechnet wird. Obwohl diese Jahreslänge auch noch nicht ganz genau ist (sie beträgt 365 Tage 5 Stunden 48 Minuten 46 Sekunden), denkt doch niemand daran an dieser Jahreslänge und der gregorianischen Schaltregel etwas zu ändern; denn der Fehler von 26 Sekunden wächst erst in etwa 3300 Jahren zu einem Tag an, und seine Beseitigung wird füglich der dann lebenden Generation überlassen.

Der Hauptgrund, der im Mittelalter die genauere Feststellung der Jahreslänge erstreben ließ, war die Bestimmung des Osterfestes, das nach christlichem Gebrauch zum Gedenken an die Auferstehung Christi an dem Datum dieser Auferstehung gefeiert werden sollte. Schon in den ersten Jahrhunderten unserer Zeitrechnung war zwischen den judenchristlichen Gemeinden in Palästina und den heidenchristlichen Gemeinden ein heftiger Streit über diese Feier ausgebrochen, der auf dem Konzil von Nikäa im Jahr 325 durch die Bestimmung geschlichtet wurde, daß als Ostersonntag der 1. Sonntag nach dem Frühlingsvollmond gelten sollte, und weiter wurde damals festgestellt, daß am 21. März Tag- und Nachtgleiche eintrat, und dieser Tag

sollte dauernd als Beginn des Frühlings gelten. Nun verschob sich aber wegen der unzutreffenden Länge des Jahrs der Frühlingspunkt beständig, zur Zeit Gregors fiel er bereits auf den 11. März. Die gregorianische Reform rückte ihn wieder auf den 21. März und sorgte durch die Schaltregel (Ausfallen von 3 Schalttagen in 400 Jahren) dafür, daß eine neue Abweichung nicht wieder eintreten sollte. Ostern wird auch jetzt noch nach der selben Regel im Zusammenhang mit dem 21. März bestimmt, obwohl der Frühlingspunkt schon deswegen auch auf den 22. März fallen kann, weil das Gemeinjahr ja nur zu 365 Tagen gerechnet wird.

Das außerordentliche Schwanken des Osterfests, das von seiner Verbindung mit dem Frühlingsvollmond herrührt, wurde auch damals schon vielfach als sehr störend empfunden und spielte in den jahrhundertelangen Erörterungen, die der Reform vorangingen, eine große Rolle. Luther zum Beispiel trat lebhaft für eine Festlegung auf ein bestimmtes Datum ein. Auch der Papst erkannte an, daß dogmatische Gründe keineswegs einer Abweichung von dieser von dem jüdischen Kalender und dem jüdischen Passahfest herrührenden Bindung an den Mond im Weg ständen. Trotzdem blieb es bei der Tradition, zumal sich das Schwanken des Osterfests nicht in der selben Weise wirtschaftlich als störend erwies, wie es in den späteren Jahrhunderten bei den stärker entwickelten Handelsbeziehungen und Verkehrsformen der Fall geworden ist. Diese Störungen sind jetzt so stark geworden und werden in wirtschaftlichen Kreisen allmählich für so unerträglich gehalten, daß in den letzten 100 Jahren der Ruf nach Abhilfe immer dringender geworden ist. Damit verband man zugleich die Wünsche auch nach einer andern den wirtschaftlichen Bedürfnissen mehr Rechnung tragenden Jahreseinteilung des Kalenders, dem man vor allem die ungleiche Länge der Jahresabschnitte (Monate, Viertel- und Halbjahre) vorwirft und das Fallen bestimmter Daten in den einzelnen Jahren auf verschiedene Wochentage; Tatsachen, die sich im Wirtschaftsleben unangenehm bemerkbar machen.

Zur Abhilfe des letztgenannten Mißstands wurde schon vor fast 100 Jahren, 1835, von einem italienischen Geistlichen, dem Abbate Mastrofini, vorgeschlagen einen Blankotag einzuführen, das heißt die durchlaufenden Wochen dadurch zu unterbrechen, daß 1 Tag im Jahr, in den Schaltjahren 2 Tage, nicht mit einem Wochentagsnamen bezeichnet werden sollten, so daß jedes Gemeinjahr aus 52 vollen Wochen und einem, das Schaltjahr aus 52 Wochen und 2 Blankotagen bestände. Dieser Vorschlag ist in den vielen Hunderten von Reformvorschlägen, die seitdem auftauchten, wiedergekehrt, während andere das Jahr nur zu genau 52 Wochen, also 364 Tagen, zählen und erst, wenn der Fehler auf 7 Tage angewachsen ist, eine *Schaltwoche* einführen.

Die zahlreichen Anträge, die aus den interessierten Handels-, Industrie- und Landwirtschaftskreisen, Verkehrsverwaltungen und anderen an die verschiedenen Regierungen namentlich in den letzten Jahrzehnten in immer steigendem Maß gerichtet wurden, sie möchten die Initiative zu einer selbstverständlich nur international durchzuführenden Verbesserung und Vereinfachung des Kalenders ergreifen, bewogen schließlich den Völkerbund sich mit dieser Angelegenheit zu befassen. Die von ihm eingesetzte Sonderkommission, deren Beschlüssen sich das Plenum anschloß, lehnte nach Durchsicht und Bearbeitung aller an sie gerichteten, mehrere hundert beratenden Reformvorschläge eine ganze Anzahl ab, teils aus inneren Grün-

den als unpraktisch, teils wegen zu radikalen Brechens mit der Tradition, wie es etwa die Einführung einer 6- oder 5tägigen Woche wäre. Zu den anderen Vorschlägen nahm sie keine bestimmte Stellung ein sondern richtete an die verschiedenen Regierungen das Ersuchen ihrerseits Studienkomitees einzusetzen, durch die in den einzelnen Ländern die Frage erörtert werden sollte, weil nur eine Reform, die sich auf den überwiegenden Teil der öffentlichen Meinung stütze, die Gewähr für ihre Durchführung biete. Immerhin unterbreitete sie dabei den Regierungen 2 Gruppen von Vorschlägen, die besonders in Betracht kämen. Beide haben die Einrichtung der Blankotage, die teils in die Mitte, teils ans Ende des Jahres gesetzt werden sollen. Die eine Gruppe will vollkommen gleich lange Monate von 4 Wochen oder 28 Tagen einführen und daher das Jahr von 52 Wochen in 13 Monate teilen. Zur Propagierung dieses Vorschlags hat sich eine internationale Liga gebildet, die unter der Führung des Amerikaners Moses Cotsworth mit sehr erheblichen Geldmitteln durch eine Fülle von Broschüren und Flugschriften für seine Verbreitung sorgt. Diesem Plan wird vor allem nachgerühmt, daß er eine radikale Lösung aller Schwierigkeiten bringe, da auch in den einzelnen Monaten jedes Datum auf den gleichen Wochentag falle. Die andere Gruppe von Vorschlägen hält an dem 12-Monate-Kalender fest, wobei die Monate nicht völlig gleich sein können, sie begnügt sich mit gleich langen Vierteljahren von je 1 Monat zu 31 und je 2 Monaten zu 30 Tagen, wodurch jeder Monat 26 Werktage und 4 respektive 5 Sonntage erhalten soll. Besonders gut durchgearbeitet ist dieser Vorschlag von Rudolf Blochmann; zu seiner Propagierung hat sich in Kiel eine besondere Gesellschaft zur Förderung der Blochmannschen Kalenderreform gebildet. Gegen den 13-Monate-Kalender wird, neben dem Bruch mit der Tradition, der die Einführung wahrscheinlich unmöglich mache, vor allem eingewendet, daß die Viertel- und Halbjahresanfänge nicht mit einem Monatsbeginn zusammenfallen können; dadurch würden aber für alle Rechnungsabschlüsse und Statistiken neben den monatlichen Berechnungen noch besondere für die Viertel- und Halbjahre notwendig, die sich nicht mehr durch einfaches Zusammenzählen von Monatsabschlüssen ergeben können. So würde der neue Kalender also nicht eine Vereinfachung und Erleichterung der Arbeit bringen, was doch der Zweck der Reform sei, sondern eine Erschwerung und Vermehrung. Auch der Umstand, daß 13 statt 12 Monatsabschlüsse nötig werden, bedinge eine Vermehrung der Arbeit um mehr als 8%. Beide Vorschläge, sowohl der 13- wie der 12-Monate-Kalender, wollen eine Festlegung des Osterfests.

Dem Ersuchen des Völkerbunds entsprechend bildete die deutsche Regierung im Juni 1930 ein Studienkomitee, in dem alle interessierten Kreise aus Handel, Industrie, Landwirtschaft, Verkehr sowie die verschiedensten Verwaltungen vertreten sind. Dieses Komitee suchte die Meinung der betreffenden Organisationen und Verwaltungen festzustellen und schickte April 1931 auf Grund der ihm zugesandten Antworten einen Bericht an den Völkerbund in Genf, der sich voraussichtlich auf seiner Oktobertagung mit der Frage beschäftigen wird. Aus diesem Bericht geht hervor, daß $\frac{9}{10}$ aller Befragten sich für eine Reform des Kalenders aussprechen; nur knapp $\frac{1}{10}$ ist der Meinung, man könne mit dem bisherigen Kalender auch weiter auskommen. Dagegen herrscht nahezu Übereinstimmung darüber, daß das starke Schwanken des Osterfests beseitigt werden müsse. Die eine Reform wünschen, wollen auch den Ostersonntag auf ein bestimmtes Datum legen, die

wenigen, die sich mit dem gegenwärtigen Kalender noch weiter abfinden, wollen Ostern wenigstens nur über den Zeitraum einer Woche statt der bisherigen 5 wandern lassen. Auch die Vertreter der Evangelischen Kirchen haben der Festlegung des Osterfests zugestimmt, während von den Vertretern der Katholischen Kirche keine Antwort an das Komitee gelangt ist. Aber die Kommission des Völkerbunds hat schon früher der Päpstliche Stuhl wissen lassen, der Frage der Festlegung des Osterfests begegneten zwar keinerlei dogmatische Schwierigkeiten, aber für das Verlassen so tief eingewurzelter und durch Konzile geheiligter Gebräuche könne er keinen genügenden Grund erkennen und sei daher nicht in der Lage diese Frage zu erwägen, es sei denn auf den Rat eines Ökumenischen Konzils. Hiernach steht vorläufig der Standpunkt der Katholischen Kirche fest, und da der Völkerbund sich kaum zu einer Reform entschließen wird, an der diese sich nicht beteiligt, so dürfte die Frage im Oktober wohl bis zum Zusammen-treten eines neuen Konzils vertagt werden. Doch bei der Haltung auch vieler katholischer Kreise und kirchlichen Würdenträger und bei der bekannten Einsicht des Katholizismus für wirtschaftliche Notwendigkeiten ist zu erwarten, daß der Papst dem Drängen der verschiedenen Wirtschaftskreise nachgeben und die Einberufung eines Konzils veranlassen wird. Was nun den 12- oder 13-Monate-Kalender betrifft, so hat sich nach dem Bericht des deutschen Studienkomitees die weit überwiegende Anzahl für den Blochmannschen 12-Monate-Kalender erklärt, während eine immerhin beachtliche Minderheit, über $\frac{1}{3}$, dem 13-Monate-Kalender den Vorzug gibt; und zwar gehören zu dieser Minderheit die Eisenbahnverwaltung, das Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit und die meisten Arbeiterorganisationen, zu der Mehrheit für den 12-Monate-Kalender dagegen die Postverwaltung, die Schulverwaltung, die Beamtenverbände, die Lehrervertretungen sowie die meisten Vertretungen von Handel, Industrie und Landwirtschaft. Das Komitee zieht in seinem Bericht den Schluß, »daß trotz der vordringlicheren Fragen, die sich aus den Schwierigkeiten unserer jetzigen wirtschaftlichen Lage ergeben, ein lebhaftes Interesse an einer Reform des jetzigen Gregorianischen Kalenders in der deutschen Öffentlichkeit vorhanden ist«.

Auch in vielen anderen Ländern sind dem Ersuchen des Völkerbunds entsprechend Studienkomitees für diese Frage gebildet worden. Von allen liegen noch nicht Berichte vor. Soweit solche bisher bekannt geworden sind, wie von dem der Schweiz, sprechen sie sich für den 12-Monate-Kalender nach dem Blochmannschen System aus, für das auch sonst viel Stimmung vorhanden ist, da die Nachteile des 13-Monate-Kalenders offensichtlich sind.

Obwohl die Befürworter einer Kalenderreform meinen, da der einheitliche Weltkalender nicht nur für christliche Staaten gelten soll, könne man die Neueinteilung des Jahres auch ohne kirchliche Mitwirkung einführen und den kirchlichen Instanzen dann die Bestimmung über ihre Feste innerhalb des neu eingeteilten Jahres überlassen, ist es doch wenig wahrscheinlich, daß der Völkerbund ohne die Zustimmung der Kirchen zu einem endgültigen Beschluß kommen wird. Es ergibt sich also die (vielen, die alles Kirchentum längst überwunden glauben, wohl etwas paradox scheinende) Situation, daß eine für das Wirtschafts- und Verkehrsleben aller Kulturstaaten bestimmte Reform von dem Beschluß eines katholischen Konzils abhängt: eine Realität, die von uns nicht unbeachtet bleiben sollte.

PAUL KAMPFFMEYER · DER DEMOKRATISCHE SOZIALIST WOLFGANG HEINE



Am 3. Mai vollendete Wolfgang Heine sein 7. Lebensjahrzehnt. Mehr als 40 Jahre betätigt er sich jetzt in der deutschen Sozialdemokratie als tiefgründiger Kritiker der deutschen Rechts- und Verfassungsverhältnisse und als weitsichtiger, von einem hohen sozialistischen Ideal ganz erfüllter praktischer Gestalter der sozialen Demokratie in Deutschland. Schon vor dem Fall des Sozialistengesetzes bekannte er sich offen zum demokratischen Sozialismus. Er zählt wie Schippel, von Elm, Legien, von Vollmar zu den eigenwüchsigen Politikern, die sich nach selbstgewonnener Erkenntnis, nicht im Bann überlieferter Anschauungen, ihre taktischen Mittel für ihre hochgesteckten politischen, wirtschaftlichen und sozialen Ziele zu wählen pflegen.

Als Wolfgang Heine in die Reihen der kämpfenden Sozialdemokratie trat, hatte der Marxismus theoretisch über den bisher herrschenden eklektischen Sozialismus triumphiert. Wie dieser Marxismus führende Köpfe der Sozialdemokratie wie Vollmar und Schippel geistig band, das können wir klar aus der politischen Taktik dieser Männer erfassen, die sich zeitweilig ganz auf den baldigen revolutionären Zusammenbruch des Kapitalismus eingestellt hatten. Man kann in dem geistigen Werden Heines zum Sozialdemokraten feststellen, daß er schon frühzeitig eine selbständige Haltung gegenüber dem Marxismus gewann. Noch bevor Eduard Bernstein seine richtunggebende Streitschrift Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie veröffentlichte, hatte sich Heine eine klare Vorstellung über das Wesen und die Grenzen des Marxismus gebildet.

Am 25. Mai und am 1. Juni 1897 sprach er nämlich in 2 in Berlin vom Kreis um den Sozialistischen Studenten (der damals als Beilage der Sozialistischen Monatshefte erschien) einberufenen großen öffentlichen Versammlungen, die von Tausenden von Studenten, Intellektuellen und Arbeitern besucht waren und im geistigen Leben des damaligen Deutschlands ungeheures Aufsehen erregten, über die Sozialdemokratie und die Schichten der Studierenden. Diese Reden erschienen dann als werbende Flugschrift im Verlag der Sozialistischen Monatshefte. Sie bedeutet aber mehr als eine für Studenten bestimmte Agitationsbroschüre. Sie ist eine durchaus selbständige Arbeit, in der Wolfgang Heine zu den sozialistischen Grundfragen eine klare und feste Stellung nimmt. Der "Materialismus" Karl Marx' ist für Wolfgang Heine nichts anderes als die Anwendung der naturwissenschaftlichen Methode auf die gesellschaftlichen Erscheinungen. Er zieht sofort eine scharfe Scheidelinie zwischen der materialistischen Kraft-und-Stoff-Philosophie eines Ludwig Büchner und dem historischen Materialismus eines Karl Marx. Heine faßt dessen Theorie in die populäre Formel zusammen: Die Methoden der Gütererzeugung sind in hohem Grad bestimmend für die Formen des gesellschaftlichen Lebens, und die Verschiebungen auf dem Gebiet der Gütererzeugung sind die wichtigsten Ursachen der großen geschichtlichen Umwälzungen. Den Marxschen Satz, daß die kapitalistische Produktionsweise der Güter mit der Vervollkommnung der Technik aus sich heraus eine kollektivistische Produktionsweise, eine planmäßige Produktion unter der Leitung der Gesellschaft entwickle, bezeichnet Heine als eine

wissenschaftliche Hypothese. Was er ausdrückt, habe sich bisher in der Form der Konzentration der Produktion und des Besitzes auf fast allen Gebieten bewährt. Die Marxsche Theorie enthalte aber noch einen weitem hypothetischen Bestandteil: die Verwirklichung der neuen kollektivistischen Wirtschaftsordnung durch die verschiedenen Schichten der Lohnarbeiter und zu ihren Gunsten. Sollten sich diese geistig oder wirtschaftlich als zu schwach erweisen, so könnte sich die »westeuropäische Kultur in einer Art stagnierenden kapitalistisch-bureaukratischen Sozialismus« allmählich »mumifizieren«. Um die Versteinerung des sich entwickelnden Kollektivismus zu verhindern, hat die Demokratie, die Herrschaft der sich selbstbetätigenden Massen einzuspringen. Die staatssozialistischen und nationalsozialen Bestrebungen seiner Zeit vor Augen, spricht dann Heine einen Satz aus, der auch heute im Hinblick auf das "kommunistische" System des bolschewistischen Rußlands eine ganz zeitgemäße Bedeutung hat:

»Das demokratische Moment ist eine wissenschaftlich notwendige Vorbedingung einer gesunden sozialistischen Entwicklung überhaupt. Was der "Sozialismus von oben" dem Volk geben könnte, das wäre höchstens etwas besseres Futter, wie ja auch der kluge Hauswirt seinem Vieh so viel aufzuschütten pflegt, daß es nicht von Kräften kommt. Sittliche Kraft und Lebensfreude, das Beste, das wir von der sozialistischen Entwicklung erwarten, das findet man nicht in der Krippe sondern nur in eigner freier Tätigkeit.«

Der Sozialismus ist nach Heine nicht allein ein Produkt der Wissenschaft sondern auch ein Erzeugnis der tiefen Bedürfnisse und Wünsche der Menschen. Diese formen sich zu einem Ideal, das zwar an überlieferte Geisteselemente anknüpft, aber in die Zukunft gerichtet ist. Das Ideal »gewinnt am ehesten Gestalt in den sensitiven Naturen, unter denen sich die Dichter finden, die Lehrer im Ideal«. In diesem Punkt zeigt sich bei Heine eine vom Vulgärmarxismus abweichende Wertung des Ideals. Ein viel zitierter Satz des Marxismus lautet: Die Arbeiterklasse hat keine Ideale zu verwirklichen. Der Sozialismus ist in jenem Sinn nur die Widerspiegelung des Seins, der tatsächlichen Verhältnisse, nicht eine von den inneren Bedürfnissen des Menschen emporgetriebene Vorstellung einer vorbildlichen mustergültigen Gesellschaft. Heine setzt als treibenden Faktor der sozialen Entwicklung das Ideal einer freien Gesellschaft ein:

»Die bloße wissenschaftliche Überzeugung von der erwiesenen Notwendigkeit einer Umgestaltung der Gesellschaft ist noch nicht ausreichend, um den Menschen zu frischem Handeln zu bewegen; dafür macht sich der hypothetische Zug aller Wissenschaft zu sehr in ihr geltend. Ja, eine gewisse Neigung zum Fatalismus, zum ruhigen Abwarten, kann entstehen aus der rein wissenschaftlichen Überzeugung, daß sich etwas Zukünftiges mit Naturnotwendigkeit entwickeln muß. Ansporn zum Handeln gibt nur der feste Glaube an ein Ideal, noch zu allen Zeiten der Sieg, der die Welt überwunden hat. Das beweist die ganze Weltgeschichte, und daß die Sozialdemokratie ein solches Ideal hat, ist eine Gewähr dessen, daß ihren Tendenzen die Zukunft gehört.«

Diese Überzeugung weckt in Heine die stärksten Kräfte zur tätigen Umgestaltung der Gesellschaft. Seine nun schon mehr als 3 Jahrzehnte währende Mitarbeit an den Sozialistischen Monatsheften zeigt es klar: Wolfgang Heine ist Aktivist. Und dieser charakteristische Zug seines Wesens offenbart sich sofort in seiner Kritik der Bernsteinschen Programmschrift. Es ist völlig verkehrt Heine einfach als "Bernsteinianer" abzustempeln, wie man es in jener Zeit des beginnenden Revisionismusstreits tat. Im folgenden seien nur einige wenige seiner hier veröffentlichten Aufsätze zitiert, aus denen sein Wesen und seine Stellung ersichtlich werden.

In seinem Aufsatz Die Bernsteinfrage und die politische Praxis der Sozialdemokratie schloß sich Heine 1899 nicht den Ansichten Bernsteins über den allgemeinen Gang der Entwicklung und über die eintretende Milderung des Kampfes der beiden sozialen »Hauptklassen« an. In der kritischen Wertung der Marx'schen Zusammenbruchstheorie stimmte er mit Bernstein überein. Er verschmolz in seiner Gedankenwelt organisch das revolutionäre Endzielideal mit der sozialen Praxis. Er bekannte:

»Wir, das heißt die überwiegende Masse der deutschen Sozialdemokraten, *wagen zu scheinen, was wir sind*, nämlich eine Partei der praktischen Reformen mit einem auf Umgestaltung der Grundlagen der Gesellschaft gerichteten, also revolutionären Ideal und Endziel. Wer uns kennen *will*, der hat genug Gelegenheit dazu.«

Heine rückte dann scharf der Politik der »geschwollenen Kraftphrase« auf den Leib, die sich besonders durch die Produktion von Artikeln über die »Reformduselei« und über die Verwischung des »revolutionären Charakters der Partei« aufblähte. Im wesentlichen auf die praktische Gestaltung einer wirklichen sozialen Demokratie hinarbeitend, schätzte er die theoretischen Diskussionen um den Revisionismus nicht hoch ein; er meinte scherzend, die theoretischen Ringer drehen sich mit einander so lange im Kreis herum, bis den Zuschauern der Streit langweilig wird. Und er ließ seinen Artikel in diese energische Aufforderung zu einer umformenden Praxis austönen:

»Die beste Lehrmeisterin unserer Taktik wird zu allen Zeiten nicht die Theorie unserer Partei, sondern die Praxis unserer Feinde sein. Diese hat uns aber zurzeit mit der Zuchthausvorlage vor eine Aufgabe gestellt, die, dünkte ich, wichtiger ist als alle Streitereien über wissenschaftliche und taktische "Prinzipien". Wir sind eine Armee vor einer entscheidenden Schlacht, rings von Feinden umgeben, und wir wissen alle, daß wir zunächst nur eine Aufgabe haben: uns in dem bevorstehenden Kampf nicht schlagen zu lassen.«

Nur selten streift Heine die sozialistischen Institutionen der Zukunft, aber wenn er sie andeutet, dann stimmen ihre Grundlinien nicht mit den Umrissen staatlicher Zwangskasernen überein. Als Anton Menger einen »volkstümlichen Arbeiterstaat« zeichnete, da lehnte sich Heine gegen Konstruktionen auf, die an die Zukunftsbilder Eugen Richters erinnerten. Wie hätte er auch in einem sozialistischen Zukunftsstaat autoritäre Zwangsinstitutionen aufrichten können, die er schon im Gegenwartsstaat so heftig berannte?

Bei allen Aktionen des preußisch-deutschen Obrigkeitsstaats, die ihre Spitze gegen die wahrlich knapp genug zugemessene bürgerliche Freiheit in Deutschland richteten, stand nämlich Heine in den vordersten Reihen der Kämpfer. An dem Sieg über die Lex Heinze im Jahr 1900, den Hans Delbrück als einen großen kulturellen Erfolg der Sozialdemokratie wertete, hat er einen ganz hervorragenden Anteil. Noch heute lesen wir in den Sozialistischen Monatsheften mit größtem Interesse seinen Aufsatz Obstruktion, in dem sich die Taktik der Sozialdemokratie gegen diesen heimtückischen Anschlag auf die Freiheit der Kunst, Literatur und Wissenschaft widerspiegelt. Gegen die Scheinreform der Militärprozeßordnung lief er Sturm, und am Gumbinner Mordprozeß wies er im Oktober 1901 in einem Aufsatz die schreienden Mängel des Militärstrafverfahrens nach. Zugleich machte er gegen ungenügende, halbe Strafprozeßreformen mobil, die auf Jahrzehnte Bollwerke gegen neue, gründliche Reformbestrebungen bilden würden. In einer Zeit, in der die Schwurgerichte von den Berufsrichtern unter ein Trommelfeuer genommen wurden, trat er nach einer vernichtenden Kritik der bestehenden Schöffengerichte für einen Ausbau der Schwurgerichte ein.

Seine Reichstagsreden (man denke nur an seine Rede vom 22. Januar 1914, die die sozialdemokratischen Koalitionsrechtsanträge behandelte und dann von der Generalkommission der Gewerkschaften als besondere Schrift herausgegeben wurde) führen uns tief in die Zurückgebliebenheit der deutschen Rechtsverhältnisse ein. Sie sind wahre Kampfesrufe zur Umbildung der versteinerten deutschen Rechtsverhältnisse, Kampfesrufe zur Erringung eines wirklichen freien Vereins- und freien Koalitionsrechts. Seine Reden vor den Schranken des Gerichts enthüllen oft die politischen Hintergründe der großen wirtschaftlichen Kämpfe. Es sei hier nur an seine Rede im Kölner Gewerkschaftsprozess erinnert, die das Sozialdemokratische Bureau für Rheinland-Westfalen 1914 in Düsseldorf herausbrachte, und die die Gründe für die Schwenkung des Zentrums und der Christlichen Gewerkschaften nach den Reichstagswahlen vom Jahr 1912 darlegte.

Die Bekämpfung eines starren autoritären Zwangs ist der Grundton der ganzen öffentlichen Tätigkeit Wolfgang Heines. Er klingt durch seine Aufsätze für die freie Advokatur und gegen den verzopften Gesetzentwurf gegen das Kurpfuschertum. Heine bäumt sich gegen jeden Schritt zur Bureauekritisierung des ärztlichen Berufs und gegen jede Einengung der freien geistigen Betätigung durch zünftlerische Schranken auf. Er will die Freien Berufe vor jeder Unterwerfung unter die Aufsicht des Polizeistaats bewahren. Und der in ihm so lebendige Freiheitsgedanke macht ihn auch zu einem grundsätzlichen Gegner der Bestrebungen, die auf den Ausschluß Gerhard Hildebrands aus der Sozialdemokratischen Partei lossteuerten. Seine tiefeingewurzelte Toleranz bezeugte er auch Männern gegenüber, die, wie Raphael Friedeberg, auf der äußersten "Linken" standen. Heine, der die Möglichkeit kriegerischer Verwicklungen nie aus den Augen verliert, widerstrebt jeder Zersetzung der Leistungskraft des Heeres. Aber auch seinem Antipoden, dem Antimilitaristen Karl Liebknecht, erweist Heine volle Gerechtigkeit. Er brandmarkt Liebknechts Verurteilung wegen Hochverrats als das auf einem skandalösen Kautschukgesetz aufgebaute Produkt juristischer, dem Leben abgewandter Künstelei. In der Freiheit sieht Wolfgang Heine ein wesentliches Erziehungsmittel der Jugend. Daher greift er mit größter Heftigkeit die willkürlichen Maßnahmen der Behörden an, die unsere Arbeiterjugend ganz ausnahmegesetzlich behandelten, und zwar grade im Hinblick auf die Bestimmung des Vereinsgesetzes, die Personen unter 18 Jahren von politischen Vereinen ausschloß. Die schwersten Anklagen gegen die Handhabung des Vereinsgesetzes erhob Heine in seinem Aufsatz Die Verfolgung der Arbeiterjugend, der am 11. September 1913 in den Sozialistischen Monatsheften zum Parteitag in Jena erschien:

»Offene Vergewaltigung, wozu das Vereinsgesetz und die Schulaufsichtsrechte der Behörden die Formen hergeben müssen, ungeschminkte Willkür und Ungerechtigkeit im Vergleich zu der Behandlung der bürgerlichen Jugendorganisationen, Versuche gewaltsamer Einpferchung und raffinierter Verlockung in die Ställe der ausgesprochen politischen offiziellen Jugendpflege sind die Mittel, womit man die geistige Unabhängigkeit der Arbeiterjugend zu unterdrücken sucht. Die Verwaltungspraxis zieht ihre Schlingen immer enger und enger. Die offenkundige Absicht dabei ist die Jugend der arbeitenden Klasse zwangsweise im reaktionären Sinn zu politisieren.« In Schkeuditz bei Halle führte der Schulvorsteher in die amtliche Fortbildungsschule die ganz militärische Zeitschrift Wir sind Deutschlands Jugend als ein von den Schülern zu haltendes »Lernmittel« ein. Die Arbeiterturnvereine wurden von Behörden zu politischen Vereinen gestempelt:

»Auf diese Art hat das preußische Oberverwaltungsgericht neuerdings jeden dem Arbeiterturnbund angeschlossenen Turnverein für politisch erklärt, weil das Organ der Arbeiterturner, neben seinem, zu 99% rein sportlichen und belletristischen Inhalt, Artikel veröffentlichte, die den Staat und seine Organe betreffen. Dazu wurden vornehmlich auch Auslassungen des Blattes gezählt, worin dieses nachweist, daß der Arbeiterturnbund mit Unrecht als politisch behandelt werde, und gegen die Maßnahmen der Verwaltung als gesetzlich nicht gerechtfertigt und rechtsbeugend protestiert. Darin sieht das Oberverwaltungsgericht eine Aufreizung der Massen und einen Versuch auf die Verwaltungsmaßnahmen der Staatsregierung einzuwirken, also eine politische Bestrebung. Das läuft darauf hinaus: Ein Verein, der sich nicht widerstandslos die Fesseln des Vereinsgesetzes anlegen lassen will, wird eben durch diesen Widerstand politisch.«

Staatliche Eingriffe in die Freiheit der Kunst und Wissenschaft wehrt Wolfgang Heine immer mit besonderer Energie ab. Und noch unter der Republik wurde seine begeisterte Hingabe für eine freie Kunst auf den Kampfplatz gerufen. Als sich die Direktion und die Darsteller des Kleinen Schauspielhauses Berlin wegen Aufführung des Schnitzlerschen Reigens vor dem Berliner Landgericht zu verantworten hatten, übernahm Wolfgang Heine die Verteidigung der Angeklagten und erzielte am 12. November 1921 deren Freisprechung. Aus dem überlauten Gezeter beschränkter Moralschnüffler hörte er deutlich den Schrei nach der Wiedereinführung der Theaterzensur heraus; er rüstete sich gegen die »Philistergesinnung, die den eignen Ellenreitermaßstab an alles, an politische Bestrebungen, religiöse Empfindungen und an die Werke der Kunst und Wissenschaft anlegen will«. Es ist wieder das Gefühl der Hochachtung vor der in sich gefestigten Überzeugung des Individuums, das seiner Seele stärkste Schwungkraft verleiht. Die Verteidigungsrede Heines ist eine innerlich stark bewegte Abrechnung mit dem Geist der Unfreiheit und Unselbständigkeit. *Malo periculosam libertatem quam quietum servitium*: Dieser alte Satz ist das eigentliche Leitmotiv Wolfgang Heines. Der Bericht über die 6tägige Verhandlung des Reigenprozesses, der 1922 im Druck erschien, ist ein zeitgeschichtliches Dokument von bleibendem Wert. Die Gutachten und Zeugenaussagen sachverständiger Männer und Frauen über sexuelle Sittlichkeitsfragen der Zeit, über die Behandlung dieser Probleme auf der Bühne, in der Kunst und Literatur spiegeln eine wesentliche Seite des Kulturlebens unserer Tage wider. Auch die unter dem Namen Der Aufbau von der Gesellschaft der Freunde der Sozialistischen Monatshefte veranstalteten kontradiktorischen Vortragsabende gaben Heine, am 8. März 1926, die erwünschte Gelegenheit in einer Rede über Kunst und Gemeinschaft vor jeder Gefährdung des freien Kunstschaffens in der Deutschen Republik ernstlich zu warnen.

Der Tatsachensinn, der vor allem Heine auszeichnete, hat ihn vor mancherlei Illusionen über den Charakter der Zweiten Internationale bewahrt. Er hielt diese Internationale nicht für eine machtvolle Organisation, die gleichsam über die Köpfe der kämpfenden Heere hinweg einen wirklichen gewaltlosen Frieden aufrichten könnte. Im Krieg haben wohl Genossen, die sich nicht in das Wesen Heines hineinzuleben verstanden, ihn einen engstirnigen Nationalisten gescholten. Sie hatten kein Ohr für das von ihm mitten im Weltkrieg abgelegte Bekenntnis zum internationalen Gedanken. Als Friedrich Thimme eine Überwindung der »internationalen Idee« in der Sozialdemokratie zu sehen glaubte, fiel ihm Heine 1915 mit dieser Erklärung ins Wort:

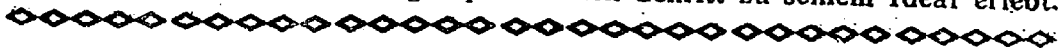
»Ich im Gegenteil halte das "Internationale" sowohl in der Sozialdemokratie als in der ganzen deutschen Kultur für einen der wichtigsten Werte.«

Nach dem Zusammenbruch übernahm Wolfgang Heine die Leitung des Justizministeriums und dann des Innenministeriums Preußens, in einer gradezu verzweifelten Situation. Nach einem Bericht über die parlamentarische Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion der Preußischen Landesversammlung 1919 schilderte er die politische und soziale Lage Preußens so: »In dem Augenblick des fürchterlichen Zusammenbruchs haben wir versucht Ordnung und regelmäßigen Gang in die politischen Geschäfte zu bringen. Der Kaiser war geflohen. Die Massen waren erregt, ungeduldig, wochenlang hatte man sie hingezogen, hatte man ihrer berechtigten Forderung nach Abdankung des Kaisers immer eine neue Zögerung entgegengesetzt. Man hat, wie so oft, sich nicht entschließen können zur richtigen Zeit das Notwendige zu tun. Die Massen waren dabei ohne sicheres politisches Ziel, sie waren in Gefahr jeder Verlockung zur Gewalttat, zur Unordnung, zu einer vollständigen Zerstörung ausgeliefert zu werden.«

Die Zerklüftung der Nation und die Entartung der Revolution zu einer Streikbewegung stimmten Heine sehr besorgt um die kulturelle Fortentwicklung des deutschen Gemeinschaftslebens. Als Minister des Innern ließ er im Herbst 1919 eine Denkschrift über die »Gründung von Freien Schul- und Werkgemeinschaften als Mittel zur Befestigung des neuen Staates und Schaffung eines neuen deutschen Geisteslebens« ausarbeiten. Heine hatte sich vorher jahrzehntelang mit sozialpädagogischen Fragen tief und gründlich beschäftigt, und die Gedanken der Gründer der deutschen Landerziehungsheime waren ihm völlig vertraut. Die Denkschrift, von ihm unterzeichnet, ist sicher seinem Geist entsprungen. Allen angeregten Einzelreformen der Zeit sucht Heine eine einheitliche Richtung und einen großen Inhalt zu geben: »Eine neue Volksbewegung bedarf einer erhabenen Idee, die sie rechtfertigt, ihr eine große kühne Richtung verleiht und damit zugleich die schöpferische Kraft des Volkes entwickelt.«

Die Grundgedanken seines Wirkens liegen seiner Denkschrift zugrunde: die Ideen der Freiheit und der Gemeinschaft. Aus Schul- und Werkgemeinschaften will er den das Leben des Volks einigenden Geist emporblühen lassen. In den Freien Schulgemeinden und Landerziehungsheimen unserer Tage sieht er Vorbilder einer neuen, Handarbeit, wissenschaftliche Tätigkeit und vergeistigte Lebensführung harmonisch verbindenden Erziehung, Vorbilder allerdings, die nicht sklavisch nachzuahmen sondern wesentlich zu verbessern sind. Der freie selbständige Gemeinschaftsmensch ist das Erziehungsideal Wolfgang Heines. In diesem Menschen sind die Ideale der Französischen Großen Revolution von der Freiheit und Menschenwürde des Individuums lebendig. Freie, selbsttätige Massen bilden diese sozialistische Demokratie, nicht die geschobenen Sklaven eines auf bloßer Gewalt beruhenden Staatswesens, das sich noch gar kommunistisch zu nennen wagt.

Am 4. April 1927 sprach Wolfgang Heine auf einem der oben schon erwähnten Aufbauabende der Freunde der Sozialistischen Monatshefte über die Idee des Rechtsstaats und des Rechtsschutzes in der Deutschen Republik. Er lehnt jede bürokratische Reglementierung namentlich auf sittlichem und geistigem Gebiet a limine ab. Auch die Republik habe das Gefühl für einen gesicherten Rechtsschutz selbst der Staatsgewalt gegenüber zu kräftigen. Im freien Staat ein freier Mensch! Für das Ideal eines freien sozialistischen Menschen hat Wolfgang Heine mehr als 4 Jahrzehnte in fruchtbarer Arbeit geungen. Noch lange Jahre des Wirkens liegen vor ihm, und es sei ihm beschieden, daß er einen tüchtigen praktischen Schritt zu seinem Ideal erlebt.



ANNA SIEMSEN . DIE KUNST DER ANNA PAWLOWA



S gibt unter Leanders zierlichen Träumereien an französischen Kaminen eine, die er Der Arme und der Reiche nennt. Darin wird von einem reichen Mann erzählt, der sich im Jenseits sein behagliches Spießbürgerdasein mit Schweinebraten, Schlafrock und Generalanzeiger wünscht und nach einiger Zeit entdecken muß, daß er sich damit in die Hölle, und zwar in deren tiefste Tiefen, gewünscht hat. Den jämmerlich Verzweifelnden läßt aber der Heilige Petrus mitleidig durch ein Astloch in die himmlische Herrlichkeit gucken. Und da steht dann der arme reiche Mann 1000 Jahre lang auf den Zehenspitzen mit verrenktem Hals. Aber er merkt nichts von Müdigkeit und schmerzenden Gliedern. Er steht 1000 Jahre lang, versunken im seligen Schauen.

So gut wird es unsereinem ganz selten. Aber es kann vereinzelt doch geschehen. Als vor dem Krieg Anna Pawlowa zum erstenmal nach Deutschland kam, trat sie in einer Serie von Abenden auch in Bremen auf. Und das bißchen Lehrerinnengehalt reichte uns Begeisterten für alle die Abende nur zum höchsten Olymp und nur zu sehr fragwürdigen hinteren Reihen. Da standen wir denn wie der reiche Mann im Märchen auf Zehenspitzen und mit verrenkten Hälsen und waren selig. Und unter uns raste das überfüllte Haus. Der Bremer ist ein schwerfälliger Norddeutscher. Er ist gehemmt durch sehr viel Hanseatenwürde, Bildungsstolz und die Sinnenkälte, die dem Norddeutschen eignet. Aber das alles zerschmolz vor dieser himmlischen Anmut. Die steifen Bremer standen auf ihren Plätzen, sie klatschten, sie schrien, sie brüllten und tobten. Als die Pawlowa ihre Schlußnummer, das zauberhafte Menuett, wiederholte, als sie wieder und wieder, ein Dutzendmal, sich gezeitigt, sich verneigt, gelächelt hatte, standen sie noch immer, wichen und wankten nicht. Als der eiserne Vorhang längst niedergegangen war, warteten und riefen sie weiter und hofften auf einen letzten Blick ins Himmelreich. Und das wiederholte sich Abend für Abend.

Und dann nahm man diese holdeste Erinnerung hinein in die Kriegsjahre, in Elend, Verzweiflung und Zusammenbruch. Und als man sie wiedersah (man zagte und zweifelte ein wenig: wie wird es sein nach soviel Untergang, sind wir nicht zu alt, zu zerstört, zu kalt geworden?), da war's der alte, der junge, der ewige Zauber, unzerstörbarer Triumph der höchsten menschlichen Anmut. Das also, dachten wir, das bleibt und überdauert Alter, Zeitenwandel, Kampf und Untergang. Und als wir die Nachricht von ihrem Tod lasen, sprang neben der Trauer um Unwiederbringliches und neben dem Schmerz für alle die, denen dieses Wunder an Beglückung hinfort nur eine Sage und schwindende Überlieferung sein wird, der Gedanke tröstlich auf: Aber wir anderen, die sie erlebt haben, wir alle sind doch eins, wie nur beschenkte und dankbare Menschen eins sein können.

Da kam die Enttäuschung. Das Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie, der Vorwärts, brachte einen kurzen Nachruf. Darin stand folgendes zu lesen: In den Tänzen der Pawlowa »feierte die Anmut, Zartheit, Niedlichkeit und Eleganz des Rokoko eine wunderbare Auferstehung. Die Grazie, das gespreizte Kokettieren, das zierliche Schöntun des galanten Zeitalters wurde

wach. Aber sobald die Erscheinung vorüber, das Bild zerronnen war, blieb nichts übrig, denn das Leben, das die Pawlowa lebte, liegt uns weltenfern, das Blut, mit dem sie ihre Gestalten füllte, war nicht das Blut, das in unseren Adern rinnt, ihr Geist nicht der Geist unserer Zeit. Schon der Frauentypus, den sie verkörperte, erschien uns fremd, ließ uns kalt in seiner Geziertheit, Geschraubtheit, Unnatur, Affektation. Die Erotik unserer Zeit wirbt und wirkt mit anderen Mitteln, und Erotik war im Grunde alles, was die Pawlowa wollte und gab. Wir heute leben in einer andern Zeit. Und so mußten und müssen wir bei aller schuldigen Anerkennung und Bewunderung der persönlichen Leistung dieser in ihrer Art großen Tänzerin ihre Kunst als Ganzes ablehnen.« Dieses Urteil, in dem jedes Attribut falsch ist, jedes Argument die Sache auf den Kopf stellt, tritt auf mit dem Anspruch für die gegenwärtige Generation gefällt zu sein (»wir« leben in einer »andern Zeit«) und mit einer Art pseudowissenschaftlicher Begründung (»Rokoko«, daher »abzulehnen«). Und es ist bei uns deutschen Strammstehern vor einer wissenschaftlich verbrämten Meinung leider zu befürchten, daß nun mancher brave Kulturrevolutionär, der an sich bessere Augen im Kopf hat, heimlich zu sich selbst spricht: Donnerwetter, da hätte ich mich beinahe vergaloppiert; gewiß doch, Rokoko und kaiserliches Ballett, das muß ja reaktionär sein; also: als gespreizt und unnatürlich abzulehnen. Und damit wird nicht nur jede unbefangene Freude zerstört, von der wahre Kunst lebt, sondern, was noch schlimmer ist, es wird das Allerreaktionärste, die künstlerische Stumpfheit, als revolutionäres Gegenwartsgefühl drapiert.

Je mehr uns daran liegt blinde Traditionsgläubigkeit in der Kunst wie anderwärts zu entwurzeln und die Zeitbedingtheit aller, auch der größten Kunst zu betonen, desto schärfer müssen wir gegen eine krasse Mißdeutung kämpfen. Es kommt nicht nur darauf an, daß man einen richtigen allgemeinen Satz wie den von der Zeitbedingtheit aller menschlichen Erscheinungen begriffen hat, sondern daß man auch richtig zu subsumieren versteht, worin ja im Grunde alle Klugheit sich allein von Dummheit unterscheidet. Sonst gelangen wir schließlich aus lauter revolutionärer Grundsatztreue dazu den Gebrauch des Feuers als reaktionär abzulehnen; denn schließlich ist auch dieses in entlegenen Gesellschaftsepochen und unter Bedingungen entdeckt und verwandt worden, die nicht mehr die unseren sind. Die Entstehung irgendeiner Technik (wirtschaftlicher oder künstlerischer Art) und irgendeiner durch die Technik bedingten Form in der Vergangenheit beweist nicht das mindeste, weder für noch wider die Angemessenheit von Form und Technik in unserer Zeit. Beweiskräftig gegen sie ist nur zweierlei; entweder, daß das Bedürfnis, dem sie dienen, nicht mehr vorhanden ist (zum Beispiel das Bedürfnis nach Gelegenheitsdichtungen zum Preis der Regierenden an europäischen Höfen; mit den Hofhaltungen verschwand das Bedürfnis und die ihm dienenden Dichtungsformen), oder, daß es heute bessere Mittel zur Befriedigung dieses Bedürfnisses gibt. So hat die neue künstlerische Technik der Photographie die ältere des Porträts, vom Ölgemälde bis zum Scherenschnitt, zurückgedrängt. Aber eben dieses Beispiel zeigt, daß gerade neue Techniken der künstlerischen Bedarfsbefriedigung sehr häufig ältere Techniken neben sich bestehen lassen, wenn auch in beschränktem Umfang, dafür aber um so höher entwickelt und spezialisiert. Es ist töricht Geige und Viola als veraltete Techniken mit dem Hinweis auf

den technisch neuern Bechsteinflügel abzulehnen, oder Porträtmalerei und Kupferstich mit Hinweis auf die Photographie. Je vielfältiger sich der technische Apparat in der Kunst entwickelt, desto mannigfaltiger werden auch die Ausdrucks- und Genußmöglichkeiten, und die einzige Einwendung, die hier trifft, ist die, daß möglicherweise technische Virtuosität den Ausdruck selber schädigen und so das Kunstwerk töten kann.

Wenden wir diese höchst trivialen Wahrheiten auf Anna Pawlowa und ihren Tanz an. Der Tanz als eine der allerältesten Kunstformen der Menschheit hat eine unendliche technische Mannigfaltigkeit entwickelt, die wir heute nur unvollkommen kennen. Die sogenannte klassische Ballettkunst des 18. Jahrhunderts war die technisch höchst vervollkommnete und spezialisierte Form des musikalischen Tanzes, in der die Bewegung in allerengster Verbindung mit der sehr entwickelten und komplizierten Musik dieser Epoche und unter ihrer Führung stand. Es ist nun die Frage, ob das Bedürfnis nach musikalisch geführter Bewegung als Ausdruck unseres Gefühls erloschen sei (das wird zweifellos verneint werden), oder aber so viele vollendetere Techniken demgegenüber aufgetreten sind, daß wir diese alten als tot und abgetan ansehen müßten. Ich sehe mich vergeblich danach um. Wir haben allerdings eine unendliche Menge fremder Tanzformen übernommen, von Neger- und Indianertänzen bis zu den vermeintlichen Tänzen der alten Ägypter und Griechen. Rhythmische Bewegung ist etwas so elementar Menschliches, daß wir in ihr am ehesten Abgründe der Zeit und des gesellschaftlichen Zustands überspringen. Aber was für den Tanz der Neger gilt, das gilt zweifellos auch für Menuett und Gavotte unserer Urgroßväter. Wir können beides erleben und Grenzen des eignen Gefühls in ihnen überspringen.

Soweit unsere moderne Tanzkunst nicht eklektisch ist, bedeutet sie vor allem Zersetzung der Musikalität zugunsten der Pantomime oder einer hochentwickelten Gymnastik. Ich sage nichts gegen beide. Sie haben ihr Gebiet und können ihre Bedeutung haben. In einer Zeit der sich ausdehnenden Körperkultur und des verstärkten Körpergefühls hat der gymnastische Tanz, besonders als Massentanz, gewiß seine große kulturelle Bedeutung. Und dem pantomimischen Tanz könnte man nur einen engern Anschluß an das so nah verwandte Kino wünschen und möglichst gespannte Aufmerksamkeit auf den größten pantomimischen Künstler (und Tänzer) unserer Zeit: Charlie Chaplin. Aber was hat das mit dem musikalischen Tanz zu tun? Warum sollen wir auf den verzichten? Und wie kann sein Gebiet eingeschränkt, seine Bedeutung herabgemindert werden durch so wesensverschiedene Erscheinungen?

Hier wird natürlich der Widerstand derer einhaken, die die "Unnatur" der Anna Pawlowa für etwas Abgetanes erklären. Deren Tanz, werden sie sagen, ist eben nicht musikalischer Tanz schlechtweg sondern sehr spezialisierte Hofkunst, entstanden aus dem Repräsentationsbedürfnis der Rokoko-höfe, frivole und gespreizte Luxuskunst für eine müßige Gesellschaft hochmütiger Schmarotzerexistenzen. Diese Gesellschaft ist im Orkus der Geschichte verschwunden. Was sollen uns heute noch ihre Kunst und deren Technik?

Sie haben natürlich recht für das klassische Ballett ebenso wie für die klassische Oper, die mit ihm entstand und blühte. Und alle ihre Einwürfe gelten wie für dieses Ballett genau so auch für Mozarts Opern, die auf dem gleichen Boden gewachsen sind, eine ebenso verfeinerte Sinnlichkeit

mit gleich raffinierter Technik, manchmal bis an die Grenzen des Virtuositums, atmen. Der Hof der Habsburger und die Gesellschaft, die ihn trug, sind längst dahin. Sind sie darum für uns abgetan und lehnen wir sie ab, die Melodien des Don Juan, die Arien des Figaro, Sarastros Lied von der sühnenden Liebe? Gewiß war Mozart ein Wiener Hofmusikus des Rokoko, und wir müssen sein Werk unter anderm auch im Zusammenhang mit seiner Zeit und Tradition sehen. Aber wir können es nacherleben, uns an ihm beseligern, weil er mehr war, und weil dieses Mehr seiner großen Menschlichkeit in Verliebtheit und Spiel, in Trotz und Verzeihen und in der Seligkeit über die Schönheit dieser seiner und unserer menschlichen Welt über die Zeiten und Gesellschaftsformen zu uns spricht. Wer in Cherubins Liebesarien nur abgetane Rokokogalanterie und in Sarastros Gesängen nur überholtes Freimaurertum hört: lassen wir den Unseligen, und freuen wir uns unseres bessern Geschicks, das uns erlaubt einen schönen Körper auch unterm Reifrock und ein menschliches Gesicht unter einer Perücke zu erkennen.

Und mit Anna Pawlowa steht die Sache noch weit weniger schwierig. Gewiß, sie übernahm die Formen des klassischen Balletts. Und daß diese Formen unter Umständen nichts als antiquarisches Kunstgewerbe sind, das haben uns andere technisch vollendete Spitzentänzerinnen zur Genüge gezeigt: Wir klatschten, staunten und gähnten. Und es gab Fälle, wo auch die Pawlowa sich höfischen Forderungen anpaßte und vor allem Virtuosa war. Ich habe sie in einem Programm gesehen, das Wilhelm II ihr für irgendeine Hochzeitsfeierlichkeit aufgezwungen hatte. Es war bei weitem das schlechteste Programm, das sie tanzte, denn es war das oberflächlichste und virtuosenhafteste. Auch da blieb sie die Pawlowa, die einzige, wie Mozart der einzige auch in seinen Koloraturarien bleibt. Aber die wahre, unvergeßliche, erschütternde Pawlowa war sie dort, wo sie die alte, vollkommen beherrschte Technik aufblühen ließ, durchsichtig und für ihre höchst persönlichen und höchst modernen Inhalte geistig machte. Der Vogel, der vor der Schlange flieht, der Sterbende Schwan, die Bacchantin und das seltsame und unheimliche Tanzdrama von der Zauberin, die sich in ihren eignen Liebeskünsten fängt und stirbt: was darin lebte, an Lebensjubel, der zu Todessehnsucht wird, an Lebensangst, die sich im Rausch versteckt, an Haßliebe, die sich in ihrem Widerspruch verzehrt, das hatte mit Rokoko nur noch die letzte Andeutung der Form gemein und stieg aus den Tiefen einer ganz modernen, kämpfenden, sehnsuchtsvollen Seele, die den Zwiespalt alles Lebens erduldet und in der Schönheit die Überwindung erlebt.

Nur in einer Beziehung zeigte sich diese Kunst als Klassenkunst. Nicht in Gestalt und Inhalt, die über das Klassenmäßige hinauswachsen zu menschlicher Bedeutung, nicht in der Technik, die, klassen- und traditionsbedingt, in ihrer Anwendung allgemeine Verständlichkeit und Gültigkeit hatte. Aber in ihrer wirtschaftlichen Grundlage. Sie war Luxuskunst kostspieligster Art. Die Erscheinung Anna Pawlowas war nur möglich auf Grund einer vollkommenen und strengen Schulung, wie sie in unserer bürgerlichen Welt gar nicht durchführbar ist. Und ihre Existenz ließ sich, nachdem der Boden des Zarenhofs verschwunden, nur durch die breite Schicht wohlsituerter Bürger sichern, die heute in Europa imstande sind nicht nur Olymp-, sondern Parkett- und Logenplätze für einen Pawlowaabend zu zahlen. Weil die wirtschaftlichen Grundlagen höfischer Kultur mit der letzten absoluten Mon-

archie verschwanden, fehlt der Boden für die Entfaltung einer solchen Kunst. Und wenn wir von der unvermeidlichen Umwälzung der europäischen Gesellschaft zum Sozialismus hin überzeugt sind, so müssen wir es hinnehmen, daß in diesen kommenden Zeiten des Drangs, der Unruhe und der zudrängenden Not eine solch lichte Vollendung zerdrückt werden würde. Erst in einer reichern und gesicherten neuen Gesellschaft, in Marx' »wahrem Reich der Freiheit«, wird für das Erlühen gleicher Schönheit ein neuer Boden da sein. Dann aber wird es möglich sein, daß sie für alle blüht.

Bei aller Seligkeit des Schauens blieb das ja doch ein bitterer Rest, daß man unter wenigen Bevorrechteten genoß, was für alle hätte da sein sollen. So sicher ich war, daß der einfachste Genosse, die einfachste Arbeiterfrau glücklich gewesen wäre an dem, was die beifallklatschenden, tobend jauchzenden Bremer Bürger beglückte, so beschämend empfand ich es, daß das Fehlen von ein paar Reichsmark sie ausschloß, und daß sie daher, um mit Mörike zu reden, »nicht eben wie ich selig waren«. In meinen Augen verdammt ein solches Ausstoßen aus dem Paradies unsere heutige Ordnung ebenso wie Wohnungsnot, Bildungsnot und Arbeitsnot. Um dieses Unrecht aufzuheben, ist es recht, wenn eine Zeitlang für Anna Pawlowa und ihresgleichen kein Raum auf unserer Erde ist, damit sie später für aller Augen blühen können. Und wir, die sie gesehen haben, wollen in unserm Herzen die Erinnerung an jenen Blick in die Seligkeit bewahren, den wir tun durften.

WALTER BAUER · RADIORUF: 1. MAI



ICH rufe nur ein Wort

In das schwarze Kästchen, das oft euch, Genossen, zutrug
Gedicht, Musik, Bericht aus aller Welt.

Dieses Wort enthält alle Programme, die uns angehn.

Ich sitze nicht am Tisch, gelassen vorzulesen,

Euch zu versetzen in unverbindlich angenehme Teilnahme,

Ich beuge mich vor, als wäre so stärker zu hören

Stimme und Wort:

1. Mai!

Ich spüre die Erregung des Weltraums, der alle Geräusche aufnimmt,

Ich spüre die Wellen, sie umschwingen die Welt,

Sie kommen zu dir, verwandeln sich, dringen als Wort

An dein Ohr: verstehst du es?

Das ist *dein* Tag.

Alle Tage im Jahr rollen unendlich vorüber,

Wie im Schacht die Kohlenbahn über uns, die Schatten wirft,

Jahreszeiten gehen mit Grün und wechselnder Farbe vorüber,

Selten haben wir außer dem Werkwind den Wind des Jahres gespürt.

Aber *ein* Tag ist im Wagenzug der Tage,

Leuchtend und voll starker Musik:

Ruhetag der Herzen, Weltfeiertag, 1. Mai!

Mehr als ein Anfang des Monats: Zeichen des Marsches,

Leuchtfeuer im Staub, Boje, die warnt vor dem seichten Gewässer
 Der Müdigkeit, Verzweiflung, des Grams ohne Aussicht.
 Dieser Tag enthält alle neuen Jahreszeiten,
 Weil er bedeutet: die zukünftige Welt.
 Er enthält den hellen Himmel, der geschwärzt wird vom Werk,
 Weil er bedeutet:
 Helles Gewölbe der sozialistischen Gemeinschaft.
 Er enthält: Wachstum der Dinge,
 Weil er bedeutet: Wachstum der Solidarität.

Dieser Tag ist ein Stein in der Mauer,
 Errichtet aus den Steinen des Jahrhunderteleidens,
 Eine Blüte am Baum, des Früchte wir erwarten,
 Ein Goldkorn in der Hand voll rieselndem Kies.

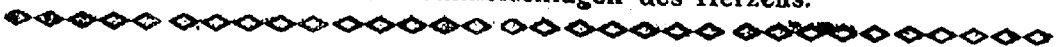
Ich rufe noch einmal das Wort.

Und wenn du andrehst, Genosse, deinen Apparat,
 Zu hören sanft einschläfernde Musik:
 Dieses Wort ist Musik, es tönt die Marseillaise in allen Sprachen.
 Arbeiter alle, wo es auch sei, Werkstätige über und unter der Haut
 Der Erde,
 Wenn ihr lauscht, gewaschen nach der Schicht,
 Aus dem Apparat dringt die Verkündigung des Weltfeiertags
 Wie ein biblischer Ruf.

Wie ein Ruf nicht allein zu denen am Radio,
 Die Wellen dringen zu jedem,
 Jeder Mensch wird zu Antenne und Empfänger.

Heizer im Zug, der die Wüste knirschend durchquert,
 Dein Dampf braust.
 Mann im Maschinenraum, es tropft das honiggelbe Öl
 Auf die Gelenke.
 Schall der Hacke, die den Boden aufwirft,
 Schall der Füße, die Lasten tragen durch die Länder:
 Alle Geräusche enthalten das Wort
 Von dem Tag, diesem Tag,
 Enthalten die heilige Versicherung der Solidarität.

Es ist still. Ich lausche. Ich sehe euch:
 Verstreut, einzeln, in Kolonnen,
 Jeder für sich und für alle bereit,
 Nicht loszulassen, im Schutt der Zeit nicht zu ersticken,
 Mitzufeiern, Genossen der Welt,
 Den Feiertag der Arbeit,
 Von niemandem eingesetzt als den Arbeitern sich selbst,
 Als mitzumarschieren
 Ein Stück voran unter den Trommelschlägen des Herzens.



RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Innenpolitik / Will Könemann

Müller (Hermann) † Am 20. März erlag der Führer der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion

Hermann Müller in Berlin einem schweren Leiden. Die deutsche Politik der Nachkriegszeit verlor eine ihrer markantesten Persönlichkeiten.

Hermann Müller wurde am 18. Mai 1876 in Mannheim geboren. Früh trat er in die Reihen der Partei ein, er wurde bereits 1899 Redakteur an der Görlitzer Volkszeitung. 1906 wurde er durch August Bebel in den Vorstand der Partei berufen. Vorwiegend in diesem Aufgabenbereich wirkte er bis zum Ende des Krieges. 1916 wurde er bei einer Nachwahl in Reichenbach-Neurode in den Reichstag gewählt. Während der Monate des Zusammenbruchs und der Staatsumwälzung gehörte er dem Vollzugsrat und später dem Zentralrat der Deutschen Republik an. Der Wahlkreis Breslau entsandte ihn in die Nationalversammlung, wo er als Vorsitzender des Haushaltsausschusses zuerst vor größere politische Aufgaben gestellt wurde. Im Kabinett Bauer war er Außenminister; als solcher mußte er den Vertrag von Versailles unterzeichnen. 1920, nach dem Lüttwitzputsch, wurde er Reichskanzler; er blieb es allerdings nur bis zu den Juniwahlen jenes Jahres, um sich erst ein Jahrzehnt später wieder an der Spitze der Reichspolitik zu befinden.

Die innenpolitische Leistung Müllers kann nur an den ungeheuren Schwierigkeiten der Nachkriegszeit gemessen werden, an den Aufgaben, vor deren Lösung sich die deutsche Sozialdemokratie nach dem verlorenen Krieg gestellt sah. Wollte man seine spätere politische Grundhaltung angreifen, so müßte die Kritik bei der grundsätzlichen Entscheidung ansetzen, die die Sozialdemokratie in jenen Jahren für sich gefällt hat. Er hat die Macht, die ihm als Führer der stärksten Partei, als Führer der Arbeiterklasse in die Hand gelegt war, als treuer Sachwalter genutzt. Er hat durch kluge Besonnenheit und Kühle die Macht der Arbeiterklasse zu erhalten und, wenn möglich, zu mehren gesucht. Aber er war nicht von der Leidenschaft besessenen Macht zu erobern, in kühnem Wagnis an sich zu reißen und auszuüben. Er hat mit nicht alltäglicher Klugheit und scharfem politischen Urteil die

Aufgaben des Tages erkannt. Aber es war ihm nicht gegeben die Vision eines größern Ziels vor seiner Gefolgschaft lebendig werden zu lassen, die Notwendigkeit einer weitzielenden Entscheidung herauszustellen und zu fordern.

Diese seine unromantische, illusionslose Art und die Überzeugungskraft seiner sachlichen Argumentation haben ihm in der Fraktion großen Einfluß gesichert, der durch das gewinnende Wesen seiner persönlichen Haltung gesteigert wurde. Aber in diesem Grundzug seiner politischen Natur lag auch das Unbefriedigende seiner letzten Kanzlerschaft vom Sommer 1928 bis zum Frühjahr 1930 begründet, in der er und mit ihm die Partei mehr an Aufopferung und Arbeit, Prestige und Entsaugung draufgegeben haben als schließlich ihrem politischen Effekt entsprochen hat.

Noch einmal griff Hermann Müller bestimmend in die innenpolitische Entwicklung ein, als nach dem 14. September 1930 die Frage der weitem Haltung der Partei gegenüber dem drohenden Nationalsozialismus und gegenüber dem Kabinett Brüning Antwort heischte. Er war noch in der Wahlnacht selber dafür diese Regierung zu tolerieren. Diese Parole, die anfangs Entsetzen erregte, wurde dann befolgt; sie wird es noch heute, und auf dem Leipziger Parteitag wird man sie aufs neue zu begründen haben. So ist die letzte Entscheidung Hermann Müllers auch diejenige, die über sein Grab hinaus fortwirkt.

Spanien:
Staatsumwälzung

Spanien ist zum zweitenmal Republik. Ein traditionsbeladener Thron Europas, der in unsere Zeit gärender Wirris und Wandlung wie ein Urzeitfels hineinragte, ist gestürzt worden. Der Versuch nach dem ruhmlosen Ende der Pseudodiktatur Primo de Riveras die Herrschaft der Monarchie zu retten und das feudal-klerikale Regime zu stabilisieren ist nach mehr als einem Jahr andauernder innerer Unruhen und Spannungen fehlgeschlagen.

Die Regierung des Generals d'Almaso Berenguer, die das Erbe der Riveraschen Herrschaft liquidieren sollte, hatte es als ihre wichtigste Aufgabe bezeichnet ein neues Parlament wählen zu lassen, den verfassungsmäßigen Rechtszustand wiederherzustellen und die Staatsmaschine zu reorganisieren. Aber es zeigte sich bald, daß die 6 Jahre der

Diktatur nicht einfach fortzuwischen waren, und daß man nicht mühelos dort anknüpfen konnte, wo 1923 der Faden gewaltsam abgerissen worden war. Die Entwicklung war weitergegangen. Mehr als die zahlreichen militärischen Revolten war dafür die steigende republikanische Welle ein untrügliches Anzeichen. Man darf heute mit Recht bezweifeln, ob es der Krone mit den Versprechungen ernst war, die sie nach dem Fallenlassen Primos dem Volk gegeben hatte. Die versprochenen Wahlen wurden unter nichtigen Vorwänden immer wieder hinausgeschoben, Zensur und Belagerungszustand waren die fast regulären Regierungsmittel Berenguers. Damit vermochte man die überall im Land aufflackernden republikanisch-revolutionären Unruhen, an denen vor allem die Studentenschaft beteiligt war, nur äußerlich zu unterdrücken. Unter der Oberfläche einer so erzwungenen Ruhe aber griff die antidynastische Bewegung immer weiter um sich. Die Führer der antimonarchistischen Bewegung, nach dem Sturz Primos meist aus der Verbannung heimgekehrt, traten Anfang August 1930 in Madrid zusammen, um Richtlinien für ein gemeinsames Vorgehen festzulegen und einer Zersplitterung der republikanischen Kräfte vorzubeugen. Es gelang auch die Sozialisten in diesen Pakt mit einzubeziehen. Mitte August kam es in San Sebastian zu einer Einigung zwischen den Führern des republikanisch-bürgerlichen Liberalismus, der Arbeiterklasse und einzelnen militärischen Führern. In den folgenden Monaten wurde die Durchführung einer revolutionären Erhebung eingehend vorbereitet. Im Oktober wurde, nachdem man sich auf ein förmliches Regierungsprogramm geeinigt hatte, eine Provisorische Regierung gebildet. Sie wählte für die Verwaltungsposten, bis hinunter zu den Provinzgouverneuren und Bürgermeister, Männer aus, deren Aufgabe es sein sollte nach dem Sieg der republikanischen Bewegung die Verwaltungsmaschine reibungslos fortzuführen, um jede Hemmung von innen heraus auszuschalten. Am 15. Dezember sollte in ganz Spanien ein Manifest verbreitet und zur Revolution aufgerufen werden. Ein Netz von Vertrauensleuten erstreckte sich über das ganze Land. Die systematische Durchführung dieses weitzielenden Plans scheiterte jedoch zunächst daran, daß bereits am 12. Dezember in der nordspanischen Garnison Jaca die Erhebung vorzeitig losbrach und vollkommen niedergeschlagen wer-

den konnte, bevor sie weiter um sich gegriffen hatte. Die Regierung verhängte sofort den Belagerungszustand. Hier und dort kam es zu lokalen Streiks, jedoch ohne Ziel und Plan. Militärische Führer des Aufstands wurden erschossen, die Mitglieder der Provisorischen Regierung, deren Namen unter dem vorzeitig veröffentlichten Manifest standen, sofort verhaftet. Es waren die gemäßigten Republikaner Alcala Zamora und Miguel Maura, die radikalen Republikaner Alexandro Lerroux und Martinez Barrios, die Sozialisten Francisco Largo Caballero, Fernando de los Rios und Indalecio Prieto, die bürgerlichen Sozialradikalen Marcelino Domingo und Alvaro de Albornoz, ferner Manuel Azana (Republikanische Aktion), Nicolau d'Albert (Catalanischer Autonomist), Casaras Quiroga (galicischer Autonomist). Nur wenige von ihnen vermochten zu fliehen, die meisten wurden wegen versuchten Hochverrats unter Anklage gestellt. Die Existenz der Regierung Berenguer und der Monarchie schien so gerettet zu sein. Unter dem latenten Druck der öffentlichen Meinung entschloß sie sich aber Anfang Februar 1931 die Wahlen für die Cortes zum 1. März ausschreiben zu lassen. Allerdings sollte es sich hierbei nicht um eine Konstituante handeln sondern um eine einfache Fortführung des 1923 vertriebenen Parlaments. Doch dafür war es jetzt zu spät. Die Sozialisten, bürgerlichen Linksrepublikaner und die "Konstitutionalisten" (Sanchez Guerra, Melquiades Alvarez) proklamierten Wahlboykott. Selbst die monarchistischen Führer der Rechtsliberalen Graf Romanones und der Demokrat Marquis Alhucemas erklärten an den Wahlen nur teilzunehmen, um in dem neuen Parlament sofort eine Verfassungsgebende Nationalversammlung zu fordern. Damit wurde der Plan Berenguers hinfällig. Er trat zurück. Die Ausschreibung der Cortes wurde zurückgezogen. Guerra wurde mit der Bildung der neuen Regierung beauftragt. Der König erklärte sich (offensichtlich, um Zeit zu gewinnen) mit der Einberufung einer Konstituante einverstanden, deren Entscheidung in der Verfassungsfrage er sich unterwerfen wollte. Aber der für das Ansehen der Krone vernichtende Versuch ein sogenanntes Konzentrationskabinet unter Einbeziehung der im Gefängnis sitzenden republikanischen Führer zu bilden scheiterte an deren Ablehnung. Noch einmal gelang es der habsburgisch-bourbonischen Manövrierkunst des Königs mit Hilfe des gewand-

ten Romanones ein monarchistisches Kabinett zustande zu bringen, unter Führung des Admirals Aznar. Die neue Regierung mußte der Volksstimmung so weit Rechnung tragen, daß sie baldige Neuwahl der Gemeindeparlamente und Wahl einer Verfassungsgebenden Nationalversammlung versprach. Aber die bereits bis in die Grundfesten erschütterte Autorität der Krone war mit derartigen Mitteln nicht mehr zu retten. Die Gemeindewahlen am 12. April ergaben in 49 von 52 größeren Städten eine erdrückende republikanische Mehrheit. Damit war das Geschick der Monarchie entschieden. Die Provisorische Regierung, die bereits im März nach einer rein formalen Verurteilung in Freiheit gesetzt worden war, forderte den Rücktritt des Königs und die Errichtung der Republik. Alfons XIII hatte politisches Gefühl genug der Form nach freiwillig auf das zu verzichten, was ihm keine Gewalt mehr hätte sichern können. Am 14. April verließ er das Land, nachdem er in einem Aufruf, der seinem diplomatischen Geschick noch einmal alle Ehre machte, dem spanischen Volk die Gestaltung seines Schicksals selbst überließ, ohne auf seine Krone formell zu verzichten. Die weiteren Ereignisse vollzogen sich mit außerordentlicher Schnelligkeit. Die Provisorische Regierung übernahm in fast unveränderter Zusammensetzung die Macht; alle seit langem festgelegten Maßnahmen wurden jetzt planmäßig durchgeführt. Nirgends kam es zu ersten Reibungen. Die neue Regierung hat die Wahlen für die Verfassungsgebende Nationalversammlung für den 21. Juni festgesetzt. Erst dann wird man die weitere Gestaltung übersehen können, vor allem das Kräfteverhältnis der verschiedenen Parteien. Die Sozialisten, die durch ihre hervorragenden Führer in der Provisorischen Regierung vertreten sind, haben von Anfang an betont, daß ihre Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Republikanern nur zeitweilig sein werde, bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung. Dieser harren große Aufgaben. Es unterliegt schon heute kaum noch einem Zweifel, daß die Spanische Republik föderativ sein wird, da nur auf diese Weise eine befriedigende Lösung der Catalanischen Frage (siehe die Rundschau Nationale Bewegung, in diesem Band Seite 476) erreicht werden kann. Viel größer aber wird die Aufgabe sein das spanische Volk auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet aus den Fesseln

einer antiquierten Staats- und Wirtschaftsverfassung zu lösen. Erst dann werden die Fronten, die im Kampf gegen die Monarchie einig waren, sich scheiden. Dann kommt auch für die spanische Sozialdemokratie die Zeit der positiven Arbeit und Entscheidung.

Rumänien Die seit dem 7. Oktober 1930 amtierende Regierung Mironescu trat am 4. April 1931 zurück. Diese Wendung kam trotz der von Anfang an unsichern Stellung der Regierung doch insofern unerwartet, als das Parlament bereits die Ferien begonnen hatte, und die Regierung bis zum Herbst freie Hand gehabt hätte. Der Rücktritt des Kabinetts, das seiner ganzen Struktur nach als eine Fortsetzung der frühern Regierung Maniu bezeichnet werden konnte, ist jedoch nur das äußere Anzeichen für tiefergehende Systemänderungen innerhalb der rumänischen Politik. Die Nationalzaranistische Partei hat die großen Hoffnungen, die man an ihren Wahlsieg im Jahr 1928 geknüpft hatte, enttäuscht, so daß der Wunsch des Königs Carol nach einer von den Parteien weniger abhängigen Konzentrationsregierung immer weniger ernsthaften Widerstand fand. Mit der Bildung einer solchen Regierung wurde zunächst der rumänische Botschafter in London, Titulescu, beauftragt, der bereits seit langem als der kommende Mann angesehen wurde. Die Verhandlungen mit den Parteien führten jedoch zu keinem Ergebnis, so daß an Stelle Titulescus der Professor Jorga mit der Regierungsbildung beauftragt wurde. Diesem gelang zwar die Regierungsbildung, jedoch keine Einigung mit den Parteien, vornehmlich nicht mit dem Bauernparteführer Maniu, auf ein sachliches Programm. Das rumänische Parlament wurde daher am 30. April aufgelöst, die Neuwahl auf den 1. Juni festgesetzt. Aus der Regierungserklärung Jorgas ist der Satz bemerkenswert, daß der Krone alle jene Rechte wiedergegeben werden sollen, die ihr im Lauf der Zeit genommen worden wären; das Parlament müsse zu einer »wahren Volksvertretung« umgewandelt werden. Diese Wendungen lassen erkennen, daß auch in Rumänien eine Diktatur, die sich auf die Krone stützt, anscheinend im Weg der Entwicklung liegt. Man kann dem Parlament den Vorwurf nicht ersparen, daß es alles getan hat, um diese Entwicklung zu ermöglichen. Jorga kündigte an, daß der gegenwärtige Regionalismus, der noch die alten

Einteilungen der neuerworbenen Gebiete zur Grundlage hat, zu einheitlicher Staatsverwaltung umgestaltet werden soll. Zu begrüßen ist die Tatsache, daß in das Ministerium Jorga der deutsch-siebenbürgische Abgeordnete Rudolf Brandsch als Unterstaatssekretär für die Minderheiten aufgenommen wurde. Die Minderheitenfrage ist bisher trotz ihrer großen Bedeutung für Rumänien von allen Kabinetten vernachlässigt worden. Ob es dem Ministerium Jorga gelingt seine Stellung zu stabilisieren, wird vom Ausfall der Wahlen abhängen.

Nationalsozialistische Praxis Das vom Stahlhelm in Konkurrenz mit den Nationalsozialisten in Preußen eingeleitete Volksbegehren auf Auflösung des Preussischen Landtags fand in der Zeit vom 14. bis zum 28. April statt. Zur Teilnahme hatten ihre Anhänger aufgefordert die Deutschnationale Volkspartei, die Deutsche Volkspartei, die Wirtschaftspartei, die Christlichsozialen und die Nationalsozialisten. Von 26,37 Millionen Stimmberechtigten zeichneten sich 5,95 Millionen in die Listen ein. Damit ist das Volksbegehren angenommen. Der Landtag wird nach Vorliegen der endgültigen amtlichen Ergebnisse über den Auflösungsantrag zu entscheiden haben. Da die Ablehnung unzweifelhaft ist, muß der Volksentscheid im Herbst durchgeführt werden. Um das Auflösungsbegehren durchzubringen, wären 13,19 Millionen Stimmen erforderlich. Nach dem Ergebnis des Volksbegehrens ist anzunehmen, daß diese Zahl bei weitem nicht erreicht werden wird.

Der von den Nationalsozialisten eingeleitete Volksentscheid über die Landtagsauflösung in Lippe-Deimold, der am 26. April stattfand, ist gescheitert. Insgesamt wurden von 107 802 Stimmberechtigten 35 713 Jastimmen abgegeben, während zum Volksbegehren sich mehr als 37 000 eingetragen hatten. Dieses Ergebnis ist nur darauf zurückzuführen, daß unter dem Terror der Rechten Einzeichnungen zum Volksbegehren erzwungen wurden. Daß sich aus den vorstehenden Zahlen keine eindeutigen Schlüsse über Rückgang oder Zunahme der Nationalsozialisten ziehen lassen, bewies die Landtagswahl in Schaumburg-Lippe, die am 3. Mai stattfand. Die Wahlbeteiligung übertraf die der letzten Reichstagswahlen und erreichte 95%. Nationalsozialisten und Kommunistische Partei konnten ihre Stimmziffern gegenüber dem 14. September 1930 noch um 2262 respektive 696 Stimmen steigern.

Wichtiger als das Auf und Ab der Zahlen ist die praktische Leistung. Da ist festzustellen: Das erste und bisher bedeutendste Experiment nationalsozialistischer Regierungstätigkeit ist am 1. April zu Ende gegangen. An diesem Tag nahm nämlich der Landtag Thüringens mit 29 Stimmen der Sozialdemokratischen und der Kommunistischen Partei sowie der Deutschen Volkspartei gegen 22 Stimmen das sozialdemokratische Mißtrauensvotum gegen den Staatsminister Wilhelm Frick und den nationalsozialistischen Staatsrat Willy Marschler an. 14 Monate hat die Regierungstätigkeit Fricks gedauert, die bisher in der nationalsozialistischen Propaganda eine ungeheure Rolle gespielt hat (und noch spielt). Diese für Deutschland beschämende Episode war nur durch die Haltung der Deutschen Volkspartei möglich, die am 23. Januar 1930 erklären ließ, daß die Nationalsozialisten der Volkspartei »politisch und weltanschaulich« näher ständen als die Sozialdemokraten. Es hat einer Reihe ununterbrochener und schwerster Demütigungen der Volkspartei bedurft, bis sie sich endlich entschlossen hat die Regierungsgemeinschaft mit den Nationalsozialisten aufzugeben. Frick hatte im Auftrag Hitlers die Machtposition in Thüringen besetzt, um »die nationalsozialistischen Grundsätze in die Tat umzusetzen im Geiste nationaler Erziehung und nationalen Widerstandes«, wie er bei seinem Amtsantritt erklärte. Man muß Frick bescheinigen, daß er die ihm in die Hände gegebene Macht rücksichtslos im Interesse des Nationalsozialismus eingesetzt hat. Es genügt an die Haßgebete, an die nationalsozialistische Personal- und Kulturpolitik in Thüringen zu erinnern. Das sachliche Ergebnis der Frickschen Regierungstätigkeit ist allerdings gleich Null. Denn was in diesem Jahr in Thüringen vor allem auf dem Gebiet der Verwaltungsorganisation an sachlicher Arbeit geleistet worden ist, geschah ohne und zum Teil sogar gegen ihn. Was die nationalsozialistische Propaganda als angebliche Erfolge Fricks in Thüringen hingestellt hat, entspricht durchaus den üblichen Falschmeldungen, in denen sich die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei neuerdings besonders hervortut.

Kurze Chronik In Frankreich ergab eine Nachwahl zur Deputiertenkammer, in Aubusson, eine starke sozialistische Mehrheit; der Wahlkreis hatte bis dahin den Sozialradikalen gehört. Die Sozialisten sind da-

mit zur stärksten Fraktion der Kammer geworden. ◊ Anfang April trat der Vorsitzende der Konservativen Partei *Englands*, Sir Neville Chamberlain, von seinem Führerposten zurück. Er hatte gleich am Anfang dieser seiner Tätigkeit die Absicht bekundet zurückzutreten, sobald Baldwin seine Reorganisationsarbeit in der Partei zu Ende geführt habe. Dies ist jetzt der Fall. Sein Nachfolger wurde der frühere Gouverneur von Südafrika, Lord Stonehaven. ◊ In *Lettland* wurde Ministerpräsident und Außenminister des neuen Kabinetts der Führer des Bauernbunds Karl Ulmanis, der bereits mehrmals Chef der lettischen Regierung war. ◊ In *Bulgarien* trat am 20. April das Ministerium Ljaptschew zurück. Da dem zunächst beauftragten Demokratenführer Malinow die Regierungsbildung nicht gelang, wurde Ljaptschew wiederum betraut. Die neue Regierung wird bis zur Durchführung der Wahlen im Amt bleiben.

Literatur

Gestalten und Gestalter des heutigen Europas nennt Carlo Sforza seine persönlichen Erinnerungen an fast ein halbes Hundert europäischer Politiker, Monarchen und Militärs, die in den letzten 2 Jahrzehnten in der europäischen Geschichte eine Rolle gespielt haben (Berlin, S. Fischer). Sforza tritt nicht als Geschichtsschreiber auf, er will kein objektives Bild der Ereignisse geben, an denen er selbst mehr oder minder beteiligt war. Er will lediglich sagen, wie Menschen und Ereignisse sich in einem Zeitgenossen spiegelten. Sforzas diplomatische Laufbahn als einer der 3 Oberkommissare in Konstantinopel, als Minister des Äußern im Kabinett Giolitti und italienischer Botschafter in Paris hat ihm das reiche Material zu seiner politisch-psychologischen Porträtgalerie geliefert. Um ein wirkliches Urteil über den Beweiswert der Sforzaschen Studien abgeben zu können, müßte man ihn selbst genau kennen, leider hat er darauf verzichtet sich selbst zu porträtieren. Es wäre interessant zu erfahren, in welche der Gruppen, nach denen er seine Studienobjekte einteilt, er sich selbst einreihen würde. Unter dem Titel Das Ende einer Welt faßt er die Porträts Kaiser Franz Josephs, der Erzherzöge Rudolf und Franz Ferdinand, Ährenthals und Tizzas zusammen. Schatten der Vergangenheit sind Lord Curzon und die Kaiserin Eugenie. Das größte Interesse erregen die beiden Gruppen Das demokratische Europa und Diktatoren. Die politischen Schattenbilder Lloyd Georges, Bonar

Laws, Balfours, Chamberlains, Poincarés, Millerands, Briands, Giolittis, Bissolatis, Vanderveldes, Krassins, Stambulijskijs sucht Sforza mit knappen Strichen zu umreißen, Anekdotisches und Menschliches mischen sich mit politischen Reflexionen. Grade in diesem Kapitel erkennt man die Grenzen der Sforzaschen Darstellung. Die Bemerkungen über Lenin, Mustafa Kemal, Pilsudski, Trotzki und Stalin, Jüan Schi Kai und Sun Jat Sen erregen weniger Widerspruch als Erstaunen. Daß er all das, was mit dem italienischen Fascismus zusammenhängt, trotz mancher richtigen Bemerkung, als ein Depossedierter sieht und beurteilt, mag menschlich verständlich sein, zeigt aber den geistigen Standort Sforzas, der ein Gleicher unter Gleichen geblieben ist, wie er sich selbst bezeichnet. Zusammenfassend ist zu sagen, daß das Buch nicht vergeblich geschrieben ist. Selten liest man derartig glänzenden Stil, fühlt man die Kultur eines jahrhundertalten Geschlechts, aber es zeigt die Notwendigkeit, daß für das kommende Europa neue und größere Gestalten und Gestalter erforderlich sein werden als diejenigen, die dem heutigen Europa ihren Stempel aufgeprägt haben. ◊ Als 1. Heft der Fachschriften zur Politik und staatsbürgerlichen Erziehung (Berlin, Junker & Dünnhaupt) erschien eine Studie Ernst Posse über die politischen Kampfbünde Deutschlands. Die Problemstellung, die den soziologischen und geistigen Standort der Kampfbünde zu umreißen sucht, ist aktuell und notwendig. Daß sie bisher zusammenfassend noch nicht vorgenommen wurde, und auch Posse Arbeit nicht voll zu befriedigen vermag, zeigt die außerordentliche Schwierigkeit der Aufgabe. Posse versucht mit reichem Material Entstehung und Bedeutung, Geschichte und Idee der einzelnen Kampfbünde darzustellen. Er glaubt die ideologischen Wurzeln der Kampfbünde in der Jugendbewegung der Vorkriegszeit, in dem "Fronterlebnis" und der Situation der ersten Nachkriegsjahre zu finden. Jeder dieser Erlebniskomplexe trifft Richtiges, dringt aber nicht bis zum Kern des Problems und vermag Wesentliches der heutigen Zeit nicht zu erklären. Die "bündische Idee" in ihrer typischen Ausprägung findet sich in den meisten der von Posse untersuchten Verbände (außer Oberland und Jungdeutschem Orden) nur in einer, ins Tagespolitische gewendeten Verwässerung. Der Kreis der Untersuchung hätte weiter gespannt werden, die begrifflich-ideologische Analyse tiefer schürfen müssen. Es ist allerdings

zuzugeben, daß das für einen Außenstehenden eine fast unlösbare Aufgabe ist. Mit diesen Vorbehalten aber ist die Arbeit anzuerkennen. Sie gibt ein lebendiges Bild einer der wichtigsten Erscheinungen der Nachkriegszeit. Seit Abfassung des Buchs haben sich bereits weitgehende Strukturveränderungen vollzogen, die für eine weitere Behandlung des Themas nicht unbeachtet bleiben dürfen. Der Plan der mit diesem Heft eröffneten Schriftenreihe kann nur begrüßt werden. Angesichts der Überfülle von Eintagsprodukten politischer Traktäthen sind Arbeiten, die sich mit der Klärung politischer Gegenwartsfragen ernsthaft auseinandersetzen wollen, eine Notwendigkeit: »Staatsbürgerliche Erziehung«, aber nur in dem Sinn der Aufzeigung der Problematik unserer gesamten politischen Begriffswelt. \diamond Wenn Richard Lewinsohn (Morus) ein umfangreiches Buch schreibt über Das Geld in der Politik /Berlin, S. Fischer/, kann man gewiß sein, daß es spannend und aufschlußreich, romanhaft sein und doch tatsächlicher Nachprüfung standhalten wird. Man wird in der Tat nicht enttäuscht. Zwar "Enthüllungen" wird niemand finden, der politische Geschichte kennt, und daß das Geld in der Politik eine Rolle spielt, ist schließlich auch keine neue Erkenntnis. Aber Lewinsohns Kunst besteht darin unter diesem einheitlichen Gesichtsfeld Geld und Politik eine politische Geschichte von eigenartigem und neuartigem Reiz zu schreiben. Das 1. Kapitel beschäftigt sich mit dem alten Regime; eine aufschlußreiche Lektüre für alle die, die glauben, erst am 9. November 1918 sei die Korruption in das deutsche politische Leben eingezogen. Im 2. Kapitel werden die Zusammenhänge zwischen Geld und Politik im parlamentarischen System untersucht. Wir könnten uns glücklich schätzen, wenn Geld nur auf diesen Wegen politische Macht zu hecken vermöchte. Es offenbart seine ganze Macht erst dann, wenn es zum Kapital wird. Das Geld in den politischen Verbänden und in der Presse füllen die beiden nächsten Kapitel. Für den Politiker wertvoll ist der Abdruck der Wahlkosten und ihrer Umlegung auf ein Mandat auf Grund des englischen Gesetzes über die Begrenzung der Wahlkosten. Während des Wahlkampfes 1929 war im Verhältnis zum erzielten Effekt die Wahl am teuersten für die Liberalen, die durchschnittlich 2 Shilling pro Stimme aufzuwenden hatten; die Konservativen kostete die Stimme durchschnittlich $1\frac{1}{2}$ Shilling, die Labour Party nur etwa $\frac{1}{2}$ Shilling.

Staatssozialismus / Walther Pahl

Wohnungsbau Der deutsche Enquetebericht über den Wohnungsbau begnügt sich nicht mit einer Zusammenfassung der Erhebungen. Er enthält auch einen konkreten Vorschlag für die völlige Umgestaltung der bisherigen Wohnungsbaufinanzierungsmethoden, von dem sich allerdings eine Ausschubminderheit mit Nachdruck distanziert. Nach der Auffassung der Mehrheit der Sachverständigen erfolgt die Finanzierung des Wohnungsbaus heute zum Teil unter unwirtschaftlichen Bedingungen. Dadurch, daß das private Kapital von jedem Risiko ausgeschaltet wurde, seien die Hemmungen, die sonst gegenüber Kostensteigerungen wirksam sind, fortgefallen. Von den insgesamt in den letzten 5 Jahren für Wohnungsbauzwecke investierten Mitteln in Höhe von rund 14 Milliarden Mark entfällt zirka die Hälfte auf Mittel der Öffentlichen Hand, die in Form von Hauszinssteuerhypotheken gewährt wurden. Die niedrige Verzinsung dieser Hypotheken hat nach dem Mehrheitsgutachten zu einem stetigen Anstieg der Kosten geführt, weil sie das Risiko von den Bauherren und Bauunternehmern ganz auf die Öffentliche Hand abwälzte. Dadurch wurde die Rentabilitätsrechnung beim Wohnungsbau außer Kraft gesetzt, mit dem Erfolg, daß die Preise der Baukosten weit über die Preise der meisten Industrieerzeugnisse gingen. Auch der Mehrheitsbericht des Enqueteausschusses ist sich freilich darüber klar, daß eine plötzlich erfolgende Rückkehr zur freien Wohnungsbauwirtschaft bei den heutigen Kosten des Bauens und den Zinssätzen des freien Kapitalmarkts zu einer starken Verminderung der Wohnbautätigkeit führen müßte. Die Mehrheit legt deswegen einen neuen Plan vor, der das heutige Wohnungsbaufinanzierungssystem allmählich ersetzen soll. Um das Bedürfnis der ärmern Bevölkerung nach Wohnraum zu befriedigen, schlägt der Ausschub vor statt der Hauszinssteuerhypotheken öffentliche Mietzuschüsse in gleichmäßiger absoluter Höhe für Wohnungen bis zu einem bestimmten Mietpreis zu gewähren. Die Öffentliche Hand soll für die in den nächsten 5 Jahren jährlich zu errichtenden 150 000 Kleinstwohnungen einen Zuschub von 300 Mark pro Wohnung 10 Jahre lang zahlen. Das bedeutet einschließlich Zinsezinsen einen Gesamtverlust von 2565 Millionen in 15 Jahren. Durch die absolute Bemessung der Mietbeihilfe sei im Gegen-

satz zu dem bisherigen System ein starker Anreiz zur Beschränkung der Baukosten gegeben. Der Vorschlag der Ausschußmehrheit stimmt mit dem Wohnungsbauprogramm des Reichsarbeitsministers Adam Stegerwald überein, der am 12. März im Reichstag sagte: »Der private Kapitalmarkt muß für zweitstellige Hypotheken nachdrücklichst interessiert und gewonnen werden... Für die Mieter kann es gleichgültig sein, ob sie pro Wohnung 3000 bis 4000 Reichsmark Hauszinssteuer zu einem wesentlich verbilligten Zinsfuß erhalten, was für sie eine Verbilligung der Jahresmiete von 250 bis 300 Reichsmark bedeutet, oder ob sie für die erst- und zweitstelligen Hypotheken einen normalen Zinsfuß bezahlen, dafür aber pro Wohnung 250 bis 300 Reichsmark Mietszuschuß erhalten. Der Unterschied ist nur der, daß für 200 000 Wohnungen à 4000 Reichsmark Hauszinssteuer 800 Millionen Reichsmark öffentliche Mittel benötigt werden, während, wenn für 200 000 Wohnungen je 300 Reichsmark Mietszuschuß gewährt werden, man mit 60 Millionen Reichsmark öffentlicher Mittel den gleichen Effekt erzielen kann.« Nach dem Mehrheitsbericht des Ausschusses wird angenommen, daß eine durchschnittliche Kleinstwohnung 6000 Mark kosten wird. Davon wären 60% aus 1. Hypotheken, 30% aus 2. Hypotheken und 10% aus eigenem Kapital zu bezahlen. Mit dem angenommenen Mietszuschuß in Höhe von 300 Mark soll die 2. Hypothek mit jährlich 9,7% verzinst und mit 7% amortisiert werden.

Der Ausschußvorschlag basiert auf der Voraussetzung, daß es möglich sein wird die erforderlichen Summen auf dem freien Kapitalmarkt aufzunehmen. Das aber grade darf man als außerordentlich zweifelhaft ansehen. Der Minderheitsbericht des Ausschusses behauptet, daß nicht, wie die Mehrheit meint, die Bauarbeiterlöhne die Überteuerung der Gesteinskosten herbeiführen, vielmehr sei die eigentliche Ursache der Überteuerung in der Preisbildung der kartellierten Baustoffindustrie zu finden.

Arbeitsbeschaffung

Um den Wünschen der Reichsregierung nach Arbeitsbeschaffung Rechnung zu tragen, beschloß der Verwaltungsrat der Reichsbahn einen Kredit von 50 Millionen Mark aufzunehmen, mit dem bis Ende 1932 die Strecke Augsburg-Stuttgart elektrifiziert werden soll. Man rechnet damit, daß dadurch 10 000 Ar-

beiter 1½ Jahre beschäftigt werden können. Der Kredit wird von verschiedenen großen Firmen der Elektroindustrie gegeben, nämlich von Brown-Boveri, dem Siemenskonzern, der Allgemeinen Elektrizitätsaktiengesellschaft und anderen. Die Reichsregierung hat sich bereit erklärt auf 5 Jahre die Zinszahlung zu übernehmen. Die Reichsbahn wird also erst einzutreten haben, wenn die Rentabilität der Strecke erreicht ist, und die Zinszahlung aus den laufenden Einnahmen erfolgen kann.

So begrüßenswert alle Aktionen auf Arbeitsbeschaffung sind, so ist man immerhin in Verlegenheit sachliche Argumente dafür zu finden, daß das Reich Zuschüsse an eine Industrie leistet, die im Vergleich zu anderen keineswegs Not leidet; es sei hier nur daran erinnert, daß der Siemenskonzern selbst in dem Krisenjahr 1930 wieder 14% Dividende auszuschütten vermochte.

Deutschland: Die vom Konjunkturinstitut veröffentlichte Arbeit über Kapitalbildung und

Investitionen in der deutschen Volkswirtschaft von 1924 bis 1928 gibt unter anderem auch einen eingehenden Überblick über die wichtigsten Investitionen der öffentlichen Wirtschaft in diesem Zeitraum. Zu den besten Anlagen gehören zweifelsohne die 2,1 Milliarden Neuanlagen der Elektrizitätsgewinnung und -versorgung. Das sind etwa 9% der überhaupt festgestellten Investitionen auf Anlagekonto. Nur um rund ⅓ bleibt die Elektrizitätswirtschaft allein hinter den gesamten Neuinvestitionen der industriellen Unternehmungen zurück. Diese Tatsache hat ihren Grund in der besonders Bedeutung, die der Elektrifizierung in dem untersuchten Zeitraum zukam. Die Neuinvestitionen dienten vor allem der Verstärkung der Leistungsfähigkeit, der Umorganisation der Erzeugung, der Schaffung des überregionalen Systems von Ausgleichsleitungen, der Rationalisierung der bestehenden Anlagen und dem Ausbau von Hilfsbetrieben und Nebenanlagen. Die Gaswerke, die sich ebenso wie die Elektrizitätswerke überwiegend in der öffentlichen Hand befinden, investierten in dem genannten Zeitraum 220 Millionen Mark, die Wasserwerke 170 Millionen. Mit diesen Geldern sind hauptsächlich die großstädtischen Anlagen erweitert und rationalisiert worden. Größere Investitionen erforderte ferner die Durchführung der Gasfernversorgung. Es ist

sehr interessant festzustellen, daß durch die Neuinvestitionen in der Elektrizitätswirtschaft deren Anlagewerte sich um etwa 115% erhöht haben, die der Gaswerke um zirka 19% und die der Wasserwerke um zirka 33%.

Von dem rund 33 Millionen Mark betragenden Investitionskapital im sächsischen Steinkohlenbergbau befinden sich $\frac{2}{3}$ im Besitz der Öffentlichen Hand. Zwickau besitzt zum Beispiel 85% des Erzgebirgischen Steinkohlenaktienvereins. An diesem Unternehmen ist seit dem 1. Juli 1930 auch die Aktiengesellschaft Sächsische Werke beteiligt. Die Stadt Leipzig besitzt zirka 70% der Kuxe von Gottessegen in Lugau.

Das Märkische Elektrizitätswerk hat die bisherigen staatlichen Landeselektrizitätswerke in Mecklenburg-Schwerin übernommen, die bisher den Westen Mecklenburgs versorgten. Der östliche Teil des Landes, der zurzeit noch von der privaten Elektrizitätslieferungsgesellschaft versorgt wird, geht infolge der von der Regierung bereits ausgesprochenen Kündigung am 1. April 1933 auf das Märkische Elektrizitätswerk über. Die Aktienbeteiligung des Staats am Märkischen Elektrizitätswerk beträgt 5,5 Millionen Mark, wovon 4,5 Millionen am 1. April 1931 der Elektrizitätslieferungsgesellschaft durch das Märkische Elektrizitätswerk dividendenberechtigt werden. Das Bezugsrecht des Staats bei etwaigen Kapitalerhöhungen soll bis zu einem auf den Staat anteiligen Betrag von 500 000 Mark ausgeschlossen sein. Die Elektrizitätslieferungsgesellschaft fühlt sich mit dieser Neuordnung der Stromversorgung Mecklenburg-Schwerins benachteiligt und beabsichtigt ein Schiedsgericht anzurufen, um eine Hinausschiebung des Übernahmetermins um mindestens 10 Jahre zu beantragen.

Deutschland: Angesichts des Konjunkturückgangs ist der Abschluß der in der Aktiengesellschaft Vereinigte Industrieunternehmungen (Viag) zusammengefaßten Reichsbetriebe für 1930 als verhältnismäßig günstig anzusehen. Das größte Unternehmen der Viag, die reichseigenen Elektrowerke, hat zum erstenmal einen Rückgang der Stromerzeugung aufzuweisen, der allerdings noch nicht 5% der Vorjahrserzeugung ausmacht (1929 2332 Millionen Kilowattstunden, 1930 2234 Millionen). Die Verminderung des Stromabsatzes bleibt deswegen gering, weil im Jahr 1930 der Verbraucherkreis

durch eine Reihe von Verträgen mit Großabnehmern erweitert worden ist (Stromlieferungsvertrag mit der Stadt Berlin, Mehrabnahme der Berliner Stadtbahn, Großlieferungsverträge mit den Lonzawerken in Spremberg und dem Elektrizitätswerk Liegnitz). Während im Jahr 1929 noch 38 Millionen Mark Anlagenzugang ausgewiesen wurden, waren es im Jahr 1930 nur noch 19 Millionen: ein Zeichen dessen, daß das Bauprogramm der Elektrowerke als abgeschlossen betrachtet werden kann. Zu den Anlagenzugängen kommen noch $7\frac{1}{2}$ Millionen Beteiligungszugang. Der Betriebsüberschuß ist trotz dem rückgängigen Stromabsatz von 17,5 auf 20,9 Millionen gestiegen, hauptsächlich wegen des Fortfalls gewisser im Vorjahr vorgenommener Abschreibungen. Die Erneuerungsrückstellungen liegen um 2 Millionen Mark höher als im Vorjahr. Der Reingewinn beträgt schließlic 6,8 Millionen Mark (1 Million mehr als im Vorjahr), aus dem auf das Kapital in Höhe von 90 Millionen Mark 7% Dividende verteilt werden, gegen 8% im Jahr 1929. Die etwa 80% der deutschen Produktion umfassende Aktiengesellschaft Vereinigte Aluminiumwerke, in der die Aluminiuminteressen der Viag zusammengefaßt sind, verteilt ebenso wie im Jahr 1929 eine Dividende von 9% auf ihr Kapital von 25 Millionen Mark. Auf die in den früheren Jahren vorgenommene Rückstellung von 1 Million Mark hat man diesmal verzichtet. Der Reingewinn stellt sich auf 2,64 Millionen Mark, gegen 3,76 Millionen im Jahr 1929. Der Absatzrückgang beträgt ungefähr $7\frac{1}{2}\%$; während 1929 27 000 Tonnen abgesetzt wurden, waren es im Jahr 1930 nur rund 25 000 Tonnen. Im Oktober 1930 wurde der Aluminiumpreis um etwas über 10% gesenkt. Gemeinsam mit Montecatini besitzen die Vereinigten Aluminiumwerke Verarbeitungsstätten in Mori in Italien. Der Ausbau dieser Fabriken erforderte im Jahr 1930 noch 6 Millionen Mark. Trotzdem konnte die Dividende auf der selben Höhe gehalten werden wie bisher. Die verhältnismäßig günstige Entwicklung der beiden wichtigsten Unternehmungen des Viagkonzerns stellt der wirtschaftlichen Führung der Gesellschaft, die als die größte und bedeutendste Holdinggesellschaft Deutschlands gelten kann, ein gutes Zeugnis aus. Von den Neuerwerbungen der Viag ist ihre Beteiligung an dem wichtigsten ostdeutschen Braunkohlenunternehmen, der

Bergbauaktiengesellschaft Ilse, bemerkenswert; es steht seit langem in enger Geschäftsverbindung mit den zur Viag gehörenden Deutschen Elektrowerken. Der Betrieb des Großkraftwerks Lautau und teilweise auch des Großkraftwerks Trattendorf der Elektrowerke ist auf Rohkohlenbelieferung durch die Ilse-gesellschaft eingestellt. Diese geschäftlichen Beziehungen haben bereits früher dadurch Ausdruck gefunden, daß der Vorstand der Ilse im Aufsichtsrat der Elektrowerke vertreten ist. Die Viag erwarb Ende 1930 etwa 8 Millionen von dem 40 Millionen Mark betragenden Stammkapital der Ilse. Merkwürdigerweise wurde jetzt die Forderung der Viag, daß neben 14 Vertretern der Verwaltung auch 1 ihrer Vorstandsmitglieder in den Aufsichtsrat der Ilse gewählt werde, abgelehnt, mit der seltsamen Begründung, daß man grundsätzlich gegen die Betätigung der Öffentlichen Hand gerichtet sei. Man ist wohl an Geschäften mit der Viag interessiert, möchte aber (das ist der eigentliche Grund für die sture Haltung der Ilse) verhindern, daß der neue Großaktionär der Öffentlichen Hand die Wirtschaftlichkeits- und Rentabilitätsverhältnisse bei der Ilse-gesellschaft nachprüft. Man darf vermuten, daß die Ignaz-Petschek-Gruppe, in deren Händen sich etwa 11 bis 12 Millionen Mark des Stammkapitals der Ilse befinden, Träger des Widerstands gegen die Viag ist. Die Ignaz-Petschek-Gruppe wird darin offenbar von den übrigen Aktionären unterstützt. Ein neuer Beweis dafür, daß man die Überfremdung eines deutschen Unternehmens durch einen ausländischen Konzern für weit weniger bedenklich hält als die Beteiligung öffentlicher Körperschaften respektive öffentlicher Unternehmungen an privaten Unternehmungen.

Deutschland: Die Ergebnisse der Reichssteuerertrag und Kreditbedarf 1930 haben sehr deutlich gezeigt, daß unter dem Einfluß der Wirtschaftskrise die Steuererträge weit stärker zurückgegangen sind, als die Regierung bisher angenommen hatte. Mit Sicherheit ist deshalb auch anzunehmen, daß die Ertragsschätzungen für das Rechnungsjahr 1931 viel zu hoch sind. Schon 1929 hatte sich erwiesen, daß das Einnahmesoll des Reichshaushaltsplans zu hoch angenommen wurde. Unvergleichlich viel stärker wichen die Steueransätze für das Rechnungsjahr 1930 von dem tatsächlichen Ergebnis ab, nämlich

um insgesamt 1,4 Milliarden Mark. Im Juni wurden die überhöhten Ansätze zunächst um 150 Millionen Mark gekürzt, und im November mußte zugegeben werden, daß ein Minderertrag um weitere 900 Millionen Mark wahrscheinlich sei. Weitere Konzessionen mußten im Lauf der nächsten Monate gemacht werden, ohne daß indessen eine Berichtigung des Haushalts erfolgte. Die Fehlschätzung für 1930 gegenüber den Junischätzungen beträgt schließlich 1441 Millionen Mark. Davon gehen rund 979 Millionen Mark zu Lasten des Reichs, 337 Millionen zu Lasten der Länder und Gemeinden und 125 Millionen zu Lasten der an dem Lohnsteuerertrag beteiligten Sozialversicherungsanstalten.

Mit schätzungsweise 7,2 Milliarden Mark blieb der Kreditzuwachs des Jahres 1930 nicht unerheblich hinter dem des Vorjahrs zurück. Fast die Hälfte der neu aufgenommenen Kredite (gegen 42% im Jahr 1929) entfielen auf die öffentliche Wirtschaft, deren Kreditaufnahme von 1929 auf 1930 damit um etwa 14% gestiegen ist. Die private Wirtschaft hat im Jahr 1930 gegenüber dem Vorjahr ihre Kreditaufnahme um etwa 16% vermindert. Aus ausländischen Mitteln konnten für die Deckung des Kreditbedarfs höhere Beträge als 1929 herangezogen werden. Von dem gesamten Kreditzugang stammten 1930 1,7 Milliarden Mark aus ausländischen Mitteln, während diese an dem Kreditzugang des Jahres 1929 nur mit 1,3 Milliarden Mark beteiligt waren. Diese bemerkenswerte Wandlung in der Kreditversorgung ist auf die umfangreichen Beträge zurückzuführen, die das Reich aus der Younganleihe, der Kreugeranleihe und dem Überbrückungskredit erhalten hat.

Kurze Chronik In *Norwegen* waren am Beginn dieses Jahres insgesamt 1 992 100 Personen respektive 71% der Bevölkerung an die Elektrizitätsnetze angeschlossen, gegen 1 300 000 Personen respektive 51,1% im Jahr 1916. Die zu diesem Zweck verwendeten Kapitalien bezifferten sich am 1. Januar 1931 auf 1023 Millionen Kronen, wovon bereits 180,2 Millionen Kronen amortisiert waren, so daß der buchmäßige Wert der Anlagen sich auf 842,8 Millionen Kronen stellte. Die für die Versorgung Privater verfügbare Kraftmenge stellte sich einschließlich der zu diesem Zweck auch von Industrieanlagen abgegebenen Kraft auf 598 400 Kilowattstunden. ◊ Das Kraftwerk Imatra,

das dem Staat *Finnland* gehört, soll in eine neu zu gründende Aktiengesellschaft eingebracht werden. Der jetzige Kapitalwert der Aktienanlagen wird auf etwa 470 Millionen Finnmark berechnet. Die Einnahmen des Werks beliefen sich im 1. Geschäftsjahr 1929 auf 12 und im Jahr 1930 auf etwa 22 Millionen Finnmark. Das Kraftwerk kann in seinem Ausbau eine Stromenergie von 75 000 Kilowattstunden entwickeln, wovon gegenwärtig jedoch nur etwa 38 000 Kilowattstunden verbraucht werden. Durch die Umwandlung des Werks in eine Aktiengesellschaft hofft man das staatliche Unternehmen gewinnbringend entwickeln zu können. Das Aktienkapital der Gesellschaft soll 300 Millionen Finnmark betragen. ◊ In *Rumänien* wird die Verstaatlichung der Privatbahnen konsequent weiter verfolgt. Nach Übernahme von 8 Privateisenbahnen plant die rumänische Regierung jetzt auch die übrigen 21 Privatbahnen zu verstaatlichen.

Gewerkschaftsbewegung / Adam Hülner

Wirtschaft und Gewerkschaft Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunds trat am 10. März im Berliner Gewerkschaftshaus zu seiner 11. Sitzung zusammen. Im Mittelpunkt seiner Beratungen standen die Fragen des Lohns und der Arbeitszeit. Er erinnerte daran, daß er bereits im Oktober 1930 die gesetzliche Einführung der 40stündigen Arbeitswoche mit einem allgemeinen Zwang zur Einstellung neuer Arbeitskräfte im Ausmaß der Arbeitszeitverkürzung gefordert hat. Diese Forderung sei zwar in der Öffentlichkeit sehr beachtet, auch in einer Reihe von Einzelbetrieben durch Verständigung zwischen Arbeitern und Unternehmern praktisch durchgeführt worden; doch fehlen noch immer die entsprechenden gesetzlichen Maßnahmen der Reichsregierung, durch die eine generelle Durchführung der Arbeitszeitverkürzung verwirklicht werden könnte. Der Bundesausschuß weist darauf hin, daß die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt nicht nur eine vorübergehende sondern eine dauernde Verkürzung der Arbeitszeit erfordere, um die Arbeitsgelegenheit selbst bei besserer Konjunktur auf alle vorhandenen Arbeitskräfte gerecht zu verteilen. Gleichzeitig verlangt er von neuem die Erhaltung des Lohnniveaus. Diese Forderung liege vor allem im Interesse der Allgemeinheit. Denn Löhne und Gehälter sowie die Summen aus der Erwerbslosen-, Krisen- und Wohl-

fahrtsunterstützung fließen unmittelbar und restlos in den Konsum zurück und bilden durch ihren Umlauf einen beständigen Antrieb des wirtschaftlichen Lebens, namentlich aber der Existenz weiterer Kreise der Handel- und Gewerbetreibenden. Der Bundesausschuß fordert deshalb von der Reichsregierung wie von allen übrigen in Betracht kommenden öffentlichen Stellen den bisher geübten Druck auf die Löhne sofort einzustellen und statt dessen der Arbeiterklasse gegenüber dem Unternehmertum den notwendigen Schutz zu gewähren. Auch wer die Kaufkrafttheorie in ihrer extremen Fassung nicht für richtig hält, muß feststellen, daß der Lohnabbau in den letzten Monaten die Grenze des wirtschaftlich Erforderlichen und sozial Erträglichen weit überschritten hat, und daß jeder weitere Abbau mit allen Mitteln verhindert werden muß. Besonders dringlich ist die endliche Realisierung einer wirksamen Arbeitszeitverkürzung.

Spanien

In Spanien haben sich grundlegende Umwälzungen vollzogen. Die Monarchie ist gestürzt, der König Alfons geflohen, eine neue Staatsform, die Republik, geschaffen. An den Ereignissen hat die Arbeiterklasse, insbesondere die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung, einen nicht geringen Anteil. Sie war an einem Wandel der Verhältnisse am stärksten interessiert. Vor allem wurde sie durch das furchtbare Lohnelend zum Kampf gegen das alte Regime gezwungen. Die Mehrzahl der spanischen Arbeiter ist in der Union General de los Trabajadores organisiert, die unseren Freien Gewerkschaften entspricht. Sie verfügt etwa über 225 000 Mitglieder. Daneben gibt es noch syndikalistische Gruppen, die vor allem in den Industriebezirken starke Positionen besitzen und zu den Bolschewisten enge Beziehungen unterhalten. Die außerordentlichen Spannungen, die zwischen den Gewerkschaften und dem alten Regime bestanden, kommen am besten in der Statistik der Streiks zum Ausdruck, die in den letzten Jahren geführt wurden. Seit 1929 sind die Streiks von etwa 100 auf 527 im Jahr 1930 gestiegen. Davon wurden 50% zwecks Erhöhung der Löhne, 20% als Protest gegen unerwünschte Entlassungen und Einstellungen und 5% aus rein politischen Gründen geführt. Die Bauarbeiter stehen mit 108 Streiks an der Spitze der Ausstände, dann folgen die Grubenarbeiter mit 90, die Metallarbeiter mit 51,

die Landarbeiter mit 40, das Bekleidungs-gewerbe mit 38 und die Textilarbeiter mit 28 Streiks. Die Gewerkschaften haben in den letzten Monaten öfters ihre Forderungen proklamiert. Sie verlangten unter anderm offizielle Anerkennung des Gewerkschaftsverbands, Erlaubnis zur Abhaltung von Konferenzen, Aufhebung des Gesetzes über die Arbeiterkorporationen, Aufhebung des während der Diktatur eingeführten Strafgesetzes, Wiederherstellung aller verfassungsmäßigen Garantien und Freilassung der politischen Gefangenen. Es wird eine der wichtigsten Aufgaben der neuen Regierung sein eine Lösung für die sozialen Fragen zu finden, die für die wirtschaftliche und politische Entwicklung des Landes immer mehr an Bedeutung gewinnen. Durch die entscheidenden politischen Veränderungen, die jetzt durchgeführt worden sind, ist der Lebensraum der spanischen Arbeiterbewegung außerordentlich erweitert worden. Wichtig ist jetzt, daß den spanischen Gewerkschaften die Möglichkeit gegeben wird an den neuen sozialen Aufgaben mitzuarbeiten, wobei es vor allem darauf ankommt einen Weg zu finden, um die Massennot der Arbeitslosigkeit einzudämmen und das Lohnelend zu beseitigen.

England

Der Kampf um das englische Gewerkschaftsgesetz, über dessen 1. Etappe hier (in diesem Band Seite 167) berichtet wurde, endete mit einer Niederlage für die englische Arbeiterklasse. Das Gesetz ist von der Regierung MacDonald zurückgenommen worden, nachdem bei der Ausschlußberatung ein liberaler Zusatzantrag angenommen worden war, der die Vorlage erheblich verschlechtert hätte. Nach diesem Antrag, der von den Konservativen unterstützt wurde, sollte nicht nur ein Generalstreik unmöglich gemacht, sondern es sollten jeder Streik und jede Aussperrung für ungesetzlich erklärt werden, wenn dadurch das Leben oder die Sicherheit der Volksgemeinschaft bedroht wird, sei es durch Unterbrechung der Nahrungsmittelverteilung oder der Versorgung der Bevölkerung mit Wasser, Brennstoffen, Licht und anderen Notwendigkeiten. Durch diesen Antrag würde sich die Lage der Gewerkschaften noch ungünstiger gestalten als dies bisher unter dem bestehenden konservativen Gesetz der Fall war. In einem Schreiben des Generalrats der Gewerkschaften an den Premierminister heißt es zu dem angenommenen Antrag, sein

Inkrafttreten würde »die Gewerkschaften in eine schlimmere Lage versetzen als zu irgendeiner Zeit seit 1871« und »die Wirksamkeit der Gewerkschaften in fast jeder Industrie, besonders aber im Bergbau, Transport- und Eisenbahndienst unterdrücken«. Die durch die Liberale Partei gebrachte Abänderung habe das Gesetz für die Gewerkschaften völlig unannehmbar gemacht. MacDonald ließ daraufhin die Vorlage fallen. Es ist jedoch anzunehmen, daß die englischen Gewerkschaften nun von neuem alle ihre Kräfte einsetzen werden, um eine Reform der bestehenden unerträglichen Verhältnisse zu erreichen.

Norwegen

Am 15. Februar wurde in Oslo der 13. ordentliche Kongreß des Norwegischen Gewerkschaftsbunds eröffnet. Während der Verhandlungen wurden unter anderm die Fragen der Rationalisierung, der internationalen Beziehungen der Gewerkschaften, der Stellungnahme der Gewerkschaften zum Internationalen Arbeitsamt sowie zur Genossenschaftsbewegung, zum Arbeitersportverband und zur Arbeiterbildung erörtert. Die in der Rationalisierungsfrage angenommene Resolution deckt sich im wesentlichen mit den von den Gewerkschaften anderer Länder aufgestellten Forderungen, das heißt, sie verlangt Verkürzung der Arbeitszeit, Erhöhung der Reallöhne und damit Hebung der Kaufkraft der breiten Massen sowie Mitwirkung der Gewerkschaften bei der Durchführung der Rationalisierung. Weiter verlangte der Kongreß die Schaffung einer vom Staat, von den Gemeinden und den Arbeitgebern getragenen Arbeitslosenversicherung. Der große Tarifkonflikt, der seit langem wie eine schwere Gewitterwolke über dem norwegischen Wirtschaftsleben hängt und bereits zu einer Aussperrung geführt hat, konnte noch keiner Lösung zugeführt werden. Inzwischen werden immer weitere Kreise in den Kampf hineingezogen. Während ursprünglich von der Aussperrung rund 50 000 Arbeiter der Brauereien, der Mineralwasserfabriken, der Tabakfabriken, der Konfektionsindustrie und anderer betroffen wurden, hat sich jetzt infolge zahlreicher Sympathiestreiks die Anzahl der an dem Arbeitskampf Beteiligten sehr erheblich erhöht. Es dürfte sich jetzt um 80- bis 90 000 Arbeiter der verschiedensten Kategorien handeln. Der Ausgang des Kampfs ist noch ganz ungewiß. Einigungsversuche sind bis jetzt gescheitert.

Arztgewerkschaft Eine Gruppe von deutschen Ärzten hat im Rahmen des Gesamtverbands eine gewerkschaftliche Organisation gegründet. Das ist sehr zu begrüßen. »Erfreulicherweise«, so schreibt Paul Levy von der Reichssektion Gesundheitswesen des Gesamtverbands, »hat sich die Erkenntnis immer mehr durchgesetzt, daß die Vorbeugung gegen gesundheitliche Schäden ebenso wichtig ist wie die ärztliche Betreuung des einzelnen Kranken. Wahrer Gesundheitsdienst am Volk ist Gesundheitsfürsorge, die Hand in Hand gehen muß mit der Hebung der sozialen und wirtschaftlichen Lage der Gesamtbevölkerung. Das haben diejenigen Ärzte erkannt, die sich in freigewerkschaftlichem Sinne orientiert und damit den ersten Schritt getan haben, um die Mauern, die der ärztliche Stand um sich errichtet hat, niederzureißen. Die Ärzteschaft muß aus ihrer Isolierung heraus, sie muß mit den Versicherten in einer Reihe stehen, um für den Gesundheitsdienst am Volk jederzeit wirksam eintreten zu können. Darüber hinaus aber kann sie ihren Einfluß mit Hilfe der Verbindungen, die die Freien Gewerkschaften haben, in den verschiedensten Parlamenten und Körperschaften geltend machen. Die Freie Gewerkschaft ist der einzige Boden, auf dem Gedanke und Leistung der Gemeinschaft in jahrzehntelanger mühseliger Arbeit erwachsen wird. Hier finden die Ärzte die Solidarität aller Gesundheitsarbeiter und darüber hinaus der Gesamtheit der organisierten Arbeiterschaft.« Es sei nur noch hinzugefügt, daß die Rolle, die der Arzt heute im Leben der Millionen Kranken-, Unfall-, Invaliden- und Altersversicherten spielt, von absolut entscheidender Bedeutung ist, und daß es grade aus diesem Grund wichtig erscheint die Kluft zwischen den Standesorganisationen der Ärzte und der großen Masse der arbeitenden Bevölkerung zu beseitigen.

Eigenpublikationen In der vom Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunds herausgegebenen Schriftenreihe Stätten und Formen gewerkschaftlicher Bildungsarbeit /Berlin, Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes/ erschien eine Denkschrift 10 Jahre *Freigewerkschaftliches Seminar* in Köln am Rhein, die eine Anzahl Aufsätze und kleine Abhandlungen enthält und einen guten Einblick in die vielfältigen und mannigfachen Probleme der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit gewährt. Die Do-

zenten berichten einzeln über die Erfahrungen, die sie in den Kursen des Seminars gemacht haben, und geben ein lebendiges Bild von den Seminarstunden, in denen sie »Männern der verschiedensten Berufe und Lebensalter, mit den mannigfaltigsten, durch die Arbeitspraxis und durch das Arbeitererlebnis aufs stärkste beeinflussten Anschauungen« Unterricht in Nationalökonomie, Finanzwissenschaft, Betriebswissenschaft, Arbeitsrecht usw. erteilten. Die Publikation ist wertvoll und außerordentlich interessant.

Kurze Chronik Die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunds, des Allgemeinen Freien Angestelltenbunds, des Deutschen Gewerkschaftsbunds und des Gewerkschaftsrings Deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände trugen unter der Führung Theodor Leiparts am 26. Februar dem Reichspräsidenten die ernstesten Besorgnisse der Gewerkschaften über die *Lage der deutschen Arbeitnehmer* und die Not der Erwerbslosen vor. Die Vertreter der Spitzenorganisationen der deutschen Gewerkschaften aller Richtungen haben ihre Auffassung über die Lage der Wirtschaft und ihre Forderungen zur Linderung der Not der Arbeiter und Angestellten, der arbeitenden sowohl wie der erwerbslosen, in einer gemeinsamen schriftlichen Willenskundgebung zusammengefaßt und zur Kenntnisnahme des Reichspräsidenten gebracht. ◊ Der Internationale Gewerkschaftsbund veröffentlicht in seinem Pressebericht vom 10. März 1931 Zahlenangaben über den Umfang der Arbeitslosigkeit in *Frankreich*, wonach dort zurzeit rund 350 000 Vollerwerbslose und rund 1 Million Kurzarbeiter vorhanden sind. Emile Burel gibt in der Zeitschrift *Capital* die Zahl der Arbeitslosen mit nicht weniger als 475 000 an. Vom Parlament wurde ein Kredit bewilligt, der für umfangreiche Maßnahmen auf dem Gebiet des Arbeitsmarkts (bessere Verteilung der vorhandenen Arbeitsplätze, rationelle Politik auf dem Gebiet der fremden Arbeitskräfte und der Arbeitskräfte in Nordafrika) sowie für ein Programm der Arbeitsbeschaffung (Straßenbau, Ausbau der Wasserwege und Hafenanlagen usw.) verwandt werden soll. ◊ Der *Deutsche Textilarbeiterverband* feiert in diesem Jahr sein 40jähriges Bestehen. Das Jubiläum knüpft an die für den März 1891 in Pößneck in Thüringen einberufene Vertreterversammlung an, die den Zentralverband begründete.

Nationale Bewegung / Markus Joffe

Quessel † Ludwig Quessel war der erste Bearbeiter der Rundschau Nationale Bewegung der Sozialistischen Monatshefte, die im Kriegsjahr 1917 eröffnet wurde, und er hat sie 3 Jahre hindurch fortgeführt. In jenen Jahren wirbelten die Nationalitäten Europas, vornehmlich im Osten, noch chaotisch durcheinander, und man konnte die Umrisse der nationalen und politischen Neubildungen kaum erkennen. Um so wichtiger war es grade damals, noch vor Kriegsende, die nationalen Kräfte genau zu beachten und die nationale Entwicklung sorgfältig zu studieren; wenigstens für den, der, unbeeinträchtigt von der Kriegs- und Siegerpsychose, die damals herrschte, schon voraussah, daß nach Kriegsende Europa auf Grund des Nationalitätenprinzips neu geordnet werden würde. Quessel brachte für die Bearbeitung dieser neuen Rundschau besondere Qualitäten mit. Hatte er doch stets den nationalen Dingen ein besonderes Interesse zugewandt und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen verfochten. Grade darum befand er sich im Lager derer, die auf den kontinental-europäischen Zusammenschluß hinarbeiten. Denn er sah wohl, daß eine nationale Differenzierung in Europa nur bei wirtschaftlicher Integrierung möglich wäre, daß sie dann freilich auch besonders fruchtbar sein könnte. Dem nationalen Selbstbestimmungsrecht ist Quessel auch in den Dingen treu gewesen, die im Jahr des Kühlmannschen »Niemals« in Deutschland nicht erwähnt werden durften. Er erkannte das Recht der Elsässer und Lothringer an sich von Deutschland loszulösen. Er war aber auch ein abgesagter Gegner jener unseligen Randstaatenpolitik Deutschlands, die den Terminus des Selbstbestimmungsrechts mißbrauchte, um annexionistische Ziele zu erreichen, und die schließlich doch nur in die Hände Englands gearbeitet hat, das das Erbe dieser deutschen Politik 1918 übernahm und zu einer Herrschaft über die Ostsee erweiterte. Auch der Zusammenhang der nationalen Bewegung mit den sozialen Forderungen aufstrebender Klassen war Quessel vertraut. So heißt es in dieser Rundschau (1919 II Seite 1173 und folgende): »Wer da weiß, wie sehr die lettische wie die estnische Volksseele von dem Gedanken des Rechts auf Land beherrscht wird, . . . wird sich nicht der Einsicht verschließen können, daß bei der gegebenen Weltlage die Tage des

baltischen Großgrundbesitzes gezählt sind.« Eine Prognose, die die politische Entwicklung exakt bestätigt hat. Die Rundschau Nationale Bewegung hat in den Nachkriegsjahren, bei der Entwicklung Europas wie Asiens, immer steigende Bedeutung gewonnen. Auch der jetzt sie bearbeitet, ist bestrebt sie im Geist der einheitlichen politischen Konzeption fortzuführen, in der sie von Ludwig Quessel begonnen wurde.

Catalonien Die Spannung Barcelona-Madrid, die sich sofort nach der Ausrufung der Republik in Spanien bemerkbar machte und zunächst dadurch beseitigt wurde, daß die Madrider Regierung die catalanische Autonomie in ihr Programm aufnahm, hat tiefe Wurzeln in der geschichtlichen Entwicklung Spaniens. Es gab bereits einmal, nach Karls des Dicken Tod /888/, ein selbständiges Fürstentum Catalonien, das selbst nach seiner Einverleibung in die spanische Monarchie im Jahr 1479 seine eigne Verfassung beibehielt. Diese wurde erst nach dem Spanischen Erbfolgekrieg durch Philipp V aufgehoben, da Catalonien zum Gegner Philipps, Karl von Österreich, gehalten hatte. Die autonomistischen Tendenzen, die der Oberst Macia im Namen des catalanischen Volks jetzt vertritt, gehen demgemäß auf eine antike Tradition zurück. 1930 hatten die spanischen und catalanischen Revolutionäre einen Pakt geschlossen, in dem sie sich über die künftige föderalistische Gliederung Spaniens einigten. Catalonien ist sofort nach der Revolution an die Aufgabe herangetreten seine Selbständigkeit innerhalb der spanischen Republik auszubauen und hat eine sogenannte Generalidad geschaffen, eine Art Provisorischer Regierung, die eine eigne staatliche Administration in der Form von Ministerien eingerichtet hat. Die republikanische Regierung Spaniens will die endgültige Entscheidung über die Stellung Cataloniens vom Beschluß der gesamtspanischen Nationalversammlung abhängig machen. Die Situation wird durch die böswillige Erfindung kompliziert, daß Frankreich einen catalanischen Separatismus fördere. Man wird in solchen Ausstreuungen den Versuch erblicken müssen die junge Republik Spanien von vornherein zu schwächen und die am fernen Horizont auftauchende Gefahr für England zu bannen, daß die spanische Demokratie die Gibraltarwunde am Körper ihres Landes zu beseitigen versuchen könnte.

Araber

Das Parallelogramm der Kräfte im Nahen Osten steht anscheinend vor einem neuen Gestaltwandel. Das verborgene Kräftegeäder, das den Orient durchzieht, ist derartig verworren und verknotet, daß selbst entscheidende Wandlungen der politischen Konstellation lange Zeit verborgen bleiben.

Im Zusammenhang mit den 2 grandiosen Unternehmungen: der Röhrenleitung Mossul-Haifa und der Bahnlinie Haifa-Bagdad, die die wirtschaftliche Hegemonie Englands im Nahen Osten fester begründen sollen, werden von englandfreundlichen Persönlichkeiten neuerdings Versuche gemacht eine Einigung oder Föderierung der arabischen Staaten in die Wege zu leiten. Ein bedeutender Schritt auf diesem Weg ist der Vertrag, der zwischen der irakischen Regierung und der Regierung Ibn Sauds, des Königs von Hedschas und Nedschd, abgeschlossen wurde. Dieser Freundschaftsvertrag, der zugleich auch die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen beider Länder regelt, beendete die alte Erbfeindschaft zwischen Irak und Nedschd, zwischen dem Wahabitenreich Ibn Sauds und der Haschimitenfamilie, deren Haupt Hussein, der frühere Herrscher des Hedschas, von Ibn Saud verdrängt wurde. Ein ähnlicher Freundschaftsvertrag kam auch zwischen dem Irak und Transjordanien zustande, ist aber von geringfügigerer politischer Bedeutung, da der König des Irak Feissal und der Emir Transjordaniens Abdallah Brüder sind. Nuri, der Ministerpräsident des Irak, auf dessen Initiative beide Verträge zurückzuführen sind, bereist zurzeit die arabischen Länder und scheint das volle Vertrauen der britischen Regierung zu genießen, die den vor einem Jahrzehnt mißlungenen Versuch mit Hilfe des Obersten Lawrence einen arabischen Vasallenstaat zu schaffen neuerdings wieder aufzunehmen scheint. Hussein, der seinerzeit von England ausersehen worden war das Werk der arabischen Einigung in einem für Großbritannien günstigen Sinn zu vollbringen, hatte sich von seinen Plänen der Schaffung eines Panarabischen Reichs hinreißen lassen; er überwarf sich mit England in der Palästinafrage und wurde dann gestürzt. Seit 1924 unterstützte die britische Regierung offiziell den Wahabitenkönig Ibn Saud, den Todfeind und Rivalen Husseins. (Inoffiziell lieferte das Colonial Office Ibn Saud bereits damals Waffen und Kriegsmaterial, als das Foreign Office mit Hussein und seinem

Haus Freundschaftsverträge abschloß.) Neuerdings scheint aber England, dem zurzeit an friedlichen Zuständen im Nahen Orient gelegen ist, unter allen Umständen einen Ausgleich zwischen den beiden mächtigsten arabischen Fürstendynastien herbeiführen zu wollen. Die arabische Presse verbreitet die Nachricht, daß Ali, der älteste Sohn Husseins, zum König von Syrien ernannt werden soll, was dadurch erhärtet wird, daß eine Fühlungnahme zwischen dem französischen Staatskommissar für Syrien Ponsot, Feissal und Nuri stattgefunden hat. Wie verlautet, soll Frankreich das Mandat über Syrien niederlegen und seine Rechte im Land durch einen Vertrag mit der syrischen Regierung wahren wollen. Man wird gut tun im Auge zu behalten, daß diese Nachricht aus englischer Quelle stammt. Bei der Verschiedenheit der französischen und der englischen Methoden in der Außen- wie in der Nationalitätenpolitik wird man die wahre Sachlage erst dann zu erkennen vermögen, wenn offizielle Mitteilungen der französischen Regierung vorliegen. Grade über Frankreichs Syrienpolitik hat man in Deutschland schon des öftern allzu hastig britischen Versionen Glauben geschenkt.

In Transjordanien kam es im Zusammenhang mit der Ablehnung der Regierung die von England vorgeschlagenen Änderungen im Budget für das Jahr 1931 anzunehmen zu einem Regierungswechsel. Transjordanien wird bekanntlich vom Emir Abdallah "gemeinsam" mit einem britischen Regierungsvertreter regiert. Infolge einer bestehenden starken Opposition hielt es der sonst dem Emir sehr gehorsame Ministerpräsident für ratsamer das von der transjordanischen "Legislative" zurückgewiesene englische Budget (eine Weigerung, die zu ihrer Auflösung führte) ebenfalls abzulehnen und zu demissionieren. 2 Posten im Budget sind es vor allem gewesen, die bei der transjordanischen Regierung Anstoß erregten: ein Beitrag zur Erhaltung der neugegründeten Wüstenlegion und ein anderer für die Schlichtungskommission, die für Ausgleich und Frieden zwischen den einzelnen arabischen Stämmen zu sorgen hat. Sowohl Wüstenlegion als auch Schlichtungskommission werden von den Arabern als Faktoren der britischen Imperialpolitik betrachtet und bekämpft. Der Regierungswechsel hatte zur Folge, daß eine Gruppe der dem Haus Hussein ergebenen Persönlichkeiten ans Ruder kam, und die arabische Opposition mit

Hilfe einiger unter ihren Mitgliedern verteilten Regierungsämter zunächst einmal "beschwichtigt" wurde. Auch die Lage in Palästina hat sich neuerdings zugespitzt. Nach der Veröffentlichung des Weißbuchs, das eine ausgesprochen antizionistische Tendenz aufwies, hatten die Araber eine gewisse Bereitschaft mit der englischen Regierung zusammenzuarbeiten an den Tag gelegt. Ein Brief MacDonalds, der infolge der vom Weißbuch in der gesamten jüdischen Öffentlichkeit entfesselten Entrüstung sich bemühte das Weißbuch gemäßigt prozionistisch zu interpretieren, hatte dann einen Protest der arabischen Exekutive, Kampfansage und Boykottandrohung gegenüber den Zionisten zur Folge. Die arabischen Führer lehnen es ab an einer jüdisch-arabischen Round-Table-Konferenz, die die englische Regierung nach London einzuberufen beabsichtigte, teilzunehmen. Die Reise, die Schochat Ali, ein indischer moslemischer Führer, zurzeit durch den Orient macht, führte ihn auch nach Palästina. Sein Auftreten in mehreren Städten trug dort keineswegs dazu bei die Gemüter zu beschwichtigen. Die panislamischen Bestrebungen Schochat Alis, der die Schaffung einer Moslemischen Universität in Jerusalem propagiert und Palästina zu einem Zentrum des Panislamismus machen will, haben ihn in engste Beziehungen zum Moslemischen Rat und zum Mufti von Jerusalem gebracht, woraus seine antizionistische Tendenz, die vor seinem Eintreffen in Palästina nicht zu spüren war, neue Nahrung erhielt. Die christlichen Araber, die eine gefährliche Isolierung zu befürchten haben, wenn der Panislamismus realere Formen annehmen sollte, stellten ihn in ihrer Presse als einen Agenten des englischen Imperialismus dar und versuchten auf diese Weise ihn bei den Führern der arabischen Nationalbewegung zu diskreditieren, die ihrerseits die Vorherrschaft des nationalen Gedankens verteidigten und daher die von Schochat Ali vertretenen ausgesprochen religiösen Bestrebungen des Panislamismus als für die arabische Einheit gefährlich und als retardierendes Moment der nationalarabischen Entwicklung ablehnen müssen. Schochat Ali und der Mufti von Jerusalem behandeln daher in ihren Reden die christlichen Araber mit besonderer Freundlichkeit und beteuern ihre Freundschaft zu den Christen. Die Röhrenleitung Mossul-Haifa und die Bahnlinie Bagdad-Haifa, die oben er-

wähnt wurden, haben bei den Bolschewisten die Befürchtung erregt, Rußland würde dadurch vom Naphtamarkt im Mittlern Osten völlig verdrängt werden. Daher erging an die "kommunistischen" Organisationen der arabischen Länder die Weisung diesen Plänen nach Möglichkeit unter nationalen Losungen entgegenzuwirken. Bolschewistische Agenten nahmen mit Beduinenstämmen längs der Röhrenleitung und der Eisenbahnlinie Fühlung, um sie zu Überfällen auf den Bau zu bewegen. Eine der geschicktesten bolschewistischen Agentinnen, Sachnowskaja, soll nach dem Mittlern Osten entsandt sein, um mit führenden arabischen Persönlichkeiten in Kontakt zu treten. Im Zusammenhang mit den Gerüchten, England versuche die Finanzierung der Bahnlinie und der Röhrenleitung den Mandatsländern aufzuerlegen (was durch die oben erwähnten beiden Budgetposten, die zum Regierungswechsel in Transjordanien geführt haben, teilweise bestätigt wird), ist eine Oppositionsstimmung geschaffen, die von den Bolschewisten unter der Parole "Gegen die finanzielle Versklavung des arabischen Ostens!" ausgenutzt wird. Die Moskauer Regierung glaubt außerdem in Italien einen Verbündeten gegen die Mittelmeerpolitik Frankreichs gewinnen zu können, was wieder im Interesse der britischen Stellung im Nahen Osten liegt. So wird hier, wie in Europa, die britisch-bolschewistische Front (trotz allem Propagandastreit, der eine tiefe Feindschaft vortäuscht) gegen Frankreich geschlossen. Auch die Nationalitätenkämpfe des Orients sollen mithelfen durch Schwächung Frankreichs die kontinentaleuropäische Einigung hintanzuhalten. Doch ist diese Schwächung bisher noch nirgends gelungen.

Totenliste Ende September 1930 starb in London der jüdische Politiker und Publizist

Lucien Wolf. Ihm war es zu danken, daß auf der Friedenskonferenz mit Polen, Rumänien, der Tschechoslowakei und Griechenland Minderheitenverträge für die jüdische Nation geschlossen worden sind. Wolf begründete auch das Beratende Komitee für Flüchtlinge beim Oberkommissar des Völkerbunds.

Am 4. Januar 1931 starb in London: *Mohammed Ali*, der zusammen mit seinem Bruder Schochat Ali jahrelang der Führer der indischen Mohammedaner gewesen war. Als gläubigem Mohammedaner war ihm die Stellung der Moslems in einem zukünftigen freien Indien

stets von besonderer Wichtigkeit. Gemeinsam mit seinem Bruder kämpfte er für die Wiedererrichtung eines Kalifats über alle Mohammedaner der Welt; noch heute ist jener der Vorsitzende des sogenannten Kalifatskomitees. Beide Brüder hatten englische Erziehung genossen. Von England aus wurde die von ihnen geführte Bewegung ursprünglich gegen die Bestrebungen der indischen Hindus eingesetzt. Nachdem aber Gandhi die Kalifatsforderung mit in das Programm der Nationalbewegung aufgenommen hatte, fand eine Einigung statt, die der Bewegung nun erst ihre Stärke gab. Die Brüder Ali, die die Mohammedaner im indischen Heer ebenfalls zu gewinnen suchten, wurden des Hochverrats beschuldigt und zu längeren Freiheitsstrafen verurteilt.

Am 2. Februar starb in Budapest einer der bedeutendsten Führer der ungarischen Freiheitsbewegung, *Theodor Graf Batthyany*, im Alter von 76 Jahren. Er gehörte schon der sogenannten Acht- undvierziger Bewegung an und zeichnete sich durch soziale und demokratische Gesinnung aus. Batthyany war wiederholt Minister; im Kabinett Esterhazy, in der Regierung Weckerle und in der Regierung Karolyi; die Entwicklung Karolyis zum entschiedenen Linksradikalismus machte er aber nicht mit.

Am 6. Februar starb in Allahabad der berühmte Führer der indischen Freiheitsbewegung *Motilal Nehru*, im Alter von 72 Jahren. Neben dem Namen Gandhi wird der Name Nehru in aller Gedächtnis stets mit der indischen Unabhängigkeitsbewegung verknüpft bleiben. Nehru, der ursprünglich ein bedeutender Rechtsanwalt war, gab seinen Beruf seiner politischen Sendung zuliebe auf. Er war es, der den Radikalen gegenüber zuerst einen Kompromißvorschlag in dem sogenannten Nehrubericht machte, der als Übergangsstadium zur vollen nationalen Freiheit den Domänialstatus forderte. Daraus ging das "Ultimatum" hervor, das bis zum 31. Dezember 1929 diesen Status eingeführt wissen wollte. Nachdem England aber dieses abgelehnt und die Simonkommission ernannt hatte, schloß sich auch Motilal Nehru der radikalen Protestbewegung und dem Gandhischen Salzkrieg an. Er wurde neben den anderen Führern dieser Bewegung eingekerkert, erkrankte im Gefängnis schwer und wurde erst kurz vor seinem Tod befreit. Jawaharlal Nehru, Motilals Sohn, ist bekanntlich jetzt einer der Führer der Inder in ihrem politischen Kampf.

Ende Februar starb nach langer Krankheit in Berlin *Carl Georg Bruns*, der im Interesse der deutschen Minderheiten gewirkt hat. Nach dem Krieg war er besonders für die Deutschen in Posen und Westpreußen tätig, er wurde zum allgemein anerkannten Rechtsberater für die Interessen dieser Minderheiten.

Kurze Chronik Die Deutsche Hochschule für Politik in Berlin errichtete im Wintersemester 1930-1931 unter der Leitung Max Hildebert Boehms einen besondern Lehrstuhl für *Deutschumpolitik*, zugleich mit einem Deutschumsseminar. Dieses behandelt die volkstumpolitischen Fragen, vor allem des Grenz- und Auslandsdeutschums in Vorlesungen, Arbeitsgemeinschaften, durch Studienreisen usw. Boehm ist Deutschhalte; er leitete das Berliner Institut für Grenz- und Auslandsstudien. ◊ Man hatte angenommen, daß sich MacDonald selbst zum Vizekönig *Indiens* ernennen würde. Jedoch ernannte er am 10. Dezember 1930 den bisherigen Generalgouverneur Canadas Lord Willingdon dazu. Dieser ist 1866 geboren, war 12 Jahre liberales Mitglied des Unterhauses, 5 Jahre lang war er Gouverneur von Bombay, 6 Jahre Gouverneur von Madras. 1926 ging er als Generalgouverneur nach Canada. Am 16. April 1931 übergab ihm der bisherige Vizekönig Lord Irwin in Bombay feierlich die Geschäfte. ◊ Im Februar besuchte der französische Flieger Goulette bei einem Flug nach Madagascar auf der Insel Réunion den Führer im *Rifaufstand*, Abd el Krim; dieser soll ihm erklärt haben, er sei mit seiner Behandlung im Exil durchaus zufrieden.

Literatur Die jetzt auch deutsch vorliegende Autobiographie *Mohandas Karamtschand Gandhis* (Mein Leben /Leipzig, Inselverlag/) beschreibt das Leben eines Mannes, der ein neues Exempel in der Welt statuiert hat: wie man in einem Kampf um politische Werte eine Sendung von sozialmetaphysischer Größe zu erfüllen vermag. So schlicht erzählt, wie schlicht die Tat selbst vollzogen wurde. Der intimste Freund Gandhis, C. F. Andrews, liefert eine überaus klare und profunde Analyse von Gandhis Gedankenwelt, wobei er ihre Herkunft und Peripherie weitgehend berücksichtigt (*Mahatma Gandhi's Ideas including Selections from his Writings* /London, George Allen & Unwin/). ◊ Einen Versuch das Werk der indischen Befreiung als einen neuen

Weg des Indertums selbst nachzuweisen, eine Verschiebung des Akzents aus dem rein Politischen ins Willen- und Bekennnishaft, stellt das Buch *Edwyn Bevans Thoughts on Indian Discontents* /London, George Allen & Unwin/ dar. Ein für das Verständnis der seelischen Situation der Inder höchst aufschlußreiches Werk. ◊ Das erste Kapitel neu-jüdischer Geschichte, in dem das Judentum Geschichte nicht nur erduldet sondern auch macht, schildert *Wladimir Jabotinsky* in seinem Buch *Die Jüdische Legion im Weltkrieg* /Berlin, Jüdischer Verlag/. Jene Legionsepisode war vielleicht das Vorspiel zum Wiedereintritt der Juden als gleichberechtigten Faktors in die Weltgeschichte. ◊ Unter dem Titel *Zionistische Politik* geben *Hans Kohn* und *Robert Weltsch* bei R. Färber in Mährisch-Ostrau eine Reihe von Aufsätzen wieder, die vorher in Zeitschriften verstreut waren. Sie wollen einen »auf Illusionen aufgebauten chauvinistischen Zionismus« bekämpfen. Es wird ein nationales Kurienwahlrecht vorgeschlagen, mit vielen Anspielungen auf die beiden Parteien in Indien. ◊ Eine Aufsatzreihe des Redakteurs der Tageszeitung *Dawar* in Tel Awiw *M. Beilinson* Zum jüdisch-arabischen Problem /Tel Awiw, Verlag *Dawar*/ enthält scharfe Angriffe auf den frühern Oberkommissar Sir Herbert Samuel und Gedanken zu einem Araberprogramm: Erhöhung des Lebensniveaus der arabischen Bevölkerung durch Bekämpfung des Feudalismus. ◊ Eine Schrift *Leon Wassilewskis* *Les frontières de la République de Pologne* /Paris, Gebethner & Wolff/ untersucht eingehend die gegenwärtigen Grenzen Polens, im Vergleich zu denen von 1772. Die Endergebnisse lauten, Polen sei ein vielfaches Unrecht geschehen, und man hätte es ungerechterweise gezwungen Landesteile von un-zweifelhaft polnischem Charakter an seine Nachbarn abzutreten. Also eine Analyse, die mehr die Historie als das Nationalitätenprinzip im Auge hat. ◊ Eine gedrängte Darstellung des lettlandischen Staatswesens und des Werdegangs der lettischen Kultur bringt *Marcel Segresté* in seiner Arbeit *La Lettonie* /Paris, Les Editions Rieder/. ◊ Eine glänzende Einführung in das Wesen der Bretagne, ihre kulturelle Struktur und ihre gegenwärtigen politischen Bestrebungen, bietet *Margarete Zur* in ihrer Arbeit *Der bretonische Regionalismus in Frankreich, in der Romanischen Reihe Sprache und Kultur der germanisch-romanischen Völker* /Breslau, Priebatsch/.

WISSENSCHAFT

Exakte Naturwissenschaften / Wladimir Lasarew

Spiralnebel Die Vorarbeiten für das neue Riesenteleskop, die seit 10 Jahren in Amerika geführt werden, sind nunmehr so weit fortgeschritten, daß wohl in absehbarer Zeit mit seinem Bau begonnen werden kann. Besondere Expeditionen durchsuchen schon jetzt das ganze Land, um einen geeigneten Ort zu seiner Aufstellung ausfindig zu machen. (Mount Wilson genügt unerläßlichen Voraussetzungen längst nicht mehr, weil die am Fuß von Mount Wilson liegende Stadt Los Angeles in immer zunehmendem Maß den Himmelshintergrund mit ihren Lichtern durchsetzt.) Das neue Teleskop wird einen Spiegel von fast 5 Meter Durchmesser haben, und die Vorarbeiten, geleitet von einem großen Stab ausgezeichneten Wissenschaftler, galten vor allem der Überwindung von außerordentlichen Schwierigkeiten und technischen Problemen, mit denen die Herstellung eines Spiegels von solchen Dimensionen verbunden ist. Als Material wurde Quarz gewählt, Metalle und Glas haben einen hohen Temperatur- und Ausdehnungskoeffizienten, so daß infolge von Temperaturschwankungen allmählich störende Unebenheiten entstanden; wegen der großen Ausdehnung der Fläche kann sich diese nicht gleichmäßig genug deformieren. Nun läßt sich aber die zur Ausfüllung des Spiegels erforderliche ungeheure Quarzmenge nicht optisch homogen gießen, und so mußte erst ein besonderes Sinterungsverfahren erdacht werden, das darin besteht, daß Quarzstaub durch eine Röhre streifenweise in einen elektrisch geheizten Behälter, dessen Gestalt dem Spiegel entspricht, hineingeblasen wird. Man kann wohl sagen, daß alle, die überhaupt naturwissenschaftlich interessiert sind, diese Vorarbeiten mit lebhafter Anteilnahme verfolgen, die verständlich wird, wenn man sich klar macht, welche tiefere Bedeutung die bereits vorliegenden Leistungen des zurzeit größten Teleskops haben. Mit Hilfe dieses 2-Meter-Teleskops ist es in letzter Zeit gelungen unter Verwendung astrophysikalischer Methoden sehr genau die Entfernungen zu bestimmen, die uns von den außerhalb des Milchstraßensystems liegenden Spiralnebeln trennen. Die Entfernung der Erde von dem uns nächstgelegenen Spiralnebel beträgt, wie sich ergeben hat, etwa 1 Million Lichtjahre. Schon das Vermögen eine derartige Entfernung (bis

zu 10% genau) zu bestimmen bedeutet einen großen Fortschritt, der nur durch Zuhilfenahme neuer astrophysikalischer Methoden ermöglicht wurde. Die übliche astronomische Methode der Parallaxenbestimmung von stellaren Entfernungen versagt nämlich, sobald die fragliche Entfernung mit den Dimensionen der Erdbewegung um die Sonne nicht mehr vergleichbar ist; somit ist das Anwendungsgebiet der rein astronomischen Methode auf die Milchstraße, unser Lokalsystem, das einen Durchmesser von etwa 10 000 Lichtjahren hat, beschränkt. Unser Lokalsystem ist schon seit langem verhältnismäßig gut erforscht, und seine Sterne sind je nach ihrer Entfernung von uns, Temperatur und Spektraltypus ihres Lichts in Klassen eingeordnet. Die neuen starken Teleskope haben nun die Existenz einer Unmenge Himmelskörper aufgedeckt, die zu unserm System nicht gehören, darunter sogenannte Spiralnebel. Die Entfernungen dieser außergalaktischen Nebel von der Erde betragen Millionen Lichtjahre. Es hat sich gezeigt, daß der Raum zwischen den Sternen unseres Systems und diesen Nebeln, also auf Entfernungen zwischen 10 000 und 1 Million Lichtjahre, nahezu frei von Sternen ist, und das läßt vermuten, daß jene Spiralnebel abgeschlossene Welten, analog unserm System, sind. Die Sternverteilung ist dort analog derjenigen im Milchstraßensystem; ihre Form ist der Form unseres Systems ähnlich, und auch ihre Dimensionen scheinen denen unserer Welt zu entsprechen. Die Milchstraße ist also nur einer von solchen Nebeln. Die Überlegungen und Methoden, die zur genauen Bestimmung ihrer Entfernungen geführt haben, seien nun kurz besprochen.

Den Ausgangspunkt bildete die Beobachtung, daß es in unserm Lokalsystem zahlreiche Sterne gibt, deren Lichtstärke sich periodisch ändert. Ursprünglich nahm man an, alle Sterne von diesem Typus seien Doppelsterne, und die periodische Abschwächung respektive Verstärkung ihres Lichts sei dadurch bedingt, daß der eine Stern des Sternpaares von dem andern periodisch verdeckt wird. Es hat sich aber herausgestellt, daß diese Erklärung nicht stichhaltig ist. Denn die Spektraluntersuchung dieser Sterne zeigte, daß die Spektrallinien des von ihnen ausgesandten Lichts ebenfalls periodischen Änderungen vom selben Charakter unterworfen sind, was auf eine periodische Temperaturänderung dieser Himmelskörper hinweist. Es ist gelungen eine solche Temperatur-

änderung physikalisch zu erklären. Die leuchtenden Massen der Himmelskörper dehnen sich periodisch aus, bewegen sich also auf uns zu, und ziehen sich wieder zusammen, entfernen sich also von uns. Diese periodische Zu- und Abnahme des Volumens bedeutet thermodynamisch eine Temperaturänderung: bei der adiabatischen Ausdehnung sinkt die Temperatur, während bei dem Zusammenschrumpfen die Temperatur steigt, und infolgedessen die Lichtstärke zunimmt. Da diese "pulserenden" Sterne sich innerhalb unseres Systems befinden, kann man mit üblichen astronomischen Methoden ihre Entfernung von uns bestimmen. Kennt man nun die Entfernung dieser Sterne und die zur Erde gelangende Lichtstärke, so kann man daraus ihre absolute Lichtstärke berechnen. Zwischen der absoluten Lichtstärke und der Periode ihrer Änderung, das heißt der Zeitspanne zwischen 2 gleichartigen Extremwerten, besteht eine experimentell und theoretisch begründete funktionale Abhängigkeit, deren Kenntnis eine rein physikalische Bestimmung der Entfernung eines pulsierenden Sterns ermöglicht. Dazu genügt es die relative Lichtstärke, die Lichtstärke, die zur Erde gelangt, zu messen und die Periode zu beobachten. Aus der Periode wird dann mit Hilfe der oben erwähnten Beziehung die absolute Lichtstärke abgeleitet. Wenn man nun die absolute Lichtstärke, das heißt die Lichtstärke in der Entfernung eines Lichtjahrs, und die relative Lichtstärke kennt, läßt sich daraus die Entfernung von der Erde berechnen. In allen Fällen, in denen die rein astronomische Bestimmung durchführbar ist, sind die Ergebnisse mit den physikalisch gewonnenen völlig identisch. Das ergibt eine Möglichkeit die Entfernungen auch dann noch genau zu bestimmen, wenn die astronomischen Methoden nicht mehr ausreichen. In allen Nebeln, bei denen das 2-Meter-Teleskop einzelne Sterne sichtbar gemacht hat, sind nämlich solche periodisch pulsierenden Sterne aufgefunden worden, und auf diese Weise wurden die Entfernungen dieser Nebel bis zu 20 Millionen Lichtjahren mit großer Genauigkeit bestimmt. Allerdings sind nur wenige Spiralnebel so nahe gelegen. Die meisten liegen so weit, daß man die einzelnen Sterne nicht mehr unterscheiden kann. Aber auch bei diesen läßt sich ihre Entfernung von der Erde genau bestimmen. Denn den Durchmesser aller Nebel von bereits bekannter Entfernung konnte man berechnen, indem man den Winkel bestimmte, unter

dem sie von der Erde aus erscheinen. Es hat sich dabei ergeben, daß die Spiralnebel sämtlich einen Durchmesser haben, der nahezu dem unseres Milchstraßensystems gleich ist, das heißt etwa 10 000 Lichtjahre beträgt. Unter der Voraussetzung, daß auch alle anderen Nebel keine Ausnahme bilden, kann man aus dem Sehwinkel und dem Durchmesser die Entfernung berechnen. Auf diese Weise gelang es in letzter Zeit bei mehreren Zehntausend solcher Nebel die Entfernung von der Erde bis zu 200 Millionen Lichtjahre zu ermitteln. Es hat sich dabei eine sehr bemerkenswerte Gesetzmäßigkeit in der Verteilung der Spiralnebel im Weltraum herausgestellt: Die Anzahl dieser Nebel wächst mit der Entfernung von uns, so daß die mittlere Dichte der Materie im Weltall keinesfalls 0 sondern eine endliche Größe ist. Ferner zeigte die Spektralanalyse mehrerer Nebel, daß sämtliche Spektrallinien eine Verschiebung nach den langen Wellen (Rotverschiebung) aufweisen, so daß zum Beispiel die blaue Wasserstofflinie grün erscheint. Das besagt, daß diese Nebel sich von einander und von uns mit einer großen Geschwindigkeit anscheinend nahezu proportional ihrer Entfernung fortbewegen; die mittlere Dichte der Welt wird daher im Lauf der Zeit immer kleiner.

Die beiden Aussagen über die Materiedichte (Endlichkeit und Zeitabhängigkeit), die sich aus dem neuern Beobachtungsmaterial zu ergeben scheinen, gestatten (insofern sie mit Hilfe des im Bau befindlichen 5-Meter-Teleskops eine weitere Bestätigung finden werden) wichtige kosmologische Folgerungen zu ziehen. Denn es ist eine nichtstatische, das heißt zeitabhängige Lösung der Einsteinschen Feldgleichungen denkbar (zuerst angegeben von Gaston Le-maitre), die den Zusammenhang zwischen Materiedichte, ihrer zeitlichen Änderung und Weltradius darstellt. Aus der Zeitabhängigkeit der Materiedichte folgt die Zeitabhängigkeit des Weltradius, das heißt, die Dimensionen der Welt verändern sich mit der Zeit. Diese Schlußfolgerungen sowie die Vermutung, die Materiedichte (abgesehen von lokalen Anomalien, nämlich eben den Spiralnebeln), also auch die Krümmung der Welt, sei in jedem Zeitpunkt überall konstant, wird das kommende 5-Meter-Teleskop einer erneuten Prüfung unterziehen. (Nachrichten, die darüber hinaus einiges zu berichten wußten, entsprechen nicht der Wirklichkeit.)

Molekülbau Bei einfach gebauten Molekülen, ferner bei Wasser und Kohlensäure werden

Aussagen über Modell und die gegenseitigen Abstände der Atomkerne innerhalb des Moleküls schon durch eine indirekte Methode ermöglicht, die als Bestimmungsstücke die Hauptträgheitsmomente, das Dipolmoment und die Eigenfrequenzen benutzt. (Auch die Ramanspektroskopie führt auf Eigenfrequenzen.) Auf mehr direktem Weg kann die Realität der chemischen Strukturformel durch die Atomlagenbestimmung im festen Körper mittels der Röntgenstrukturanalyse geprüft werden; außer Abstandsmessung liefert die Röntgenforschung auch die Atomkonfiguration. Aber die gesuchte Struktur des einzelnen Gitterbausteins, des Moleküls, kann erst nach Eliminierung von Nebeneffekten ermittelt werden. Denn der eigentlich interessierende Interferenzeffekt der Atome eines Moleküls ist von den Interferenzeffekten des an den Atomen verschiedener Einzelmoleküle gestreuten Röntgenlichts überlagert. Erst die Ausschaltung dieses Gittereffekts, umfassend auch die Wärmebewegung und die Nullpunktsenergie, führt zur Festlegung der Molekülstruktur. Scheinbar einfacher ist die Sachlage bei Röntgenstreuungsaufnahmen an Flüssigkeiten. Es ist aber zu beachten, daß die gesuchten innermolekularen Interferenzen von zwischenmolekularen Interferenzen verdeckt sind.

Kürzlich berichtete *Raimund Wierl* in einem im Harnackhaus in Berlin gehaltenen Vortrag über seine grundlegenden Versuche zur Bestimmung der Struktur des einzelnen Streuzentrums aus Interferenzbildern. Die Tatsache der Wellennatur der Materie legt es nahe Kathodenstrahlen zu Streuver suchen zu verwenden, und zwar an molekularen Dämpfen. Schon die Streuung von Wellenstrahlung an Gasen und molekularen Dämpfen stellt einen günstigen Fall dar; denn hier ist man sicher, daß sich die einzelnen Moleküle unabhängig genug von einander bewegen, um rein innermolekulare Interferenzen zu veranlassen. Die Verwendung von Kathodenstrahlen erscheint von vornherein um so aussichtsreicher, als sich bei Streuver suchen mit schnellen Elektronen an äußerst dünnen Metallfolien Belichtungszeiten von Bruchteilen von Sekunden ergaben, während Aufnahmen der selben Art mit Röntgenstrahlen mehrere Stunden erforderten: Das Streuvermögen der Materie ist für Elektronen viel größer als

für Röntgenlicht. Ein weiterer wesentlicher Unterschied besteht in der Natur des elementaren Streuvorgangs. Das elektromagnetische Feld der auftretenden Röntgenstrahlung veranlaßt durch das erzwungene Mitschwingen der Atomelektronen die Emission von Sekundärwellen, deren Interferenzbild eine Abbildung der Lagen der Emissionszentren, also der Atomelektronen, gibt, wogegen der Atomkern wegen seiner relativ großen Masse am Streuvorgang unbeteiligt ist. Die Elektronenstrahlen aber werden im Streuvorgang nur unwesentlich durch die Elektronenhülle der Atome beeinflusst; vielmehr weist die ganze Erfahrung der Korpuskularstrahlstreuung darauf hin, daß hier die streuenden Zentren die Atomkerne sind. Die Kathodenstrahlen werden also im allgemeinen ein geeignetes Hilfsmittel zur Bestimmung der Kernlagen auch für solche Moleküle darstellen, die verhältnismäßig viele, den Einzelatomen gemeinsame Bindungselektronen enthalten. »Durch den Vergleich von Röntgenaufnahmen mit Elektronenaufnahmen wird man wohl die Fragen der Ladungsverteilung im Molekül untersuchen können, was für das Problem der chemischen Bindung wichtig ist.« Wierls Methode besteht prinzipiell darin, daß ein feiner intensiver Kathodenstrahl durch eine möglichst dünne Schicht des zu untersuchenden Dampfs geleitet wird, und die durch innermolekulare Interferenzen abgelenkten Elektronen auf einer senkrecht zum Primärstrahl stehenden Platte photographisch registriert werden. Es hat sich gezeigt, daß die Winkelverteilung eines Strahls homogener schneller Elektronen nach dem Durchqueren eines molekularen Dampfstrahls charakteristisch ist für die Struktur eines einzelnen Moleküls der untersuchten Dämpfe. Ordnet man dem Elektron eine Brogliewellenlänge zu, so ist die bei Röntgenstrahlen übliche interferometrische Abstandsmessung auf die Elektronenbeugung übertragbar. Alle Molekülmodelle, die zur Deutung der Elektronenbeugungsbilder herangezogen wurden, folgerte schon die Stereochemie aus der chemischen Erfahrung. Die bisherige physikalische Erfahrung (Dipolmoment, Eigenfrequenzen) hat sie bestätigt, aber die Elektronenbeugungseffekte geben wohl den eindeutigsten Beweis ihrer Realität. Untersucht wurden etwa 20 Substanzen; insbesondere ergaben sich Kohlensäure und Schwefelkohlenstoff als lineare, Benzol (in Dampfform) und Hexan als ebene Gebilde.

Elektronenregistrierung Neben älteren Methoden zur Beobachtung von Elektronenintensitäten verwendet

man neuerdings ein Verfahren, das auf einer Lumineszenzwirkung beruht: Die Elektronen, erzeugt an einer Glühkathode, werden zunächst durch Beschleunigung, Ausblendung und kreisförmige magnetische Ablenkung homogenisiert und fallen dann auf eine photographische Platte, die mit einer Schicht lumineszierender Substanzen überzogen ist. Beim Anprall der Elektronen auf die Platte wird eine Fluoreszenz hervorgerufen, und zwar schon bei Elektronen von nur 3 bis 4 Volt Geschwindigkeit. Das gelingt aber nur bei verhältnismäßig hohem Druck, und auch dann sind die Spuren der langsamen Elektronen recht undeutlich. In höherem Vakuum, also bei den üblichen Arbeitsbedingungen, ist das Registrieren sehr langsamer Elektronen überhaupt nicht gelungen; es hat sich gezeigt, daß dieses Versagen auf eine Aufladung der von den Elektronen getroffenen Stellen zurückzuführen ist.

Nun gab *Percy Carr* in der *Review of Scientific Instruments* eine neue Methode an, die geeignet ist auch langsame Elektronen mit Sicherheit zu registrieren. Den Ausgangspunkt bildet die bereits früher beobachtete Tatsache, daß eine von Elektronen (in manchen Fällen auch von Licht) getroffene Metalloberfläche auf gewisse chemische Einwirkungen ganz anders anspricht als eine, die durch Elektronen nicht vorbehandelt wurde. Das neue Verfahren benutzt nun eine Metallplatte als eine Art photographische Platte. Auch sehr langsame Elektronen verursachen beim Anprall auf die Metallplatte Veränderungen, die zunächst gar nicht sichtbar sind. Die "Aufnahme" kann dadurch entwickelt werden, daß man die Platte eine Weile in Quecksilberdampf hält: Die Spuren der Elektronen lassen sich ganz anders amalgamieren als die unberührt gebliebenen Stellen und werden auf diese Weise sichtbar. Die Entwicklung kann sogar ein Jahr nach der Aufnahme erfolgen, ohne daß die Deutlichkeit des Bildes darunter leidet. Mehrere Entwicklungsprozesse wurden ausprobiert an verschieden bearbeiteten Metallplatten sowie an dünnen, kathodisch zerstäubten Metallfolien aus Gold, Silber, Zink, Kupfer, Platin, Nickel und Messing. Für Gold erwies sich Quecksilberdampf als der beste Entwickler. Sorgfältige optische und mikroskopische Untersuchungen zeigten, daß vor der Entwicklung keinerlei sichtbare

Veränderung der Oberfläche nachweisbar ist. Einige Minuten Behandlung mit Quecksilberdampf genügen aber, um das Bild, die von den Elektronen getroffenen Stellen, klar hervortreten zu lassen. An der Luft verblaßt das Bild langsam, kann aber in Quecksilberdampf wieder erfrischt werden. Bei Silber ist eine langsame Entwicklung in Joddampf am günstigsten. Zink wird am besten über Chlorwasserstoffdampf entwickelt. Die Empfindlichkeit gegenüber Licht ist bei allen untersuchten Metallen minimal, so daß man auch bei Tageslicht exponieren kann. Mit wachsender Geschwindigkeit der Elektronen steigt die Empfindlichkeit des Verfahrens noch sehr beträchtlich, aber sein eigentlicher Vorzug gegenüber anderen Registrierungsmöglichkeiten besteht eben in der Empfindlichkeit gegenüber sehr langsamen Elektronen sowie in der Unempfindlichkeit gegenüber Licht. Carr versucht eine Deutung der beobachteten Effekte zu geben. Die Wirksamkeit langsamer Elektronen beweist, daß es sich um einen Oberflächeneffekt handelt, dessen Ursache eher die Befreiung der Oberfläche von der adsorbierten Gasschicht als Aufladung oder Polarisation der Oberflächenschicht sein kann; an eine Änderung der Kristallstruktur des Metalls ist nicht zu denken.

Kurze Chronik Zur Erforschung der kosmischen Höhenstrahlung wurde in Potsdam ein *Höhenstrahlungslaboratorium* erbaut, dessen Leitung Werner Kolhörster übernommen hat. Es befindet sich in der Nähe des Meteorologisch-Magnetischen Observatoriums und besteht aus einem Betoneisenschrotpanzer zur Abschirmung der Erdstrahlung, über dem ein Holzhaus errichtet wurde, dessen Pappdach und Wände so dünn sind, daß sie auch für die weichen Höhenstrahlen durchlässig sind. ◊ Der Professor an der Deutschen Universität Prag *Heinrich Rausch von Traubenberg* übernimmt den Lehrstuhl der Physik an der Universität Kiel, als Nachfolger Hans Geigers. ◊ In Lennep, der Geburtsstadt Wilhelm Röntgens, wurde ein *Röntgendenkmal* enthüllt; auch will man dort ein Röntgenmuseum einrichten. ◊ Am 9. März wurde *Emil Warburg* 85 Jahre alt. Das Schaffen dieses hervorragenden Physikers war sehr vielseitig. Ganz besonders sind seine bahnbrechenden Untersuchungen über photochemische Reaktionen hervorzuheben, die zu den Grundlagen der quantitativen Photochemie wurden.

Biologie / Hans Haustein

Zweckbegriff Einem gleichviel wie gearteten Teleologismus auch nur ganz im allgemeinen alle Lebensprozesse unterzuordnen widerstrebt sehr vielen Biologen, die, vom Aristotelischen Zweckbegriff (wonach der Zweck dasjenige ist, woraufhin das Handeln sich richtet) ausgehend, ihn nur für eine sehr eingeschränkte Kategorie von finalen Lebenserscheinungen gelten lassen können. Die Annahme eines generellen zweckhaften biologischen Geschehens erscheint ihnen als ein Rückfall in den Anthropomorphismus, der wesenhaft ganz verschiedene Dinge vergleicht, wie es nach ihrer Auffassung einerseits die biologischen und physiologischen Vorgänge, andererseits die bewußten psychischen Vorgänge sind, auf die allein die Aristotelische Definition passe. Dazu hat *Eugenio Rignano* im 7. Band der *Biologia Generalis* in sehr prägnanter Form Stellung genommen und den Finalismus so definiert, daß ihm jeder Beigeschmack von Anthropomorphismus genommen ist, zugleich ihm auch sämtliche Lebensvorgänge unterzuordnen sind, ohne daß wir in die Gefahr eines künstlichen Vergleichs wesenhaft verschiedener Dinge geraten. Dabei war es von grundlegender Bedeutung, daß seine Definition auch den Spezialfall der bewußten menschlichen Handlungen einbegreift. Rignano geht bei seiner Definitionsfindung von den biologischen Vorgängen der Generation und Regeneration aus. Bei jener zeigt er, daß bei künstlichen Eingriffen in den ontogenetischen Prozeß, also in die Entwicklung des Embryos, doch in sehr vielen Fällen immer die gleiche streng umrissene Form des fertig entwickelten Organismus sich ergibt, als ob die jeweils grundlegende Änderung der äußeren Umstände des Entwicklungsvorgangs gar nicht stattgefunden hätte: »Im Lauf der Entwicklung aber, ganz besonders in ihren ersten Stadien, können wir die erst sich bildenden Gliedmaßen amputieren, wir können gewisse, noch in Formung befindliche Organe entfernen, wir können sogar die erste Bildung des Kopfes abschneiden; dennoch wird der fertige Organismus ebenso vollkommen sein, wie wenn er unter normalen Verhältnissen sich entwickelt hätte.« Bei den Erscheinungen der Regeneration ergibt sich als prinzipiell wichtige Erkenntnis, daß die Wiederherstellung der ursprünglichen Gestalt (in manchen Fällen) unter Vor-

gängen abläuft, die gänzlich von denen verschieden sind, die zur ersten Bildung des Organs geführt hatten. Sie gehen sogar bisweilen von Geweben aus, die embryonal verschiedenen Ursprungs sind. »Organe oder Gewebe ektodermischen Ursprungs regenerieren sich aus Geweben endo- oder mesodermischen Ursprungs oder umgekehrt. In Fällen von Regeneration auf dem Weg der Rückbildung oder Umdifferenzierung verliert der Teil, der nach der Amputation einer wichtigen Partie des Organismus übrigbleibt, die schon erworbene histologische Differenzierung, fällt wieder zurück in den Zustand einer Masse von undifferenzierten Zellen und nimmt nochmals den Prozeß der Bildung des neuen Organs auf, um dieses identisch mit der früheren Form wiederherzustellen: In allen diesen Fällen sehen wir also, daß wohl, wenn die äußeren Umstände sich für einen Organismus ändern, die Reaktionsprozesse, zu denen jene Umstände durch ihre Veränderung Anlaß geben, sich gleichfalls ändern, daß aber das Endergebnis dieser Prozesse, mögen sie auch unter einander verschieden sein, stets genau gleich bleibt.« Auch bei den physiologischen Vorgängen (im eigentlichen Sinn des Begriffs) erhält sich trotz der Dauerwirkung fortwährend wechselnder physikalisch-chemischer Umweltbedingungen das ausgewachsene Individuum über Monate und Jahre hinaus unverändert. In allen Fällen strebt der Körper nach der Wiederherstellung des normalen physiologischen Zustands, ob es sich dabei um äußere physikalische Einwirkungen oder zum Beispiel um das Eindringen pathogener Keime handelt. In allen Fällen können wir feststellen, »daß das Endergebnis der Tätigkeit dieses oder jenes Organs oder aller Organe des Organismus zusammengenommen (eine Tätigkeit, die sich mit dem Wechsel der umgebenden Umstände ändert), daß also das Endergebnis ein einziges ist und stets das gleiche, nämlich die unveränderte Erhaltung dieses Organismus, der andernfalls, ohne diese Tätigkeit, sich grundlegend verändert hätte, wie es ja, nach Eintritt des Todes, seine Zersetzung schon binnen wenigen Stunden zeigt«. Im Gegensatz zur anorganischen Welt ergibt sich für die organische die höchst wichtige Tatsache, daß bei einer Änderung der Bedingungen, unter denen sich bestimmte Lebensprozesse abspielen, sich auch diese Prozesse entsprechend ändern, aber so, daß ihr Endergebnis das gleiche bleibt.

Mit dieser Feststellung ist zwischen belebter und unbelebter Materie ein allgemeines Unterscheidungsmerkmal ermittelt, das durchaus objektiv und in keiner Hinsicht anthropomorphisch ist und alle Vorgänge der Außenwelt nach den 2 Kategorien der teleologischen und der ateleologischen Vorgänge zu trennen erlaubt: »Wenn bei einem Wechsel in den Umständen, unter denen solche Vorgänge sich abspielen, auch diese sich ändern, und damit jedesmal auch ihr Endergebnis ein anderes wird, sind diese Vorgänge ateleologisch zu nennen; wenn hingegen bei einem Wechsel in den Umständen zwar die Vorgänge sich ändern, doch so, daß das Endergebnis stets das selbe bleibt, wird man diese Kategorie von Vorgängen teleologisch nennen müssen. Mit anderen Worten: Das finale Wesen dieser Vorgänge ergibt sich einzig und allein aus der Unveränderlichkeit des Endergebnisses, zu dem sie unter anderen normalen Umständen führen, und zu dem sie auch führen, wenn bei veränderten Bedingungen sie selbst sich ändern. Wir dürfen wohl sagen, daß kein Unterscheidungsmerkmal erdacht werden könnte, das so objektiv und so unpersönlich wäre wie dieses ist. Wir können also jetzt, anstatt der Aristotelischen, die folgende Definition des Zwecks aufstellen: Der Zweck ist dasjenige stets gleichbleibende Endergebnis, zu dem bestimmte Vorgänge auf normalem Weg führen, zu dem sie aber auch führen, wenn sie bei geänderten Bedingungen anders reagieren.« Diese Definition schließt zugleich die bewußten Handlungen des Menschen ein, für die Aristoteles allein seine Definition aufgestellt hat. Wenn der Mensch bei Winterkälte sich in Wolle kleidet und sein Haus heizt, im Sommer dagegen leichte Kleider trägt und sich in Höhenlagen flüchtet, handelt er zwar nach der Aristotelischen Definition auf einen Zweck hin. Zugleich hat sein Reaktionsverhalten je nach den geänderten äußeren Umständen das eine gleiche Ergebnis; den Organismus in ungefähr gleicher Temperatur zu erhalten. Anknüpfend an den Zweckbegriff diskutiert Rignano den Begriff, den wir vom Gedächtnis haben. Hinweisend auf Ewald Herings Arbeit über das Gedächtnis als eine allgemeine Funktion der organisierten Materie und auf Richard Semons Buch Die Mneme als erhaltendes Prinzip im Wechsel des organischen Geschehens hebt er hervor, daß man bei der Ablehnung dieser Auffassung vom

mnemonischen Phänomen nur den engen Begriff der »bewußten Erinnerung« an eine bestimmte Wahrnehmung aus der Vergangenheit hatte. Rignano sagt: »Das mnemonische Vermögen besteht in dem aus inneren Gründen erfolgenden Wiederhervorrufen von ganz allgemein physiologischen und biologischen Vorgängen, zu deren Entstehen ursprünglich die Tätigkeit der Außenwelt nötig war.« Das schließt alle Fälle von recht eigentlich psychischem Gedächtnis in sich wie auch die verschiedensten und grundlegenden biologischen und physiologischen Phänomene. Diese Definition erlaubt sämtliche finalen Lebensmanifestationen einzubeziehen und sie als Einzelfälle eines ganz allgemeinen Vermögens zu erklären, von dem einen Extrem der Entwicklung des Embryos an bis zum andern Extrem der höchsten psychischen Tätigkeit des genialen Menschen. »An die Stelle des unverrückbaren antiken Dualismus zwischen Geist und Körper ist in der Wissenschaft ganz allmählich die richtigere Schau von der ursprünglichen und substanziellen Einheit der einen wie der andern Kategorie der Lebensphänomene getreten. Hieraus ergibt sich, daß alle die speziellen und besonders charakteristischen Eigentümlichkeiten des Geistes und der Seele nichts anderes sein können als Intensifikationen oder spezifische Variationen oder zusammengesetzte Formen von ganz allgemeinen und viel einfacheren Eigentümlichkeiten, die das ganze Leben selbst darbietet. Es handelt sich also darum zu einem möglichst weiten Begriff emporzugelangen, der zwar die psychischen Vorgänge als Spezialfälle einbegreift, zugleich aber auch ganz allgemein die biologischen und physiologischen Phänomene umfaßt, die diese Eigentümlichkeit in der allgemeinsten wie der einfachsten Form aufweisen.«

**Orientierungs-
vermögen** Dem Problem des Orientierungsvermögens von Pflanze und Tier hat erst

Jacques Loeb die Bahn gebrochen. Das Tier wie Pflanze Gemeinsame sah er im gerichteten Wachstum der Pflanzen zum Licht und in den gerichteten Ortsbewegungen freilebender Tiere. Jetzt hat diese Frage eine zusammenfassende Darstellung durch Wilhelm Zimmermann und Otto Koehler im 51. Band des Biologischen Zentralblatts gefunden.

Nach Zimmermann können die pflanzlichen Orientierungsbewegungen am besten nach den die Bewegungsrichtun-

gen bestimmenden Faktoren oder Reizen gruppiert werden. »Damit ergeben sich 3 Gruppen, welche die überwiegende Mehrheit der oberirdisch in der Natur sichtbaren Bewegungen umspannen; der Phototropismus oder die durch Licht gerichteten Bewegungen, der Geotropismus oder die durch die Schwerkraft gerichteten Bewegungen und die Nastien oder die durch innere Symmetriebedingungen »autonom« gerichteten Bewegungen.« An Licht, Schwerkraft und autonomer Symmetrie orientiert sich die Pflanze bei ihren Krümmungsbewegungen im Raum. Die phototropisch bedingten Bewegungen sind (so nach den Versuchen an jungen Haferkeimlingen) zurzeit so weit aufgeklärt, daß im Lauf der phototropischen Reaktion (bei der es zu einer Wachstumshemmung, also zu einer Verkürzung der belichteten, und zu gesteigertem Wachstum, also zu einer Verlängerung der unbelichteten Seite kommt, wodurch die Krümmung bedingt ist) in der Schattenhälfte der Koleoptilenspitze sich Wuchsstoffe, vergleichbar mit den Hormonen, anhäufen. Damit entsteht eine Integralpolarität ungleicher Wuchsstoffverteilung. Diese pflanzt sich durch Abwärtswandern der Wuchsstoffe nach der Basis zu fort und erzeugt hier die Integralpolarität der Krümmung. Dieser jetzt aufgedeckte Prozeß bezieht sich nun offenbar nur auf die Schlußphase des phototropen Gesamtvorgangs. Ist die ungleiche Wuchsstoffverteilung doch ein sekundärer Vorgang; sie ist Folge eines Gefälles, das die Wuchsstoffe von der Licht- zur Schattenflanke abströmen läßt.

Bei der Grundfrage nun, wie dies Wuchsstoffgefälle zustande kommt, und welche Polaritätsstrukturen grade das Abströmen der Wuchsstoffe von der Licht- zur Schattenflanke bedingen, treten erneut die alten Anschauungsgegensätze der Integral- und Differentialpolarität auf. So nimmt Hans Gradmann auf Grund der Blaauwschen Vorstellung der Integralpolarität eine Sensibilisierung der schwachen Lichtwachstumsdifferenzen durch einen 2. Wuchsstoff an. Andererseits zeigen die Versuche Filzers mit Längslicht (das phototropisch relativ unwirksam ist) die Bedeutung der Lichtrichtung für den phototropischen Prozeß, was wiederum Hans Fittings Anschauungen von einer Differentialpolarität als primärem Wahrnehmungsakt den Weg öffnet, wobei es sich aber nur um eine Reaktion im Zusammenspiel mit einer Lichtwachstums-

reaktion beider Hälften handeln kann. Beim Geotropismus spielen Wuchsstoffverteilung und Wirkung anscheinend eine ähnliche Rolle, wie Cholodny, Gradmann und Dolk gezeigt haben. Die physikalische Primärwirkung der Schwerkraft bewirkt eine Umschichtung innerhalb der Zellen oder kleinerer Zellteile, schafft also eine Differentialpolarität. Die Schwerkraft greift im Gegensatz zum Licht an jedem Punkt des Pflanzenorgans, oben wie unten, mit gleicher Intensität an. »Welche Körper aber bei dieser Umschichtung innerhalb der Zellen, also bei diesem "Druck" auf Protoplasma, die entscheidende Rolle spielen, ob so große Gebilde wie die sogenannte Statolithenstärke, oder kleinere, bis herab zu den durch die Schwerkraft verlagerten Elektronen (Brauner), das ist heute noch nicht endgültig entschieden. Immerhin sprechen wohl noch die meisten experimentellen Ergebnisse zugunsten der Statolithenstärketheorie.« Vollkommen gesichert ist nach Zimmermann dagegen, daß beide Polaritätsformen in einem und dem selben Organ neben einander oder auch hinter einander herrschen können: durch den Phototropismus als Teilerscheinung eine Integralpolarität, durch den Geotropismus eine Differentialpolarität.

Der Geotropismus zeigt noch ein anderes tiefschürfendes Problem auf: das des Polwechsels, der Umpolarisierung, also das einer vollständigen Richtungs-umkehr der Bewegung. Positiver Geotropismus löst oft negativen ab, und umgekehrt. »Die Schwerkraft legt als Primärwirkung offenbar nur eine Linie für das Wachstumsgefälle fest. Ob die Wuchsstoffe aber von unten nach oben fließen und dann das Organ gleich einer Wurzel positiv geotrop abwärts wachsen lassen, oder ob sie sich unten sammeln und das Organ negativ geotrop wie einen Stengel aufwärts lenken, darüber entscheidet häufig nicht die Schwerkraft selbst, sondern Zusatzfaktoren, andere mitwirkende Reize.«

Die Stimmungsbeeinflussung, die Umstimmung von negativ nach positiv, kann wie bei vielen Blütenbewegungen durch das Alter veranlaßt werden. Neben dem Alter spielen auch andere Reize eine Rolle, wie die sogenannten Schlafbewegungen, etwa beim Heben und Senken der Bohnenblätter im täglichen Rhythmus des Lichtwechsels, erweisen. Besonders verbreitet ist eine Form des "Wechselgeotropismus" der Plagiogeotropismen, bei dem die Orientierung

schräg bis wagerecht in einem von 0 abweichenden Winkel mit der Lotrichtung gegeben ist, bedingt dadurch, daß der negative Geotropismus den positiven nicht völlig überwindet. Diese plagiotrope Ruhelage ist also eine dynamische Gleichgewichtslage zwischen gleich starken, gleichzeitig herrschenden positiven und negativen geotropen Tendenzen. Auch hier können Zusatzreize wiederum die Gleichgewichtslage umstimmen (Wildverbiß oder Frosteinwirkung an der Gipfelknospe der jungen Fichte, andererseits vor allem Alter). Auf diesem Kräfte-spiel beruht großenteils die so mannigfaltige Gestalt der Baumkronen.

Ein erheblicher Polaritätswechsel ist bei einer letzten Gruppe von Orientierungsbewegungen unmittelbare Bewegungsursache: beim Winden und Ranken. Gemeinsam ist allen diesen Bewegungen ein Kreisen des freien Endes, das dann zum Erfassen der Stütze führt. Dieses Kreisen ist natürlich eine im Kreis herumlaufende Krümmung, deren Richtung nicht in einer Ebene pendelt sondern sich bei drehender Polaritätsachse im Kreis herumdreht. Diese Drehpolarität beruht (so bei den Windepflanzen) auf einer Anzahl gradlinig wirkender Faktoren, wenigstens bestimmt durch Schwerkraft, Licht und autonome Symmetrie. Von den gradlinigen Bewegungen unterscheiden sich diese Kreisbewegungen nur durch die Antwort einer "zyklischen" Reaktion. Das Kreisen ist bei der Gartenwinde auf einen einfachen Schwerereiz hin nachgewiesen, bei einer andern Windepflanze (*Bowiea volubilis*) wird es durch einen gradlinigen Lichtreiz ausgelöst. Auch autonome Reize können ähnliche Kreisbewegungen auslösen.

Das Orientierungsvermögen der Tiere ist nach Loeb's genialer Konzeption ebenfalls von Tropismen beherrscht. Viererlei umfaßt diese Auffassung: das Prinzip des Erregungsgleichgewichts spiegelbildlich symmetrischer Rezeptoren, das Tonusprinzip als einzige Erklärung der Wirkung der Effektoren, Dauerwirkung des Reizes auch im orientierten Zustand, endlich den Zwangscharakter der Tropismen, das heißt die Lehre von der Reflexmaschine. Diesem Schematismus fallen alle Unterschiede zwischen Pflanze und Tier zum Opfer. Spricht die Mehrzahl der Zoologen auch heute noch von "Tropismen" freibeweglicher Tiere, sind große Schulen tief von ihrem Zwangscharakter überzeugt, so ist die Gegnerschaft gegen solchen Simplismus von

Jahr zu Jahr gewachsen. Die moderne Forschung verlangt die Orientierungsbewegungen freibeweglicher Tiere als Taxien zu bezeichnen, während Tropismen, wie es die Botaniker von jeher tun, nur auf festgewachsene Formen zu beziehen sind, bei denen die orientierenden Krümmungen ausschließlich Wachstumskrümmungen sind, nicht aber auf Muskelkontraktionen beruhen.

Loebs großer Gegner war Jennings. Er stellte, ausgehend von Säuretropfenversuchen mit Infusorien, das Prinzip von Versuch und Irrtum auf. Noch heute wogt dieser Streit zwischen den beiden Auffassungen. Alfred Kühn hat 1919 in seiner grundlegenden Schrift *Die Orientierung der Tiere im Raum* /Jena, Gustav Fischer/ dieses Problem auf die einzig mögliche Art gelöst: daß nämlich beide Orientierungsweisen gleichberechtigt neben einander bestehen. Reaktionen vom Jenningsstypus nach dem Versuchs-Irrtums-Prinzip nennt er phobisch-ungerichtet im Verhältnis zum Reizfeld; sie werden ausgelöst durch Intensitätswechsel in der Zeit, die die Unterschiedsschwelle überschreiten. Gerichtet sind sie bestenfalls zu einer morphologisch bestimmten Seite. Das Betreten des Optimums wie der Aufenthalt in ihm bleiben reaktionslos; daher spricht Kühn von der Indifferenzzone. Die Differenzierung der reizempfindlichen Körperoberfläche braucht dabei nicht zu bestehen; selbst wo die Körperoberfläche als Ganzes im Sinn eines einzigen Rezeptors wirken sollte, ist Phobotaxis theoretisch durchaus möglich. Diesen Orientierungsweisen stehen die topischen Reaktionen gegenüber: gerichtet im Reizfeld nach der Reizrichtung, der die Orientierung entspricht, unterscheidbar als positive, negative, transversale Topotaxis, werden sie, wie Loeb es wollte, durch synchron im Raum unterschiedliche Reizwirkung auf die Körperoberfläche ausgelöst. Im Prinzip des Erregungsgleichgewichts enthält Loeb's Schema einen Gedanken von bleibendem Wert; es kennzeichnet das Wesen der ersten von 3 Arten topischer Reaktionen, die Kühn zu unterscheiden lehrt. Der Begriff der topischen Reaktion wurde an Vielzelligen, der der phobischen an Protisten gewonnen.

Nach unserer heutigen Erkenntnis, deren Erarbeitung von Koehler durch die Anführung sehr instruktiver Experimente illustriert wird, sind, über Kühn herausführend, 4 verschiedene Modi der Orientierung als gleichberechtigt neben

einander verwirklicht gefunden: die Phobotaxis sowie 3 Formen der Topotaxis, die Tropo-, Telo- und Menotaxis, alle durch Übergänge mit einander verbunden und in einander übergreifend.

Die Experimente mit Protisten sowie mit Farnspermatozoiden zeigen, daß unter phobischer Reizweise bei ungerichtetem Spurbild von Euphobotaxis, bei teilsgerichtetem Spurbild von Pseudotopotaxis gesprochen werden muß, so wie es sich unter topischer Reizweise bei ungerichtetem Spurbild um Eutopotaxis und bei teilweise ungerichtetem Spurbild um Pseudophobotaxis handelt. Diese beiden neuen, aus Kühns Phobo- und Topotaxis gebildeten Kategorien geben einen Hinweis darauf, daß die Orientierungsreaktionen in Wahrheit weder sämtlich topisch noch sämtlich phobisch sind, vielmehr erweisen sie, daß neben rein phobischen und rein topischen auch noch Übergänge vorhanden sind. Bei den Vielzellern scheint der Phobotaxisbegriff oft nicht recht zu passen, und in den Fällen, wo er bei Metazoen verwandt wurde, sind meist Reaktionen vorhanden, die lediglich das eine gemein haben, daß sie nicht topisch sind. Unter einander sind sie verschiedenartig, scheinen mit topischen Reaktionen verquickt aufzutreten.

Bei den topotaktischen Orientierungen, innerhalb wohl sämtlicher beim Tier überhaupt studierter Sinne liegt als der gleiche Mechanismus Indifferenz zugrunde, das heißt keine orientierende Reaktion, keinerlei Wendung bei gleich starker Erregung spiegelbildlich symmetrischer Rezeptoren, die einsinnige Lenker sind, bei positiver Stimmung infolge zentraler Hemmung der gleich starken gegensinnigen 2 Befehle, bei negativer gelegentlich auch infolge von Reizlosigkeit. Eine Kompensationsbewegung aber folgt, sobald der Erregungsgrad der einen Seite überwiegt, derart, daß das Tier in die Normallage und damit in den Indifferenzzustand zurückgeführt wird. »Diese Konzeption der Topotaxis, die wir auf dem Gebiet sämtlicher Sinne verwirklicht fanden, hat, von Loeb unverändert übernommen, allein das Grundprinzip vom Erregungsgleichgewicht als Ausdruck des orientierenden Zustands . . . Die Analogisierbarkeit mit den botanischen Tropismen liegt, bei voller Anerkennung der zahlreichen Unterschiede, in der Zurückführung auf das Polaritätsprinzip: Entscheidend für die Wendung, die Krümmung, ist die Erregungsdifferenz der

reizzu- und -abgewandten Körperseite. Wenn die Botaniker ihnen heute mit gutem Recht die verschiedenen Quanten eines der Reizmenge proportional gebildeten Wachstumsstoffes zuordnen, wir aber vorderhand mit (noch nicht gemessenen) Nervenreizungsquanta zu tun haben, so ließe sich die Analogie erreichen durch Annahme von "Bewegungsstoffen", deren Verifikation allerdings eine Zukunftsaufgabe bleibt.«

Daß Tropotaxis keineswegs mit Loeb und seiner Schule mit topischer Orientierung gleichbedeutend ist, zeigen die beiden weiteren topischen Orientierungsweisen der Telotaxis und Menotaxis (Kühn). Die Telotaxis setzt mehrsinnige Lenker voraus, so beim Lichtsinn. Bei diesem ist auch Menotaxis sicher nachgewiesen. »Sie bedeutet ein Beibehalten einer und der selben Reizverteilung auf der Gesamtsinnesfläche, die an sich durchaus beliebig sein kann. Nicht immer nur das Erregungsgleichgewicht morphologisch symmetrischer Rezeptoren, nicht spezifische Reizung der bevorzugten Stelle des deutlichsten Sehens entspricht hier dem orientierten Zustande; jede sich grade ergebende Reizverteilung kann durch entsprechende Kompensationsbewegungen festgehalten werden.«

Der Stand der heutigen Erkenntnis mahnt dazu Loeb's Theorie oder Jennings' Lehre nicht widerlegen zu wollen, wenn das Verhalten eines neuen Versuchstiers sich nicht dem einen oder andern Schema fügen will, ebenso wie man Fälle scheinbar größerer Zwangsläufigkeit für die "Tropismenlehre", solche von geringerer für Jennings nicht mehr buchen sollte. Hüten soll man sich vor den Versuchen zu Generalisierungen selbst bei näher verwandten Tieren, da schon ein und das selbe Tier nicht nur verschiedener, ja sogar der selben Reizart gegenüber ganz verschiedene Orientierungsmodi anzuwenden imstande ist. »Innerhalb der topischen Orientierungsweisen überwiegt im Bereiche der niederen Sinne durchaus die Tropotaxis, und in der klaren Erkenntnis ihres Grundprinzips vom Erregungsgleichgewicht, das wir innerhalb sämtlicher überhaupt orientierender Sinne wirksam fanden, liegt Loeb's bleibendes Verdienst. Meno- und Telotaxis erfordern verwickeltere Reflexverläufe und differenziertere Sinnesflächen als jene. Die selbe Reizart vermag das selbe Tier bald telotaktisch, bald menotaktisch zu orientieren; Die Biene steuert im markenreichen Gelände Zielobjekte an, im markenfreien steuert sie Lichtkurs, wie

auch der Mensch; setzen wir uns aber eine Milchglasbrille auf, die uns das Bildsehen nimmt, so können wir uns bald zum Tropotaxistiere reduzieren, und da wir Mikrosmaten endlich ein Duftzentrum bestenfalls phobisch zu lokalisieren vermögen, so sind wir Menschen sämtlicher 4 Orientierungsweisen fähig.«

Die Aufgabe weiterer Experimentalarbeit wird die Ermittlung einer bessern Übersicht über die Tierreihe sein, insbesondere über die orientierende Wirkung der niederen Sinne. Sie wird genauer zu zeigen haben, was alles an nichttopischen Reaktionen bei Vielzelligen bei der Orientierung mitbeteiligt sein kann.

Loeb's Zwangsbegriff, seine Tropismenlehre, ist als Ganzes nicht mehr lebensfähig. Tierische Tropismen sind nur bei festgewachsenen Formen zu suchen und nur nachzuweisen, wenn bei ihren Orientierungen im Reizfeld nur Wachstum, nicht Muskeltätigkeit entscheidend ist. »Was an Loeb's Lehre richtig war, hat in Kühn's Schematismus die gebührende Einordnung erfahren (Erregungsgleichgewicht als das Grundprinzip der Tropotaxis) und ist lebenskräftiger denn je. Aber auch über Kühn's Schema beginnt die Forschung schon hinwegzuschreiten, indem sie Zwischen- und Übergangsfälle aufdeckt und zwecks wirklicher Erklärung vorerst auf das intrikate Gewebe der einzelnen Reflexverläufe zurückgreift, deren Zergliederung ihrerseits in einer noch tiefern Erklärungsschicht über Durchgangsbegriffe von Erregungsleitung, Bahnung und Hemmung dereinst auf stoffwechselphysiologische Begriffe und endlich auf Chemismen führen wird.« Kühn's Schema wird auch weiterhin beim Versuch der Einordnung des Einzelfalls den ersten Grad der Klärung, zugleich auch die Problemstellungen für tiefer-schürfende Erklärungsversuche abgeben.

Heinroth

Am 1. März wurde der Direktor des Berliner Aquariums Oskar Heinroth 60 Jahre alt. Er hatte in Kiel sein medizinisches Dokorexamen gemacht, in Berlin als Schüler Franz Eilhard Schulzes sein zoologisches Studium vollendet und als Volontär im Zoologischen Garten gearbeitet. Unter Bruno Mencke war er Schiffsarzt und Zoologe der 1. Deutschen Südseeexpedition 1900-1901 und bearbeitete auch ihre zoologische Ausbeute. 1904 wurde er Assistent am Berliner Zoologischen Garten, wo er sich besonders dem Ausbau der Vogelsammlung widmete. 1911-1912 wurde das Aquarium ge-

plant, das er zuerst als Kustos, seit 1929 als Direktor betreute. Dieses Institut steht einzigartig in der Welt da, und die nach Plänen Heinroths geschaffene technische Anlage ist eine der hervorragendsten, die es überhaupt gibt.

Heinroth ist der Erste Vorsitzende der Deutschen Ornithologischen Gesellschaft und hat, zusammen mit seiner Gattin Magdalena Heinroth, das Standardwerk *Die Vögel Mitteleuropas* /Berlin, Hugo Bermühler/ in mühevoller 25jähriger Arbeit verfaßt. Aus den vielen Ehrungen, die ihm zuteil wurden, seien hervorgehoben: 1930 die Verleihung der Leibnizmedaille und 1929 die Berufung als Leiter der Vogelwarte von Posnik durch die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft.

Veranstaltungen Der 4. *Deutsche Naturschutztag* fand dieses Jahr vom 8. bis zum 12. April in Berlin statt.

Er widmete sich in seinen Sitzungen insbesondere dem Vulkanschutz und den dringlichen Problemen der Landesplanung und der Landschaftsgestaltung. 2 größere Ausflüge wurden in das Naturschutzgebiet Schorfheide und ins Bodetal unternommen. Am 10. April wurde gleichzeitig eine Feier anlässlich des 25jährigen Bestehens der Staatlichen Stelle für Naturdenkmalspflege in Preußen veranstaltet, in der nach einer Ansprache des Kultusministers der Direktor Walther Schoenichen einen Rückblick über den preußischen Naturschutz im letzten Vierteljahrhundert gab.

**Gemeinverständliche
Schriften**

Die biologischen Betrachtungen Hugo Glasers in seinem Lesebuch des Lebens /Wien, Krystallverlag/ stellen in leicht verständlicher Form eine vorzügliche *Einführung* in biologische Probleme dar. Vom Werden und Wachsen, vom Werben und Lieben, vom Haushalt des Individuums, von den gesellschaftlichen Problemen, vom Leib-Seele-Problem und vom Schlafen, Altern und Sterben wird hier in stets anregender Weise berichtet, so daß diesem Buch weiteste Verbreitung gewünscht werden kann.

In der Uraniaverlagsgesellschaft in Jena gab Adolf Reichwein einige seiner »*Erlebnisse mit Tieren und Menschen* zwischen Fairbanks, Hongkong, Huatusco« gesammelt heraus. Er läßt aus der Erinnerung frühere Erlebnisse und ihre Einzelheiten, die auch Biologisches umfassen, in seiner lebendigen Art wiederauf-erstehen. Bemerkenswert sind die in- struktiven und schönen Abbildungen, die dem Buch beigegeben sind.

Zum 70. Geburtstag Hanns Hörbigers wid- meten die Monatshefte für Natur und Kul- tur in ihrer kosmischen Verbundenheit dem Schöpfer der *Weltaislehre* eine Son- derveröffentlichung, die sie Schlüssel zum Weltgeschehen nannten /Leipzig, R. Voigtländer/. In diesem Band hat sich ein halbes Hundert der Anhänger Hör- bigers zu seiner Ehrung zusammengetan.

Kurze Chronik Die Roy-Chapman-Andrews- Expedition brachte aus der Mongolei die Reste von 25

bis 30 Platybelodonten mit, einer *Mastodontenart*, von der bisher nur ein einzel- ner Kiefer gefunden worden war. ◊ In Bern wurde eine *Hochalpine Forschungs- station* Jungfrauoch als internationale Stiftung begründet. Sie soll Forschungen jeder Art im Jungfraugebiet ermöglichen und erleichtern. ◊ In Berlin wurde aus Mitteln der Rockefellerstiftung das neue Institut für *Zellphysiologie* fertiggestellt, dessen Leitung Otto Warburg übertragen wurde. Diesem verdankt die Wissen- schaft die wertvollen Untersuchungen über die Chemie der lebenden Zelle, die er bisher im Kaiser-Wilhelm-Institut für Biologie durchgeführt hatte. ◊ Durch eine Ministerialverfügung wurde in Ber- lin die Abteilung für *Experimentelle Zellforschung* am Universitätsinstitut für Krebsforschung zu einem Universitäts- institut für experimentelle Zellforschung an der Charité ausgestaltet. Das Institut wird weiterhin unter der Leitung Rhoda Erdmanns stehen. ◊ In Frankreich wur- de, nach dem Vorbild von Rossitten, ein Institut für *Vogelkunde* begründet, dem Bourdelle vorsteht. Er will an 200 000 Vö- geln, besonders Schwalben, Erkennung- schildchen zum Zweck der Forschung an- bringen lassen. ◊ Die Deutsche Gesell- schaft für *Pilzkunde* in Darmstadt weist in allen Landesteilen Deutschlands Pilz- sachverständige und Pilzberatungsstellen nach. Der beste Schutz vor Pilzvergiftun- gen ist die Prüfung der gesammelten oder gekauften Pilze durch botanische Sach- verständige. Die genannte Gesellschaft bittet alle vorkommenden Fälle von Pilz- vergiftungen zur wissenschaftlichen Be- arbeitung an den Arzt Welsmann in Pel- kum bei Hamm /Westfalen/ zu melden. ◊ Der Professor für Physiologie und Anatomie an der Landwirtschaftlichen Abteilung der Prager Deutschen Tech- nischen Hochschule in Tetschen-Lieb- werd *Max Heinrich Fischer* folgte einem Ruf an das Kaiser-Wilhelm-Institut für Hirnforschung in Berlin-Buch. Sein Buch *Die Regulationsfunktion des mensch-*

lichen Labyrinths und die Zusammenhänge mit verwandten Funktionen /München, J. F. Bergmann/ hat ihm Welt- ruf verschafft. ◊ Der Tübinger Professor *Paul Metzner* erhielt den Lehrstuhl der Botanik an der Universität Greifswald, als Nachfolger Johannes Buders. ◊ Der Baseler Physiologe *Philipp Broemser* wurde Nachfolger August Pütters auf dem Lehrstuhl der Physiologie in Heidelberg. ◊ Als Nachfolger Hermann Wielands wurde *Wolfgang Heubner* an die Universität Heidelberg auf den Lehrstuhl der Pharmakologie berufen. ◊ Sein Nachfolger in Göttingen wurde *Ernst Frey* aus Rostock. ◊ In Leipzig habilitierte sich Hermann Ullrich für Botanik, in Wien Helene Wastl für Physiologie. ◊ Die Vereinigung für Geschichte der Naturwissenschaften und der Medizin, 1921 in München durch Sigmund Günther und Ernst Darmstaedter ins Leben gerufen, die 9 Jahre erfolgreicher Arbeit hinter sich hat, wird fortan als Münchener Vereinigung für *Geschichte der Naturwissenschaften, Medizin und Technik* weiterwirken. Die Vereinigung will Sammel- punkt aller interessierten Angehörigen und Freunde dieser Disziplinen auf geschichtlichem Gebiet sein und fordert dazu auf durch Anschluß als Mitglied ihr Wirken zu unterstützen. ◊ Zum Ehrendoktor der Universität Köln wurde *Franz Philips* in Köln ernannt, und zwar in Anerkennung seiner Verdienste um die Schmetterlingsforschung. Er hat eine in 40 Jahren zusammengetragene *Sammlung paläarktischer Schmetterlinge* der Universität Köln überwiesen.

Literatur Als 13. Band der Sammlung *Das Weltbild* /Potsdam, Müller & Kiepenheuer/ erschien *Jakob von Uexkülls* Lebenslehre, die in lebendiger Darstellung gegen die heute absterbende rein mechanistische Biologie eine Lehre von dem lebenden Wesen aus aufstellt. Diese Lehre ist reine Naturwissenschaft und zielt auf die Erforschung der Baupläne der Lebewesen, ihre Entstehung und ihre Leistung ab. Uexkülls Veröffentlichung, die in 4 großen Abteilungen: Die immateriellen Naturfaktoren, Die Entstehung der Lebewesen, Die Leistung der Lebewesen, Die Umwelt der Lebewesen, ihren Stoff meistert und im Anhang ein gutes Literaturverzeichnis über die wichtigsten Arbeiten bringt, wird dem, der für die Materie Interesse hat (und das sollte jeder), ein hervorragender Führer durch die modernen biologischen Probleme sein

Anthropogeographie / Paul Thewirth

Frobenius Es soll hier nicht von den vorgeschichtlichen Felszeichnungen Südafrikas gehandelt werden, deren Kopieen Leo Frobenius im vorigen Jahr mitbrachte und zurzeit in den Hauptstädten Europas zeigt (siehe hierzu diese Rundschau, 1930 II Seite 702), sondern von dem gesamten Lebenswerk des Gelehrten. Frobenius' Forschungsergebnisse wurden bereits 1924 kritisch, ja sehr kritisch von dem Hamburger Südseeethnologen Paul Hambruch gewürdigt (Das Wesen der Kulturkreislehre, zum Streite um Leo Frobenius /Hamburg, Johannes Asmus/). Hambruch unterscheidet in Frobenius' Werdegang 4 Stadien: 1. die Zeit des »Sturms und Drangs« (bis 1898: Weltanschauung der Naturvölker, Masken und Geheimbünde in Afrika), 2. die »Zeit der Vorbereitung auf die Reisen und des Ausbaues der Kulturkreislehre« (bis 1904: Ursprung der afrikanischen Kulturen), 3. die »Periode der Reisen« (bis 1917) und schließlich eine 4. (seit 1918), die als »Abwendung von der exakten Forschung und Einmündung in Mystik und reine Intuition« gekennzeichnet wird. Frobenius hat inzwischen selbst in der Serie *Erlebte Erdteile, Ergebnisse eines deutschen Forscherlebens* /Frankfurt, Frankfurter Sozietätsdruckerei/ das Fazit seiner Lebensarbeit gezogen. In dem Band *Monumenta Africana* legt er insbesondere dar, in welcher kulturellen Ordnung sich die Menschheit Afrikas, der er die meiste forschersische Energie widmet, ihm offenbart hat. Er faßt den Begriff Kultur hierbei als Ausdruck einer in sich geschlossenen Weltanschauung und eines »Lebensgefühls« und findet so in Afrika 5 Hauptkulturen: die Syrtische, Atlantische, Erythräische, Hamitische und Äthiopische, wobei der erythräischen noch eine Alterythräische zeitlich vorgeordnet ist. Die Syrtische Kultur wird gekennzeichnet durch eine in Afrika einzig dastehende motiv- und formenreiche Epik, die Frobenius entdeckte, aber, wie alles, leider nicht im Urtext aufzeichnete, durch Zahlensymbolik (3 = männliches, 4 = weibliches Geschlecht), durch die »Kreuzkellergräber«, die 4torigen Burgstädte, bei deren Anlegung ein Stier und eine Jungfrau geopfert wurden (Minotaurussage), durch Reis- und Weizenbau, Leder- und Baumwollfärbung, endlich durch den Luftziegelbau. Soziologisch herrscht ausgeprägter Feudalismus; dementsprechend

kennt das Lebensgefühl dieser Kultur nur »Tat und Ehre, Minne und Kampf, Charakter und Erfolg, Besitz und Untergang«. Frobenius läßt diese Kultur aus dem ältern Westasien über die Syrtis und Fessan (Südtropitanien) in historischer Zeit in ihren heutigen Sitz, den westlichen Sudan, zu den Mandingovölkern und den Mossi, Gurma usw. einwandern. Auch mit den Garamanten der antiken Ethnographen bringt er sie durch sprachlichen Vergleich in Verbindung. Die Atlantische Kultur hat als Charakteristika ein reiches Göttersystem und eine üppige Mythologie; ihre Weltanschauung stellt sich als »Bilderbuch mythologischer Vorstellungen« dar. Auf dieser stark religiösen Grundlage fußt eine achtungsgebietende Plastik, in der das Isismotiv (Mutter und Kind), das Melusinenmotiv (Mensch mit Fischschwänzen), das Driestaltmotiv (Mensch, 2 Tiere haltend) und der Januskopf häufige und beliebte Motive sind. Auch der Telamonenstuhl ist hier zu nennen. Soziologisch besteht Mutterrecht, in dessen Folge die Geheimbünde mit ihren Maskentänzen und Schwirrhölzern (wesentlich Abwehrmaßnahmen, Frauenschreckmittel des männlichen Geschlechts gegen das vorherrschende weibliche) auftreten. Auch die Sitte der Beschneidung, die nach Frobenius in Westasien entstand, ist ein Merkmal dieser Kultur, die ihren Ausgang von den Küsten des Ägäischen Meeres nahm und auf dem Wasserweg in den Sudan zu den Joruba, Ite und nach Benin gelangte. Die Erythräische Kultur zeichnet sich durch sorgfältig durchorganisierte Staatswesen aus. Sie haben stets 4 Minister; ihre Könige genießen göttliche Ehren, sind für das Volk nicht sichtbar, jedoch Eigentümer allen Landes und für dessen Fruchtbarkeit verantwortlich. Sie heiraten stets ihre Schwestern oder Töchter; ihre Mütter nehmen ebenfalls stets eine Sonderstellung ein. Die Könige verfallen dem rituellen Tod, wenn ihre Zeit abgelaufen ist. Diese Kultur ist in den oberen Nilländern heimisch, von wo sie in westlicher Richtung bis Nigerien und Angola, in südlicher bis zum Sambesi sich ausbreitete. Ihre Träger sind zum Beispiel die Bum (Mittelkamerun), die Nupe (Nigeria), die Kanuri, Haussa, Jukun und Bagirmi (Wadaigebiet), weiter südlich die Ganda, Ngoni, Monomotapa, Barotse, das Lundareich, im Osten die Galla und Somal. Auch die Ruinen von Simbabwe in Rhodesien rechnet Frobenius hierher. Bei den Mossi und Man-

dingo überschneidet sich diese Kultur mit der Syrtischen. Als Ursitz nimmt Frobenius Indien an, von wo sie über das Rote Meer (rot = ἐρυθρός) sowie über die Ostküste südlich der Mündung des Sambesi in den Kontinent eindrang. Ihr voran geht die Alterythräische, aus Melanesien gebürtige. Ihre Symbole sind besonders Schlitztrommel und Trommelsprache, Giebeldachhütte, Bananenbau und Schweinezucht. Sie ist auch von zünftigen Kulturkreistheoretikern noch am ehesten anerkannt und dort meist westafrikanisch genannt. Frobenius nennt sie gelegentlich auch äquatorial.

Die Äthiopische und die Hamitische Kultur bezeichnet Frobenius als die beiden Urkulturen Afrikas. Sie stehen in stärkstem Gegensatz zu einander. Träger der Äthiopischen, die heute die meisten Elemente der Alterythräischen absorbiert hat (»wenn sie nicht etwa eine der Quellen der Äthiopik darstellt«), sind die Bauern der zentralen, doch mehr nach Westen als nach Osten gelagerten Steppe- und Waldgebiete, die Neger schlechthin; sie vermögen im Gegensatz zu ihren europäischen Berufsgenossen Neues geschickt aufzunehmen, zu verarbeiten und sich ihm anzupassen; sie sind arbeitsam, ehrlich, schlicht, mit reichem Innenleben ausgestattet, huldigen dem Sippenkollektivismus und dem Ahnenkult; denn sie wissen sich von höheren Mächten stets abhängig. Im Gegensatz zu ihnen hat der Hamit Abneigung gegen Tote und gegen körperliche Arbeit. Er ist Jäger und Viehzüchter, kennt einen besondern Ehrenkodex, pflegt die Felszeichnung. Die Pygmäen und Buschmänner sind nach Frobenius Althamiten. Die hamitische Kultur umlagert die äthiopische.

Man kann die Frobeniussche Gliederung ein Muster an System- und Methodenlosigkeit nennen, was bei Ergebnissen, die bewußt rein intuitiv gewonnen wurden, nicht verwunderlich sein sollte. Die Merkmale der beschriebenen Kulturen werden aus den allerverschiedensten Gebieten der willkürlichen menschlichen Lebensäußerungen entnommen. Einmal sind es Haustiere und Kulturpflanzen, ein andermal wieder Kunsterzeugnisse und anderes. Die Beweise für die behaupteten Zusammenhänge liefert ihm zum Teil die Sprachwissenschaft zum Teil die Religionslehre und so fort. Möglich und denkbar ist trotzdem alles von Frobenius Behauptete. Denn das menschliche Sein und Werden war und ist noch immer ebenfalls durch mangelnde Logik und Systematik gekennzeichnet. Zudem

wurde, wie erwähnt, bereits einiges aus den Frobeniusschen Thesen durch die exakte zünftige Forschung erhärtet. Am besten von allen Kritikern wird Frobenius wohl der Afrikanist Diedrich Westermann gerecht, der sich in der Zeitschrift Afrika also äußert: »Es ist ohne Zweifel, daß in dem großen Bilde viele Einzelzüge der Berichtigung bedürften, manches wird sich auch als ganz hinfällig erweisen, das gilt unter anderem von den meisten Beweisen auf sprachlicher Grundlage, aber man darf über kleinen Versehen nicht das wertvolle Große übersehen, das Frobenius gesehen und zu sagen hat: es ist nicht unwahrscheinlich, daß manche von den großen Linien in dem Bilde sich als echt herausstellen werden.«

Landeskunde Unter den Arbeiten, die vor kurzem in dieser Rundschau (1930 II Seite 1030 und folgende) als künstlerische Beschreibung gewürdigt wurden, muß recht eigentlich das Buch Karl Schefflers über *Holland* /Leipzig, Inselverlag/ nachgetragen werden. Es ist vornehmlich das Werk eines Kunstsachverständigen, dem es darauf ankommt den Kausalnexus zwischen physiogeographischen Gegebenheiten, Volkscharakter, Städtebaukunst und Malerei herauszuarbeiten. So gibt Scheffler einen geologischen Abriss des Gebiets, wobei auf die 3 leicht erkennbaren Landschaftstypen: die Dünen-, Moränen- und Marschenlandschaft, besonders hingewiesen wird. Die Marschen sind im Gegensatz zu den Dünen und Moränen ein Kulturlandschaftstypus, und die ihr zugrunde liegende Leistung, das Abringen des Landes vom Meer, soll nach Scheffler dem Volkscharakter der Niederländer das Gepräge verliehen haben. Der Deichbau entwickelte in ihnen die Tätigkeit zu unermüdlichem, geduldigem Arbeiten, zur Einordnung in Kollektive für überindividuelle Aufgaben, so die Trockenlegung der Zuidersee, zu großen Verwaltungsleistungen, zum nüchternen Erkennen der Wirklichkeit, aber auch die Abneigung gegen subjektive Stimmungen und Neigungen, Eigenschaften übrigens, die die Nation hervorragend zur sozialistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung prädestinieren würden, wenn nicht auf der andern Seite stark bürgerliche Tendenzen, so Konservatismus, Vorliebe für solide Mittelmäßigkeit, Wunsch nach materieller Sicherheit, der Durchführung umwälzender Reformen, wie sie zur Verwirklichung sozialistischer Ideale erforderlich sein werden, höchst hinderlich

entgegenständen. Diesen so umrissenen Volkscharakter läßt nun der Autor für Städtebaukunst und Malerei bestimmend sein. Er erinnert mit Recht an die systematischen Stadterweiterungen durch die Gemeinden unter Ausschaltung planloser privatwirtschaftlicher Terrainspekulation, an den bautechnischen Kollektivismus, der sich in der ständigen Wiederholung des schmalen und tiefen Einfamilienhauses, der Grachten und Brücken, überhaupt in der nüchternen, doch systematischen Art der Stadtplanung und des Stadtbilds äußert. Ebenso liegen die Dinge in der Malerei: Gegenstände und Vorkommnisse des täglichen Lebens sind hier der ständig wiederkehrende Vorwurf des künstlerischen Schaffens, das denn auch vorzugsweise Genre- und Sittenbilder, Landschaften, Stilleben und Porträts hervorgebracht hat, Leistungen, die sich durch Nüchternheit der Auffassung, das Fehlen jeglicher Üppigkeit der Phantasie und jeglicher Symbolik auszeichnen. In Frans Hals und Rembrandt erlebe diese Kunst, fast möchte man sagen: dieses Kunsthandwerk, in der 1. Hälfte des 17. Jahrhunderts ihren Höhepunkt. Man kann Scheffler mancherlei entgegenhalten. Zunächst übersieht er wohl, daß Holland ebensowenig wie andere Kulturgebiete ein Phänomen an sich ist, daß es vielmehr nur ein Teil der norddeutschen Tiefebene, ein Segment des europäischen Kontinents ist und auch so gesehen werden muß. Das, was Scheffler über die Holländer sagt, dürfte auch für die Bewohner der benachbarten östlichen deutschen Nordseeküste, ja vielleicht in gewissem Sinn auch für die Bewohner der Normandie zutreffen. Auch lassen sich die von Scheffler stark unterstrichenen Eigenschaften des Volkscharakters nicht nur auf das nähere Milieu sondern vielleicht auch auf romanische Einflüsse zurückführen, was noch näher zu ergründen wäre. Diese Möglichkeit liegt schon deshalb nahe, weil besagte Eigentümlichkeiten sich nicht eigentlich vom Charakter der Germanen herleiten lassen, obwohl die Holländer noch im 6. Jahrhundert als Niederfranken diesen zugerechnet werden. Auch der Wortschatz und zum Teil die Struktur des heutigen Niederländisch legt den Gedanken romanischer Beeinflussung nahe. Endlich aber sind die beschriebenen Charakteristika, wie es nach Scheffler den Anschein erweckt, nicht die einzigen Komponenten niederländischen Wesens. Dieses ist vielmehr, um nur noch einiges zu nennen, auch durch die ausgedehnte

Schiffahrt, den Überseehandel und das riesige Kolonialreich sowie die aus ihm sich herleitende Rassenmischung, kurz: durch Hollands Stellung in der Welt, wesentlich mitbestimmt, und auch diese Komponenten haben, wenn auch nicht in der Städtebaukunst, so doch in der Malerei ihren Niederschlag gefunden: es sei nur an die Seestücke Wilhelm van de Veldes /1633 bis 1707/ und Ludolf Bekhuysens /1633 bis 1708/, endlich an die Gefechtsszenen Philipp Wouvermanns /1619 bis 1668/ erinnert. Gleichwohl, wer sich mit dem Begreifen niederländischer Eigenart, vornehmlich durch den Gesichtssinn, begnügen will, findet an dem Buch Schefflers mit seiner klaren Diktion und seinen gediegenen Bildbeilagen einen brauchbaren Führer.

Einen ebenfalls künstlerischen, das Wirtschaftliche wenig berücksichtigenden und anscheinend deshalb die gegenwärtige Verflechtung mit den Nachbarländern nicht ausreichend aufzeigenden Einschlag hat auch das Buch Hugo Adolf Bernatziks Europas vergessenes Land /Wien, L. W. Seidel & Sohn/, ebenfalls Elga Kerns Buch Vom alten und neuen Polen /Zürich, Rascher & Cie./.

Bernatzik läßt alles Historische nahezu außer acht, handelt aber um so mehr von dem Aktuellen, und zwar von der Morphe sowie von der Tierwelt und ausführlicher von den Menschen *Albaniens*. Da das Buch die Frucht einer Filmexpedition ist, liegt es nahe, daß alles optisch Greifbare besonders breit behandelt wird, wie ja denn auch die zahlreichen, zum Teil mehrfarbigen Lichtbilder künstlerisch durchweg gut gelungen sind und teilweise auch nicht unbeachtlichen folkloristischen Wert haben. Man kann aber deshalb nicht sagen, daß das geistige Leben der Nation allzuwenig berücksichtigt wäre. Das Bemühen auch dieses ans Licht zu ziehen, muß jedenfalls anerkannt werden und ist in den Kapiteln Wilde Leute, Städte und Dörfer, Gastfreunde, Diener, Religion, namentlich jedoch in Echt albanische Geschichten zum Ausdruck gekommen. In dieser Beziehung Erschöpfendes systematisch zu bringen war auch von dem Verfasser kaum beabsichtigt. Sein Ziel war vielmehr die Fülle von überholten und falschen Vorstellungen, die noch heute in West- und Mitteleuropa über das Land des Mbret in Umlauf sind, zu zerstreuen und durch richtigere, zeitgemäße zu ersetzen, ohne in das Extrem zu verfallen alles Albanische nun kritiklos zu loben. Derartige Bestrebungen

durch Verbreitung richtiger geographischer Kenntnisse auf das Verhältnis von Volk zu Volk bessernd, die Zusammenarbeit fördernd einzuwirken verdienen zweifellos wärmste Anerkennung.

Ganz besonders aber muß das Lob Elga Kern gespendet werden, die sich der dornigen Aufgabe unterzog den "ändern Erbfeind", *Polen*, vor dem deutschen Publikum in ein hierzulande sicherlich neues, jedoch richtigeres Licht zu setzen. Kern betont mit Recht die ungeheuren Schwierigkeiten, mit denen das polnische Volk vom Beginn seiner Geschichte an infolge der nach allen Seiten hin gänzlich offenen Grenzen des Territoriums zu kämpfen hatte, und wenn sie auch nicht immer den Fehler des Sichverliebens in das Studienobjekt vermeidet, so wird er doch mehr als ausgeglichen durch das hohe ethische Niveau der Gesamtdarstellung. Die Kapitel Von polnischen Städten, Kilmly, Lieder und Tänze zeugen ferner von ihrem tiefen Eindringen in die Volkspsyche. Die bildkünstlerischen Beigaben (in der Mehrzahl Stiche) und das Literaturverzeichnis sind schätzenswerte Akzidenzien. Es ist jedoch zu fordern, daß der politisch-geographische Gestaltwandel Polens im Verlauf seiner Geschichte nicht nur gut beschrieben sondern auch kartographisch dargestellt wird; anders ist eine ganz klare Vorstellung von diesen Vorgängen, die zum Verständnis des heutigen Polens nötig ist, kaum zu vermitteln (siehe hierzu auch den von Walther Maas im Juni 1930 in der Zeitschrift für Völkerpsychologie und Soziologie gegebenen Bericht über Wirtschaft und Sozialpolitik in Polen). Die vernünftige Bestrebung sein Land und Volk den Deutschen näherzubringen verfolgt sicherlich auch Theodor Christoff mit seiner Schrift über das heutige *Bulgarien* (in der Reihe Die Welt um uns /Berlin, Edwin Runge/). Sie ist ganz erheblich systematischer als alle bisher behandelten. Sie zerfällt in die Kapitel Land, Volk, Wirtschaft, Staat (hierunter Geschichte, Recht, Behördenaufbau, Arbeitsdienstpflicht, Minderheitenpolitik usw.), Politische Parteien, Presse, Kultureinrichtungen, Literatur. Jedes Kapitel ist historisch eingeleitet, doch vermißt man im 1. Kapitel eine weitergehende Analyse des Begriffs Bulgaren. Hier hätte gesagt werden müssen, daß die ältesten uns bekannten Bewohner Thraker waren, und daß die slawischen Bevölkerungsteile erst später, in historischer Zeit, einwanderten. Das heutige Verbodensein Bulgariens mit anderen kon-

tinental-europäischen Ländern ist, wie in den oben behandelten Büchern, nur dort, wo es sich aufdrängt, also im wesentlichen nur auf wirtschaftlichem Gebiet herausgearbeitet, allerdings erheblich gründlicher als bei Kern und Bernatzik; auf politischem und kulturellem jedoch, wo es de facto weit nach Westeuropa übergreift, wird der Gesichtspunkt der Verflechtung nur gestreift.

Alle diese Autoren: Scheffler, Kern, Bernatzik, Christoff, verfolgen achtenswerte nützliche Tendenzen, sind, namentlich der letztgenannte, gründliche Kenner ihrer Materie, wissen aber nichts oder nur wenig von den wirtschafts-imperialen Tendenzen, die das gestaltende Prinzip unserer Epoche bilden, obwohl sie in ihren Themen dankbare Objekte für eine Darstellung von diesem heute einzigmöglichen Blickpunkt gehabt hätten.

Frei von diesem Manko ist, und eine besonders saubere, nüchtern objektive Arbeit geleistet hat jedoch M. F. Liddell mit seinem Buch *Irland* (in der Reihe Handbuch der englisch-amerikanischen Kultur, herausgegeben von Wilhelm Dibelius /Leipzig, B. G. Teubner/). Auch diese Arbeit ist historisch aufgebaut; ein gutes Drittel von ihr ist dem Irland von heute gewidmet, das äußerst systematisch und lückenlos beschrieben wird. Sowohl im historischen wie im aktuellen Teil ist die jeweilige Auffassung der zahlreichen, zwischen den streitenden Parteien England und Irland schwebenden Fragen vom Standpunkt beider Kontrahenten dargestellt und danach einer objektiv kritischen, ausgleichenden Würdigung unterzogen. Dabei vergißt der Verfasser nahezu auf keiner Seite zu betonen, daß Irland bei aller Achtung seiner Freiheitsbestrebungen doch kulturell, wirtschaftlich und politisch ein immanenter Teil des Empires ist und in seinem Interesse bleiben muß. Angelsächsische Kultur und Lebensart haben der Insel unauslöschbar ihren Stempel aufgedrückt, und England ist Irlands bester Kunde und Lieferant. Daran wird nichts geändert, wenn zum Beispiel das Gälische, die alte keltische Mundart der Iren, Pflichtfach in den Schulen wird. Übrigens verdient die Darstellung der Frühgeschichte Irlands Hervorhebung; sie bewegt sich auf der Höhe der Ergebnisse der jüngsten wissenschaftlichen Forschung. Zu beanstanden ist an diesem Werk lediglich das Fehlen einer Karte von Irland.

Gedacht werden muß noch der monumentalen Monographie Arthur Browns

über die asiatische Großmacht *Japan* (in der Reihe *Der Aufbau moderner Staaten* /Zürich, Orell Füßli/). Brown behandelt alle Teilphänomene des Gesamtphänomens in 18 Kapiteln, ziemlich systematisch; leider fehlt auch hier die Karte. Erwähnt werden muß jedoch die 40 Seiten umfassende Zeittafel der japanischen Geschichte von 500 nach Christus ab, dem Jahr des Beginns zuverlässiger Überlieferungen über das Inselreich; sie vermittelt einen außerordentlich guten Überblick über das Werden des japanischen Staats bis Juli 1930. Den Anforderungen auf Herausarbeitung der Stellung Japans innerhalb des sich bildenden Wirtschafts-imperiums Ostasien genügt es nicht vollständig; in dieser Beziehung hat Karl Haushofer in seinem *Japanwerk* bessere Arbeit geleistet. (Es sei auch auf die Abhandlung Manfred Langhans-Ratzeburgs *Das japanische Reich* geographisch betrachtet, in der Zeitschrift *Geopolitik*, verwiesen.) Auch fehlt in dem Brownschen Werk ein Kapitel über Japan in der Südsee; es durfte nicht unerwähnt bleiben, daß Japan Mandatarmacht ist. Dagegen hat Brown sich mit großem Einfühlungsvermögen um die Erkenntnis der spezifischen Merkmale der japanischen Volkspsyche bemüht; hiervon zeugen besonders die Kapitel *Nationale Eigentümlichkeiten*, *Soziale Probleme* (der Sozialismus, und zwar der reformistische, gewinnt seit längerer Zeit stark Boden auf den Inseln) und *Japans Religionen*. Ethnologisch wichtig ist und Neues bringt auch der Abschnitt *Frühe amerikanische Beziehungen*. Der Verfasser irrt freilich, wenn er die Japaner als Kollektivist, die Chinesen, ausgehend von der Beobachtung, daß sie im Ausland zum Teil eifrige, geschickte Händler abgeben, als Individualisten charakterisiert. Es ist vielmehr so, daß die Japaner als Staatskollektivist, die Chinesen als Sippenkollektivist bezeichnet werden müssen. Die Frage, wie sich das aus seinem natürlichen Verband gelöste, also in eine besondere Lage versetzte Individuum verhält, ist völkerpsychologisch unerheblich und darf nicht zum Ausgangspunkt einer auf generelle Erkenntnisse gerichteten Untersuchung gemacht werden. Alles in allem enthält die Arbeit Arthur Browns viel Neues und Nützliches.

Britisches Imperium

Die Arbeit *Otto Koellreuters* *Der englische Staat der Gegenwart und das britische Weltreich* (in der Sammlung *Jedermanns Bücherei*, Abteilung *Rechts- und*

Staatswissenschaft /Breslau, Ferdinand Hirt/) ist eine ausgezeichnete Einführung in das englische Staats- und Verwaltungsrecht. Sie ist jedoch nicht nur eine Darstellung der positiven Rechtsnormen sondern vor allem auch eine solche der historischen Entwicklung und der politischen Bedeutung des öffentlichen Rechts. Im Stil klar und durchsichtig, versteht es der Verfasser mit wohlüberlegten, treffenden Sätzen die Probleme seines Themas kurz und doch systematisch erschöpfend darzulegen. Die Gefahr der Wiederholung geschichtlicher Vorgänge wurde vermieden, indem der Verfasser den 1. Teil, der das innenstaatliche Leben Englands behandelt, mit einem allgemeinen Abriss des Kampfs um die Macht im Staat einleitet. Die selbe Einleitung möchte man auch dem 2. Teil wünschen, der das Britische Imperium schildert. Zwar wird die Gewinnung der einzelnen Herrschaftsgebiete nicht unerwähnt gelassen, aber es fehlt ein allgemeiner Hinweis auf den Zusammenhang zwischen der englischen Kolonial- und der englischen Kontinentalpolitik. Allerdings würde dies eine Exkursion in das Gebiet der Staatengeschichte bedeuten.

In einer Zeit, da in Deutschland die Kritik am Parlamentarismus ein Hauptthema der innenpolitischen Debatten ist, fesseln ganz besonders die Stellen, die die neuere Entwicklung des englischen Staats schildern. Sie beweisen, daß auch in England die Massen in Bewegung geraten sind, und daß nicht mehr Grundbesitz und Handel sondern das gesamte Volk Einfluß auf die staatliche Willensbildung gefunden hat, und daß der Staat neue wirtschafts- und sozialpolitische Aufgaben übernehmen mußte, die in Kontinentalländern bereits ausgebildet waren. Das System zweier Parteien mit zwar unterschiedlichen, aber doch interessenverbundenen Zielen wurde durch ein System interessengegensätzlicher Parteien abgelöst. Die staatliche Politik hängt nun weit stärker als früher von dem Ausfall der Wahlen ab. Da aber auch innerhalb der Parteien eine weitere Gegensätzlichkeit von radikalen und gemäßigten Tendenzen vorhanden ist, hält Koellreutter es nicht für unmöglich, daß sich der englische Parlamentarismus zu einem Koalitionssystem nach kontinentalem Vorbild entwickelt, um überhaupt erhalten zu bleiben. Diese Entwicklung wird lediglich noch durch das Wahlrecht aufgehalten, das als relatives Mehrheitswahlsystem die Bildung einer Regierung

wesentlich erleichtert. Das Unterhaus hat unter den politischen Faktoren die weitaus vorherrschende Stellung erlangt. Es hat durch das Parlamentsgesetz von 1911 das Oberhaus von der Finanzgesetzgebung völlig ausgeschaltet und ihm bei der übrigen Gesetzgebung nur ein aufschiebendes Veto zugebilligt. Immer geringer wird der Anteil der alten herrschgewohnten Aristokratie an der Besetzung der Kabinette. Diese setzen sich vielmehr in immer steigendem Maß zusammen aus Volksvertretern, die sich auf das Vertrauen der Massen stützen können.

Die neuen Aufgaben auf den Gebieten der Wohlfahrtspflege, der Gesundheitspflege, des Schulwesens, der Arbeits-, Verkehrs- und Polizeianglegenheiten zwingen dem englischen Staat zunehmend die Verwaltungsorganisation der Kontinentalstaaten auf. Die alte lokale Selbstverwaltung genügt nicht mehr, staatliche Zentralbehörden müssen die großen Aufgaben ausführen oder wenigstens beaufsichtigen. Zwar war begrifflich in England die Zentralgewalt die ursprünglichere, die Selbstverwaltung hatte nur die Rechte, die ihr vom Parlament verliehen worden waren. Aber die Ausbildung einer Ministerbureaukratie fand erst in jüngster Zeit statt.

So zeigt der englische Staat nicht, wie unsere Anglomanen glauben, das Bild eines dem Kontinent vorauseilenden und deshalb vorbildlichen Staatswesens sondern im Gegenteil zunehmend die Entwicklung zur Parallelität zu den Großstaaten Kontinentaleuropas. Die Superiorität Großbritanniens, die das Axiom der deutschen Politik bildet, ist wissenschaftlich nicht mehr zu erhärten.

Auch innerhalb des Britischen Weltreichs besitzt England nicht mehr die Stellung der Vorkriegszeit. Das Ergebnis der Reichskonferenz von 1926 ist nach Koellreutter die Souveränität der Dominions. Hierzu kommen die Befreiungsbewegungen in Indien, Ägypten und Irak. Trotz dem angelsächsischen Weltgefühl und der starken kulturellen und nationalen Verbundenheit aller Engländer und trotz dem Zusammenhalt im Weltkrieg ist die politische Einheit des Imperiums nach Koellreutter recht zweifelhaft geworden; in der Wirtschafts- und Wanderungspolitik ist England mit seinen Wünschen teilweise auf vollständige Ablehnung gestoßen. Der Zusammenhang wird nur rechtlich durch die Krone, politisch durch den Flottenschutz gewährleistet. Wie stark die Gegensätze im Imperium sind, hat die Reichskonferenz vom Oktober

1930 erneut bewiesen. Die Dominions haben sich lediglich von dem eignen Vorteil leiten lassen und auf die Bemühungen des Mutterlands zu verhindern, daß es seinen Anteil am Welthandel weiter verliert, keine Rücksicht genommen. Hier scheint es allerdings, als unterschätze der Autor die Kraft der vorhandenen Bestrebungen zur Schaffung eines durchrationalisierten, autarken und in sich geschlossenen Wirtschaftsimperiums, dem man wohl getrost noch einen längerwährenden Bestand voraussagen darf (siehe dazu auch hier den Artikel Weingartz', in diesem Band Seite 325 und folgende, sowie das Empireheft der Zeitschrift für Geopolitik 1930).

Von den Vortragsreihen, die vom Akademischen Arbeitsausschuß zur Förderung des Auslandsstudiums an der Königsberger Universität veranstaltet werden, beschäftigte sich die 5. Anfang 1929 mit dem Britischen Imperium. Die Vorträge sind nunmehr unter dem Titel Das englische Weltreich erschienen /Königsberg, Gräfe & Unzer/. Es sprachen Heinrich Schnee über den innern Aufbau, Theodor Spira über englische Geistesgeschichte, Hans Rothfels über englische Außenpolitik, Wilhelm Dibelius über Canada, Helmuth von Glasenapp über Indien, Hans Heinrich Scheeder über englische Orientpolitik, Carl Brinkmann über innere Probleme. Diese Fülle von Themen zeigt bereits, daß es sich nicht um fachwissenschaftliche Erörterungen handelte, sondern daß es nach den Worten des Kursleiters Rothfels auf einen »Beitrag zur allgemeinen politischen Bildung« ankam. Alle Vorträge sind von dem Bemühen zur Objektivität getragen, wenn gleich eine Apotheose des Angelsachsentums latent mitschwingt, und alle bewegen sich im Historischen. Wie es bei kurzen Vorträgen dieser Art unvermeidlich ist, mußten sie sich auf das Wesentliche beschränken, und so geht es auch hier im Flug durch die Jahrhunderte. Den Hörern blieb die nicht immer leichte Aufgabe überlassen die Folgerungen für ihre politische Bildung zu ziehen. Diese Aufgabe wird um so schwerer, als die welt- und innerwirtschaftlichen Beziehungen des Imperiums fast nicht behandelt worden sind, und als auch keine Verbindung mit den schwebenden politischen und wirtschaftspolitischen Problemen Deutschlands hergestellt wurde. Vielleicht vermied man dies absichtlich. Doch kann grade die politische Bildung nicht des Zusammenhangs mit den Ideen- und Interessenbewegungen unserer Zeit entraten.

Totenliste

Am 29. Januar verunglückte tödlich der als "Flieger von Tsingtau" bekannte Forschungsreisende *Gunter Plüschow* durch einen mißglückten Fallschirmabsprung vom Flugzeug in der Nähe des Rio Alegre /Argentinien/. Plüschow hat das Verdienst das südlichste Patagonien und das Innere der Feuerlandsinsel kartographisch vom Flugzeug aus sorgfältig aufgenommen zu haben. Er gab über seine Fahrten mehrere Veröffentlichungen heraus, die auch das Interesse der breiten Öffentlichkeit fanden.

Am 19. April erlag, in seinem 35. Lebensjahr, der Asienforscher *Emile Trinkler* in Bremen einem Automobilunfall. Trinklers Verdienste sind in der Aufhellung der geographischen Verhältnisse Tibets und Turkestans zu erblicken. Er lernte bereits als Schüler Tibetanisch, bereiste 1923 bis 1925 Afghanistan, 1926 bis 1928 Tibet. Er durchforschte und bezwang hierbei das Karakorumgebirge nordwestlich des Himalaja, danach die Wüste Takla Makan in Ostturkestan. Sein ebenso wertvolles wie unterhaltenes Buch Im Land der Stürme, mit Yak und Kamelkarawanen durch Innerasien erschien bei F. A. Brockhaus in Leipzig.

Kurze Chronik Das Andere Deutschland veröffentlicht eine Statistik der im *Weltkrieg* Mobilisierten, Toten und Verwundeten. In der Zahl der Mobilisierten marschiert Deutschland an der Spitze mit 13,2 Millionen; es folgen Österreich-Ungarn mit 13, Rußland 12, Frankreich 8,2, England 3,5, Vereinigte Staaten von Amerika mit 4,2 Millionen (beiläufig: die Widerlegung der Legende von der erdrückenden zahlenmäßigen Übermacht der Entente). Es fielen Russen 2,7, Deutsche 1,8, Franzosen 1,4, Engländer 0,3, Amerikaner 0,1 Millionen. Verwundet wurden: Deutsche 4,2, Russen 3,5, Franzosen 2,5, Engländer 2,1, Amerikaner 0,2 Millionen. Insgesamt wurden im Weltkrieg 11 Millionen Menschen getötet. ◊ In der Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaft des Judentums sprach Harry Torczyner /Berlin/ über die Bibel und die Literaturen des *Alten Orients*. Er zeigte, daß sich zahlreiche Motive der Bibel vereinzelt in den namentlich während der letzten beiden Generationen gründlicher aufgehellten Literaturen des Alten Orients wiederfinden. Im übrigen würden die neuen Ausgrabungen bei Ras Schamra in Phönizien (siehe diese Rundschau, 1930 III

Seite 926) möglicherweise noch manche altorientalische Rätsel lösen. ◊ Arturo Posnansky, der Leiter des Nationalmuseums in La Paz/Bolivien/, ist auf Grund seiner Forschungen zur Annahme einer Sprache, einer Rasse und eines primitiven Kultursymbols für ganz Amerika gelangt. Die Kultur von Tiahuanaco soll sich gleichmäßig im Norden bis nach Mexico, im Süden bis nach Argentinien verbreitet haben. Das dem vorcolumbianischen Amerika gemeinschaftliche Kultursymbol sieht Posnansky in der über den gesaueten Kontinent verbreiteten Doppeltreppe (siehe hierzu auch diese Rundschau, 1930 II Seite 698 und folgende). ◊ Der Leipziger Germanist Eduard Sievers, der Entdecker der sprachlichen Schallanalyse, trat mit einem Kasusintonationsschema hervor, das gemeinindogermanisch sein soll. Sievers will die Verschiedenheit der Klangform der ursprünglichen 8 indogermanischen Kasus bis in das heutige Deutsch experimentell festgestellt haben. ◊ An der Sorbonne hielt der Leipziger Professor Otto von Wartburg einen Vortrag über *etymologische Forschungen*. Den Vorsitz führte bei dieser Sitzung der Altmeister der französischen Sprachforschung Fernand Brunot. ◊ Vom Institut für Geschichtliche Landeskunde der Rheinlande an der Universität Bonn wird, zusammen mit dem Landeskundeverein, ein *Flurnamenarchiv* im Rheinland begründet. ◊ Die Niederwerfung der libyschen Beduinen durch die Italiener hat die Schließung sämtlicher *Senussitischen Institute* in Italienisch Libyen zur Folge gehabt. Der fanatisch muselmanische Orden der Senussi war bekanntlich die Haupttriebfeder aller gegen das italienische Regime gerichteten Beduinenaufstände. ◊ In Leipzig wurde ein *Institut für Afrikanische Sprachen* unter der Leitung August Klingenshebers/Hamburg/ begründet. ◊ An der Universität Berlin erhielt Eckart von Sydow einen Lehrauftrag über die Kunst der Naturvölker. ◊ Der Privatdozent Bernhard Groethuysen an der Universität Berlin wurde dort außerordentlicher Professor. Groethuysen hat 1927 durch den 1. Band seines Werks *Die Entstehung der bürgerlichen Welt- und Lebensanschauung in Frankreich*, dem 1930 der 2. Band folgte/Halle, Max Niemeyer/, Aufsehen erregt. ◊ Der französische Forschungsreisende Paul Rivet, Professor an der Sorbonne und Direktor am Musée d'Histoire Naturelle in Paris, wurde von der Würzburger Geographischen Gesellschaft zum Ehrenmitglied gewählt.

KUNST

Bildende Kunst / Otto Bratsthoven

Kunst und Gegenwart In Berlin kam es anlässlich der Eröffnung einer Ausstellung der Sezession, die man Künstler unter sich genannt hatte, zu einem Vorfall, über den man einige Zeit sprach. Zur Einführung führte Alfred Döblin, im Gegensatz zu den üblichen Eröffnungsreden, plötzlich und unvorhergesehen aus, die Bildende Kunst sei heute gar nicht mehr am Platz, Motoren und Zweckarchitekturen seien wichtiger, er selbst hätte für gemalte Bilder kein Verständnis und könne auch keine tiefere Einwirkung der Ausstellung auf sich selbst feststellen. Wie eine kurz darauf durchgeführte Rundfunkdiskussion zwischen ihm, Adolf Behne und Max Osborn erwies, konnte er seine These durchaus nicht einwandfrei erhärten. Wie nicht selten bei Vertretern einer besondern künstlerischen Disziplin fehlt ihm der klare Blick für die Autonomie der andern Disziplin. Von seinem Standpunkt aus stellte er vollkommen unwesentliche Anforderungen, die schon bei nur geringer Selbstverantwortung des Malers oder Plastikers nicht erfüllt werden können. Im Fall der Sezession, bei einer im übrigen hyperindividuell angelegten, witzig-geistreich, vielleicht auch ironisch gemeinten, aber künstlerisch durch auffälligen Anspruch recht tiefstehenden Ausstellung entlud sich schließlich das Nichtverständnis der Eigenbedeutung der andern Zone in einer Ablehnung schlechthin, die mit dem Betonen der größern Wichtigkeit augenblicklich beliebter zivilisatorischer Errungenschaften nicht grade sehr glücklich begründet wurde. Ebensowenig glücklich war eine Protestversammlung der Sezession zur Frage "Hat die Malerei heute noch eine kulturelle Bedeutung?", zu der Alfred Döblin nicht erscheinen konnte. Anstatt nüchtern den besondern Fall zu klären und zu bedenken, daß die gegenwärtig überbetonte Artistik mehr und mehr zu einem Leerlauf führen muß, entwickelte Alfred Gold in seinem Einleitungsreferat nicht neue akademische Gegenüberstellungen von Schauen und Wissen, auch wurden schöne Abhandlungen über den besondern Sinn der bildenden Kunst vorgetragen. Arthur Segal war der einzige Redner, der positiv und sachlich etwas zu sagen hatte. Mit Recht hielt er sich nicht dabei auf ähnlich theoretisch die Daseinsberechti-

gung der Malerei beweisen zu wollen. Dafür hob er hervor, daß der Einfluß der wirklichen Leistungen auf die verschiedensten Gebiete: Reklamewesen, Werbekunst, Innenarchitektur, politische Propaganda usw., in der jüngsten Zeit ungewöhnlich weitreichend gewesen ist. Den Künstlern erwächst deshalb die Aufgabe mehr und mehr sich auf die Rolle als »Pioniere im Hintergrund« einzustellen und nicht wie bisher die »individuelle oder subjektive Freiheit« als scheinbaren Wertmaßstab in den Vordergrund zu schieben. Als Ergänzung dazu kommt Segal in einem Aufsatz *Wohin steuern wir?*, in einer Beilage zu *Kunst und Wirtschaft*, zu dem Schluß, daß die Krise der heutigen Kunst davon herrühre, daß »die Beziehung zu der Objektivität der Natur und ihren unindividuellen Gesetzen verloren gegangen ist«. Einen neuen, objektiv der Natur zugewandten Naturalismus sieht er werden.

Im Märzheft des von Paul Westheim herausgegebenen *Kunstblatts* verdient eine Umfrage, betitelt *Gegen den Abbau des Geistes*, höchste Beachtung. Neben Westheim äußern sich von Schriftstellern Adolf Behne und Fritz Schiff, von Künstlern Otto Nagel, Werner Scholz, Oscar Nerlinger und George Grosz. Patentmedizinen gegen die gegenwärtige Krise werden erfreulicherweise nicht geboten. Wichtiger scheint, daß in aller Deutlichkeit das Krankheitsbild aufgezeigt wird. Westheim zeigt an Beispielen, daß die Kunst der neuern Zeit in der Hauptsache von Proletariern für Besitzende geschaffen wurde. Diese kapitalistische Schicht braucht sie einst zur Repräsentation, weiß aber heute nichts mehr mit ihr anzufangen und hilft sich mit der bequemen Formel, daß Kunst nicht mehr interessiere. Mit der Gewichtigkeit einer Existenzfrage muß sich jetzt der Künstler an die proletarischen Massen wenden. Hier wie dort aber droht ihm als besonderm geistigen Wesen, das nie von der Aussicht auf materiellen Gewinn bestimmt wurde, die Gefahr von einer alles Geistige überhaupt verleugnenden Auffassung zerrieben zu werden. Hiergegen fordert Westheim zum Kampf gegen den Abbau des Geistigen auf. In den weiteren Äußerungen klingt als Grundgedanke durchweg die Forderung einer Abkehr von unsinnigen Komplikationen durch, die Behne etwa nach einer erneuten Forderung eines Arbeitsrats für Kunst mit der Bemerkung festnagelt, daß die Trennung zwischen Nol-

deaner und Gropianer einen lächerlichen Gesellschaftssport darstelle, der jede gesunde Gemeinsamkeit unterbinde. Besonders hervorzuheben ist schließlich der Beitrag *George Grosz*, der mit dem ihm eignen Temperament die Sinnlosigkeit der zivilisatorischen Vervollkommnungsschraube, der Hebung des Lebensstandards nachzeichnet, die ihm in ihrer Fratzenhaftigkeit, ganz gleich ob im kapitalistischen oder bolschewistischen Staat, des Angriffs wert erscheint. So kommt er zu der Titelbetonung »Unter anderm ein Wort für deutsche Tradition«, die gerade bei ihm zum Dokument einer Künstlergesinnung wird.

Riemenschneider

Am 8. Juli jährt sich zum 400. Mal der Todestag Tilman Riemenschneiders, der als einer der bedeutendsten Plastiker der deutschen Spätgotik gelten kann. Da er nachweislich 1468 in Osterode am Harz geboren ist, veranstaltet das niedersächsische Zentrum Hannover eine Gedächtnisausstellung, in der bewegliche Werke aus öffentlichem und privatem Besitz zu sehen sind. In Würzburg dagegen, seiner eigentlichen Wirkungsstätte, wurde eine besonders angebaute Riemenschneiderhalle des Fränkischen Luitpoldmuseums mit einem Festakt der Öffentlichkeit übergeben. In Würzburg auch kann man allein die charakteristische Art dieses Meisters an verschiedenfachen Arbeiten studieren. Dort war er unter anderm von 1520 bis 1524 Bürgermeister, und er schlug sich später als ein Musterbeispiel, daß radikale Gesinnung der Künstler nicht erst in der neuern Zeit zu beobachten ist, auf die Seite der aufständischen Bauern gegen den Fürstbischof, wofür er dann mit einer Kerkerhaft büßen mußte, die ihn körperlich und seelisch zerbrach. Seine Besonderheit glaubt man heute in der Ausdruckskraft seiner verschiedenen Madonnen, Apostel und Gruppendarstellungen erkennen zu können, wobei allerdings bei dieser Bewertung der zeitliche Kanon viel zu wenig in Rechnung gestellt wird, wenn auch die handwerkliche Meisterschaft überragt. Demgegenüber vergißt man allzusehr seine eigentlich fortschrittlichen Taten, im Gegensatz zur mittelalterlichen Überlieferung. Auf seine Weise vermag er grundsätzlich Neues zu prägen. Mit seinen Grabmälern des Conrad von Schaumburg in der Marienkapelle, des Rudolf von Scherenberg und des Lorenz von Bibra im Dom in Würzburg stößt er zu außergewöhnlicher

Persönlichkeitsdarstellung vor, neben denen die anderen Grabmäler rein schematisch wirken. Und ferner noch sein (freilich formal gebundener) Versuch zur Wiedergewinnung des Nackten. Die heute wirkungsvoll in der Riemen-schneiderhalle in Würzburg zur Geltung gebrachten Steinfiguren von Adam und Eva präsentieren unzweideutig diese neue Absicht. Einst gehörten sie zum Südportal der Marienkapelle: ein Anzeichen dessen, daß schon damals, 1493, auch allgemein neue Lebensauffassungen sich auswirkten.

Munch

In der Galerie Flechtheim in Berlin wurden im April einige Proben der jüngsten Darstellungsweise des jetzt 68jährigen Edvard Munch ausgestellt. 1927 fand eine große Ausstellung seiner Werke in der Nationalgalerie in Berlin statt (siehe diese Rundschau, 1927 I Seite 502). Damals konnte man feststellen, daß der einstige Wegbereiter einer wesentlich neuen Kunstauffassung sich seit etwa 1910 einer ungemein beruhigten Anschauung der Menschen, Tiere und Dinge zugewandt hatte. Die überragende künstlerische Bedeutung dagegen offenbarte sich in einem neugewonnenen lapidaren Stil, der souverän eine helle Farbgebung in Anwendung brachte und kompositionell ähnlich großzügig zum Ausdruck kam. Soweit man es nach der jetzigen Ausstellung beurteilen kann, die auch Arbeiten aus früheren Jahren zeigt, scheint Munchs neuerliches Schaffen in eine 3. Phase überzugehen, nämlich in ein Wiederanknüpfen an die Anschauungsform seiner Frühzeit; nur daß sich jetzt als neues Moment eine deutlicher ausgebildete technische Sicherheit hinzugesellt. Bezeichnend ist es schon, daß Munch auch alte Holzschnitte, Radierungen und Steindrucke entweder direkt überarbeitet oder die thematisch gleiche Fassung mit neuer handwerklicher Absicht wiederholt hat. Daneben zeigen einige Waldlandschaften, in welcher Art die neue, die Vergangenheit wieder auffrischende Weltbetrachtung zum Durchbruch kommt. Nach außen hin ein vollendeter Vortrag, ohne kleinliche Detaillierungen, in der damit aber im Zusammenhang stehenden Formgebung die bohrende Frage nach dem tiefern Sinn, die einst seine ersten Werke zu revolutionären Taten machte. Es bleibt abzuwarten, ob dieses Neue durchgängig alle jetzigen Arbeiten des Künstlers bestimmt und somit einen bedeutenden Altersstil

heraufbringt. In Parallele dazu ist es übrigens interessant, daß auch einige deutsche Künstler, unter anderen Karl Hofer, sich in der letzten Zeit fast abrupt von der betont sachlichen Haltung abgewandt und einer ausgesprochen geistigen Phantastik Raum gegeben haben.

Kurze Chronik Bei Ausgrabungen in der Nähe von Pompeji fand man eine farbige Marmorstatue einer weiblichen Figur, die kürzlich als Porträt der Livia Drusilla, der Frau des Augustus, festgestellt werden konnte. Im Gegensatz zum üblichen Realismus *römischer Porträtplastik* ist diese Arbeit durch eine eigentümliche stilistische Strenge im Ausdruck und in der Gewandbehandlung ausgezeichnet. ◊ In einem französischen Reisewerk wurde eine Beethovendarstellung von *Gustave Doré* entdeckt; Beethoven in Gestalt eines Tiers, halb Bär halb Löwe, in einem Lehnstuhl mit der Notenfeder in der Pranke. ◊ Die bekannte Venusstatue *Auguste Renoirs* ist neuerdings von Ambroise Vollard der Stadt Paris angeboten worden. Man plant die Aufstellung dieses Werks in Passy inmitten eines Rondells, das nach Renoir benannt werden soll. ◊ Die Stadt Soest beschloß die Einrichtung eines Gedächtniszimmers für den Maler *Wilhelm Morgner*, der im Krieg fiel. Zu diesem Zweck erwarb man von der Mutter des Künstlers 30 Gemälde und 150 Zeichnungen. ◊ Die Hängekommission der Royal Academy in London entdeckte 2 für England aufsehenerregende Vorfälle: 3 Landschaften des allgemein bekannten Malers Reginald Eve erwiesen sich als übermalte Photographieen und das Seestück eines jugendlichen Kunstschülers als die regelrechte Kopie einer bekannten farbigen Illustration zu einer Geschichte Robert Louis Stevensons. ◊ Fürs nächste Jahr plant das französische Syndikat der *Kunstpresse* eine besondere Ausstellung, die die Bedeutung der Kunst in der internationalen Presse und die der Presse auf dem Gebiet der Kunst veranschaulichen soll. ◊ Am 1. Januar übernahm *George Francis Hill* als Nachfolger Sir Frederick George Kenyons die Leitung des Britischen Museums. Seit 37 Jahren arbeitet er bereits dort. Hill ist 63 Jahre alt. In Deutschland hätte er bald die "Altersgrenze" erreicht; in anderen Ländern scheint man vor dem "Altwerden" nicht solche Furcht zu haben, und das bekommt jenen Völkern sehr gut.

Musik / Herbert Trantow

Jugendmusik Aus der Verbindung des Donaueschinger Kreises um Paul Hindemith mit den Bestrebungen der Musikantengilden um Fritz Jöde erwuchs die Idee der neuen Jugendmusik, die es sich zur Aufgabe macht der Jugend eine Musikkultur in die Hand zu geben, die wirkliches Niveau hat, und die vor allem bewußt für die Bedürfnisse und technischen Fähigkeiten der Jugend gearbeitet ist. Es ist gar kein Zweifel (der Erfolg der für diese Zwecke geschriebenen Musik bestätigt es), daß in allen Kreisen der Jugend, nicht nur in denen, die unter den Begriff der Jugendbewegung fallen, also auch in Schule und Haus, ein Bedürfnis nach guter Musik besteht, das durch die vorhandene Literatur in keiner Weise gedeckt wurde. Wollte die Jugend musizieren, so war sie auf den bewährten Stamm der klassischen Werke angewiesen, deren großer Nachteil aber meistens war, daß er nur in Bearbeitungen aufzuführen war, die doch nur ein blasses Abbild des Originals geben konnten, und deren Schwierigkeiten auch dann noch sehr oft das Können der jungen Musikanter überstiegen. Eine Originalliteratur für die Jugend war, von wenigen Ausnahmen abgesehen, in wirklicher Güte fast nicht vorhanden. Die letzten Jahre brachten hier erfreuliche Wandlung, und es ist nicht das geringste Verdienst der führenden Musiker der Neuen Musik die Sache der Jugendmusik in so entscheidender Weise gefördert zu haben. Es interessieren hier besonders das sicherlich bedeutendste Stück dieser Gattung: Der Jasager, eine Schulooper, Text von Bert Brecht, Musik von Kurt Weill /Wien, Universaledition/ und Wir bauen eine Stadt, Spielstück für Kinder, Text von Robert Seitz, Musik von Paul Hindemith /Mainz, B. Schotts Söhne/, weil in diesen Stücken der neue Weg ganz klar und eindeutig gezeigt wird. Schulooper: in der Werkgattung dokumentiert sich der Ernst der Gestaltung. Brecht schreibt ein richtiges kleines Opernlibretto im Stil einer Art Oratoriumsoper (der Chor spielt eine gewisse referierende Rolle), einen Text, der von Schülern gedanklich und in der Darstellung vollkommen zu bewältigen ist. Als Komponist nutzt Kurt Weill die Popularität seines Dreigroschenopermelos, das sich auf kurze prägnante, vom Jazz her stammende Formeln beschränkt, aber in eben dieser formalen Eindeutigkeit und Zeitgebundenheit den Weg zu ihm

von vornherein ebnet, und er schreibt eine Musik, die Niveau hat. Zweifellos ist die Musik dem Text überlegen. Brecht nahm das japanische Stück Taniko als Vorlage, änderte es aber durch das Prinzip der freiwilligen Zustimmung. Ein Knabe wandert mit einer Expedition über die Berge, um für seine kranke Mutter Medizin zu holen. Der Weg über die Berge führt über einen schmalen Grat, der nur unter größten Schwierigkeiten zu überwinden ist. Wenn einer da den Anstrengungen nicht mehr gewachsen ist, wird er gefragt, ob man seinetwegen umkehren soll, er muß »dem Brauch gemäß« antworten, man solle nicht umkehren, ihm solle geschehen, wie allen dem Brauch gemäß an dieser Stelle geschieht, wenn sie krank werden, das heißt, er wird ins Tal hinabgestürzt. Es fragt sich, ob unsere Jungen den letzten Sinn dieses Textes verstehen. Gewiß, wenn es sich um die richtige Substanz handelt, ist auch der Eingangs- und Schlußchor richtig, der da sagt: »Wichtig zu wissen vor allem ist Einverständnis. Viele sagen Ja, und doch ist da kein Einverständnis. Viele werden nicht gefragt, und viele sind einverstanden mit Falschem. Darum: wichtig zu lernen vor allem ist Einverständnis.« Aber wem es nicht um gewollte Verschommenheit sondern um klare Einsicht zu tun ist, empfindet es als eine äußerst zweischneidige Angelegenheit der Nachkriegsjugend, die heute an kritiklosem Massenschlagwortseinverständnis krankt, dieses Einverständnis noch als wichtig zu propagieren. In der jungen deutschen Generation nimmt das bedingungslose, unkritische Jasagen zum alten Brauch, nämlich eine rückwärtsgerichtete Ideologie des Ressentiments, überhand; Beweis: der 14. September 1930. Mußte ausgerechnet Brecht solches Jasagen noch auf diese Art (natürlich ungewollt) unterstützen? Das Werk wäre stärker und reiner, wenn es textlich einwandfreier wäre. Immerhin ist mit dieser Schulooper ein Werk geschaffen, das in dieser Gattung schwer zu überbieten sein dürfte, und das vom rein spielerischen Standpunkt aus allen Kreisen, die den Willen zu neuem Gemeinschaftsgestalten haben, wärmstens empfohlen werden kann.

Das Spiel *Paul Hindemiths* Wir bauen eine Stadt ist für kleinere Kinder, »mehr zur Belehrung und Übung für die Kinder als zur Unterhaltung erwachsener Zuschauer« geschrieben; eine Folge kleiner Stücke, die den Aufbau einer Kin-

derstadt teils rein musikalisch teils als Chöre oder kleine Soloszenen charakterisieren. Das Werkchen hat einen reizenden Anfang: der Eingangsmarsch mit dem wirklich kindlich empfundenen Chor »Wir bauen eine neue Stadt, die soll die allerschönste sein« ist ganz charmant. Diese Frische der Erfindung wird aber dann nicht mehr erreicht, kontrapunktische, nicht einmal elegante Kunststücke nehmen gegen Schluß hin alle Ursprünglichkeit und schwächen den Wert. Dem Textdichter ist am Schluß etwas der Atem ausgegangen, aber grade für ein solches Stück müßte man das ganz Ausgereifte und bis ins letzte Gekonnte verlangen. Da es trotz diesen Mängeln immer noch den meisten sonst publizierten Jugendmusiken an Wert weit überlegen ist, kann man seine große Freude an diesem Stück haben und ihm weiteste Verbreitung wünschen.

Aus der Atmosphäre einer romantischen Schulbürgerlichkeit, die sich sehr kühn vorkommt, wenn sie einmal ein paar offene Worte über Mängel der Höheren Schule riskiert, stammt *Willy Kehrs* Oratorium scholasticum 1930, Text von Richard Fischer /Dresden, Pandora-Verlag/, in dem ganz witzige Dinge neben schrecklichen Banalitäten und Sentimentalisten zu finden sind. Auch hier ist der Musiker stärker als der Librettist. Wichtig und deshalb hier erwähnenswert ist dabei, daß ein junger Komponist, der in seinem Schaffen bisher allen neuen Bestrebungen ablehnend gegenüberstand, plötzlich eine Brücke zur Neuen Musik zu finden scheint. Man registriert diese Erscheinung ebenso gern wie die umgekehrte: daß die Neue Musik den Anschluß an Publikum und Verbraucher bewußt anstrebt.

Oper

Den bearbeiteten Text des Lenzschen Schauspiels *Die Soldaten*; jenes Stücks der Sturm-und-Drang-Periode von 1776, komponierte *Manfred Gurlitt* /Wien, Universal-edition/, und das Werk wurde im Düsseldorfer Stadttheater aufgeführt. Die Absicht Gurlitts scheint klar, wenn er zu diesem Textvorwurf greift: die Gliederung jenes Schauspiels in kleine Szenen kommt dem Willen des Komponisten seine Oper auf kleinen, in sich geschlossenen Formen (Arie, Duett, Thema mit Variationen) aufzubauen entgegen und ermöglicht scharfe Kontraste, die einer Oper immer zu Lebendigkeit verhelfen. Demgegenüber steht die Gefahr des Zerflatterns in Einzelheiten, der

Gurlitt auch teilweise erlegen ist. Der Stoff an sich ist durch die Betonung des Einzelschicksals der Verführung eines koketten Mädchens nicht sehr aktuell, kann aber durch die Bühnendarstellung zu Wirkung kommen. Gurlitt wollte anscheinend eine Oper mit einem leicht faßlichen, jedem verständlichen Text und entsprechend musikalischer Haltung schreiben, eine Absicht, die zu loben ist, und der nur die unbedenkliche Art der Ausführung gegenübersteht. Der Komponist verwechselt Einfachheit mit Primitivität, Volkstümlichkeit mit Banalität; alles ist unoriginell, wenn auch bis zu einem gewissen Grad geschickt gemacht. Der lobenswerte Wille zur Einfachheit tut es allein nicht, grade der Wille zum Eindeutigen, Einfachen verlangt den höchsten Schöpferwillen, sonst ist der Absturz ins Banale unvermeidlich. An schöpferischer Potenz mangelt es aber Gurlitt bedenklich. Möglich, daß seine Entwicklung bei äußerst strenger Selbstkritik ihn einmal eine gute Publikums-, vielleicht sogar eine wirkliche Volksoper schreiben läßt.

Dagegen scheint *Karol Rathaus* wenig Hoffnung zu geben. Man kennt ihn aus Konzertmusiken und dem seinerzeit für Max Terpis, den vormaligen Ballettmeister der Berliner Staatsoper, geschriebenen Letzten Pierrot als zwar nicht besonders originellen, aber feinen und bewußten Musiker. Man versteht daher schwer, wie er die Oper *Fremde Erde* /Wien, Universal-edition/ komponieren konnte. Über den Text, eine üble scheinveristische Angelegenheit, mit allen den Zutaten, die heute so beliebt sind und angeblich dem Publikum gefallen: mondäne Welt im Gegensatz zum Proletariat, Jazz, Wolkenkratzer, die philosophische Plattheiten von sich geben, ist kein Wort zu verlieren. Wenn ein Musiker wie Rathaus sich nun schon für ein solches Libretto entschied, dann mußte er die letzten Konsequenzen ziehen und eine entsprechende Musik im Stil des Verismus mit schwungvollen Melismen, großen gesanglichen Möglichkeiten, einer brutalen Schlagkraft und Selbstverständlichkeit, die den unmöglichen Text vergessen ließen, dazu schreiben. Anscheinend fehlte ihm dazu der Mut, er blieb im Bann einer längst der Vergangenheit angehörenden Periode der Neuen Musik, einer Periode, die sie im Sinn einer immer fortschreitenden Klarheit seit langem überwunden hat. Was Gurlitt im einen Extrem besitzt: eine fast kindliche Naivetät der musikalischen

Diktion, das fehlt Rathaus vollkommen; der Gegenpol: eine bis ins höchste gesteigerte Geistigkeit, ist ihm aber ebenso versagt. So ergibt sich eine Partitur voller Halbheiten und Unsicherheiten, die keinem etwas gibt, und bei der man sich wieder einmal fragen muß, wie es möglich ist die immense Arbeit einer Opernkomposition, ohne die tiefste und letzte Fundierung in künstlerischer Beziehung, die die Vorbedingung einer solchen Arbeit sein muß, und die ihr erstes entscheidendes Stadium bereits bei der Textwahl hat, überhaupt zu beginnen. Die Berliner Staatsoper Unter den Linden hat viel Mühe an die Aufführung dieses Werks verwandt; ihre Leistung ist durchaus anzuerkennen, aber die Arbeit war trotz allem vertan.

Nachwuchs Im Februarheft des Melos ist ein Gespräch mit Kurt

Weill über die Situation der Oper wiedergegeben, das von einem erfrischenden Optimismus getragen ist. Allerdings, so sehr überzeugt, daß bereits eine »Reihe von Stücken vorliegt, die ausreichen ein zielbewußtes Theater auf 2 Jahre mit den nötigen modernen Werken zu versorgen«, ist man nicht. Aber daß die Theater augenblicklich meistens nichts mehr riskieren, weil sie fürchten, bei der geringsten Abweichung vom gewohnten Trott den höchst empfindlichen politischen Parteien, die ja das Schicksal des Theateretats in den Händen haben, auf die Hühneraugen zu treten, ist leider ein nur zu wahrer (notabene für den Begriff des Kulturtheaters völlig unhaltbarer) Zustand. Daß hierin ein Teil der Opernkrise liegt, ist richtig; über andere Ursachen wurde in dieser Rundschau (in diesem Band Seite 190 und folgende) bereits berichtet. Das Märzheft des Melos ist nun ganz dem Nachwuchs überlassen, der in 4 charakteristischen Vertretern des musikalischen Berufs: Komponist, Interpret, Pädagogin, Wissenschaftler, zu Wort kommt.

Der Anbruch entfaltet neuerdings eine erfreuliche Aktivität, die nach dem Stagnieren der letzten Jahre angenehm überrascht. So setzt er sich im Januarheft mit erfreulicher Deutlichkeit, unterstützt durch ein statistisches Zahlenmaterial des Deutschen Nationaltheaters in Weimar, mit dem, durch die Herrschaft der Nationalsozialisten hervorgerufenen Kulturrückgang im Spielplan dieser Bühne auseinander. Das Märzheft beschäftigt sich mit dem Nachwuchs und insbesondere mit der überall festzustellenden

Wirkung der Jugendmusiken, besonders des Jasagers. Ernst Krenek schreibt einen witzigen und schlagenden Artikel gegen die jetzt überall auftauchende Behauptung, daß die Neue Musik und speziell Krenek sich rückwärts orientierten. Wenn eine Bewegung, die, wie jede neu beginnende Idee, sich zunächst auf einen kleinen Kreis beschränkt, anfängt sich bewußt dem großen Kreis des Publikums und der Verbraucher zu nähern, ist es natürlich ganz klar, daß damit eventuell stilistische Wandlungen verbunden sind. Aber nicht die rein äußerliche Tatsache, daß Komponisten, die vor einigen Jahren "nur" atonal und eigenbrötlerisch schrieben, jetzt bewußt sich das Gebiet der tonartlichen Beziehungen mit geweiteterem Blick neu erobern, ist da das Entscheidende, sondern der Geist, aus dem heraus dieses geschieht. Und der ist durchaus der Geist der Neuen Musik geblieben: Er dokumentiert sich in Knappheit und Gradheit des Satzbilds, in Ablehnung aller romantischen Klangseligkeiten. Weder Hindemith noch Weill noch die junge Generation, soweit sie sich mit Gebrauchsmusik beschäftigt, schreiben eine Musik, bei der sich süß romantisch träumen läßt, sondern eine, die durch schärfste gedankliche Zucht hindurchgegangen ist, und das ist ja grade das Charakteristikum der Neuen Musik im Gegensatz zur Nurklangseligkeit der älteren Romantik. Die Neue Musik schöpft Atem; Alban Berg, Ernst Krenek, Kurt Weill arbeiten an neuen Opern, Paul Hindemith an einem neuen Chorwerk; es dürfte sich in nicht zu langer Zeit herausstellen, daß der "Reaktion" zu früh Beifall gezollt wurde.

Kurze Chronik Für das 11. Deutsche Sängerbundfest, das im Juli in Frankfurt am Main veranstaltet werden soll, stiftete der Reichminister des Innern im Einvernehmen mit dem Preußischen Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung einen **Staatspreis** von 10 000 Mark, der dem Erwerb von Chorwerken dienen soll. ◊ Der **Beethovenpreis** der Berliner Akademie der Künste in Höhe von 10 000 Mark wurde Hans Pfitzner zuerkannt. ◊ Die Münchener Volksbühne überreichte den beiden jungen Münchener Komponisten Werner Egd und Karl Prestele in Würdigung ihres Schaffens eine **Ehrengabe** von je 600 Mark. Werner Egd ist besonders durch seine Rundfunkkompositionen bekannt geworden. Sein Oratorium **Furchtlosigkeit und Wohlwollen**

wird noch im Mai in München, in der Neuen-Musik-Woche unter Hermann Scherchen, uraufgeführt. Karl Prestele ist Schüler Walter Braunfels'. ◊ In Deutschland wurde Kurt Weills Jasager mehrere hundert Mal gespielt. Auch in anderen Ländern; in Holland fanden im Haag und in Amsterdam Aufführungen statt, in der Schweiz im Gymnasium in Biel. ◊ Gottfried Benn schrieb den Text zu einem abendfüllenden Oratorium, an dem jetzt Paul Hindemith arbeitet. ◊ Auf dem 4. Rheinischen Musikfest in Essen, vom 10. bis zum 12. April, wurde ein musikalisches Zeitspiel Karl Hermann Pillneys Von Freitag bis Donnerstag uraufgeführt. ◊ In Dresden wurden neue Lieder Ernst Kreneks auf Texte von Karl Kraus uraufgeführt. ◊ Von Lena Stein-Schneider wurde in Berlin ein Deutscher Rubinsteinclub gegründet, der junge Talente fördern und ihre Werke aufführen will. Dem Ehrenkomitee gehören unter anderen Alfred Böblin, Leonid Kreutzer und mehrere Sänger und Sängerinnen an. ◊ In Holland wurde eine Gesellschaft der Freunde Mozarts gegründet. ◊ Ein unter dem Protektorat Raymond Poincarés in Paris begründeter Ausschuß für Französische Musik wendet sich an alle, die zum Gedeihen der französischen Musik beitragen wollen; ihm gehören unter anderen Edouard Herriot, Paul Painlevé, Gustave Charpentier, Vincent d'Indy an. ◊ Der erfolgreiche Musikschriftsteller Richard Specht wurde am 7. Dezember 1930 60 Jahre alt.

Literatur Gustav Fellerer sagt im Vorwort seiner neuen *Palestrinabiographie* (Palestrina: Leben und Schaffen, Wirken und Werk des größten Meisters der kirchlichen Tonkunst /Regensburg, Friedrich Pustet/), es sei ihm weniger auf das Biographische als auf das Stilproblem Palestrina angekommen. Man vermag trotzdem nicht einzusehen, warum diese Untersuchungen, die auf einer absolut anzuerkennenden Könnerschaft und wirklichen Liebe zur Sache basieren, in einem so lehrhaften Stil vorzutragen sind. Sachlich dabei sehr interessante Dinge; so alles Tabellarische, Palestrinas Meisterschaft betreffende, mit den Partiturbeispielen und den Formanalysen. Schade, daß die Schreibweise des Verfassers so schwerfällig ist. Ein Buch über den Palestrinastil könnte sicher grade heute Liebe finden, da so mancher sich aus dem Chaos der Gegenwart in eine Liebe zu den alten Meistern flüchtet.

Vortragskunst / Felix Stössinger

Konzertrkrise Das deutsche Konzertwesen hat im abgelaufenen Winterhalbjahr die Krise, die eigentlich schon seit Jahrzehnten besteht, in solcher Stärke erlebt, daß es nun endlich zu einer Aussprache und zu einer Demonstration der konzertierenden Künstler gekommen ist. Durch die Initiative Georg Bertrams, unterstützt von der gesamten Künstlerschaft, wurde der Deutsche Konzertgeberbund gegründet, der eine Reform des Konzertwesens anstrebt. Die Künstler haben durch diese Gründung bewiesen, daß sie den gegenwärtigen Zustand des Konzertwesens als sinnlos empfinden, daß sie auch einige der Gründe kennen, die zur Entleerung einer Form geführt haben, die vor wenigen Jahrzehnten noch mit Sinn und Bedeutung erfüllt war, nicht aber, daß sie in der etwas zufälligen Art, wie sie sich hier zusammengefunden haben, einen Ausgangspunkt zu einer Neugestaltung der Konzertform finden können. Sie haben zunächst gründlich und mit Recht Mißstände äußerer Art diskutiert, deren Beseitigung ohne besondere Anstrengungen möglich sein könnte. Die Erstarrung des Konzertwesens ist ja tatsächlich so groß, daß Konzerte heute noch immer so stattfinden, als ob sich seit 16 Jahren nichts in der Welt verändert hätte. Die Ankündigung der Konzerte, ihre Organisierung selbst, der altväterliche Beginn wichtiger Veranstaltungen um 7½ Uhr, der Absatz der Karten, die Isoliertheit der Darbietungen: das alles sind Dinge, die mit einigem guten Willen modernisiert werden könnten. Auch die Verbindung der Konzertierenden mit den Hörern ist etwas, was erst geschaffen werden muß. Wie auf allen Gebieten haben auch hier die Konzertagenturen einschließlich des Verbands der Konzertierenden Künstler, von dem man vergebens gehofft hat, daß ihn seine genossenschaftliche Organisation auch zu selbständiger Gestaltung veranlassen würde, vollständig versagt. Noch immer beruht die Verbindung zwischen Konzertierenden und Konzertpublikum in Berlin auf 1 bis 3 teuren Inseraten in der bürgerlichen Presse, auf Beziehungen des Künstlers mit einem mehr oder weniger großen Freundes- und Schülerkreis und auf der erhofften Wirkung guter Konzertkritiken. Nicht nur durch die Wirtschaftskrise sondern durch die Krise der Institution selbst sind alle diese Annahmen illusionär geworden. Künstler, die seit Jahren

in der Presse als die besten ihrer Art gerühmt werden, so verschiedene hervorragende Kammermusiker, spielen in Berlin vor ganz oder halb leeren Sälen. Die großen Orchesterkonzerte Bruno Walters sind längst nicht mehr ausverkauft, die Wilhelm Furtwänglers nur vereinzelt. Daß die Konzerte von Jacques Thibaud und Alfred Cortot vor überfüllten, ja ausverkauften Sälen stattfanden, wirkte wie eine Sensation, um deren Erklärung sich die Kritik der Zeitungen gradezu bemühte.

An dieser Situation wird durch die geplanten Reformen des Deutschen Konzertgeberbands, so wünschenswert sie an sich sind, nichts geändert werden können, weil die Krise 3fachen Charakter hat. Es ist eine Krise des Schaffens, eine Krise des Hörens, eine Krise der Vortragsform selbst. Die Krise des Schaffens ist dadurch entstanden, daß ein großer Teil der konzertanten Musik das Publikum nicht mehr befriedigt. Dazu gehört unter anderm fast die gesamte Liedproduktion, die zum großen Teil einen bürgerlich romantischen Inhalt hat, der keinen Widerhall mehr findet. Auch ein großer Teil der Musik des 19. Jahrhunderts, bis vor wenigen Jahren noch das eiserne Repertoire der deutschen Konzerte, findet kein Echo mehr. An Stelle der Musik des 19. Jahrhunderts ist nun allerdings wie eine Naturgewalt die Musik des 16., 17. und 18. Jahrhunderts getreten. Die Musik des Barocks fügt sich aber unwillig in die hergebrachte Form der Konzerte ein, die ihren bürgerlich gesellschaftlichen Ursprung nicht verleugnen können. Ein wirklicher Konnex zwischen dem Publikum und dem neuen Musikschaffen besteht nicht. Während das sehr große Pariser Konzertwesen seit 2 Jahrzehnten auf dem Schaffen der Lebenden beruht, deren Musik in einer breiten Schicht soziologisch Wurzel geschlagen hat, ist es in Deutschland auf das Interesse eines recht kleinen Liebhaberkreises beschränkt. Die Krise des Hörens ist durch das Überangebot von Schallplatte und Rundfunk bewirkt worden. Der Konzertbesuch kommt also nur noch für die wenigen in Betracht, die ihn sich finanziell gestatten können, und die entweder als Musiker oder durch die Musikerziehung des Rundfunks an Konzerten so interessiert sind, daß sie auf die persönliche Unmittelbarkeit des Konzerts nicht verzichten wollen. Aufgabe der Konzertreform müßte es also sein diese Hörschicht zu erhalten, jene neu zu mobilisieren. Auf diesem Gebiet ist

nichts geschehen, obwohl noch viel geschehen könnte. Wer am Rundfunk erlebt hat, wie viele Tausende die Orchesterkonzerte im Sportpalast und in der Ausstellungshalle am Kaiserdamm besucht und bejubelt haben, ist sicher, daß eine neue Masse und eine neue Klasse von Hörern herangezogen und organisiert werden können. Für diese Zukunftshörer muß freilich auch ein neues Konzertprogramm geschaffen werden, das ohne Rücksicht auf schulmeisterliche Bedenken die ganze lebende Musik umfaßt und von der Kunst des Barocks, deren Durchschlagskraft grade auf den modernen Menschen nicht mehr bezweifelt werden kann, bis zum Jazz reicht. Dem Umstand, daß der moderne Mensch nun einmal lieber durch seine Organisationen denn als isoliertes Einzelwesen Kunstveranstaltungen aufsucht, hat das moderne Konzertwesen noch kaum Rechnung getragen. Immerhin zeigen die Erfolge populärer Veranstaltungen, die von den Kunstämtern der Berliner Bezirke in Furtwänglerkonzerten den Massen geboten worden sind, ebenso die Konzertorganisationen von Verbänden und Zeitungsverlagen den Weg der neuen Entwicklung an.

Dieser neuen Welt gegenüber wird die bisherige Form der Konzerte einen schweren Stand haben. Bisher wurden die Konzerte von Agenturen rein geschäftsmäßig veranstaltet. Diese Veranstaltungen haben dem Publikum gegenüber ebensowenig Kredit wie es Bücher oder Theatervorstellungen hätten, von denen das Publikum weiß, daß sie von den Verfassern oder Schauspielern, die auf andere Weise nicht vors Publikum kämen, selbst bezahlt werden. Erst wenn hinter den Konzerten nicht eine Agentur stünde, die ein reines Arbeitsvermittlungsunternehmen ist, sondern eine Konzertdirektion, die für das von ihr Gebotene die künstlerische Verantwortung übernehme, würde das Vertrauen des Publikums zu den Konzerten wieder hergestellt werden. Dies ist vielleicht die einzige Möglichkeit das Angebot aufzufangen und es in einer gestalteten Form auf den Markt zu bringen. Es würden nicht mehr zufällig und chaotisch Konzerte gleicher Art veranstaltet, es würde außerdem verhindert werden, daß Künstler einander totkonkurrieren, und es würde auch dem Programm nach eine Gestaltung des Inhalts erfolgen. Ob der neugegründete Deutsche Konzertgeberbund in der Lage sein wird eine solche Reform durchzuführen, muß bezweifelt werden. Denn diese Reform

kann nur geschaffen werden, wenn sie nicht von der sozialen Not des Konzertierenden ausgeht sondern das Gebot der Dinge selbst erfüllt. Auf diese Weise würde sie auch zugleich mit dem künstlerischen den sozialen Notstand bessern.

Tonfilm Mit der Feststellung, daß der Tonfilm nicht das gebracht hat, was seine Agitatoren von ihm erwartet haben, wird seine Entwicklungsfähigkeit nicht bezweifelt. Der Ton, der zum Bild hinzukam, war als eine Sensation gedacht, von deren Ausbeutung man sich ein neues Verhältnis des Publikums zum Film überhaupt versprach. Heute wird von niemand mehr bestritten, daß diese Erwartungen nicht erfüllt worden sind. Der Welterfolg der Lichter der Großstadt und der triumphale Empfang, den Charlie Chaplin in seiner wahren Heimat, in Europa, fand, war mehr als ein Exzeß der Begeisterung für den populärsten Künstler der Welt, es war eine Demonstration gegen alle die Sinnlosigkeiten, die der Film, ob stumm oder tönend, seit Jahren gebracht hat. Es ist charakteristisch, daß auch die Filminteressenten, die sich bisher am meisten von der Verflachung des Films Erfolge versprochen haben, sich vor ihr zu fürchten beginnen. In der Generalversammlung der Deutschen Lichtspieltheaterbesitzer wurden wahre Brandreden gegen das Versagen des Tonfilms gehalten. Das in der Debatte bekämpfte System des Kontingents hat tatsächlich den Niedergang des Filmmarkts weiter gefördert. Es ist ein Schutz für Cliquen und Konzerne und ein Mittel die Konkurrenz fernzuhalten, die zwar gewisse Produzenten schädigen, aber dafür die Verleiher und Theaterbesitzer aus ihren Nöten befreien könnte. Aus Kontingentgründen ist daher bis zum Augenblick der französische Tonfilm David Golder von Julien Duvivier noch nicht gezeigt worden, obwohl er nach der Presseführung in geschlossener Gesellschaft als ein Werk großer hinreißender Wirkung gerühmt worden ist. Überhaupt hat der Tonfilm eine Renaissance der Vormachtstellung des französischen Films herbeigeführt, die in der Frühzeit des stummen Films, vor der Verseuchung der europäischen Filmkräfte durch das amerikanische Kapital, unbestritten war. Noch immer ist *Sous les toits de Paris* der vollendetste aller Tonfilme. Neben dem David Golder hat Paris in einer Woche 4 Tonfilme herausgebracht, von denen Hans Tasiemka in der Neuen Ber-

liner Zeitung vom 21. April 1931 versichert, daß sie ihre Riesenerfolge mit rein künstlerischen Mitteln erzielen. Er rühmt den neuen Film René Clairs *Le million* (der nunmehr auch in Berlin vorgeführt wird), dann Jean de la lune, ein Werk des Regisseurs Jean Choux, und darin vornehmlich die Leistung Michel Simons, »die allein fast eine Reise nach Paris rechtfertigt«, endlich einen Volkssportfilm Colombiers *Le roi des resquilleurs*. Hat die deutsch-französische Zusammenarbeit durch die natürlichen Bedürfnisse des Tonfilms auch Fortschritte gemacht, so liegen doch noch immer eine zögernde Scheu und ein noch immer nicht ganz gestürzter Glaube an Hollywood einer wirklichen deutsch-französischen Tonfilmgemeinschaft störend im Weg.

Unter den Tonfilmen, die in den letzten Monaten in Berlin gezeigt wurden, gab es zwar kein einziges Werk, das wirklich ein Ganzes wäre, aber es gab Eindrücke, die besonders tonlich haften. In dem Film *Im Westen nichts Neues* zeigt eine besonders schöne Szene die Liebe eines deutschen Soldaten mit einer Französin. Man sieht eine hübsche Zimmerecke, den Schatten eines Bettes, das Bettende selbst, einen Tisch mit einer brennenden Petroleumlampe und einer halb abgebrochenen Mahlzeit. Man sieht keine Menschen, aber man hört die glückliche und kriegsmüde Stimme des Deutschen, der der Frau deutsche Worte sagt, die sie nicht versteht und französisch mit Worten beantwortet, die er kaum versteht. Wie viel Trauer, wie viel Schönes vermittelt der Ton dadurch, daß er dem Zuhörer das Bild und damit die Seele der Sprecher zu finden überläßt. Auch in *Ariane* spielt die erste Liebesszene abseits vom Bild, das der Film zeigt. Man sieht den Teetisch, den Stuhl, von dem sich Konstantin erhoben hat, und hört, was er und Ariane von dem andern Stuhl aus sprechen, den der Film nicht mehr zeigt. In der Dreigroschenoper wird reichlich naiv alles, was an Erfolgen in dem Stück steckte, zur Exploitation auf die Leinwand geschleppt. Die sogenannten Songs werden auf dem Film vorgesungen, als ob der Tonfilm wirklich nur dazu da wäre photographierte Oper zu sein. Die Regie G. W. Pabsts fand keine Verbindung zwischen Ton und Bild. Der Ton war klar und knapp, mitunter auch massig, während das Bild eine störende Unklarheit zeigte. Man hatte nie Boden unter den Füßen. Es war, als ob der ganze Film nur Knieaufnahmen zeigte. Der

photographische Effekt war ein Selbstzweck. Das Tonfilmproblem, wie ein Lied in einem Film einzuführen ist, hat René Clair für sein Sujet in *Sous les toits de Paris* beispielgebend gelöst. Eine neue wirkungsvolle Lösung fand aber auch Alexis Granowsky im Lied vom Leben. Die Chansons werden völlig unabhängig, aber doch in rhythmischer Verbindung mit dem Filmbild, sozusagen hinter der Kulisse, gesungen. Die Lieder begleiten als Äußerungen eines unsichtbaren Chors, in einem Individuum, in einem Mann, in einer Frau, konzentriert, das, was der Film zeigt. In der Schlussszene dieses Films hat Granowsky eine Verbindung zwischen dem Rhythmus der Chansons und des Films gefunden. Das ist aber auch das einzige Gute, was von diesem Film gesagt werden kann. Es war eine bittere Enttäuschung, daß der Künstler, der vor wenigen Jahren uns die unvergeßlichen Visionen seines jiddischen Volkstheaters geschenkt hatte, und der auch später noch als Regisseur des Sergeanten Grischa mindestens szenische Phantasie und eine besonders klar differenzierte Sprachkultur entwickelte, einen Film bietet, der im Zuschauer trotz einigen technischen Effekten gradezu den Eindruck geistiger Minderwertigkeit hinterließ.

Unter den darstellerischen Tonfilmleistungen der letzten Monate bleiben Greta Garbo und Elisabeth Bergner durch das Menschliche und durch das Stimmliche in unserer Erinnerung. Bisher versagten Frauen im Film durch die Mängel der Tonfilmtechnik, die hohe Stimmen unverständlich machte. Garbo und Bergner sind für den Tonfilm auch stimmlich durch ihre Altlage prädestiniert. Bergners Ariane ist zwar nicht die Russin Anets sondern eine Wienerin, doch ist sie die Frau geblieben, die den Seelenkampf zwischen dem Willen zur Liebe und dem Zwang zur Lüge stumm auskämpft, aber ihn durch die Maske, die sie dem Geliebten zeigt, den Hörer sehen läßt. Bei Rudolf Forster liegt die Stärke im Bildlichen, bei Elisabeth Bergner bald im Bildlichen, bald im Ton. Eine ganz ausgeglichene Leistung wird sie freilich erst dann geben, wenn sie sich zu Rollen entschließt, die ihr wesentlich näher sind als die von ihr jetzt meist bevorzugten, in denen sie sich zu einer falschen Kindlichkeit zwingen muß. Greta Garbo war dagegen als Anna Christie unter der Regie Jacques Feyders eine Überraschung für alle, die dieser von Hollywood künstlich als Vamp hergerichteten Schwedin keine echte Mensch-

lichkeit mehr zutrauen konnten. Feyder hat Garbo wahrhaft entdeckt. Sie enthielt in ihrer neuen Rolle eine echte Naturkraft: hoffentlich nur der Anfang zu wirklichen Leistungen.

Mistinguett Seit 3 Jahrzehnten ist Jeanne Bourgeois die unter dem Namen Mistinguett berühmteste Vedette der Pariser Revuekunst. In Berlin, einer der wenigen Städte von Weltbedeutung, die sie noch nicht besucht hatte, gastiert sie jetzt im Theater des Westens mit einer Truppe, die groß genug ist, um an einem Abend 23 Revueszenen vorzuführen, und doch aus relativ wenigen Personen besteht. Diese müssen freilich alles mitmachen: tanzen, singen, Solo- und Chorszenen spielen, Variété, Cabaret, Sketch, humoristisches und romantisches Theater auf einmal vorführen. Höbe das Programm nicht einige Namen durch Sperrdruck und Unterstreichungen hervor, so würde man einschließlich Mistinguetts die Gesamttruppe mit einem Wort bezeichnen wollen, das zwar durch Mißbrauch an Wert verloren hat, aber seinen Sinn behält, nämlich als Kollektiv. Selbst ein Weltstar wie Mistinguett scheut sich nicht in 23 Bildern etwa 12mal aufzutreten. Sie ist den ganzen Abend auf der Bühne, die von Jugend und Charme erfüllt ist, und nicht, wie man sich sonst Revuen vorstellt, von Zweideutigkeiten sondern von wirklicher Fröhlichkeit lebt. Das Wesen dieser Revue ist Eleganz, Heiterkeit und eine echte Freude an der Sache selbst, daher das Berliner Publikum, durch größere äußere "Aufmachungen" amerikanisiert und dem Sinn einer solchen Revue längst entfremdet, erst erobert werden mußte. Aber es wurde erobert und gab sich fast ungewöhnlich der Heiterkeit und der Laune des Ganzen hin. Ist auch das Ensemble dieser Revue ein wahres Bündel von Jugend, die männliche womöglich noch hübscher und frischer als die weibliche, so ist doch geistig die jüngste Mistinguett selbst. Wie alle Völker mit echter Bühnenkultur interessiert die Franzosen das Alter des Bühnenkünstlers kaum. Seit Jahrzehnten, wahrscheinlich seit Jahrhunderten, haben die Pariser nicht nach dem Alter sondern nach der wirklichen Jugend, nach der geistigen, ihrer Bühnenlieblinge gefragt. Daß Sarah Bernhardt noch mit einem Holzbein auf die Bühne getragen wurde, war für die Franzosen weniger wichtig, als daß ihre Stimme bis zuletzt vom Geist der Worte, die sie

sprach, berauscht war. Auch die Italiener fragen nicht nach dem Alter ihrer Künstler, auch bei ihnen entscheidet die Leistung, wie etwa bei Emma Gramatica, die jetzt noch als hohe Fünfzigerin die Kameliendame spielt. Und Wien war stets von Stolz erfüllt, wenn seine Lieb-linge bis ins 70. und 80. Jahr auf der Bühne standen. Während in Berlin der so echten Jugend Fritzi Massarys stumpf-sinnige Bemerkungen über ihr angebliches Alter nachgeworfen werden, gegen die sie sich öffentlich wehren muß, sind es in Paris grade die Feinde Mistin-guetts, die ihr abstreiten wollen 64 Jahre alt zu sein. Es ist freilich kaum zu ver- stehen, daß diese Künstlerin, die sicher um 60 ist, auf der Bühne in Chansons eine Apachendirne wie die Gigolette, kokette Lebedamen von 1830, Pagenrollen von 17-jährigen verkörpert und Tanz-ensembles an der Spitze eines Chors rei- zender Tänzerinnen anführt. Das Beste ist aber ihre Chansonkunst, in der sie nach großer Pariser Tradition durch unver- gleichliche Mischung von Volkstümlichem, Sensuellem und Spirituellem entzückt.

Radlostörung Nachdem die Funkindustrie Apparate geschaffen hat, die eine störungsfreie Auf- nahme verbürgen, richtet sich der Kampf der Funkhörer gegen alle Empfangs- störungen, die im Gegensatz zu atmo- sphärischen Störungen juristisch wie technisch zu beseitigen sind. Der juristi- sche Schutz vor Störungen ist durch die besitzrechtlichen Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs und durch das Fernmeldeanlagegesetz gesichert. Die technische Hilfe liegt in den prak- tisch erprobten Möglichkeiten die Stö- rungen im Empfangsgerät durch Stö- rungsschutz zu beseitigen, der stets bei der Störungsquelle selbst angebracht werden muß. Der Hörer muß also die Möglichkeit haben zu erkennen, worin die Störung besteht, dann erst kann er wissen, ob er sich zur Abhilfe an einen Funkhändler, an die Post oder an die Polizei zu wenden hat. Praktische An- schauung über Herkunft und Beseitigung von Störquellen bot die sehr sinnreich aufgebaute Ausstellung Störungsschutz im Rundfunk, die im Juni 1930 im Recken- dorfhaus in Berlin gezeigt wurde. Das beste Mittel für jeden Hörer die Ge- räusche im Empfangsgerät unterscheiden zu lernen bietet ihm aber eine von der Ultraphon hergestellte Schallplatte, auf der 14 wichtige Störungsgeräusche auf- genommen sind. Zuerst führt die Platte das Geräusch isoliert vor, damit man es

sich einprägen kann, dann einige Takte Musik, unterbrochen von diesem Ge- räusch. Das Textbild auf dem innern Plattenkreis ist so klar, daß jeder die zu den einzelnen Geräuschen zugehörigen Erklärungen ohne weiteres ablesen kann. Die Idee durch eine Schallplatte die dem Nichtfachmann unverständlichen Geräusche zu erklären, über die er sich oft ärgert, ist sehr glücklich. Das Ohr wird geübt und lernt erkennen, wie oft sehr geringe, scheinbar unmerkliche Stö- rungen den Vortrag verzerren. Man er- kennt dann auch, daß gewisse Störungen vom Sender selbst kommen, daß sie teils Nebengeräusche sind, die der Verstärker verursacht, teils Tonquetschungen bei Kabelübertragungen.

An kleinen populären Broschüren über Rundfunkstörung erschienen ein illu- strierter gemeinverständlicher Vortrag Bekämpfung der Rundfunkstörungen, herausgegeben von der Reichsrundfunk- gesellschaft in Berlin, bei der gleichen Gesellschaft ein illustrierter Technischer Vortrag über Rundfunkstörungen und ihre Beseitigung, endlich eine Schrift Die Störungen des Rundfunkempfanges durch die Straßenbahn /Köln, Inter- essengemeinschaft Westdeutscher Funk- vereine/, die die Verpflichtung der Stra- ßenbahn zur Störungsbeseitigung feststellt.

Totenliste Am 3. März erlag auf einer Gastspielreise in Düssel- dorf *Otto Reutter* einem Herzleiden, im Alter von 61 Jahren. Da- mit hat die deutsche Chansonkunst eine Persönlichkeit von langwirkender echter Popularität verloren. Wenn *Otto Reutter* im Rahmen eines Variétéprogramms be- wegungslos mit seiner schwerfälligen Rie- senfigur, die Hände über dem Leib ge- faltet, fast akzentlos seine selbstgedich- teten Couplets vortrug, deren Länge zum Teil das Wesen ihres Witzes ausmachte, dann ging von ihm die Wirkung jener echten vis comica aus, der sich kein Publikum, wie immer es zusammengesetzt sein mochte, versagte. *Otto Reutter* war auch einer der wenigen Variétéchanson- niers, die die gesamte Aktualität des Tages mit einem natürlichen, aber kei- neswegs politisch neutralisierten Humor verarbeiteten. Eines seiner Verschen (es handelte von dem damals kühnen Unter- fangen *Isadora Duncans* mit bloßen Füßen zu tanzen) wurde im Reichstag beim Kampf um die *Lex Heinze* vorgetragen. Seine politische Satire drückte aus, was die Masse verstand. Auch *Otto Reutter* wurde oft kopiert, nie erreicht.

Zu den jungen Künstlern, deren in den letzten Monaten so viele starben, ist nun auch der Pianist *Günther Rathke* gekommen; er starb am 30. März in Berlin, im Alter von 28 Jahren. Bereits mit 20 Jahren wurde er Klavierlehrer am Sternschen Konservatorium. Ein ganz moderner Mensch und Pädagoge.

Im Alter von 62 Jahren starb in der 1. Aprilhälfte *Gustav Manz*, den Berlinern durch eine jahrzehntelange Wirkung als Vortragskünstler besonders in Volksbildungsvereinen bekannt. Er kam nicht von der Stimme sondern von der Literatur her zum Lesen. Wie seine Literaturkritik gutbürgerlich fundiert war, gab er auch als Vorleser in zwar herkömmlicher, aber doch von innen ehrlich gefühlter Weise Verse und Prosa wieder.

Am 14. April wurde *Erwin Senff-Georgi* in seiner Wohnung in Berlin tot aufgefunden. Er hatte sich durch Gas vergiftet. Senff-Georgi ist 53 Jahre alt geworden. In Hunderten von Vortragsabenden in ganz Deutschland hat er »700 Jahre deutschen Humors«, so hieß eins seiner populärsten Programme, durch eine natürliche und volkstümliche Vortragskunst auf eine heitere Weise vermittelt. Er gab zu jedem Gedicht kleine Erläuterungen, die den Hörer auf das Werk vorbereiteten. An seinen Abenden herrschte eine Stimmung, in der die von ihm bevorzugten Lyriker und Humoristen die richtige Resonanz fanden.

Einer der letzten alten Chansonniers, die in der Künstlertracht der von Murger erfundenen Bohème in den Cabarets des Montmartre ihre eignen Lieder vortrugen, *Alexandre Bruant*, starb Anfang April, verarmt und erblindet, in einem Pariser Krankenhaus an Gehirnerweichung. Er sang zuletzt auf den Boulevards mit erlöschender Stimme seine Lieder, deren Texte er, mehr schon Bettler als Künstler, an Passanten verkaufte.

Der Opernsänger *Desider Zador*, der am 26. April, im Alter von 58 Jahren, in Berlin nach einer Operation einem schweren Leiden erlag, war nicht nur als Bühnenkünstler sondern innerhalb seiner Bühnenkunst auch als Vortragskünstler ein Charakter. Er hat wie wenige andere vom Wort aus den Ton gestaltet. Auf seine Weise hat er das Prinzip, das Caruso in der italienischen Gesangskunst für das Wesentliche hielt, verwirklicht: nämlich beim Singen vor allem zu sprechen, um dadurch dem Ton einen festen Kern zu geben. Auf diesem Weg kam er schon vor 20 Jahren dazu sowohl Wagner wie die rein melodische Oper

so zu singen, daß Wort und Ton eins waren. Von dieser Klangverbindung aus gelangte er auch zu einer mimischen Gestaltung. Nicht dem Umfang, aber der Verwendung seiner Mittel nach gehörte er zu jenen Künstlern, die vor keiner ihnen gestellten Aufgabe versagen.

Kurze Chronik Die Gestaltung der Obertöne ist seit langem nicht nur ein Problem der theoretischen Physik sondern auch der Vortragskunst. Der Gesangspädagoge Gustav Friedrich hat nach jahrelangen Experimenten feststellen können, daß die Obertöne der menschlichen Stimme anderen Gesetzen und daher auch anderer Gestaltung unterliegen als die Obertöne der Instrumente. Nur der ganz rein gesungene Vokal erzeugt den reinen Oberton. Diese Entdeckung würde eine Erklärung für die bekannte mit nichts vergleichbare Reinheit italienischer Gesangskunst erbringen. ◊ Bei der Staatlichen Hochschule für Musik in Berlin wurden *Rundfunklehrgänge* eingerichtet, die Georg Schünemann leitet. In der Abteilung für Rundfunkrede unterrichten über Sprecherzählung und künstlerischen Vortrag Alfred Braun und Heinrich Michaelis, über freie Rede Karl Würzburger, über Sprache und Gebärde im Tonfilm Carl Hagemann, über den pädagogischen und den Schulfunk Karl Friebe. In der Abteilung für Rundfunkmusik lehren Max Butting über Komposition und Instrumentation, Walter Gronestay über Gebrauchsmusik, Paul Hindemith über Filmmusik und Bruno Seidler-Winkler über Gesang und Chor. Die Grundlagen der Elektroakustik werden von Erwin Meyer erläutert. ◊ Die von der Deutschen Bücherei bearbeitete Monatsbibliographie *Deutsches Rundfunkschrifttum* registrierte im Jahr 1930 8951 Veröffentlichungen. ◊ Die Isolierung der Radiohörer wird durch zahlreiche Versuche einen *Gemeinschaftsempfang* zu organisieren überwunden. In den Ortsgruppen des Arbeiterradiobunds wird dieser Gemeinschaftsempfang seit Jahren geübt. Die Deutsche Welle und die Schlesische Funkstunde berücksichtigen den Gemeinschaftsempfang schon vom Programm aus. ◊ Die Berliner Funkstunde hat erkannt, wie wenig die Hörspielsendungen bisher den kulturellen Ansprüchen der Hörer auf Übermittlungen des klassischen Dramas genügen. Sie ergänzt jetzt die Sendung des Dramas zwischen akustischen Kulissen durch die *Lesebühne*, die das Dichterwort allein

unverstellt zum Vortrag bringt. Die bisherigen Veranstaltungen ergaben noch keine befriedigende Vortragsform. ◊ In den 10 *deutschen Sendern* entfielen im letzten Berichtsjahr auf rund 2500 Sendungen 14 dramatische Werke von Goethe, je 12 von Schiller und von Hauptmann, 6 von Strindberg, 5 von Büchner. Das Ergebnis ist noch kläglich als diese Zahlen andeuten, da die übliche Übertragung einer Aufführung auf mehrere Sender mitgezählt wird. ◊ Die I. G. Farbenindustrie hat zur Herstellung unzerbrechlicher, biegsamer und kaum abnutzbarer Schallplatten nach einem neuen Verfahren eine internationale Produktionsgesellschaft gebildet. Die Problematik der Schallplatte besteht aber nicht allein in ihrer Zerbrechlichkeit sondern vor allem in ihrer Kreisform, wodurch die Vortragsdauer jedes Stücks arg begrenzt wird. Eine Lösung ist nur möglich, wenn ein Übergang von der Kreis- zur Bandform gefunden wird. Die Produktion *schmiegsamer Schallplatten* schafft dafür die Voraussetzung. ◊ Eine *Schallplattenbibliothek* ist der Musikbücherei der Stadt Köln angegliedert worden; sie verleiht Schallplatten an Musikstudierende, Musiklehrer und Vereinsleiter für 20 Pfennig pro Platte auf 4 Tage. ◊ Immer mehr werden allmählich *Schallplatte und Radiosendung* mit einander verbunden. Die Feststellung, daß Radiohörer nur in minimalen Prozentsätzen Schallplattensendungen von unmittelbaren unterscheiden können, ermöglicht es die Schallplatte als Mittelstück zwischen Mikrophon und Klangquellen jeglicher Art einzuschieben. Reiseberichte, Reportagen aus Betriebsstätten, Theaterszenen werden immer mehr auf die Schallplatte übertragen und von der Schallplatte den Hörern vorgeführt. Die kombinierte Wiedergabe direkten Vortrags mit eingeschalteten Platten hat neue Möglichkeiten einer präzisen Radiosendung geschaffen. Außer für kombinierte Reportagen und Hörspieeffekte kommt diese Vortragsform besonders für die Verbindung von Reiseberichten mit ethnographischen Schallplattenaufnahmen in Betracht. ◊ Der Widerstand gegen das Auftreten *Felix Weingartners* in Paris ist sehr bald so gründlich beseitigt worden, daß der Abgeordnete Pierre Taittinger, der ihn hervorgerufen hatte, sich selber bei Weingartner entschuldigte. Die Konzerte, die Weingartner dann mit dem Orchester Pasdeloup in Paris dirigierte, waren überfüllt und brachten ihm enthusiastischen

Beifall. Es war zugleich eine Demonstration gegen jede Art nationalistischer Enge, aber vor allem doch die Anerkennung der künstlerischen Leistung Weingartners. Die von Firmin Gémier geleitete Internationale Theatergenossenschaft gab Weingartner zu Ehren ein Bankett, dessen Vorsitz Louis Barthou übernommen hatte. ◊ Mitte April reiste *Fritz Stiedry* nach Rußland, wo er eine Reihe großer Symphoniekonzerte dirigierte; er kehrte am 6. Mai nach Berlin zurück. Gleich der erste Abend in Moskau brachte ihm einen großen Erfolg, der sich dann in den weiteren Konzerten womöglich noch steigerte. Die russische Hörschaft war von den Werken wie von ihrer geistigen Interpretation durch Stiedry hingerissen. Es ist unbegreiflich, daß man Stiedry in Berlin nicht die Möglichkeit des Wirkens verschafft, das seiner gestaltenden Kraft entspricht, und das das Berliner Musikleben befruchten könnte.

Literatur Die Berliner Funkstunde hat, unter dem Titel *Die Bücherstunde*, im eignen Verlag eine Übersicht über die vom Januar 1929 bis zum Juni 1930 gefunkten Buchreferate veröffentlicht. Jedem Buchtitel ist der entscheidende Satz der gesprochenen Rezension hinzugefügt. Die Zusammenstellung zeigt, daß in der Verarbeitung des Materials und in der kurzen Fassung der Kritiken in diesem Berichtsjahr sehr gut gearbeitet worden ist. Trotzdem sollten die Bücherstunden aller Sender, nicht nur die Berliner, darauf verzichten in 20 Minuten mehr als 5 Bücher besprechen zu lassen. ◊ Millionen besitzen Schallplatten, aber die wenigsten kennen das Geheimnis ihrer Konstruktion. Wie kann aus dieser Rille einmal ein Orgelknirschen kommen und dann wieder Carusos Stimme? Wie bringt die Nadel den Ton zum Tönen? Welche Kraft bindet den Laut an die Platte? Welche Unterschiede bestehen in der Fabrikation der verschiedenen Konzerne? Alle diese Fragen beantwortet *Eugen Nesper* in einem Handbuch *Die Schallplatte* /Berlin, Walter Hillger/ auf 100 Druckseiten, unterstützt durch 78 Abbildungen, so klar, daß jeder das Wesentliche erfaßt. Man hört den Vorgang fortan besser, der einem technisch so deutlich gemacht worden ist. ◊ Das von der Reichsrundfunkgesellschaft in Berlin herausgegebene *Rundfunkjahrbuch*, hier schon gewürdigt, erschien für 1931 /Berlin, Union/. Der neue Band hat die Vorzüge der früheren.

KULTUR

Landwirtschaft / Hans Wilbrandt

Motorisierung Nachdem in verschiedenen überseeischen Ländern mit extensiver Betriebsweise die Landwirtschaft durch Einführung von Maschinen, insbesondere Traktoren, ein völlig anderes Gesicht bekommen hat, nachdem durch die Mechanisierung ungeheure Kostensenkung erreicht wurde, wird die Frage immer dringlicher, wie weit auch in der europäischen und besonders in der deutschen Landwirtschaft Motorisierung möglich ist, und ob sie eine Senkung der Kosten bewirkt.

Die Hemmnisse einer Motorisierung liegen in Deutschland vor allem in der in den meisten Betrieben kleinen Betriebsfläche, die die volle Ausnutzung selbst eines kleinen Traktors in Frage stellt. Für die 20- oder 30 000 Großbetriebe ist daher das Problem der Mechanisierung viel leichter gelöst als für die Millionen von Kleinbetrieben, in denen die häufig starke Parzellierung als weitere Erschwernis einer Mechanisierung entgegentritt. Aber gerade für die deutschen Bauernbetriebe wäre eine verstärkte Produktionskostensenkung und Arbeitsentlastung besonders erwünscht. Zahlreiche Untersuchungen sind in den letzten Jahren über die Wirtschaftlichkeit der Traktorenanwendung in der bäuerlichen Wirtschaft gemacht worden. Unter ihnen sind besonders beachtenswert: Die Motorisierung der Zugkraft in der deutschen Landwirtschaft, von Ernst Zander (17. Heft der Schriften des Reichskuratoriums für Technik in der Landwirtschaft /Berlin, Beuthverlag/) und Die wirtschaftlichen Grenzen der Treckeranwendung, von Wilhelm Ries /Berlin, Paul Parey/.

Zander bringt in seiner Schrift Untersuchungsergebnisse, die er zusammen mit dem Diplomlandwirt W. Gerwin in den Jahren 1927 bis 1929 in 83 landwirtschaftlichen Betrieben angestellt hat. Er ging bei dieser Arbeit von der Zielsetzung aus nicht etwa festzustellen, was es kostet einen Hektar Ackerland zu pflügen oder sonst irgendeine Arbeitseinheit, losgelöst vom Gesamtergebnis des Betriebs, zu verrichten, sondern wie die gesamten Jahreskosten des Kontos Zugkraft, das besonders in die Buchführung der bearbeiteten Betriebe eingeführt wurde, durch Motorisierung beeinflusst wurden. Die Ergebnisse dieser Untersuchung sind für die Motorisierung außerordentlich optimistisch. Es

wurde festgestellt, daß in 60 von 83 Betrieben, also in 72,4%, Ersparnisse auf dem Konto Zugkraft gemacht wurden. Diese Ersparnisse waren so groß, daß sie in 15 Betrieben ausreichten, um den angeschafften Schlepper in 1 Jahr, in 19 Betrieben, um ihn in 1½ Jahren, in 9 Betrieben, um ihn in 2 Jahren zu amortisieren. In weiteren 8 Betrieben konnte der Schlepper in 3 Jahren und nur in 9 Betrieben in mehr als 3 Jahren amortisiert werden. In 23 Wirtschaften wurden die Ausgaben auf dem Konto Zugkraft durch die Motorisierung gesteigert, und zwar in unerheblichem Ausmaß in 8 Betrieben, dagegen in größerem Ausmaß in 15 Betrieben. Nicht immer war der Verlust bei der Motorisierung auf Ungeeignetheit des Betriebs zur Motorisierung zurückzuführen, vielmehr war teilweise eine falsche Haltung des Betriebsleiters schuld, was angesichts der neuen Probleme, die die Motorisierung in die bäuerliche Landwirtschaft hineinbringt, durchaus nicht verwunderlich ist. In keinem Fall war der Betrieb für Motorisierung zu klein. Eine Anzahl von Verlustbetrieben konnte nach betriebswirtschaftlicher Beratung und Umstellung in Plusbetriebe verwandelt werden. Zander glaubt, daß in Zukunft angestellte Untersuchungen noch günstigere Ergebnisse bringen würden, weil die verwendeten Traktoren teilweise noch aus den Baujahren 1925 bis 1927 stammten; seit dieser Zeit hat besonders der deutsche Traktorenbau ganz entscheidende Fortschritte gemacht, die sich auch in einer bessern Wirtschaftlichkeit der Traktorenverwendung auswirken. Die Untersuchungen Zanders sind nach Betriebsgrößen von 24 bis 50, 51 bis 100, 101 bis 200 und über 200 Hektar unterteilt. Besonders interessant sind die Motorisierungseinwirkungen in der kleinsten Betriebsgrößenklasse. Von 14 Betrieben konnten 11 Ersparnisse erzielen, und zwar bis zu 3700 Mark, 82 Mark pro Hektar. Stark beeinflusst wurde die Wirtschaftlichkeit der Schlepperverwendung durch ihre Ausnutzung. Allerdings ergab sich bereits in Betrieben mit nur 300 Stunden Treckeranwendung im Jahr deren Wirtschaftlichkeit, während andererseits auch bei einer Ausnutzung von über 800 Stunden in einem Betrieb noch kein Vorteil eintrat, weil eine zum landwirtschaftlichen Betrieb gehörende Forstwirtschaft die notwendige Abschaffung von Pferden verhinderte. Die Kosten einer Treckerbetriebsstunde in Betrieben mittlern Um-

fangs wurden mit durchschnittlich 2,50 Mark festgestellt, doch sind die Schwankungen so weit, daß in kleineren Betrieben sogar Stundenkosten von 9 Mark noch wirtschaftlich waren. Über die Einwirkung der Motorisierung auf den Menschen sei noch erwähnt, daß Zander in den Landarbeitern selbst bis zu einem Alter von 60 Jahren ausgezeichnete Schlepperführer fand; zum Beispiel einen alten Mann, der auf einem Großbulldog in 2000 Betriebsstunden nur für 100 Mark Reparaturen machte, und der bei der Traktorarbeit noch voll leistungsfähig war, während er als Gespannführer keine volle Arbeitskraft mehr darstellte. Endlich hat die Einführung von Traktoren und überhaupt modernen Maschinen in die Landwirtschaft noch andere Nebenwirkungen auf den Betriebsgeist, die sich nicht ohne weiteres in Geld fassen lassen, aber in die ganze Wirtschaft eine neue Berufs- und Arbeitsauffassung hineinbringen. Wesentlich vorsichtiger und pessimistischer ist das Ergebnis, zu dem Ries gelangt. Auch er betont, daß bis in die letzten Jahre hinein die Möglichkeiten wirtschaftlicher Maschinenanwendung bei weitem nicht ausgenutzt waren, daß außerdem die Preise der Traktoren bei steigender Zuverlässigkeit und Leistungsfähigkeit relativ gesunken sind. Infolgedessen liegt die Mechanisierung sozusagen in der Luft. Ries ist aber der Meinung, daß bei den Kalkulationen über Wirtschaftlichkeit der Treckeranwendung meistens die Kosten der Pferdehaltung oder, besser gesagt, die Ersparnismöglichkeiten bei der Abschaffung von Gespannen zu hoch eingeschätzt werden. Ganz abgesehen von der andern Methodik, hat Ries gegenüber Zander insofern zweifellos recht, als in den Zanderschen Untersuchungen Getreide- und Futterpreise in die Pferdeproduktionskosten in einer Höhe eingesetzt sind, die wohl für frühere Jahre, aber nicht für die Gegenwart angenommen werden kann. Mit Recht betont er, daß die Verbilligung der Traktorarbeit bei einer Untersuchung von über 600 Arbeitsstunden im Jahr nicht mehr übermäßig groß ist; eine größtmögliche Traktornutzung ist daher nicht immer wirtschaftlich. Ries macht in seiner Schrift Arbeitsberichte während des ganzen Jahres, mit deren Hilfe er unter den jeweiligen Betriebsverhältnissen die Grenze der Wirtschaftlichkeit der Treckeranwendung im großen und ganzen genau bestimmen kann.

Die Riessche Arbeit geht mehr als die Zandersche auf betriebswirtschaftliche Einzelfragen, insbesondere der durch die Pferdeabschaffung bedingten Umstellung, ein. Beide Arbeiten verdienen bei allen, die sich mit den Möglichkeiten der Mechanisierung der Landwirtschaft beschäftigen (und das ist ein Thema, das heute auch den agrarischen Dingen Fernstehenden sehr interessiert), sorgfältige Lektüre, da sie sich in der Art ihrer Beweis- und Gedankenführung zum Teil ergänzen und Anregungen für die bei Anschaffung von Traktoren notwendigen Überlegungen und Kalkulationen geben.

Fräse

Recht oft hat in den letzten Jahren die sogenannte Fräskultur des Bodens besonders unter landwirtschaftlichen Laien Aufsehen gemacht. Von der Erfindung der Fräse wurde häufig eine völlige Umgestaltung der landwirtschaftlichen Arbeitsweise und eine Abschaffung von Pferden, Pflug und Egge erwartet. In der Tat ist die Fräse ein absolut neuartiges Bodenbearbeitungsgerät. Sie wendet nicht den bearbeiteten Boden in Balken wie der Pflug; sie besteht aus einer motorisch angetriebenen Fräswelle, an der elastische Haken angebracht sind. Diese schnell rotierenden Fräswellen reißen den Boden in kleine Stücke und schleudern die Bodenteilchen fein zerkrümelnd hinter sich; so wird die ganze Ackerkrume aufs sorgfältigste gemischt. Hinter der Fräse liegt der Boden in saftartigem lockern Zustand. In einem Gang wird das sonst 3, 4 und 5 Arbeitsgänge erfordernde Pflügen, Grubbern und Eggen erledigt. Die Struktur des gefrästen Bodens ist ganz anders als die des gepflügten Bodens. Das Porenvolumen, der Gehalt und die Kapazität an Luft und Wasser sind bis zu ungefähr einer Dauer von 4 Monaten nach der Bearbeitung wesentlich höher als bei gepflügtem Land, was für das Pflanzenwachstum häufig recit vorteilhaft ist. Benno Martiny berichtet in der sehr instruktiven Schrift Die Bodenfräse in der Gartenwirtschaft (12. Heft der Schriften des Reichskuratoriums für Technik in der Landwirtschaft /Berlin, Paul Parey/) ausführlich hierüber. Die technischen Vorteile des Fräsens liegen nicht nur in dieser Einwirkung auf den Boden, sie liegen vor allem wirtschaftlich in der Verbilligung der sonst im Gartenbetrieb notwendigen Handarbeit für Hacken, Unkrautbekämpfung, Unterbringen von Dünger und anderen Ar-

beiten. Die kleine Fräse von 5 Pferdestärken, nach Angaben des Ingenieurs Theodor von Meyenburg von den Siemens-Schuckert-Werken gebaut, kann mit einer Breite von 40 bis 70 Zentimeter arbeiten und bei flachem Boden ungefähr 1000 Quadratmeter in der Stunde bearbeiten. Sie ist es vor allem, die die Konkurrenz mit der Handarbeit bei nicht allzu kleiner Betriebsgröße voll aufnehmen kann, während ihre Arbeitskosten die von Gespannen teilweise wesentlich überschreiten. Bei der Bearbeitung kleiner Stücke und beengter Räume hat die Fräse besonders ihre Berechtigung. So betragen in einem Beispiel bei einem Arbeitslohn von 50 Pfennig pro Männerstunde die Kosten für Graben und Harken 62,50 Mark pro Morgen, beim Fräsen dagegen bei mittlerer Ausnutzung der Fräse 24,10 Mark. Mindestens ebenso wichtig oder häufig wichtiger sind die betriebswirtschaftlichen Vorteile, die das Fräsen durch Durchbrechung zeitweilig auftretender Arbeitsspitzen bringt. Während nach einem von Martiny ausgeführten Beispiel der Bedarf an menschlicher Arbeit zur Pflanzbettherstellung und Bepflanzung eines Morgens bei Grabarbeit 154 Stunden beträgt, erfordert er bei Fräsarbeit 27 Stunden. Hat ein Kleinbetrieb beispielsweise 4 eigne Arbeitskräfte, so kann ein Morgen in $\frac{1}{4}$ Tag bestellt werden, während Grabarbeit $4\frac{1}{2}$ Tag erfordern würde. Hier ist auch die Pferdearbeit mit $2\frac{1}{4}$ Tag bei Einspannerpflugarbeit und $1\frac{1}{4}$ Tag bei Zweispännerpflugarbeit unterlegen. In Gebieten, wo die Höhe des Bodenpreises intensivste Ausnutzung des Grund und Bodens erfordert (zum Beispiel auch in Gewächshäusern) ist daher die Fräse eins der wichtigsten Betriebsmittel, um beim Übergang von einer Kultur zur andern die Bestelldauer auf ein Minimum zu reduzieren. So kann man zusammenfassend der Fräse für die intensive Gartenwirtschaft eine große Zukunft voraussagen. Eine völlige Umwälzung der gesamten Ackerwirtschaft wird sie dagegen, wenn sich die Relationen zwischen Maschinenpreis, Arbeitslohn, Gespannhaltungskosten usw. nicht stark verschieben sollten, vorläufig nicht zur Folge haben.

Hochschule Berlin Am 7. Februar feierte die Landwirtschaftliche Hochschule Berlin ihr 50jähriges Jubiläum in der Berliner Singakademie. Die Festrede hielt der Rektor Friedrich Aereboe; er sprach über

die Entwicklung der Hochschule bis in die Gegenwart. Die Feier, in der nach Aereboe der Minister Heinrich Steiger und zahlreiche Vertreter anderer Hochschulen und Universitäten das Wort nahmen, wurde aus einem Hochschuljubiläum fast noch mehr eine große Ehrung für Aereboe, der wenige Tage später zugleich mit der Übergabe des Rektorats seine 25jährige akademische Lehrtätigkeit beschloß. Aereboe wurde die Würde eines Ehrendoktors der Landwirtschaftlichen Hochschule Bonn-Poppelsdorf und der Hochschule für Bodenkultur in Wien verliehen. Der Minister ehrte ihn durch Überreichung des Silbernen Ehrenschilds. Man darf wohl ohne Übertreibung sagen, daß die Landwirtschaftliche Hochschule mit dem Ausscheiden Aereboes aus der Lehrtätigkeit ihr hervorragendstes Mitglied verliert. Aereboe will sich in Zukunft ganz wissenschaftlich literarischer Tätigkeit widmen. Zahlreiche hervorragende Männer aus der Wissenschaft und Praxis wurden anschließend zum Ehrendoktor der Landwirtschaftlichen Hochschule ernannt. Zum Nachfolger Aereboes als Rektor der Landwirtschaftlichen Hochschule für das Jahr 1931-1932 wurde Ernst Mangold gewählt.

Totenliste Anfang Januar starb der Direktor des Instituts für Landwirtschaftliche Bakteriologie und Bodenkultur an der Universität Leipzig *Felix Löhnis*, im Alter von 56 Jahren. Er war wohl unbestritten der beste seines Fachs.

In der 1. Hälfte des Januar verschied in Breslau *Alfred Reimann*, Direktor der Landwirtschaftskammer Niederschlesien. Er hatte einen Lehrauftrag für Praktische Landwirtschaftliche Verwaltungskunde an der Universität Breslau.

Mitte Januar starb in Gießen der Ordinarius für Forstwissenschaft *Heinrich Wilhelm Weber*, im Alter von 45 Jahren. Er hat zahlreiche wissenschaftliche Studienreisen, unter anderm nach dem Balkan und Nordafrika, unternommen. 1929 erschienen seine Grundlinien einer neuen Forstwissenschaft.

Am 30. Januar starb auf dem Rittergut Schwöbber bei Hameln *Eduard Meyer-Friedrichswerth*, im Alter von 71 Jahren. Er war in ganz Deutschland als einer der führenden Tier- und Pflanzenzüchter bekannt und hat auch über seine Schweinezucht- und Viehhaltungsmethoden in der Thaerbibliothek eine recht lesenswerte Schrift veröffentlicht.

Am 17. Februar starb *Ferdinand von Lochow*, 47 Jahre alt. Er hatte das Werk seines Vaters, die Zucht des Petkuser Roggens, mit großem Erfolg fortgeführt und war seit 1924 im Vorstand der Brandenburgischen Landwirtschaftskammer. In den agrarpolitischen Auseinandersetzungen der letzten Jahre trat er oft an die Öffentlichkeit.

Kurze Chronik Die Preisberichtsstelle beim Deutschen Landwirtschaftsrat führte im Januar zum erstenmal einen *Lehrgang* über den Absatz landwirtschaftlicher Erzeugnisse durch, der hauptsächlich zur Fortbildung von praktischen Landwirten dienen soll. Auf dem Lehrgang, der durch den Reichsernährungsminister eröffnet wurde, wechselten Vorträge über die verschiedenen Fragen der landwirtschaftlichen Absatzgestaltung mit Besichtigungen von Börse, Schlachtviehhof und anderen Absatzorganisationen ab. ◊ Der Präsident der Landwirtschaftskammer für die Rheinprovinz *Hermann von Lüninck* wurde zum Präsidenten der Rheinischen Bauernvereine gewählt. ◊ Für Landwirtschaftliche Maschinenkunde *habilitierte* sich in der Philosophischen Fakultät der Universität Kiel Kurt Marks, der Geschäftsführer der Maschinenberatungsstelle der Landwirtschaftskammer für Schleswig-Holstein.

Literatur In den Veröffentlichungen des *Deutschen Landwirtschaftsrats*, die seit langen Jahren erscheinen (Berlin, Deutsche Verlagsgesellschaft), ist eine Reihe wertvoller Schriften enthalten. Besonders zu erwähnen sind das 22. Heft: 5jährige Buchführungsergebnisse der Deutschen Landwirtschaft aus den Wirtschaftsjahren 1924-1925 bis 1928-1929, bearbeitet in der Betriebsstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats. Die Schrift erfaßt in den einzelnen Jahren 2700 bis 3800 landwirtschaftliche Betriebe und bringt Angaben über die meisten wissenswerten durchschnittlichen Betriebszahlen, wie Anbauverhältnis, Erträge, Einnahmen und Ausgaben und Berechnung des Reinertrags. Eine Streuung der nur durchschnittlich angegebenen Reinerträge, aus der man das Nebeneinander von guten und schlechten Betrieben erkennen könnte, fehlt leider. Hoffentlich wird die Schrift möglichst bald bis in die Gegenwart fortgesetzt und möglichst auch ausgebaut. Im 21. Heft ist ein interessanter Vortrag Hans

Ludwig Fensch' über Bauernbetrieb und Großbetrieb als Versorger des deutschen Marktes enthalten. Betriebe unter 5 Hektar mußten unberücksichtigt bleiben. Die Schrift zeigt die starke Bedeutung des bäuerlichen Betriebs in der Marktbelieferung sämtlicher Produkte, insbesondere mit Vieh- und Milcherzeugnissen. Im 23. Heft: Buchführung, Steuer und Wirtschaftsberatung in der Landwirtschaft, sind verschiedene Vorträge zusammengefaßt, die auf einem Lehrgang für Leiter landwirtschaftlicher Buchstellen 1930 gehalten wurden. Unter ihnen ist das Referat des Oberlandwirtschaftsrats Arthur Felber /Halle/ über die Ausnutzung des landwirtschaftlichen Voranschlags zur laufenden Kontrolle des Betriebserfolgs besonders erwähnenswert. Eine sehr fleißige Arbeit stellt schließlich das 15. Heft: Viehbestand und Viehumsatz in typischen Betriebsformen der deutschen Landwirtschaft, von Kurt Padberg, dar. Über Bestand, Zukauf, Zunahme, Eigenverbrauch, Verluste und Verkauf von Vieh in den verschiedenen Betriebsformen und Gegenden Deutschlands finden sich hier zahlreiche wissenswerte Zahlen.

Werkgestaltung / Ludwig Hilberseimer

van Doesburg † Der Maler und Architekt Theo van Doesburg starb am 9. März in Davos. Sein Name wird auf immer mit der neuen Kunstbewegung verknüpft sein. Seine Zeitschrift *De Stijl*, die er seit 1917 in Leiden herausgab, und über deren Arbeit ein Sonderheft, betitelt 10 Jahre *Stijl* 1917 bis 1927, einen Überblick gibt, war in Holland das Zentrum dieser Bewegung, und sie hat in ganz Europa entscheidenden Einfluß ausgeübt. Er unterstützte die Wirkung der Zeitschrift durch Vorträge und Aufsätze, in denen er für die von ihm propagierten Ideen eintrat. Außerdem schrieb er eine Reihe Bücher, wovon eines in deutscher Sprache unter dem Titel *Die Grundbegriffe der neuen gestaltenden Kunst* bei Albert Langen in München erschien. In dem Buch versucht er allgemein verständliche elementare Grundbegriffe der bildenden Kunst aufzustellen. Neben seiner Malerei ist wohl als seine wichtigste Arbeit die Ausstattung des Café Aubette in Straßburg anzusehen, die ihm Gelegenheit gab seine Absichten zu verwirklichen und der Öffentlichkeit zu demonstrieren, wie er sich die Verbindung und den Zusammenhang von Architektur und Malerei dachte.

Schinkel Anlässlich des 150. Geburtstags Karl Friedrich Schinkels wurde in Berlin, im sogenannten Prinzessinnenpalais Unter den Linden, das neue Schinkel-museum eröffnet. Dadurch wird der umfangreiche und bedeutende Nachlaß Schinkels wieder der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Neben Bildern und Zeichnungen von Schinkels Reisen, Bühnen- und Freskenentwürfen, Wandbildern, Entwürfen zu Innenräumen der Schlösser, den Schloßentwürfen für die Akropolis und für Orianda in der Krim sind die Entwürfe zu seinen Berliner Bauten von besonderem Interesse. Sie werden durch Photographien der ausgeführten Entwürfe ergänzt.

Schinkel steht zeitlich am Wendepunkt zweier Kunstanschauungen, die sich unter dem Einfluß des Klassizismus nach der griechisch-römischen Antike, unter dem Einfluß der Romantik nach dem Mittelalter orientieren. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Zeit haben verhindert, daß die gotischen Idealprojekte Schinkels, vor allem sein Dom auf dem Leipziger Platz, verwirklicht wurden. Seine Werdersche Kirche zeigt, daß ihm diese Romantik sehr viel wesenfremder war als der Klassizismus. Die Formenwelt der Antike war ihm adäquat. Er beherrschte sie mit vollkommener Musikalität und verstand gleichzeitig sie den neuen Bedürfnissen entsprechend umzuwandeln. Durch eine Reise nach Frankreich und England lernte er eine neue moderne Welt, die des beginnenden Industrialismus und Kommerzialisismus, kennen, auf Grund deren er bei seinen letzten Entwürfen, für die Bauakademie und vor allem für ein Warenhaus Unter den Linden, zu ganz neuen baulichen Vorstellungen kam. Dabei ist es ihm gelungen den Widerspruch zwischen Klassizismus und Romantik zu überwinden und gleichsam eine Synthese beider zu schaffen. Es ist sehr zu bedauern, daß es ihm nicht gelungen ist den Warenhausentwurf, mit dem er seiner Zeit weit voraus war, und der in der unmittelbaren Gegenwart steht, auszuführen. Dieser Entwurf bestätigt Schinkels Ausspruch: »Überall ist man nur da wahrhaft lebendig, wo man Neues schafft.«

hotels, Moritz Ernst Lesser, hatte dieses wegen Verletzung des Urheberrechts verklagt, weil die Erweiterung und Ergänzung des Baues nicht Lesser sondern einem andern Architekten übertragen wurde. Das Gericht bejahte die Anwendbarkeit des Kunstschutzgesetzes und erkannte dem Kläger den vollen Schutz seiner künstlerischen Leistung zu. Der künstlerische Wert bliebe auch dann bestehen, wenn sich die Geschmacksrichtung durch Veränderung der Bauweise und des architektonischen Stils ändere, und nur dem Schöpfer sei die Befugnis über Bestand und Form seiner künstlerischen Arbeit zuzugestehen. Die Edenhôtelgesellschaft sowie der mitverklagte Architekt seien zur Nachzahlung von Honorar und Schadenersatz verpflichtet. Kläger und Beklagte einigten sich dann.

Diese gerichtliche Entscheidung kann sich außerordentlich verhängnisvoll auswirken. Ein Bauwerk dient vor allem Gebrauchszwecken, die sich im Lauf der Zeit wandeln und infolgedessen Veränderungen am Bauwerk notwendig machen können. Es ist zwar wünschenswert den Architekten, der den Bau entworfen hat, zu etwaigen Veränderungen heranzuziehen, praktisch wird es sich allerdings nicht immer durchführen lassen. Die Stellungnahme zu solchen Umbauten sollte daher nicht zu einer Rechts- sondern zu einer Taktfrage werden. Auch die Vergangenheit hat das von ihr übernommene Erbe stets sowohl den veränderten Zwecken wie auch dem veränderten Stilempfinden angepaßt, wovon selbst ein so eminentes Bauwerk wie die Peterskirche in Rom betroffen wurde; von den Veränderungen der gotischen Kirchen im Lauf der Jahrhunderte ganz zu schweigen. Außerdem kommt rein städtebaulich hinzu, daß Strukturveränderungen der Stadt auch Strukturveränderungen der Bauten zur Folge haben, Bauwerke im allgemeinen daher unmöglich den selben Schutz in Anspruch nehmen können wie ein Werk der Plastik oder Malerei. Auch aus wirtschaftlichen Gründen ist die in der gerichtlichen Entscheidung vertretene Auffassung unhaltbar, weil sie dazu verführen kann unter dem Deckmantel des "Kunstschutzes" persönliche Interessen zu verfolgen.

Kunstschutz? Eine interessante Entscheidung im Zusammenhang mit dem Kunstschutzgesetz wurde kürzlich vom Landgericht II in Berlin gefällt. Der Erbauer des Eden-

Friedhofswesen Der Kunstdienst, eine unabhängige Arbeitsgemeinschaft, die durch Ausstellungen, Vorträge, gemeinsame Arbeit um

die Erneuerung der Formen von Kultstätten, -geräten, -büchern bemüht ist, veranstaltete in Dresden eine Ausstellung zur Erneuerung des Friedhofswesens. Die Ausstellung gibt einen kurzen Überblick über die wichtigsten Begräbnisformen der Vergangenheit. Sie zeigt außerdem neue Friedhofsgebäude, die Neugestaltung ganzer Grabfelder, Grabsteinmaterialien sowie alle sonstigen, für das Bestattungswesen verwandten Gegenstände. Bei der Gestaltung der Grabfelder wird Wert darauf gelegt ihre Einheitlichkeit nicht durch Willkür der einzelnen Grabsteinformen zu unterbrechen, so daß die gestalterische Arbeit nicht mehr für das Einzelgrab sondern für das Feld als Ganzes ihre Bedeutung gewinnt. So hat der Herrnhuter Friedhof die gleichen Grabplatten für alle Toten. Aber auch Berlin hat in dem alten Jüdischen Friedhof in der Hamburger Straße eine Begräbnisstätte, deren Gräber alle einheitlich sind und sich nur gleichsam generationsweise unwesentlich verändern. Die Ausstellung wird auch in Berlin sowie in einer Reihe anderer deutscher Städte gezeigt werden.

Illustrierte Lesebücher

Eine von dem Münchener Bund, als der bayrischen Arbeitsgemeinschaft des Deutschen Werkbunds, geplante umfassende Ausstellung illustrierter Volksschullesebücher konnte nicht stattfinden, da die Qualität des eingesandten Ausstellungsguts bis auf wenige Ausnahmen, darunter vor allem ein sächsisches Lesebuch, sich als so minderwertig erwies, daß eine Ausstellung damit nicht zustande zu bringen war.

Die Form des Lesebuchs oder der Fibel ist von seinem pädagogischen Wert nicht zu trennen. Wenn man bedenkt, daß die typographische und bildmäßige Gestaltung des Schullesebuchs dem Menschen eine wesentliche Grundlage seines Verhältnisses zum Sichtbaren gibt, ist es nur zu begrüßen, daß der Münchener Bund das negative Ergebnis seiner Untersuchung zum Anlaß nimmt die Aufmerksamkeit aller an der Herausgabe und Einführung von Schullesebüchern beteiligten Stellen nachdrücklich auf dieses Gebiet zu lenken.

Veranstaltungen Die Preußische Akademie der Künste veranstaltete in Berlin eine Ausstellung *Hans Poelzig und seine Schule*, die einen Überblick über das Bauschaffen

Poelzigs in den letzten 25 Jahren gibt. Eine damit verbundene Ausstellung der Arbeiten seiner Schüler aus Breslau, Dresden und Berlin demonstrierte auch die sehr bedeutende Auswirkung seiner pädagogischen Tätigkeit.

Der *Bund Deutscher Gebrauchsgraphiker* hält seine diesjährige Tagung, der Einladung seiner Landesgruppe Rhein-Main folgend, vom 14. bis zum 17. Mai in Nauheim ab. Zugleich werden dort Umschlagentwürfe ausgestellt. Zur Erlangung dieser Entwürfe hat der Bund einen Wettbewerb unter den ordentlichen und korrespondierenden Mitgliedern ausgeschrieben.

Die Deutsche Bücherei hat zum *Tag des Buchs* eine Ausstellung der 50 schönsten Bücher des Jahres 1930 veranstaltet. Als schönste Bücher wurden die vom Inselverlag herausgegebenen und von der Cranachpresse in Weimar unter Leitung Harry Graf Kesslers gedruckten Gesammelten Gedichte Rainer Maria Rilkes bezeichnet. Auf dem Gebiet der Bildenden Kunst wurde das vom Deutschen Kunstverlag in Berlin herausgegebene Werk Gerhart Rodenwaldts *Die Akropolis* als vorbildlich genannt.

Kurze Chronik

Gegen das Projekt in unmittelbarer Nähe der Akropolis in Athen einen Justizpalast zu errichten hat man in einer Reihe von Kulturländern, vor allem in Frankreich und dann auch in Deutschland, Protest erhoben, da der geplante Bau das Verhältnis von Berg und Stadt zerstören müsse; das neue Gebäude gehöre in den Brennpunkt der modernen Stadt Athen. ◊ Gegen die Vorträge *Paul Schultze-Naumburgs* in München erließen die Münchener Kunstschüler eine scharfe Erklärung, in der sie unter anderem die »ganz undeutsche Leichtfertigkeit, mit der Professor Doktor Schultze-Naumburg bei seinen Vorträgen die zeitgenössische Kunst verächtlich macht«, einstimmig verurteilten. Schultze-Naumburg hat sich um die Jahrhundertwende unbestreitbare ästhetisch-pädagogische Verdienste erworben. Um so bedauerlicher ist es, daß er, dessen Hauptbedeutung in der Vergangenheit liegt, aus einem Ressentiment heraus für die Bedeutung heutiger Bestrebungen kein Verständnis mehr aufzubringen vermag.

◊ In der Fakultät für Bauwesen an der Technischen Hochschule Berlin wurde *Bruno Taut* eine Professur übertragen. Er leitet dort nunmehr ein Seminar für Wohnungsbau und Siedlungswesen.